Montag, 27. Oktober 1986 - D * * *

xel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
ichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 04-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
amburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 250 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8.00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 650 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



Interview mit Norman Mailer

Norman Mailer, berühmt als „Enfant terrible" der amerikanischen Literatur, zieht Bilanz. Im Interview mit der WELT philosophiert Mailer über Mailer: „Vermutlich bin ich ein bißchen weiser und ein bißchen korrupter geworden und kann jetzt besser in dieser Welt leben. Ob das für andere gut ist, für mich gut ist oder für die Literatur gut ist, weiß ich nicht. Ich bin es müde, über mich selbst nachzudenken, deshalb ziehe ich es vor, über die kleinen Dinge nachzudenken, die ich verstehe." Seite 7

Vor Schritten gegen Syrien wartet Bonn das EG-Votum ab

Briten fordern Geschlossenheit / Deutsche Rücksicht auf Libanon-Gespräche?

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung befindet sich nach dem Bruch der Briten mit Syrien offensichtlich in einer schwierigen Lage. Sie sieht sich zwar zur Solidarität mit dem EG- und NATO-Partner Großbritannien verpflichtet, hält aber mit Rücksicht auf Vermittlungsbemühungen in Libanon und auf die Gesamtlage im Nahen Osten die Aufrechterhaltung ihrer Verbindungen mit Damaskus für wichtig. Deshalb sind am Wochenende in Bonn – ebenso wie in Paris, wo eine ähnliche Zurückhaltung zu beobachten ist – noch keine wesentlichen Entscheidungen getroffen worden.

Das Auswärtige Amt hat sich bisher darauf beschränkt, einen für Ende kommender Woche in Aussicht genommenen Besuch des syrischen Außenministers Faruk el Scharaa in der Bundeshauptstadt abzusagen. Vor weiteren Beschlüssen soll die heutige Sitzung der EG-Außenminister in Luxemburg abgewartet werden, auf der eine ausführliche Unterrichtung der Partner über die Hintergründe und Motive des britischen Vorgehens erwartet wird. Wie aus London verlautete, will sich der britische Außenminiter Howe dort um eine gemeinsame Front der EG gegen Syrien bemühen. Für die Bundesregierung wird Staatsminister Stavenhagen daran teilnehmen, weil Minister Genscher verhindert ist.

In Regierungskreisen in Bonn wagte gestern niemand eine Voraussage, wie die deutsche Reaktion auf britische Solidaritätswünsche nach den

SEITE 8:
Weitere Beiträge

Luxemburger Beratungen ausfallen könnte. Daß sich die Bundesregierung dem Vorbild der USA anschließen und ebenfalls ihren Botschafter aus Damaskus zurückrufen könnte, wird allerdings für unwahrscheinlich gehalten. Dagegen sprechen nach Ansicht von Experten zwei Gründe:

- Die Bundesrepublik ist – ebenso wie übrigens auch der Vatikan – in Vermittlungsbemühungen zur Überwindung der blutigen Auseinandersetzungen in Libanon eingeschaltet. Ein Bruch mit Syrien, das in Libanon eine zentrale Rolle spielt, würde die Chancen einer solchen Vermittlung erheblich verschlechtern.
- Generell hält es die Bundesregierung im Interesse einer Eindämmung und Überwindung der Spannungen in Nahost für zweckmäßig, Kontakte zu Syrien zu pflegen.

Politische Beobachter stimmen jedoch darin überein, daß die Bundesregierung angesichts der Verwicklung Syriens in den geplanten Anschlag auf ein israelisches Verkehrsflugzeug nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Die Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen Syrien wird jedoch prinzipiell skeptisch beurteilt. Jüngste Erfahrungen mit der Haltung der EG gegenüber Südafrika haben diese Skepsis noch verstärkt. Nachdem sich die Bundesregierung trotz schwerer Bedenken zu Sanktionen bereit erklärt hatte, muß sie jetzt feststellen, daß andere Partner nachträglich gemeinsame EG-Maßnahmen vermeiden und sich auf nationale Appelle an die eigene Wirtschaft beschränken wollen.

DER KOMMENTAR

Solidarität

BERNT CONRAD

Der Bruch Londons mit Damaskus zwingt die Partner Großbritanniens zur Solidarität. Dies ergibt sich schon aus der Begründung des Schrittes von Margaret Thatcher: der Verwicklung Syriens in einen nur mit knapper Not abgewendeten Bombenanschlag auf ein israelisches Verkehrsflugzeug. Die harte Reaktion der britischen Premierministerin hat dem syrischen Staatschef Assad deutlich gemacht, daß er nicht ungestraft Terroristen nach Westeuropa ausschicken kann. Diese Warnung war bitter notwendig.

Die Amerikaner und die Kanadier haben ihren Botschafter zumindest vorübergehend zurückberufen. Die westeuropäischen Regierungen wollten offensichtlich die heutige EG-Außenministersitzung in Luxemburg abwarten, um nach dem dort zu erwartenden Bericht des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe ihre Entscheidungen zu treffen. Dabei wird die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus unzweideutig im Vordergrund stehen müssen.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Bundesregierung, ähnlich wie die französische Regierung, auch andere Gesichtspunkte von einigem Gewicht zu berücksichtigen hat. Dazu gehören neben dem generellen Wunsch nach Kontakten zu Syrien im Interesse nahöstlicher Friedensbemühungen vor allem die Anstrengungen zur Überwindung des blutigen Bürgerkrieges in Libanon, an denen die Deutschen, ebenso wie der Vatikan, beteiligt sind. Ohne einen Draht nach Damaskus, das in die libanesischen Wirren tief verstrickt ist, aber wären alle Vermittlungsbemühungen zum Scheitern verurteilt.

Dies muß die Bundesregierung in ihre Rechnung einbeziehen, und das macht ihre Lage kompliziert. Der außenpolitische Mahner in München, Franz Josef Strauß, hat ja schon seit langem ganz persönlich die Bedeutung enger Kontakte zum syrischen Staatschef Assad demonstriert.

Die Solidarität mit Großbritannien darf darunter freilich nicht leiden. Die Kunst der Bundesregierung wird darin bestehen müssen, das Notwendige und das Zweckmäßige in abgestufter Weise auf einen Nenner zu bringen.

Morgen in der WELT

Report über die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist die Herausforderung Nummer eins. Dennoch legen fast alle gesellschaftlichen Gruppen eine merkwürdige Scheu an den Tag, den Hintergrund der Erwerbslosigkeit genau zu durchleuchten. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat in einer Untersuchung erstmals die Arbeitslosen und ihre Familienangehörigen befragt. Die Ergebnisse dürften selbst Arbeitsmarktexperten überraschen. Die WELT veröffentlicht diesen Report exklusiv in mehreren Folgen.

POLITIK

Besuch: Israels Staatspräsident Herzog wird voraussichtlich im April nächsten Jahres zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik kommen. Der endgültige Termin steht noch nicht fest. Mit dieser Visite erwidert Herzog den Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker im Oktober 1985.

Sowjetunion: Der Oberste Sowjet hat einen neuen Minister für die Automobil-Industrie ernannt. Es ist der 46jährige Nikolai Pugin. Er ersetzt Viktor Polyakow, der vor einer Woche im Alter von 71 Jahren in den Ruhestand trat.

Bolivien: Die zur Bekämpfung des Kokain-Handels nach Bolivien entsandte amerikanische Militäreinheit hat ihren Einsatz beendet. Wie ein US-Sprecher mitteilte, sind die ersten zehn der insgesamt 170 Soldaten inzwischen wieder in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt.

Vertrag: Der erste deutsch-chinesiche Partnerschaftsvertrag ist zwischen Aachen und der Stadt Ningbo (Volksrepublik) vereinbart worden. Die Oberbürgermeister pflanzten in Aachen symbolisch einen Gingko-Baum.

WIRTSCHAFT

Big Bang: Der Finanzplatz London soll heute offiziell zur unangefochtenen Drehscheibe im weltweiten Wertpapiergeschäft aufsteigen. Dies versprechen sich die Brokerhäuser und Finanzinstitute vom „Big Bang" (Lauter Knall), wie der heutige Öffnungs-Stichtag der Londoner Wertpapierbörse bezeichnet wird. (S. 15)

WELT-Report: Die Lebensversicherungs-Tarife, die vom 1. Januar des nächsten Jahres an gelten, bringen einige Veränderungen. Die Beiträge sind bei Neuabschlüssen etwas niedriger, und es gibt vielfach mehr Leistungen für die Versicherer. Über dieses Thema informiert ein WELT-Report. (S.18/19)

KULTUR

Premieren: „In jeder Uniform steckt eine traurige Anekdote", heißt es in dem neuen Bühnenstück „Herbstball" des 24jährigen Stefan Dähnert, das von den Schauspielhäusern Köln und Wuppertal gleichzeitig uraufgeführt wurde. (S. 21)

Riesen-Schau: In Paris sind zwanzig Länder bei der FIAC vertreten, der großen Messe zeitgenössischer Kunst, wo auf 12 000 Quadratmetern insgesamt 5000 Werke von 800 Künstlern gezeigt werden. Auch zahlreiche deutsche Galerien nehmen teil. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Becker gewann das Grand-Prix-Turnier in Tokio. Im Finale besiegte der 18jährige den Schweden Stefan Edberg mit 7:6, 6:1. Zuvor hatte er im Halbfinale den Amerikaner Jimmy Connors ausgeschaltet. (S. 12)

Motorsport: Der Franzose Alain Prost verteidigte seinen Titel als Formel-1-Weltmeister. Er schob sich beim letzten Rennen in Adelaide (Australien) noch an dem führenden Briten Nigel Mansell vorbei. (S. 11)

AUS ALLER WELT



Bildschirmtext: Dieser Service der Post, kurz Btx genannt, hat sich zum heimlichen Renner entwickelt. Denn die Kundschaft trifft sich vor dem Gerät (Foto) auch zum „Tele-Sex" – vor der Mattscheibe. (S. 22)

Gourmet-Festival: Ein kulinarischer Zirkus präsentierte sich am Wochenende in Siegen, wo Stars aus Küche und Manege im Roncalli-Rund „zauberten". Der Erlös der schillernden Veranstaltung kommt dem Deutschen Roten Kreuz zugute. (S. 22)

Rotes Kreuz in seiner schwersten Krise

Südafrika reagiert auf Konferenzausschluß mit Ausweisung / Verstoß gegen Statuten?

DW. Genf

In einem in der Geschichte der Rotkreuz-Bewegung bisher beispiellosen Vorgang hat die Rotkreuz-Konferenz in Genf den Ausschluß der südafrikanischen Regierungsdelegation beschlossen. Ein anschließend vom australischen Roten Kreuz gestellter Antrag, die Weltkonferenz sofort auf unbestimmte Zeit zu vertagen, scheiterte in geheimer Abstimmung. Die Regierung in Pretoria hat daraufhin die Vertreter des internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Südafrika des Landes verwiesen.

Die Initiative zum Votum gegen Südafrika war von Kenia ausgegangen. Es hatte im Namen von rund 40 afrikanischen Staaten den Antrag gestellt, die Vertreter des „bösartigen und unmenschlichen" Apartheidregimes auszuschließen. 159 Delegationen von Regierungen und nationalen Rotkreuz-Gesellschaften sprachen sich dafür aus, darunter die meisten Länder der Dritten Welt und des Ostblocks. Die meisten westlichen Gesellschaften, darunter auch die der Bundesrepublik Deutschland, nahmen an der Abstimmung nicht teil, weil sie diese als unvereinbar mit den Statuten des Roten Kreuzes ansahen. Der Präsident des DRK, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein, sagte, ein Ausschluß eines Landes werde „denen schaden, die unsere Fürsorge und Hilfe brauchen". Sayn-Wittgenstein sprach von einem Präzedenzfall und äußerte die Sorge vor einer „Kettenreaktion". Unumstritten sei, daß

SEITEN 2 UND 8:
Weitere Beiträge

die Apartheid genauso abgelehnt werde wie der Krieg. Das Rote Kreuz könne aber nur im Sinne des humanitären Völkerrechts Einfluß nehmen, wenn die, die man ansprechen wolle, dabei seien. Sein amerikanischer Kollege Richard Schubert sah gestern seine Befürchtungen mit der Nachricht von der Ausweisung der IKRK-Beauftragten aus Südafrika als erste Reaktion Pretorias noch übertroffen. Er hatte am Samstag nach der Abstimmung in Genf gefragt: „Wird das IKRK jetzt Einschränkungen bei seinen Besuchen von Inhaftierten erleiden?". Die westlichen Abordnungen wiesen übereinstimmend auf Artikel 3 der IKRK-Statuten hin, nach denen die Weltkonferenz, das höchste beschlußfähige Gremium der Rotkreuz-Organisation, sich nicht mit politischen Fragen befassen dürfe.

Rotkreuz-Verantwortliche wie der IKRK-Präsident Alexandre Hay erklärten, ein Unterzeichnerstaat der Genfer Konvention von 1949 – dazu gehört Südafrika – könne gar nicht ausgeschlossen werden.

Die Abstimmung war von einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem südafrikanischen Chefdelegierten Jeremy Shearer und dem Schweizer Konferenzvorsitzenden Kurt Bolliger begleitet. Shearer protestierte dagegen, daß ihm Bolliger nicht erlaubte, das Wort zu nehmen. Er stieg auf das Podium hinter Bolliger, warf sein Delegiertenabzeichen auf den Tisch des Präsidenten und eilte dann aus dem Konferenzsaal.

IG Metall denkt an Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft

Sozialausschüsse sehen neuen Streit um Einheitsgewerkschaft

DW. Hamburg

Die IG Metall hat als Konsequenz aus dem Debakel um die Neue Heimat den Weg für einen möglichen Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft geebnet. Zum Abschluß des Hamburger Gewerkschaftstages nahmen die Delegierten am Samstag einen Antrag des Vorstands an, wonach die Gewerkschaften ihre Unternehmen nur dann behalten sollen, wenn diese „einen wichtigen Beitrag leisten zur nachhaltigen Stärkung der Handlungsfreiheit des DGB und seiner Gewerkschaften". Die IG Metall muß zudem ihren mehr als 2,5 Millionen Mitgliedern vorrechnen, daß die Neue Heimat nicht mit Beitragsgeldern saniert wird. Ein führender Funktionär sagte, die Gewerkschaftsführung habe jetzt freie Hand zu prüfen, ob sich die Gewerkschaften von der Bank für Gemeinschaft, der Volksfürsorge und dem Beamtenheimstättenwerk trennen. IG Metall-Chef Steinkühler sagte, die Frage, „ob wir wirklich die größte Bausparkasse brauchen oder die zweitgrößte Versicherung oder die viertgrößte Bank, diese Frage ist zu stellen und zu beantworten". Die Entscheidung werde allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit fallen.

BGAG-Chef Alfons Lappas, der vor seiner Verhaftung mit Solidaritätsbekundungen verabschiedet worden war, kam unter Beschuß. Der Darmstädter Delegierte Müller sagte: „Je mehr Hintergrund bekannt wird über Lappas' Verhalten vor dem Untersuchungsausschuß, je mehr kommen mir Zweifel, ob Lappas sich richtig verhalten hat."

Der Ausschuß-Vorsitzende Hüsch erklärte, er wolle Lappas möglichst noch in dieser Woche vernehmen, sofern dieser schriftlich seine Aussagebereitschaft erkläre. Heute will das Bonner Landgericht entscheiden, ob der BGAG-Chef wieder in Beugehaft genommen wird. Lappas ist nach Angaben der BGAG bereit, vor dem Ausschuß über den Verkauf der Neuen Heimat an den Brotfabrikanten Schiesser auszusagen, nicht jedoch über den Gesamtbereich BGAG.

Nach dem Abschluß des IG Metall-Kongresses haben die Auseinandersetzungen um das Verhältnis der Gewerkschaft zu Union neuen Auftrieb erhalten. So rügten die CDU-Sozialausschüsse die veränderte Auslegung des Begriffs der Einheitsgewerkschaft, die einen schweren Konflikt mit der christlichen Arbeitnehmerschaft auslösen werde. Der Beschluß, das Gewerkschaftsmitglieder parteipolitische und konfessionelle Bindungen „hintenanstellen" sollten, kehre die bisherige Definition um. Wer verlange, praktisch die persönliche Überzeugung zu verleugnen, könne Forderungen bis in den Bereich weltanschaulicher Bekenntnisse oder bis zur Streichung des Paragraphen 218 stellen (auf dem Kongreß beschlossen), sagte CDA-Hauptgeschäftsführer Hörsken.

Der Paragraph 218 gehe die IG Metall „überhaupt nichts an", sagte Bundesarbeitsminister Blüm. „Noch ist die IG Metall kein Religionsersatz und sie sollte sich nicht mit einer Kirche verwechseln."

Seite 2: Lappas' Bückware

Im Taunus billiges Bauland für Lappas

Hat Lappas seine NH-Verbindungen zum persönlichen Vorteil genutzt? Er soll, wie der Hessische Rundfunk berichtete, für sein Grundstück nur 130 Mark pro Quadratmeter bezahlt haben – ein Drittel des Marktpreises. Dagegen sprach Lappas, der 121 Mark gezahlt haben will, von einem mit allen Käufern vereinbarten Einheitspreis.

Esser: Kündigungsschutz überprüfen

Arbeitgeberpräsident rechnet mit weiterer Zunahme der Beschäftigung / WELT-Interview

sas. Köln

Arbeitgeberpräsident Otto Esser hat sich dafür ausgesprochen, eine gesetzliche Neuregelung des Kündigungsschutzes zu prüfen. Im Wege der Arbeitsrechtsprechung sei dieser Schutz so weit ausgedehnt worden, daß er „mit den Notwendigkeiten der Unternehmen nicht mehr in Einklang zu bringen ist", sagte er in einem Interview der WELT.

Esser räumte zwar ein, daß durch das am 1. Mai vergangenen Jahres in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz eine „nicht unbeträchtliche Anzahl von Arbeitsplätzen" geschaffen worden sei. Dennoch gebe es „weitere Einstellungsbarrieren". Unter anderem nannte er die hohen Personalzusatzkosten.

Die Zunahme bei der Beschäftigung wird sich nach Einschätzung von Esser 1987 fortsetzen: „Nach unserer Ansicht wird es sich dabei um eine Zahl von 250 000 bis 300 000 Arbeitsplätzen handeln." In der Tarifrunde 1987 werde man sich allerdings nicht an den Ergebnissen dieses Jahres orientieren können, da bestimmte positive Effekte – zum Beispiel der Ölpreisverfall – entfallen würden.

Nicht festlegen wollte Esser sich in der Frage, ob ein Entgegenkommen der Gewerkschaften in der Frage flexiblerer Arbeitszeiten eine weitere Arbeitzeitverkürzung ermöglichen würde. In dem vor den Arbeitszeit-Beschlüssen des Gewerkschaftstages

SEITE 16:
Das Interview

der IG Metall geführten Interview sagt er: „Es gehört zu meinen festen Gepflogenheiten, auf künftige Tarifverhandlungen nicht einzugehen."

Zugleich vertrat er aber die Auffassung, daß sich Arbeitszeitverkürzungen generell als schädlich erwiesen hätten. „Es ist einfach falsch, wenn die IG Metall behauptet, die Arbeitszeitverkürzung hätte sich am Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht." Der Arbeitgeberpräsident sieht dies auch dadurch bestätigt, daß die IG Metall das Angebot von Gesamtmetall abgelehnt habe, Unterlagen über die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auszutauschen.

Im Zusammenhang mit den in Gewerkschaftskreisen diskutierten „Betriebsbesetzungen" warnte Esser die Gewerkschaften vor einem verhängnisvollen Weg. „Die verschleierte Aufforderung zu Betriebsbesetzungen ist der Aufbruch in den Rechtsbruch, bedeutet die geplante Verletzung unserer Rechtsordnung", erklärte er. Die Diskussionen in verschiedenen Gewerkschaften, Betriebsbesetzungen als Arbeitskampfmittel einzusetzen, seien ein Symptom für zunehmende Spannungen zwischen den Tarifparteien.

Er wies darauf hin, daß die Arbeitgeber den Gewerkschaften schon vor langer Zeit angeboten hätten, über Regeln des Arbeitskampfes zu sprechen. „Ich könnte mir ein Dachabkommen vorstellen zwischen dem DGB und der Bundesvereinigung und daneben weitere Absprachen der Tarifparteien, beispielsweise über Schlichtungsverfahren."

Strauß: Europäer müssen aufpassen

DW. München

CSU-Chef Franz Josef Strauß hat vor zu weitgehenden Zugeständnissen der USA gegenüber der Sowjetunion bei den Abrüstungsgesprächen gewarnt. „Wir in Europa müssen höllisch aufpassen, daß die Amerikaner unter unseren ständigen Mahnungen keine Sachen annehmen, die zwar ihre Sicherheitsbedürfnisse nicht einschränken, sich aber für uns als problematisch erweisen könnten", sagte Strauß auf einem wehrpolitischen Kongreß der CSU in München.

Auf die Sicherheitspolitik der SPD eingehend sprach er von einem „Eiertanz" des Kanzlerkandidaten Rau. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen SDI-Projekt schüre die SPD die Kriegsangst und spreche von einer „neuen Eiszeit" in den Ost-West-Beziehungen. In Wirklichkeit aber sei die Bereitschaft Moskaus zu Abrüstungsverhandlungen „noch nie so groß gewesen wie jetzt".

Seite 6: Westen zieht davon

Papst-Appell: Kreml schweigt

dpa, Perugia

Der Appell von Papst Johannes Paul II. zu einer weltweiten Waffenruhe ist in vielen Krisengebieten ausdrücklich abgelehnt worden oder ohne erkennbare Reaktion geblieben. Das Kirchenoberhaupt hatte anläßlich eines heute stattfindenden Treffens mit Kirchenführern aus der ganzen Welt dazu aufgerufen. Nach Angaben des Vatikans haben die Regierungen von Iran und des Irak, die seit Jahren einen erbitterten Krieg führen, nicht reagiert. Auch aus Moskau habe es ebenso wie von seiten der kommunistischen Untergrundkämpfer auf den Philippinen „keine Antwort" auf die Papst-Aufforderung gegeben. Dagegen haben die Widerstandskämpfer in Afghanistan mitgeteilt, daß sie keinen Waffenstillstand respektieren würden. Die Führung Vietnams will, nach Angaben des Vatikans, heute nicht ihren Kampf gegen die Guerilla in Kambodscha einstellen.

Seite 3: Hauptstadt des Friedens

Streit um das Wort „Kriegszustand"

dpa, Bonn

In einem von Terroristen aufgezwungenen „Kriegszustand" sieht der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann zur Zeit die Bundesrepublik Deutschland. In einem Interview des Deutschlandfunks sagte er gestern, die Bekämpfung des Terrorismus sei eine „Schicksalsfrage". „Wenn es uns nicht gelingt, diesen totalen Angriff der Terroristen auf Staat und Gesellschaft und die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland abzuwehren, dann kann man liberale Rechts- und Innenpolitik vergessen." Die FDP sei für die Verfolgung der Terroristen unter Anwendung aller praktischen Mittel, werde aber ihre liberale Rechtsauffassung nicht ändern. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Penner, kritisierte, Bangemann habe offenbar die „Wahnvorstellungen der Terroristen übernommen". Terroristen seien „Schwerstkriminelle ohne jede Spur eines politischen Ansatzes".

Modell für Einbeziehung der Franzosen in Abrüstungsdialog

Bonn schlägt Verhandlungen unter dem Dach der KSZE vor

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Kohl will sich bei seinen heutigen Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und mit Premierminister Chirac in Frankfurt bemühen, zu einer gemeinsamen Einschätzung des West-Ost-Dialogs nach dem Gipfeltreffen in Reykjavik zu kommen.

Prinzipiell stimmen Bonn und Paris darin überein, daß ohne einen Abbau des sowjetischen Übergewichts bei den Kurzstreckenraketen und bei den konventionellen Streitkräften eine europäische Null-Lösung im Mittelstreckenbereich (INF) ebenso wie radikale Reduzierungen bei den strategischen Raketen zu riskant wären. Ein Unterschied zur französischen Haltung besteht allerdings darin, daß Bonn als Prämisse zu seinen Kurzstrecken-Wünschen eine INF-Zwischenlösung auf der Basis Null zu Null in Europa bejaht, während Paris ernste Bedenken dagegen geäußert hat (WELT v. 25./26.10.).

Für Kohl war das keine Überraschung, denn er weiß, daß die französischen Nuklearwaffen nach den strategischen Planungen in Paris der Ergänzung durch US-Mittelstreckenwaffen bedürfen. Deshalb hatten sich Kohl und Außenminister Genscher in Washington sehr für eine Einbeziehung der Franzosen in die Verhandlungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten über Abrüstung im konventionellen Bereich eingesetzt. Die Amerikaner würden diese Verhandlungen am liebsten von Bündnis zu Bündnis führen. Dagegen hat Paris Bedenken, weil seine Beteiligung als eine Re-Integration in die militärische NATO-Organisation mißverstanden werden könnte. Deshalb würden die Franzosen die KSZE als Verhandlungsrahmen vorziehen.

Kohl und Genscher haben nun als Kompromiß ein Modell entwickelt, das unter dem KSZE-Dach besondere Arbeitsgruppen für konventionelle Abrüstungsverhandlungen vom Atlantik bis zum Ural vorsieht und somit Frankreich die Teilnahme ermöglicht, andererseits aber auch die gesonderte Behandlung bündnisspezifischer Probleme gestattet.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schlimmer Präzedenzfall

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Ausschluß Südafrikas von der in Genf tagenden Weltkonferenz des Roten Kreuzes ist ein absurdes Ereignis. Auf Antrag Kenias hat eine überwältigende Mehrheit, bestehend aus Ländern der dritten Welt und (wie könnte es anders sein) der Sowjetunion samt ihren Vasallen, dem „Apartheid-Regime" den Stuhl vor die Tür gesetzt. Der nächste Schritt müßte dann sein, jegliche Zusammenarbeit mit Südafrika auf dem Gebiet der Rot-Kreuz-Tätigkeit – und das heißt: der humanitären Hilfe – überhaupt einzustellen. Die Verweigerung der Lieferung von Medikamenten, Decken, Zelten, Kinderbetten und Kleidungsstücken für etwaige Bürgerkriegs- oder Katastrophenopfer wäre somit die höchste Form der „Sanktionen" gegen eine Regierung, deren Innenpolitik von einer Mehrheit der übrigen Staaten mißbilligt wird.

Allerdings – Opfer des Rot-Kreuz-Boykotts dürfte weniger Südafrikas weiße Bevölkerung, als vielmehr die Farbigen – und hier wieder vor allem die schwarze Unterschicht – werden. Die meisten weißen Südafrikaner können selbst im schlimmsten Fall ohne Liebesgaben auskommen – die Schwarzen vielleicht nicht. Hier wird also, ob aus Absicht oder Unachtsamkeit, derjenige durch Sanktionen getroffen, dem sie eigentlich doch zugute kommen sollten. Oder hat man auch hier nach Lenins altbekanntem Lehrsatz gehandelt: „Je schlimmer desto besser"?

Entscheidend aber ist die traurige Tatsache, daß durch die Genfer Abstimmung die Idee des Roten Kreuzes, wie sie der Schweizer Henri Dunant uns überlieferte, pervertiert wird. Denn das Rote Kreuz soll allen Opfern von Kriegen, Konflikten und Unglücksfällen helfen – ohne Rücksicht darauf, ob sie für eine „gute" oder eine „böse" Sache eintreten. Weder das Deutschland Hitlers wurde aus dem Roten Kreuz ausgeschlossen, noch wäre es klug und sinnvoll, die Sowjets wegen ihrer Intervention in Afghanistan aus dieser Organisation zu bannen. Irgendwo muß es – auch in der schlimmsten Feindschaft – eine Brücke der Menschlichkeit geben. Indem sie diese Brücke zerstörten, haben die Genfer Rausschmeißer einen für alle schlimmen Präzedenzfall geschaffen.

Lappas' Bückware

Von Dankwart Guratzsch

Jenes Paket Neue-Heimat-Anteile, das weniger als eine Mark wert ist, aber von der hessischen Landesregierung mit 265 Millionen Mark aufgewogen wird, die sich das rot-grüne Kabinett aus den Taschen der Steuerzahler holt – es nimmt immer mehr den Charakter einer „Bückware" an, die möglichst unauffällig unter dem Ladentisch den Besitzer wechselt. Nicht etwa, weil die Konditionen besonders günstig sind, sondern weil dem Handel etwas Anrüchiges anhaftet.

Ganz so einwandfrei, wie die Regierung behauptet, scheint die Ware nämlich nicht zu sein. Auf der Gesellschaft lasten Milliarden Schulden, sie braucht als erstes eine Kapitalerhöhung, und die „Attraktivität" der Wohnungen ist so groß, daß Hunderte von ihnen leerstehen. Wie die Regierung den Zustand der Immobilie, für die sie die Steuergelder hinblättern will, selbst einschätzt, das zeigt am besten ihr eiliger Beschluß, kurz vor dem Kauf die Mieten der Sozialwohnungen in Hessen noch schnell zu senken – offensichtlich, damit nicht noch mehr Mieter die „Sozialbindung" ihrerseits aufkündigen, bevor das Geschäft unter Dach und Fach ist.

Geschäft – aber für wen? Der Kaufpreis wird an die Gewerschaftsholding BGAG bezahlt. Chef: Alfons Lappas. Derselbe Lappas soll nach neusten Recherchen des Hessischen Rundfunks und des „Spiegel" beim Bau seines Hauses in Friedrichsdorf bei Bad Homburg von der Neuen Heimat Preisabschläge in Höhe von mehreren hunderttausend Mark erhalten haben. Dies, so meinen die Kommentatoren, sei auch der Grund gewesen, weshalb er vor dem Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß in Bonn die Aussage verweigert habe.

Das wirft die Frage auf, wie „heiß" die Bückware ist, die in Hessen den Besitzer wechselt. Auch wenn die mutmaßlichen Begünstigungen, die Lappas beim Hausbau von der Neuen Heimat erhalten hat, mit Albert Vietor ausgehandelt worden sind – welche Rolle hat dabei die Neue Heimat Südwest gespielt? Wird sie jetzt so schnell und für soviel Geld in die fürsorgliche Obhut der befreundeten rot-grünen Regierung von Hessen übernommen, damit die Einzelheiten solcher Geschäfte im Dunklen bleiben?

Sowjet-Frieden in der Kirche

Von Michael Jach

Was ist ein Schirmherr? Einer, der Veranstaltungen und öffentlichen Äußerungen Dritter kraft der Achtbarkeit seines Namens und/oder Amtes ein Qualitätsprädikat verleiht. Womit die so Beschirmten erhaben scheinen über Zweifel an ihrer attestierten Qualität.

Herbert Schmalstieg, SPD-Oberbürgermeister von Hannover, lieh seinen Schirm zum Wochenende der „Zentralveranstaltung" der internationalen „Christlichen Friedenskonferenz" (CFK) im Gemeindehaus einer Hannoverschen evangelischen Kirche anläßlich des „Jahres des Friedens 1986" der UNO. Womit die CFK sich wohlbeschirmt fand gegen den Hinweis des niedersächsischen Kultusministers Georg-Berndt Oschatz (CDU), daß die Konferenz unter Anleitung der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU tätig sei, um „christliche Kreise im Sinne der außenpolitischen Vorstellungen der Sowjetunion" zu beeinflussen. Dies je nach Bedarf: Vorgestern gegen die Aufstellung der Bundeswehr, gestern gegen die NATO-Nachrüstung, heute gegen das amerikanische SDI-Programm.

Da leistet „Frieden" als Beschwörungsformel erprobtermaßen treffliche Dienste – solange niemand nach dem Inhalt der Worthülse fragt. Herbert Schmalstieg fragte nicht, sondern gab sich vorbildlich als einer, der „jenseits der Feindbilder denkt". Wie schön. Exakt jenseits des Bildes vom selbsterklärten Feind freiheitlicher Lebensordnung füllt sich die Formel „Frieden" unversehens mit verändertem Inhalt. In Moskau, so lehrte in Hannover der Theologieprofessor Walter Kreck (Bonn), äußere sich schließlich ernsthafter Abrüstungswille, wohingegen der Westen sich drehe und winde. „Da sollten wir als Christen doch unsere Vorurteile über Bord werfen."

Besser läßt sich das Einflußziel der „Christlichen Friedenskonferenz" nicht ausdrücken. Die Evangelische Kirche in Deutschland übrigens hat bereits über Bord geworfen. Sie reicherte die Runde mit einem Oberkirchenrat an, der sinnigerweise die kirchenamtliche „öffentliche Verantwortung" repräsentiert. Fraglich bleibt einmal mehr, ob diese Polit-Eskapaden der Kirche nicht politisch andersdenkende Gläubige drängt, ihrerseits von Bord zu gehen.



„Sowjetspione im UNO-Personal? Absurd!" MORAN / THE MIAMI HERALD

Enger mit Frankreich

Von Paul Reitze

Staatspräsident Mitterrand will sich während des heute beginnenden zweitägigen deutsch-französischen Kulturgipfels in Frankfurt die Zeit für einen Besuch von Goethes Geburtshaus am Hirschgraben nehmen. Vielleicht zitiert dann auch in aufgeräumter Stimmung ein Begleiter aus dem „Faust" die Doppelzeile: „Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzen leiden, doch ihre Weine trinkt er gern." Er könnte schließlich noch den jungen Goethe bemühen, der in Straßburg sein vollmundiges Lob Shakespeares mit einer Attacke auf die klassische Literatur des Nachbarlandes konterkarierte: „Französchen, was willst du mit der griechischen Rüstung, sie ist dir zu groß und zu schwer." Schlaglichtartig würde damit deutlich, wieviel sich geändert hat – und zwar nicht in einem Prozeß über Jahrhunderte hinweg; Goethes Bilder sind ja noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts gern bemüht worden.

Zwischen Kommunen beider Länder gibt es mittlerweile mehr als tausend Partnerschaften, und Baden-Württemberg hat sogar mit der Region Rhône-Alpes eine solche grenzübergreifende Vereinbarung getroffen. Am Jugendaustausch, der seit dreiundzwanzig Jahren vertraglich geregelt ist, haben mehr als vier Millionen teilgenommen. Nicht nur große Firmengruppen wie VW und Renault legen darauf Wert, daß begabte Lehrlinge regelmäßig zusammentreffen. Auch wer in einem kleinen oder mittleren Betrieb seine berufliche Ausbildung absolviert, kann im anderen Land für einige Zeit seinen Horizont erweitern.

Im Hochschulbereich ist die Situation allerdings nicht so gut, wie sie es sein könnte. Die meisten deutschen Studenten zieht es in die angelsächsische Welt, wenn sie denn überhaupt Auslandsstipendien nutzen. Aber auch hier hat sich einiges getan. Baden-Württemberg, das über die längste Grenze mit Frankreich verfügt, hat vierzig Hochschulpartnerschaften initiiert. Am engsten hat sich dabei die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Karlsruhe und Straßburg gestaltet; geplant ist hier ein gemeinsames Institut für Automation und Robotik. Auch die Grenzregionen Saarland und Lothringen wachsen hochschulpolitisch zusammen. Einzelne Studiengänge – etwa Geographie – sind hier mittlerweile verzahnt. Alle Studenten dieses Raumes bekommen seit kurzem einen hüben wie drüben gültigen Ausweis, der zum Besuch von Lehrveranstaltungen, Bibliotheken und Mensen berechtigt.

Aus der „Erbfeindschaft" ist, wie es sich der erste deutsche Nachkriegsbotschafter in Paris, Wilhelm Hausenstein, gewünscht hat, sozusagen eine Erbfreundschaft geworden. Der Frankfurter Gipfel verfügt somit über eine gediegene Basis. Er ist, nach anfänglichen Schwierigkeiten, die mit dem Regierungswechsel in Frankreich und Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern zusammenhingen, in monatelangen Vorgesprächen gut vorbereitet worden. Eine Reihe von Absprachen ist unterschriftsreif.

In den grenznahen Gebieten von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland wurde schon bisher bereits Grundschülern Französisch angeboten. Paris ließ sich dafür gewinnen, trotz der – von Frankreich wohl etwas zu delikat eingeschätzten – Frage Elsaß-Lothringen auf diesem Felde weitere Schritte zu unternehmen. Mit anderen Worten: Im Elsaß und in Lothringen wird die in den letzten Jahren bedrängte Position des Deutschen gestärkt werden.

Beide Staaten wollen generell die Mindestgrößen für den Unterricht in der jeweils anderen Sprache herabsetzen. Hier hatte vor allem Frankreich in den letzten Jahren gesündigt, als es für Spanisch mindestens acht, für Deutsch aber mindestens fünfzehn Schüler vorschrieb. Gefordert wird indes auch beispielsweise Schleswig-Holstein sein, das Französisch als erste Fremdsprache nicht anbietet. Wichtig ist schließlich, daß die deutsch-französischen Beziehungen verbindlich Unterrichtsgegenstand werden sollen.



Seit damals hat sich viel geändert: Goethes Geburtshaus FOTO: DPA

Daß die Hochschulen angehalten werden, in breiterem Umfang als bisher Französisch auch für Nichtphilologen einzuführen, ist gleichfalls ein Schritt in die Richtung einer verbesserten Partnerschaft. Eine Anregung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, des Romanisten Professor Theodor Berchem, sollte von den Regierungschefs noch aufgegriffen werden: Er möchte in einigen Studiengängen das Erlernen einer modernen Fremdsprache zum obligatorischen Bestandteil machen – was vor allem dem Französischen zugute käme.

Das eigentliche Ziel, den Studentenaustausch zu intensivieren, wird dadurch freilich noch nicht nachdrücklich genug gefördert. Helmut Kohl und François Mitterrand sind, nach ersten Informationen aus Bonn und Paris, offenbar entschlossen, hier ein deutliches Signal zu geben. Vorbereitet wird anscheinend ein Notenwechsel, der auf die Notwendigkeit verweist, Studienzeiten im jeweils anderen Land großzügiger als bisher anzuerkennen. Es wird die Schaffung einer zentralen Institution erwogen, die Details regeln könnte.

Und die Kultur im engeren Sinne? Gemeinsame Ausstellungen, Festspiele, ein Übersetzerpreis sollen Impulse dafür geben, daß „echte deutsche Männer" und „Franzen" zukünftig über das Weinglas hinausblicken. Freilich stößt der Staat hier bald an seine Grenzen. Wo sind die Schriftsteller und Philosophen, die, wie einst Albert Schweitzer oder René Schickele, die besten Traditionen beider Länder buchstäblich verkörpert haben? Zu hoffen ist, daß die Jugend, die sich in Schule und Hochschule näher kommt, Energien für einen Brückenbau auch im Geistigen entwickelt.

IM GESPRÄCH G. Gerassimow

Kopiert die Amerikaner

Von Rose-Marie Borngäßer

Einen Eindruck von Gennadij Iwanowitsch Gerassimow (Jahrgang 1933), dem offiziellen Sprachrohr des Kreml, hat nun auch die internationale Presse auf dem Gipfel von Reykjavik erhalten. Dort moderierte er die sowjetischen Pressegespräche.

Seit knapp einem halben Jahr, nachdem der Poltergeist und Parteisprecher Leonid Samjatin als Sowjetbotschafter nach London versetzt und Gerassimows unmittelbarer Vorgänger Wladimir Lomeiko zum Botschafter mit besonderen Aufgaben ernannt wurde, zieht der Russe Gerassimow alle verbalen Register als Leiter der „Hauptverwaltung Information" beim MID, dem sowjetischen Außenministerium. Sowjetische Politik zu verkaufen ist ein Geschäft, bei dem er so wenig mitteilsam wie möglich auftritt. Da unter dem neuen Stil von Gorbatschow der Dialog und die Konfrontation sich nur noch unmittelbar zwischen der UdSSR und den USA abzuspielen scheinen, versucht man den Informationsstil im Weißen Haus nachzumachen.

Bis zu vier-, ja auch fünfmal in der Woche läßt Gerassimow die in Moskau akkreditierten Journalisten zu Pressekonferenzen antanzen. Er spricht dann süffisant von „meinem Kollegen Speakes, zu dessen Ausführungen auch wir etwas zu sagen haben, nämlich ..." Dann verabreicht er den anwesenden Journalisten in freier Rede die ideologischen Stanzformeln der Sowjetpolitik. Das allerdings macht Gerassimow ausgezeichnet.

Seine Polemik hält sich in Grenzen. Und ohne die geringste Anstrengung scheint er stets bereit, sein journalistisches Gegenüber, besonders das westliche, bei Fragen ironisch anzublicken und die Lippen zu einem flotten Spruch zu spitzen. Zwar nuschelt er bei seinen Antworten ein bißchen, so daß selbst Slawisten Mühe haben, ihn zu verstehen. Doch das wird sich noch legen. Gerassimow hat Gespür, ist mobil, auch schlagfertig.



Nuschelt, aber relativ flott: Gerassimow FOTO: AP

Schließlich ist er ein wendiger Mann und hat eine abwechslungsreiche Karriere hinter sich. Nach dem Besuch der Moskauer Hochschule für internationale Beziehungen stürzte er sich ins Pressewesen. Er begann 1955 bei der vom sowjetischen Außenministerium gelenkten Wochenzeitschrift „Nowoje Wremja", wechselte dann zum Gewerkschaftsorgan „Trud", um dann beim ideologischen Journal „Probleme des Friedens und des Sozialismus" zu landen.

In den sechziger Jahren war Gerassimow in der Propaganda-Abteilung des ZK sowie bei der Agentur Nowosti tätig. Für Nowosti ging er bis 1978 als Korrespondent in die USA. Zuletzt, vor seiner Ernennung als Sprecher des Außenministeriums, war Gerassimow Chefredakteur der Wochenzeitung „Moskowskije Nowosti". Sein Amerika-Aufenthalt dürfte ihm von besonderem Nutzen sein; er spricht sehr gut englisch und vermag in dieser Sprache gewandt aus dem Stand zu antworten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Bruch Britanniens mit Syrien stand im Mittelpunkt des Interesses:

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Die Verstrickung des Regimes in Damaskus in den Terrorismus ist längst ein offenes Geheimnis. Doch den von Moskau gehätschelten Assad so an den Pranger zu stellen, wie es nun die Regierung Thatcher tut, hätte noch kein Land den Mut.

RHEINPFALZ

London hat sich zu dem schwerwiegenden Schritt des Bruchs mit Syrien gewiß nicht ohne ausreichenden Grund entschieden. Die Beteuerungen Assads, sein Regime habe mit dem Terrorismus nichts zu tun, bedürfen stichhaltiger Beweise. Und solange die nicht erbracht sind, sollten Großbritanniens Freunde in Europa und anderswo die Briten jetzt nicht im Regen stehen lassen. (Ludwigshafen)

THE OBSERVER

War es eine Operation von Einzelgängern in einem beinahe autonomen Geheimdienst? War Präsident Assad eingeweiht? Falls nicht, warum nicht? In der byzantinischen Welt der syrischen Politik ist es möglich, daß jemand versuchte, einen Krieg mit Israel zu provozieren, der Assad stürzen würde. (London)

BERLINER MORGENPOST

Libyens irrlichternder Diktator Khadhafi hat sich den Ruf eines Schirmherrn der Terroristen redlich verdient. Doch er war nie der einzige, nicht einmal der bedeutendste. Seit langem gab es Indizien, daß auch Syriens Geheimdienst im Terrorgeschäft eine führende Rolle spielt. Weil aber das Regime des Präsidenten Hafis Assad machtpolitisch in eine andere Klasse gehört als Khadhafis Wüstenstaat, haben die Opfer lange gezögert, die Dinge beim Namen zu nennen. Das hat sich nun geändert.

SUNDAY TELEGRAPH

In den letzten Jahren hat der Westen es vorgezogen, die Beweise für Syriens Verwicklung in den Terrorismus zu ignorieren. Dies führte Präsident Assad dazu zu glauben, daß er sich auf die Furcht seiner Gegner verlassen konnte. Dann kam Hindawi. Der Hindawi-Fall ist die endgültige Demonstration des Bankrotts der Beschwichtigungspolitik. Es besteht die dringende Notwendigkeit, daß die westlichen Alliierten zusammenarbeiten. (London)

ПРАВДА

Über Syrien verdichten sich bedrohliche Wolken. Die Erpressungs- und Bedrohungskampagne gegen dieses arabische Land hat sich stark erhitzt. Die Regierung Großbritanniens hat die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und eine Reihe anderer unfreundlicher Maßnahmen unternommen ... Dabei hat die britische Regierung weder Syrien noch der internationalen Öffentlichkeit irgendwelche Beweise vorgelegt und die kategorischen Dementis Damaskus' einfach ignoriert. (Moskau)

Kämpfen für die Comandantes, nicht für den Rechtsstaat

Eine seltsame Verweigerer-Entscheidung in Ulm – Fortsetzung folgt heute / Von Werner Kahl

Seit einigen Jahren zieht es junge Deutsche einzeln wie auch in Gruppen in Krisengebiete Mittelamerikas. Ein Informationsbüro im Ruhrgebiet vermittelt Interessenten sogar zum Arbeitsdienst nach Nicaragua. Die Reisenden nennen sich heute Brigadisten, eine modische Bezeichnung für sozialistische Fremdenlegionäre.

Im Fernsehen und in Vorträgen wird verstärkt für „Aufbauarbeit" an der Duschungelfront geworben. Dabei werden auch die Gefahren nicht verschwiegen. Buschmesser und Spaten würden sofort beiseite gelegt und man greife zur Maschinenpistole, wenn eine „besondere Gefahrensituation" eintritt – so der allgemeine Tenor.

„Im Ernstfall hätten wir nicht nur Warnschüsse abgegeben, sondern auch scharf geschossen", wurde der Ulmer Schreiner Joachim Schraivogel, einer der Brigadisten, jüngst im „Spiegel" zitiert.

Das Bekenntnis des engagierten früheren Marschierers in der „Friedensbewegung" wirkt auf die heimatlichen Behörden befremdend. Denn seine Bereitschaft, einen Angreifer notfalls mit der Waffe abzuwehren, gilt nur in Übersee. In der Heimat pocht er wie andere Brigadisten seit Jahren auf den Status des anerkannten Kriegsdienstverweigerers.

Nicaragua ja, aber die Bundeswehr sei keine Verteidigungsarmee – das mag eine politische Überzeugung sein, wie immer man sie einschätzt; aber der Bundesbeauftragte für Zivildienst, Peter Hintze, vermag daraus einen Anspruch, auf Grund dieser persönlichen Haltung als Wehrdienstverweigerer anerkannt zu werden, nicht abzuleiten. Wenn einer bereit sei, mit der Waffe ein ausländisches Dorf zu schützen, könne ihm durchaus zugemutet werden, die demokratische Gemeinschaft seiner deutschen Heimat zu verteidigen. Das ist Hintzes Ansicht, und er will zu ihrer Klärung notfalls bis zur letzten Instanz gehen.

Schraivogel hielt sich im vergangenen Jahr drei Monate mit anderen deutschen Freiwilligen in Nicaragua auf. Die Deutschen wurden zum Bau von Trinkwasserspeichern im Pantasma-Tal eingesetzt. Das Dorf Loma Alta, in dem die Unterkünfte waren, liegt etwa fünfzig Kilometer von der Grenze zu Honduras entfernt. In der Grenzregion ist es seit Beginn der achtziger Jahre immer wieder zu Kampfhandlungen gekommen.

In den bewaffneten Einheiten, die dort das kommunistische Sandinisten-Regime „verteidigen", leisten zahlreiche Ausländer Dienst, die sich als Mitglieder einer internationalen Brigade verstehen.

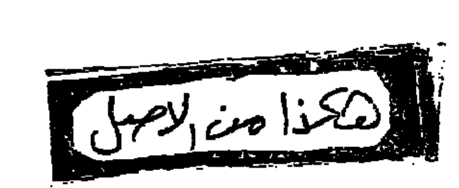
Mit Schraivogel hielt sich auch der Deutsche Willy Manz in der gefährlichen Gegend auf. Er muß sich ebenfalls erneut einem Prüfungsausschuß stellen, der am heutigen Montag entscheidet. Den Prüfern liegen ebenso wie im Fall Schraivogel Publikationen vor, wonach auch Manz in der Grenzregion zur Waffe gegriffen habe. „Nach langen Diskussionen" seien sie mit einer Maschinenpistole, dem sowjetischen Modell Kalaschnikow, auf Wache gezogen. Bereits im Sommer dieses Jahres berichteten mehrere Verweigerer aus der Bundesrepublik im Fernsehmagazin „Report", wie sie in Nicaragua mit der Maschinenwaffe Wache schoben: „Wir haben eine ganz kleine, kurze Unterrichtung in der Handhabung bekommen." Faktisch waren sie durch ihren Einsatz mit der Waffe im Krisengebiet mit kriegerischen Handlungen Kombattanten.

Ein solcher Aufbaueinsatz unter diesen Verhältnissen kostete bekanntlich den Deutschen Bernd Koberstein das Leben. Das DKP-Mitglied war in Nicaragua am Bau einer Druckerei beteiligt. Bei einem Kampf zwischen Contras und Sandinisten befand er sich in einer bewaffneten Einheit sandinistischer Anhänger.

Die linke alternative „Tageszeitung" („taz"), die in den vergangenen Jahren zu Spenden für „Waffen für Salvador" und für ähnliche politische Vorhaben aufrief, widmete denn auch dem ersten der anstehenden Verweigerer-Überprüfungsverfahren hohe Aufmerksamkeit. Mit einer Schlagzeile würde in der vergangenen Woche die Entscheidung eines Prüfungsausschusses beim Kreiswehrersatzamt Ulm im Fall Schraivogel begrüßt, als handele es sich bereits um einen abschließenden Musterprozeß.

Im Ulmer KDV-(Kriegsdienstverweigerungs-)Ausschuß hatten es sich die Prüfer nicht leicht gemacht. Sechs Stunden wurden Argumente vorgetragen, Gegenargumente zu Schraivogels „Tätigkeit als Brigadist in Nicaragua", so das Vorladungsschreiben, angehört. Der Ausschuß kam schließlich zu der Auffassung, Waffentragen in Nicaragua sei nicht vergleichbar mit Dienst in der Bundeswehr. Die Prüfer ließen auch nicht den Einwand gelten, für einen Verweigerer könne höchstens das „Du-oder-ich-Moment" als Notwehrsituation berücksichtigt werden.

In dem Fall, der hier zur Entscheidung anstand, hatte sich Schraivogel in der bereits bewaffneten nicaraguanischen Dorfgemeinschaft ebenfalls an der Waffe ausbilden lassen. Die Rechtsprechung wird definieren müssen, was in diesem Fall Gewissen heißt.



Assisi – für einen Tag die Hauptstadt des Friedens

Ein Zeichen soll gesetzt werden: Hohe und höchste Vertreter von zwölf Religionen aus aller Welt beten heute mit dem Papst in Assisi für den Frieden. Ein Treffen ohne Beispiel. Ein Tag, an dem überall die Waffen ruhen sollen. Nicht überall aber findet dieser Appell Gehör.

Von FRIEDRICH MEICHSNER

In der Krypta predigt ein englischer Bischof am Grab des heiligen Franz. Seine aufmerksamsten Zuhörer sind Jugendliche, von denen sich manche auf dem nackten Boden niedergelassen haben. Hinter ihnen kommen Pilger und Touristen die steile Treppe herab, verharren kurz und steigen dann wieder empor zur Unterkirche. Eine alte italienische Frau, dem Aussehen nach vielleicht eine Bäuerin, quält sich auf Knien die Treppe hoch. Kaum fünfzig Meter weiter, oben vor der Oberkirche, beten ein buddhistischer Mönch zum Klang seiner Gebetstrommel und zwei katholische Frauen, die neben ihm vor einem mitgebrachten Kruzifix auf dem Rasen knien. – Assisi am Vorabend des Weltgebetstages für den Frieden.

In den engen, steilen Gassen der Stadt am Hang des Monte Subasio sind sie gestern alle zusammengeströmt, die Repräsentanten der Weltreligionen: neben Kardinälen und Bischöfen der römisch-katholischen Kirche buddhistische Mönche, orthodoxe Patriarchen und Metropoliten, protestantische Pastoren, jüdische Rabbiner, muselmanische Scheichs, hinduistische Gurus und sogar „Medizinmänner" aus dem afrikanischen Busch.

Heute wird der Papst aus dem benachbarten Perugia, wo er übers Wochenende eine Pastoralvisite machte, zu ihnen stoßen. Assisi wird dann für einen Tag religiöse Welthauptstadt sein. Dem Gebet für den Frieden ist dieses in der Geschichte bisher beispiellose Treffen gewidmet. Zu den Religionsvertretern, die der Einladung Johannes Pauls II. Folge geleistet haben, gehören der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Emilio Castro, der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, der seit der Besetzung Tibets durch Rotchina im indischen Exil lebende Dalai Lama, der römische Oberrabbiner Elio Toass, Metropolit Filarete von Kiew als Repräsentant der russisch-orthodoxen Kirche, der Präsident der japanischen „Shrin Shinto Association", Munewoshi Tokuwaga, und neben islamischen Würdenträgern aus Marokko, Pakistan, Indien, der Türkei, der Elfenbeinküste, Kenia, Saudi-Arabien, Moçambique und aus Bangladesch auch – mit ausdrücklicher Zustimmung Muammar el-Khadhafis – ein Vertreter der libyschen Mohammedaner.

Sie alle wollen heute einen Tag lang für den Frieden in der Welt beten. Es wird dies zwar kein gemeinsames Gebet sein, denn dafür sind die religiösen Unterschiede viel zu groß. Aber man wird nach der vom Papst gefundenen Formel „zusammensein, um zu beten" – jeder für sich, zunächst sogar räumlich getrennt in verschiedenen Kirchen und Sälen in Assisi (die Juden unter freiem Himmel), dann alle gemeinsam und sich gegenseitig zuhörend auf dem Platz vor der Unterkirche, in deren Krypta die sterblichen Überreste jenes Friedensheiligen liegen, der Assisi in der ganzen Welt berühmt gemacht hat.

Nach dem Wunsch des Papstes sollen an diesem Gebetstag in der ganzen Welt für 24 Stunden die Waffen ruhen, soll, ähnlich wie gelegentlich im Mittelalter, „Gottesfrieden" herrschen. Der über die vatikanische Diplomatie und die örtlichen katholischen Bischofs-Konferenzen an alle Regierungen der Welt, an Guerrilla-Organisationen und sogar an Terroristen gerichtete Waffenruhe-Appell Johannes Pauls II. hat ein weithin positives, wenn auch kein einstimmiges Echo gefunden.

Sechs sogenannte Befreiungsorganisationen haben bisher diese eintägige Waffenruhe zugesagt: Die „Patriotische Front Manuel Rodriguez" in Chile, die kambodschanische Widerstandsbewegung des Prinzen Sihanouk, die „Revolutionäre Armee" Kolumbiens (FARC), die „Demokratische Front" Nicaraguas, die zu den „Contras" gehört, die „Tiger der Befreiung" der Tamilen in Sri Lanka sowie die Polisario-Front in Süd-Marokko. Die IRA will die Waffen unter der Bedingung ruhen lassen, daß auch die englischen Truppen in Nordirland an diesem Tag nicht in Aktion treten. In Libanon versprachen die christlichen Milizen und die Schiiten Nabih Berris die Waffenruhe.

Ohne Antwort blieb der päpstliche Appell bisher von seiten der kommunistischen Rebellen auf den Philippinen, der vietnamesischen Besatzungsarmee in Kambodscha und aus Moskau im Blick auf Afghanistan. Auch die Regierungen Irans und Iraks haben keine feste Zusage gegeben, heute die Waffen schweigen zu lassen. Ausdrückliche Absagen kamen von der baskischen ETA, von den Mudschahedin in Afghanistan sowie von den antikommunistischen Aufständischen in Moçambique und Angola.

Im Vatikan ist man darüber enttäuscht, aber keineswegs entmutigt. Niemand hatte hier erwartet, daß mit dem 27. Oktober 1986 der allgemeine Weltfrieden *einziehen* werde. Zu allerletzt der Papst selbst. Bei der Ankündigung seiner Initiative am 4. Oktober in Lyon hatte er lediglich von einem Zeichen gesprochen, das er setzen wolle. Es in politische Aktionen umzusetzen, übersteigt die Möglichkeiten der hier versammelten Vertreter von zwölf großen Religionsgemeinschaften der Welt, von denen allein die 1,5 Milliarden Christen durch Repräsentanten von 33 verschiedenen Kirchen, Denominationen und Gruppen vertreten sind.

Ausdrücklich hat der Papst den rein religiösen Charakter dieses Treffens von Assisi unterstrichen. Mit seinem gleichzeitigen Waffenruhe-Appell hat er dann freilich auch einen praktisch-politischen Akzent gesetzt und indirekt Fragen aufgeworfen, auf die eine Antwort schwerfällt.

Die erste dieser Fragen wurde von einer italienischen Zeitung dieser Tage mit den Worten umschrieben, ob der Frieden, für den man in Assisi betet, derselbe sei, für den seit Jahren – und zuletzt erst wieder am vergangenen Samstag in Rom – immer wieder rot-grüne, auch von links-katholischen Kräften verstärkte „Einweg-Pazifisten" in den Großstädten der westlichen Welt demonstrieren.

Die zweite dieser Fragen lautet: Sind Religionen überhaupt grundsätzlich jene herausragenden Faktoren des Friedens, als die sie sich heute in Assisi selbst darstellen? Auch wenn man die Geschichte mit ihren blutigen Religionskriegen einmal ganz beiseite läßt und sich nur auf die Gegenwart konzentriert, gibt es darüber sehr unterschiedliche Meinungen. So hat beispielsweise eine kürzliche Umfrage ergeben, daß 47 Prozent der Franzosen Religionen generell eher als kriegerisch denn als friedfertig einschätzen. Nach Ansicht der Mehrheit der befragten Menschen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem der Islam eine zum Krieg treibende Kraft. Aber auch die jüdische Religion wird von starken Minderheiten beider Länder als kriegerisch gesehen, während in Israel 25 Prozent der Befragten den Katholizismus in Zusammenhang mit dem Wort Krieg bringen.

Treffpunkt der Religionen: Die Basilika des heiligen Franz in Assisi FOTO: AP

Bisher sind Friedens- und Waffenruhe-Appelle immer wieder ergebnislos verhallt. 1914 rief Benedikt XV. die kriegführenden Parteien des Ersten Weltkrieges vergeblich zu einer weihnachtlichen Waffenruhe auf, und Paul VI. hatte Weihnachten 1972 mit einem ähnlichen Appell im Blick auf Vietnam nicht mehr Erfolg. Die Friedensbotschaft Johannes Pauls II. bei seinem Irland-Besuch im Jahre 1979 blieb ebenso in den Wind gesprochen wie seine Versöhnungs-Aufrufe in Lateinamerika.

Die Suggestivkraft der Bilder von Assisi kann sicherlich nicht von einem Tag zum anderen die Welt verändern. Nach den Vorstellungen Johannes Pauls II. und seiner über 200 Mitbeter aber soll Assisi trotz allem ein Zeichen setzen.



Lockeres aus dem Norden: Die F.D.P. kommt dem Wähler zoologisch, Dohnanyis SPD sieht sich volksnah, die GAL bedrängt die Männerwelt FOTOS: CHRISTA KUJATH

Mit Bär und Pappnase ins Gefecht

Wer die Gunst des Wählers sucht, braucht erst mal seine Aufmerksamkeit. In Hamburg sorgen dafür in diesen Tagen Plakate, die ein wenig aus dem Rahmen fallen.

Von UWE BAHNSEN

In der Freien und Hansestadt Hamburg droht dem maskulinen Teil der Einwohnerschaft, gleich welcher politischen Couleur, nach der Bürgerschaftswahl des 9. November Fürchterliches. Angesagt ist der „Einbruch in die Männerwelt". Diesem Vorhaben will sich die Frauenriege der Grün-Alternativen Liste (GAL) widmen, die von der Dozentin Christina Kukielka angeführt wird und derzeit auf äußerst unkonventionelle Weise von sich reden macht. Den „Einbruch in die Männerwelt" signalisiert ein Wahlplakat, auf dem ein nackter Männerkörper an der dafür unterhalb der Gürtellinie anatomisch geeigneten Stelle Pappnase, Brille und Schnauzbart trägt.

Was das in der praktischen Politik bedeuten soll, hat eine der 30 GAL-Kandidatinnen, die Psychologin Adrienne Göhler, mit schöner Deutlichkeit formuliert: Es sei ein Signal „für das Ende unserer Bescheidenheit", für die „Umsetzung radikal-demokratischer Ansprüche in allen gesellschaftlichen Bereichen". Auch hat Frau Göhler erkannt: „Ein bißchen Größenwahn steht jeder Frau." Dieser Größenwahn sei auch dringend notwendig – „gegen den Machbarkeitswahn der Männer, der Atomtechnologen, der Strahlenkommissare, der Genmanipulierer, der Wissenschaftsgläubiger". Das Fazit zog die GAL-Dame mit der selbstbewußten Feststellung, die Frauenliste sei die „zarteste, nein heißeste Versuchung, seit es Parlamente gibt".

Wahlkämpfe haben sich bislang in Hamburg nicht gerade durch eine überschäumende Kreativität ausgezeichnet. Die Plakate der Parteien waren eher betulich-solide, eben „gediegen", wie man das im Norden nennt. Im derzeitigen Kampf um die Gunst der Wähler allerdings ist das anders, psychologisch aggressiver. Ein Indiz dafür sind nicht nur die GAL-Tafeln mit dem nackten Mann, sondern auch die Plakatmotive, mit denen die FDP sich ins Gespräch oder – angesichts achtjähriger Abwesenheit aus dem Rathaus – in Erinnerung bringen will.

Die Freien Demokraten kommen dem Wähler zoologisch. Unter der einheitlichen Schlagzeile „Damit in Hamburg nicht wieder alles beim alten bleibt..." präsentiert „Hamburgs F.D.P." eine Auswahl von Getier, das als Synonym für Lethargie und Blödigkeit herhalten muß: vor sich hin dösende Nilpferde, der Bär, der alle viere hängen läßt, Schafe im Pferch. Die freidemokratischen Wahlkämpfer um den Rechtsprofessor Ingo von Münch haben allerdings inzwischen erfahren müssen, daß diese Art der Wähleransprache nicht ohne Risiken ist, weil sie dem politischen Gegner unverhoffte Möglichkeiten eröffnet, den Liberalen eins auszuwischen. Vorexerziert hat das zum Beispiel der Bonner Spitzengenosse Hans-Jochen Vogel auf einer SPD-Veranstaltung im Bezirk Wandsbek, als er seinem handverlesenen Publikum aus dem dortigen Mittelstand erklärte: „Was die FDP von Ihnen, meine Damen und Herren, hält, hat sie ja auf dem Plakat mit den Schafen hinreichend deutlich gemacht."

Derlei Argumente, die auch von der CDU nicht verschmäht werden, treffen die FDP deshalb empfindlich, weil die Freien Demokraten sich in diesem Wahlkampf ganz besonders um den Mittelstand bemühen und insbesondere zu diesem Zweck ihren Bundesvorsitzenden, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, aufgeboten haben.

Bislang haben die Freien Demokraten in der Hansestadt sorgfältig jede Art von Koalitionsaussage vermieden. Sie tun sich demzufolge schwer bei der Frage, weshalb der Wähler die FDP wieder ins Rathaus zurückkehren lassen soll, nur damit dort eine dritte Oppositionspartei Platz nimmt. Vor sich hin blinzelnde Nilpferde bieten kaum eine Aufklärung dieses Mysteriums.

Verglichen mit GAL und FDP, sind die Plakate und Slogans der SPD wie der CDU von hanseatischer Zurückhaltung. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi etwa präsentiert sich mit der Zeile „Dohnanyi für Hamburg. Hamburg für Dohnanyi" in staatsmännischer Pose, freundlich-nachdenklich dreinblickend, und mit der Bitte: „Treffen Sie eine klare Entscheidung." Das Plakat, Leitmotiv des SPD-Wahlkampfes, macht den Zustand der Regierungspartei wie eine Röntgenaufnahme deutlich: Ohne den roten Edelmann im Rathaus säßen die Sozialdemokraten angesichts der zahlreichen Pannen und Skandale, von der Neuen Heimat über den „Hamburger Kessel", die Rechtsbrüche der Stadtreinigung und den Fall Pinzner bis zu den Altonaer Krawallen des 7. Oktober, im Keller der Wählergunst.



Der Oppositionsführer verspricht Schwung und Aufschwung

Seit dem Wochenende ermahnt die SPD ihre Freunde mit Plakaten, auf denen es schlicht rot auf weiß heißt „Hingehen" und „Wählen". Die Furcht der Partei der Nichtwähler geht um. Was die Sozialdemokraten vor allem anbieten, heißt Dohnanyi. Eine Broschüre, die sich am Wochenende in den Hamburger Briefkästen fand, feiert ihn als „Bürgermeister, wie er im Buche steht".

Für die CDU und Hartmut Perschau, den agilen Herausforderer Dohnanyis, sind die Skandale günstige Voraussetzungen für den Wahlkampf. Negative wirtschaftliche Grunddaten, etwa die weit überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit oder die besorgniserregende „Zinsgarotte" als Folge jahrelanger unbekümmerter Kreditaufnahme der Stadt, komplettiert das Arsenal der Union.

Die CDU-Plakate sind ganz auf diese politische Offensive getrimmt: In frischen Farben präsentiert sich Wahlkämpfer Perschau unter wechselnden Slogans. Die Aussagen reichen von der Wirtschaft („Den Aufschwung nach Hamburg holen") bis zur inneren Sicherheit („Wieder sicher leben in Hamburg").

Perschau, der frühere Berufsoffizier und bisher einzige Berufsparlamentarier der Hamburger Bürgerschaft, bemüht sich um das komplette Kontrastprogramm zu Dohnanyi und tritt auf als der politische Aufsteiger, der er auch ist: nicht staatsmännisch abgehoben wie Dohnanyi, ein Politiker „zum Anfassen". Seit dem Wochenende verspricht er auf einem Plakat mit seiner Ehefrau Heike „Neuen Schwung für Hamburg".

Die jüngste Wahlkampfidee der FDP findet übrigens auch Perschaus Beifall. Der „Freundeskreis der Hamburger FDP" ließ für die Liberalen 600 Exemplare vom „Original Hamburger Filztuch" herstellen – in signalrot. Auf der Rückseite findet sich die „unendliche Liste" der städtischen Einrichtungen und Unternehmen, deren Chefs das SPD-Parteibuch in der Tasche haben. Sie reicht von der Vereinigung städtischer Kinderheime über die Nordwestlotto und Toto GmbH bis zur Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG. Der Hamburger Genossenfilz ist für die Christdemokraten wie für die Freidemokraten – ein rotes Tuch.

Diepgen will keine Spannungen mit den Alliierten

hrk. Berlin

Der Regierende Bürgermeister Diepgen schätzt jetzt offenbar die Probleme realistischer ein, die sich aus seinen Ambitionen ergeben können, einer Einladung Honeckers zum „DDR"-Staatsakt anläßlich der 750-Jahr-Feier Berlins nachzukommen. In einem Interview mit der „Berliner Morgenpost" sagte Diepgen, „ein Besuch in Ost-Berlin mit einem gebrochenen Verhältnis zu unseren Verbündeten und Schutzmächten im Rücken hätte keinen politischen Sinn". Diepgen erklärte, Grundlage seiner Entscheidung – sie läuft bisher im Kern nach wie vor auf ein „Ja" zu Honeckers Einladung hinaus – sei, daß der „Status gewahrt, das Viermächte-Abkommen dynamisch interpretiert" werden müsse. „Die Sicherheit in ihren Bindungen ist zu gewährleisten. Außerdem darf ein möglicher Besuch in Ost-Berlin nicht als Selbstzweck aufgefaßt werden." Diese Warnung hatte vergangene Woche der FDP-Deutschlandpolitiker Hans-Günter Hoppe an den Diepgen gerichtet.

Diepgen bestätigte (WELT vom 24. 10.), daß er mit Kanzler Kohl und anderen Regierungsmitgliedern im Sinne einer Annahme von Honeckers Einladung gesprochen habe. Man sei sich darin einig gewesen, daß die geschichtliche Erfahrung lehre, „alles entwickelt sich weiter".

Auf die Äußerung von CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky angesprochen („Ich tät's – wenn's irgendwie geht"), meinte Diepgen: „Ich lasse mich weder von der eigenen Partei noch von der Opposition drängen."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Windelen: Gefahr der Entfremdung gebannt

Minister sieht Fortschritte im deutsch-deutschen Reiseverkehr

RALPH LORENZ, Bonn

Die Menschen in der „DDR" können „wenigstens etwas freier atmen und reden als in den Jahren zuvor". Dies räumte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen (CDU) gestern vor dem Bund der Mitteldeutschen ein und verbuchte diese Entwicklung gleichzeitig auch als deutschlandpolitischen Erfolg der konservativ-liberalen Bundesregierung in Bonn. Windelen: „Vergleichen wir die heutige DDR etwa mit der DDR der sechziger Jahre, so sehen wir, daß dieser Druck tatsächlich nachgelassen hat." Windelen sprach von „mehr Öffnung und mehr Öffentlichkeit". Die Gefahr der wachsenden Entfremdung zwischen den Deutschen hüben und drüben sieht Windelen gebannt. Von einem „Zustand der Normalität und der guten Nachbarschaft" seien aber die „DDR" und die Bundesrepublik Deutschland noch weit entfernt. Der Abbau der Selbstschußapparate und Tretminen habe die Grenze nicht durchlässiger gemacht, aber doch „etwas weniger unmenschlich".

Prioritätenliste Bonns

Die wichtigsten Erfolge der Bonner Deutschlandpolitik sieht Windelen auf dem „Gebiet der zwischenmenschlichen Verbindung – Reisen, Telefon, Kulturaustausch – sowie in der Herstellung eines vernünftigen Arbeitsverhältnisses zwischen den Regierungen der beiden Staaten in Deutschland". Beides habe dazu geführt, daß die Menschen hüben und drüben mehr aufeinander schauen würden.

Die Lockerung der „Reisebeschränkungen", mit denen die „DDR" die Freizügigkeit ihrer Bewohner beschneide und die Senkung der hohen Mindestumtauschsätze stehen auf der innerdeutschen Prioritätenliste in Bonn obenan. Windelen sprach von einem „deutlichen Zuwachs" beim Reiseverkehr in beiden Richtungen. Fortschritte meldete er auch beim Jugendaustausch. 68 000 Jugendliche hätten allein 1985 im Rahmen von Klassenfahrten und Gruppenreisen die „DDR" besucht. „Immerhin" 1000 junge Deutsche aus der DDR seien in die Bundesrepublik gekommen. Diese Zahl werde sich im laufenden Jahr „mehr als verdreifachen".

Kritik an Kontaktverboten

Der innerdeutsche Minister kritisierte aber auch die von Ost-Berlin verfügte Begrenzung des Kreises der Reiseberechtigten: „Ein Teil der DDR-Bewohner ist aufgrund der bestehenden Kontaktverbote vom Umgang mit Bekannten und Verwandten aus dem Westen völlig ausgeschlossen". Zudem wies er auf die Feindbildpflege in der „DDR" hin: „Wenn der DDR wirklich am Frieden liegt, sollte sie endlich mit der Haßerziehung an den Schulen Schluß machen."

Die deutsche Frage bleibe offen, solange das Brandenburger Tor vermauert sei und solange, bis nicht auch „das ganze deutsche Volk" in freier Selbstbestimmung über sein Schicksal frei entscheiden könne. Man habe erfahren müssen, daß die Überwindung der Teilung Deutschlands „die Kraft einer Generation übersteigt".

Windelen sprach am Wochenende auf der Veranstaltung des 100 000 Mitglieder zählenden Bundes der Mitteldeutschen in Bonn-Bad Godesberg. Mit dem Motto „Frieden und Freiheit für ganz Deutschland" setzt die Landsmannschaft unter ihrem neuen Präsidenten Bernd Wilz stärker als in den Jahren zuvor deutschlandpolitische Akzente. Der CDU-Bundestagsarbgeordnete aus Solingen, forderte von den Politikern „Hände weg von der Präambel des Grundgesetzes!"

„Buwitt soll zurücktreten"

Appell des früheren Alterspräsidenten / Prozeß ohne Antes?

hrk. Berlin

Der frühere CDU-Alterspräsident im Berliner Parlament, Ulrich Biel, hat an CDU-Fraktionschef Dankward Buwitt appelliert, unverzüglich zurückzutreten. Biel, angesehener Anwalt und Notar, gehörte dem im Frühjahr von Eberhard Diepgen um Hilfe gebetenen überparteilichen „Rat der Weisen" an, der „saubere Amtsstuben" in Berlin verlangt hatte.

In der ZDF-Sendung „Länderspiegel" erklärte Biel, er rate „dringend, daß der Mann ins zweite Glied zurücktreten sollte". Der Ex-Alterspräsident meinte, der in politische Bedrängnis geratene Fraktionschef sollte die umstrittenen Kosten für seine unbezahlte Heizung hinterlegen „und die doppelte Summe an eine gemeinnützige Organisation überweisen".

Heute tritt der fünfköpfige „Ehrenrat" des Berliner Abgeordnetenhauses erstmals in kompletter Besetzung zusammen, um den Fall des CDU-Fraktionschefs zu erörtern. Parlamentspräsident Peter Rebsch (CDU), selbst Jurist, sagte zur WELT: „Die Herren beraten mich, und ich trete als Mittler dieser Information gegenüber Dankward Buwitt auf. Was er oder die CDU-Fraktion dann mit meinem Ratschlag anfangen, ist Sache von Buwitt." Es werde kein öffentliches Votum des Ehrenrats geben.

Der CDU-Bezirksbürgermeister von Tiergarten, Hans-Martin Quell, hat ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt, nachdem seine Aussage im Prozeß gegen den ehemaligen CDU-Baustadtrat Herrmann bei der Staatsanwaltschaft den Verdacht hervorrief, Quell habe möglicherweise Quittungen über 20 000 Mark an Parteispenden gefälscht.

Im Prozeß gegen den früheren CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes steht eine dramatische Wende bevor: Das Gericht will jetzt ohne den Angeklagten weiterverhandeln. Zwei Fachärzte bescheinigten Antes, er sei weder verhandlungs- noch haftfähig.

„Die Christen unterwerfen sich nicht der SED"

fac. Bonn

Die katholische Kirche in Mitteldeutschland beobachtet mit wachsender Sorge, daß Amtsträger in eine dem SED-Regime förderliche Zusammenarbeit hineingezogen werden sollen. Die Warnung vor einer solchen politischen „Indienstnahme" auch durch die Ost-CDU dürfte die Absicht des „internen" Briefs über die seelsorgerlichen Probleme, „die mit der Existenz unserer Kirche in einem sozialistischen Staat zusammenhängen" sein. Zentraler Satz des vom 8. September datierten Briefs, dessen Inhalt jetzt in den Westen gelangt ist: „Die Kirche muß Kirche bleiben und darf nicht zum verlängerten Arm staatlicher oder gesellschaftlicher Interessen werden."

Das Schwergewicht des Schreibens liegt auf Aussagen zu Folgerungen für das pastorale Wirken, die sich aus der „gegenwärtigen Situation der katholischen Kirche in der DDR" ergeben.

Es gibt auch Chancen

Die Bischöfe vermeiden alles, was nur im Entferntesten an die von der evangelischen Kirche gefundene Formel von der „Kirche im Sozialismus" erinnert. Durchaus selbstbewußt heißt es: „Wir müssen den Gläubigen nicht nur die Gefahren, sondern auch die Chancen zeigen, die sich inmitten unseres atheistischen Milieus für die Nachfolge Christi eröffnen." Die Chancen sehen die Oberhirten, ohne daß es ausgesprochen wird, in der alten Definition „einer kleinen Herde" als Teil der großen Weltkirche.

Der „einzelne Christ" dürfe sich dort zur Zusammenarbeit mit andersdenkenden Menschen aufgerufen wissen, wo es um das Wohl des Einzelnen, einer Gemeinschaft oder um das allgemeine Wohl der Gesellschaft gehe und wo er gleichzeitig ungeschmälert und offen „sein Leben und Wirken unter Gottes Anspruch stellen" dürfe. Eine Mitarbeit in Gremien und Institutionen, „deren marxistisch weltanschaulicher Charakter wiederholt und betont herausgestellt wird" könne es dagegen für einen Christen nicht geben. Ausdrücklich wird das Recht und sogar die Pflicht der Kirche betont „zu wichtigen Lebensfragen der Gegenwart auch öffentlich Stellung zu nehmen".

Gegen die Vereinnahmung

Aufgabe der Bischöfe und Priester sei es auch, sich „schützend vor einzelne zu stellen, die aus Gewissensgründen, beziehungsweise ihrer religiösen Überzeugung wegen in Bedrängnis geraten". Staat und Partei werden, sozusagen im Vorgriff auf mögliche offizielle Kontakte mit der katholischen Kirche, daran erinnert: „Die Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken. Aber sie wollen sich nicht einem Weltanschauungsdiktat unterwerfen, das sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinnahmt." Dieses Bekenntnis wird mit der klaren Erwartung verbunden, „daß wir zusammen mit allen anderen Bürgern in diesem Haus gleichberechtigt und geachtet leben können".

Ein Deutscher unter Deutschen – Schmidts Besuch in Potsdam

Von HANS-R. KARUTZ

Unter der Kuppel, die Preußens Baumeister Karl Friedrich Schinkel schuf, legte Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt am Wochenende in einer bewegenden Ansprache auf der Kanzel der Potsdamer Nikolaikirche ein Bekenntnis zur deutschen Nation ab: Vor 1400 Christen aus der gesamten „DDR", die in das Gotteshaus drängten, riet Schmidt zu Geduld und Gelassenheit: „Niemand weiß, wie lange die Teilung dauern wird, dennoch dürfen wir das Ziel einer schrittweisen Überwindung der Grenzen, der schrittweisen Herstellung eines gemeinsamen Daches nicht aus den Augen verlieren", sagte er in die atemlose Stille hinein.

20 Jahre nach dem am Ende gescheiterten Versuch, zwischen SPD und SED Redner auszutauschen, vollzog Helmut Schmidt diesen außergewöhnlichen Schritt auf einer anderen Ebene. Es ging ans Herz der Vielen drinnen und der enttäuscht gegen die Eichentüren trommelnder Draußengebliebener – ein Deutscher unter Deutschen.

Schmidts Ausflug in die altehrwürdige Residenzstadt der Hohenzollern im Bonner Dienst-Daimler war bereits vor drei Jahren ausgemacht worden: Damals genossen Helmut und Loki Schmidt die Gastfreundschaft der Kirche von Berlin-Brandenburg, bevor Schmidt im „Raketenjahr" 1983 – zugleich das Luther-Jahr in beiden Teilen Deutschlands – seinerzeit zu Erich Honecker nach Ost-Berlin fuhr.

Den äußeren Anlaß für Schmidts Vortrag am Alten Markt zu Potsdam in dem Schinkel-Bau, den Millionen von D-Mark-Devisen von seinen Kriegsschäden heilten, bot das 301. Jahr des Edikts von Potsdam: Der Große Kurfürst gab 1685 den flüchtenden Hugenotten eine neue, sichere Heimat. Unter freundlichem Gelächter zollte Schmidt dem Potsdamer Publikum seinen Respekt, indem er Tucholsky zitierte: „Die Hugenotten – ihnen verdanken wir manche Frauenschönheit und den ganzen Fontane ..."

Schmidts öffentlicher Vortrag – von den staatlichen Stellen nicht ohne Kopfwiegen, aber durch Honekker genehmigt und Kirchenbunds-Vizechef Manfred Stolpe eingefädelt – durfte nicht annonciert werden. Flüsterwerbung und westliche Medienmeldungen über die Schmidt-Visite füllten jedoch die Stufen vor diesem „Petersdom" der „DDR" schon Stunden vor Schmidts Ankunft:

„Wir hätten gut und gern drei Kirchen füllen können", meinte ein Kirchenmann. Hausherr Günter Bransch, Potsdams Generalsuperintendent, berichtete: „Bei mir lief das Telefon heiß." Schließlich verteilten die Gemeinden, ganz dezent, rund tausend heftgroße Zettelchen, wonach ein „Dr. Helmut Schmidt, Hamburg" einen Vortrag über „Dialog und Toleranz als Elemente der Friedenssicherung in Europa und der Welt" halten werde.

Vor dem Portal der glas- und bilderreichen Kirche spielten sich Szenen wie bei Franz Josef Strauß' erster „DDR"-Visite ab: Staatssekretär Hans Otto Bräutigam mußte sich durch die Menge wühlen. Andere gingen den leichteren Weg durch die unterirdische Sakristei: Honeckers Vertrauter Wolfgang Vogel und der frühere SFB-Intendant Lothar Loewe – vor zehn Jahren noch von Ost-Berlin als ARD-Korrespondent hinausgeworfen – schritten Seit' an Seit' in das Vestibül.

In der erdrückenden Menge rangen Frauen nach Luft, wippte hier und da die Mütze eines NVA-Bausoldaten oder ein weißes Schwesternhäubchen. Stasi-Posten umkreisten die Szenerie mit ihren typischen Einkaufsbeuteln – weit nach Geschäftsschluß.

Kanzelredner Schmidt erhielt nicht nur tosenden Begrüßungsbeifall, sondern den ersten phonstarken Applaus für seinen Satz: „Es führt mich eigentlich kein besonderer Anlaß hierher. Aber bedarf es eigentlich dessen, wenn Deutsche Deutsche besuchen ... ?"

Bekenntnis zur deutschen Nation: Helmut Schmidt auf der Kanzel der Nikolaikirche FOTO: AP

Staatsphilosophisch, aber dennoch in seiner unvergleichlichen Mischung aus Rigorosität, Rhetorik und dem Gefühl für die historische Bedeutung des Augenblicks – denn nur noch Richard von Weizsäcker sprach außerdem jemals öffentlich in der „DDR" – breitete der Exkanzler seine Gedanken und Empfindungen aus.

Er mahnte Vertrauen und Dialogbereitschaft zwischen den Weltmächten an, ohne etwa Moskaus Anteil am negativen Klima zu vernebeln: „Wenn einer den anderen zum Beispiel verletzt durch das Wort vom ‚Reich des Bösen' oder ihn im gleichen Atemzuge mit Goebbels apostrophiert", spielte Schmidt zwar auf Reagan und Helmut Kohl an, aber: „Wenn die andere Seite diese Kette gegenseitiger Herabsetzungen begonnen hat und später fortsetzen würde, wenn nicht auch die beiden Weltmächte die Toleranz gegeneinander lernten, dann müßten wir um den zukünftigen Frieden besorgt sein."

Der Gast aus Hamburg tadelte die Sowjets wegen Afghanistan („Wenn Regierungen ihre Macht auf fremde Völker ausdehnen") und indirekt das SDI-Programm („übertriebene Sicherheit"), aber auch die nach wie vor nicht zurückgenommene SED-Militärthese vom „gerechten Krieg": „Es gibt ihn nicht!"

Dann wandte er sich vertieft den deutschen Belangen zu. Schmidts Kernsätze lauteten, wobei er stets von „uns Deutschen", „wir alle" oder „den Deutschen auf beiden Seiten Deutschlands" sprach:

„Für uns Deutsche heute ist die Selbstidentifikation des einzelnen mit der eigenen Nation schmerzhaft, schwierig, für manche unvollziehbar. Schmerzhaft nicht nur wegen Auschwitz, aber auch wegen der rücksichtslosen Teilung Deutschlands und des deutschen Volkes."

Dies alles führe vor allem bei den jüngeren Deutschen auf beiden Seiten zu einer „schweren Belastung ihrer Lebensgeborgenheit". Denn: „Der Mensch braucht die Geborgenheit in der eigenen Nation." Die Deutschen müßten lernen, Gelassenheit mit moralischer Integrität zu verbinden, lernen, mit der Teilung zu leben, aber zugleich am Imperativ der Gewissensfreiheit festzuhalten ... Machen wir uns nichts vor. Es gibt viele Menschen in Europa, die den geteilten Zustand, und wie wir auf beiden Seiten Deutschlands mit dieser Teilung umgehen, für eine der wesentlichen Gefährdungen des Friedens in Europa halten. Gelassener Umgang mit der Teilung heißt aber auch, dabei nicht unsere eigenen Werturteile, unsere eigenen Grundsätze, unseren eigenen Glauben zu kompromittieren."

Schmidt verwies auf „ähnliche Situationen" in der europäischen Geschichte: „Ich erinnere zum Beispiel an die drei Teilungen Polens." Den Gästen zu seinen Füßen und auf den dichtgefüllten Rängen – viele Potsdamer schrieben Schmidts Vortrag mit – rief er zu: „Es gibt keinen Grund zur Verzweiflung! Wir können auch das durchstehen!"

Er ging mit den Worten von der Kanzel: „Ich wünsche Ihnen Gottes Segen als Ihr Nachbar, als ein Deutscher gegenüber seinen deutschen Landsleuten und als ein Christ gegenüber seinen Brüdern" – mitten in den Schlußbeifall hinein.

Die Etat-Debatte als Psycho-Inszenierung

Von MICHAEL JACH

Nec aspera terrent – zu Deutsch: Doch die Schwierigkeiten schrecken nicht. Prangte der lateinische Sinnspruch nicht schon seit dem vorigen Jahrhundert an der klassizistischen Schauseite des Finanzministeriums zu Hannover, er könnte wohl eigens für dieses Jahr sinnreich erdacht worden sein. Dies mit zweifachem Bezug: Lange nicht mehr waren die Haushälter des Landes finanzpolitisch derart in der Klemme wie seit dem für Niedersachsen äußerst nachteiligen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über den Länderfinanzausgleich vom Frühsommer 1986.

Und selten wohl ist ein zuständiges Regierungsmitglied angesichts akuter Etatnöte derart nonchalant vor den niedersächsischen Landtag getreten wie Finanzministerin Birgit Breuel (CDU) in der vorigen Woche mit dem arg gerupften und dennoch schuldenträchtigen 28-Milliarden-Haushaltsplan 1987. Vize-Ministerpräsident Wilfried Hasselmann nannte sie – aus anderem Anlaß – „unsere Eiserne Lady".

Gemessen an den ursprünglichen Vorgaben der Mittelfristplanung für 1987, sind Einnahmeausfälle von einer runden Milliarde zu verkraften. Davon allein 400 Millionen infolge der von Karlsruhe verfügten vollen Einbeziehung des niedersächsischen Ölförderzinses in den Länderausgleich (zuvor nur die Hälfte), 450 Millionen von vornherein durch Förderzins-Mindereinnahmen infolge des Ölpreisverfalls, nochmals 150 Millionen an Steuerausfällen durch die eigentlich erfreuliche Preisstabilität. Man habe, erklärte Frau Breuel dem Landtag, vor Problemen gestanden wie seit den siebziger Jahren keine niedersächsische Landesregierung".

In solcher Lage macht eine Etatchefin sich allenthalben unbeliebt. Bei den Ministerkollegen durch hartes Nein wider allerlei schöne Ausgabenwünsche. Beim Landesrechungshof durch eine statt 1,7 nun 2,1 Milliarden ausmachende Neuverschuldung; das Land sitzt ohnedies auf einem 30-Milliarden-Schuldensockel – da fressen die Zinsen „wie die Heuschrecken", wußten die Grünen im Landtag ingeniös zu bemerken. Und bei ihren Ressortkollegen der anderen Länder, insbesondere Baden-Württembergs, mit der notgedrungenen Forderung nach voller Berücksichtigung der Gemeindesteuern im Länderausgleich, weil anders Niedersachsen verarmen müsse.

Unter diesem Vorzeichen diente die erste Lesung der 87er Haushalts im Landtag denn auch als auf Außenwirkung bedachte psychologische Inszenierung. Frau Breuel wiederholte die Drohung mit dem erneuten Gang nach Karlsruhe, um die Anrechnung der Gemeindesteuern zu erstreiten, und setzte hinzu: „Wer meint, dies sei der einzige Pfeil im Köcher, der sei gewarnt." Wovor, das hatte Regierungschef Ernst Albrecht schon einmal durchblicken lassen: Wenn Bundesfinanzminister Gerhard



Stoltenberg dem Land nicht helfe, sich gegen Baden-Württemberg durchzusetzen, dann stehe Niedersachsens Ja im Bundesrat zum zweiten Teil der Einkommensteuer-Senkungen in Frage.

Mithin ist der zweite Pfeil längst abgeschossen. Und die Landesregierung ist sicher, daß er ins Ziel trifft. Denn Birgit Breuel gesteht offen ein, daß ihre Einnahmeansätze für 1987 die Erfüllung ihrer Forderung an Stuttgart (und Bonn) voraussetzen.

Soviel Selbstsicherheit will die Opposition ihr nicht durchgehen lassen. SPD-Landtagschef Gerhard Schröder rügte das Risiko: „Was wird, wenn nicht?" Ein Haushalt, „der so tut, als wäre alles klar", sei das Schreibpapier nicht wert. Mit seinem Antrag indes, die Beratung eines derart „unvollständigen" Etatplans abzusetzen, fiel Schröder durch; allzu selbstverständlich hatte er angenommen, die Grünen würden mitziehen. Die aber wiesen „dem Möchtegern-Ministerpräsidenten" die Grenzen des rot-grünen Kalküls und stimmten mit CDU und FDP dagegen.

Vermieden indes hat auch die SPD das Thema eines anderen Haushaltsrisikos, das – vorläufig halboffiziell – mit Unwohlsein als solches eingestuft wird: Da ein Konkurs der Neuen Heimat als Menetekel an der Wand steht, dräuen womöglich fällig werdende Landesbürgschaften in der Größenordnung von 400 Millionen Mark. Das amtliche Schweigen in Hannover spricht eine beredte Sprache.

Nur beim Auftritt Willy Brandts kam Begeisterung bei den Delegierten auf

Von Aufbruchstimmung war beim SPD-Wahlkongreß in Offenburg nicht viel zu spüren

DIETHART GOOS, Bonn

In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geht nichts ohne Willy Brandt. Auch im 23. Jahr an der Spitze der SPD ist der frühere Bundeskanzler unersetzlich. Seiner Routine im Umgang mit dem Parteivolk, seiner unbestreitbaren Ausstrahlung und der Fähigkeit, Stimmungen für sich zu nutzen, war es zu danken, daß der eintägige Wahlkongreß in Offenburg zwar keine Offenbarung war, aber dennoch als Auftakt für den Kampf um die Mehrheit gewertet werden konnte.

Einen Tag lang hatten die etwa 440 Delegierten auf den roten Plastikstühlen der Oberrheinhalle ausgeharrt. Doch es wollte kein Funke überspringen. Nur zwei Monate nach dem Nürnberger Parteitag der Begeisterung für den Kanzlerkandidaten Johannes Rau war von Schwung und Aufbruchstimmung nichts mehr zu spüren. Rau ist daran nicht schuldlos, da er mit widersprüchlichen Aussagen sein Wahlziel infrage stellte, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden zu wollen.

Um so mehr richteten sich in Offenburg alle Erwartungen auf den Kandidaten. Angesichts dieses Drucks hatte es Rau besonders gut machen wollen. Ein ganzer Stab von engen Mitarbeitern feilte an seiner Rede, baute immer neue Formulierungen ein. Rau redigierte bis zuletzt, übte den möglichst überzeugenden Auftritt.

Doch der SPD-Kanzlerkandidat wirkte im Gegensatz zum großen Nürnberger Auftritt seltsam saft- und kraftlos. Er begann mit Allgemeinplätzen wie „Unser Land braucht einen neuen Anfang, unser Land braucht Erneuerung". Der Bundesregierung hielt er vor, sie sei unfähig, eine gute Zukunft für alle zu gestalten. Dem setzte Rau seinen sprachlich ungereimten Slogan entgegen: „Erneuern, um die Zukunft zu bewahren." Erst gegen Ende seiner gut 50 Minuten dauernden Rede brachte

Die Analyse

Rau wenigstens einen Funken Enthusiasmus. „Ich will ein Bundeskanzler des Dialogs sein. Ich will den geistigen Reichtum und die schöpferischen Kräfte unseres Volkes fördern. Ich will den guten Willen unseres Volkes nutzen für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft" Und dann die rhetorische Frage: „Einer hat mich gefragt, warum ich von der Mehrheit träume." Die Antwort des Kandidaten: „Ich träume nicht von der Mehrheit. Ich träume von einer gerechteren Welt." Mit überschlagender Stimme rief er in den Saal: „Und deshalb kämpfe ich um die Mehrheit!"

Das riß die Delegierten nicht von den Sitzen, der Beifall war höflich, aber nicht tosend. Kein Jubel, wenige schüchterne Bravo-Rufe. „Da fehlte Dampf", mokierte sich ein kritischer Landesminister. Wie er beklagten viele mangelnde Überzeugungskraft und kämpferische Signale. Schon in der vorausgegangenen Vorstandssitzung forderten Spitzengenossen vergeblich mehr Biß und Aggressivität.

Ein Thema sparte Rau völlig aus: Die Grünen. Denn alleine will er um die Mehrheit kämpfen. Erst der Jusovorsitzende Michael Guggomos kam in der kurzen Aussprache auf die Bündnisfrage zu sprechen. Man sollte die Unterstützung derer suchen, „die unsere Positionen mittragen". Ausgerechnet der ehemalige Juso-Chef Gerhard Schröder widersprach. Die Identität der SPD komme nicht aus der Bündnisdiskussion hervor.

Erst als Willy Brandt den müden Delegierten zum Abschluß des Wahlparteitages zurief: „Laßt uns hinausgehen und kämpfen!", flackerte Begeisterung auf, kamen Beifallstürme, die dem Kanzlerkandidaten zuvor versagt geblieben waren. Mit Johannes Rau gehe es um die Mehrheit für Demokratie und Gerechtigkeit, um Erneuerung der deutschen Politik. „Es geht darum, gemeinsam alles dafür zu tun, daß ‚Einigkeit und Recht und Freiheit' sich im Handeln für die Menschen verwirklicht." Verdutzt erhoben sich die Delegierten und folgten der Aufforderung ihres Parteivorsitzenden. Statt des alten SPD-Traditionsliedes „Wenn wir schreiten Seit' an Seit'..." intonierte Willy Brandt die dritte Strophe des Deutschlandliedes – ein Novum in der Parteitagsgeschichte.

Deutsch als UNO-Sprache?

dpa, Bad Wörishofen

Mit einem Appell an die UNO-Mitglieder Bundesrepublik Deutschland, „DDR" und Österreich, sich bei den Vereinten Nationen für die Anerkennung der deutschen Sprache als siebente offizielle Amtssprache einzusetzen, ist die elfte Jahrestagung der „Internationalen Assoziation deutsprachiger Medien" (IADM) gestern in Bad Wörishofen zu Ende gegangen. Für Deutsch gelte das gleiche wie für die Sprache anderer ethnischer Minderheiten, hieß es. Die Sprache bedürfe der Unterstützung, um kulturelles Erbe erhalten zu können.

Umfrage zeigt Vertrauensverlust

dpa, Hamburg

Der Neue-Heimat-Skandal hat das Vertrauen der Bevölkerung zu den Gewerkschaften erschüttert. 69,2 Prozent der Bürger haben kein Vertrauen mehr zu den Gewerkschaften. Selbst die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist enttäuscht. Das ergab eine Blitzumfrage von Marplan im Auftrag der „Bild am Sonntag". 75,8 Prozent der Bevölkerung finden den Verkauf der Neuen Heimat an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser schlecht. 81,3 Prozent halten die Aussageverweigerung von BGAG-Chef Lappas für falsch.

Polen drängt zu Umweltgesprächen

dpa, Göttingen

Polens Regierung drängt darauf, verstärkt über „aus der Bundesrepublik importierte Umweltschutzprobleme" mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten. Messungen hätten ergeben, daß aus der Bundesrepublik Deutschland – durch Westwinde bedingt – jährlich 10,6 Millionen Tonnen Luftschadstoffe nach Polen „exportiert" werden. Aus Polen kämen „nur" 2,4 Millionen Tonnen. Dies berichteten der ZK-Sekretär der Demokratischen Partei Polens, Rajewski, und der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Wolfgramm.

Bangemann lehnt Forderungen der IG Metall ab

DIETHART GOOS, Bonn

Bundeswirtschaftsminister und FDP-Chef Martin Bangemann ist gegen Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich ohne Rücksicht auf Produktivitätssteigerungen und die möglichst optimale Ausnutzung des Maschinenparks. Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk (DLF) bezeichnete Bangemann gestern die entsprechende Formel der IG Metall und anderer DGB-Gewerkschaften als falsch und fügte hinzu: „Sie kann nicht funktionieren; man muß sie ablehnen."

Nach Ansicht des Wirtschaftsministers sind dagegen solche Arbeitszeitverkürzungen „vollkommen richtig", die Produktivitätzuwächse umsetzen. Dazu brauche man aber flexible Arbeitszeiten. Die IG Metall hatte auf ihrem Hamburger Kongreß beschlossen, in der nächsten Tarifrunde für die 35-Stunden-Woche zu kämpfen. Neue Formen der Arbeitszeit würden akzeptiert, wenn der Acht-Stunden-Tag als Höchstarbeitszeit festgeschrieben werde und das Wochenende arbeitsfrei bleibe.

Bangemann, dessen FDP in jüngster Zeit von den Gewerkschaften als „Unternehmerpartei" immer wieder scharf attakiert wurde, forderte im DLF „starke und vernünftige Gewerkschaften". Zugleich wiederholte er die These aus seinem WELT-Interview vom Freitag, wonach sich die Gewerkschaften vor allen Dingen nicht als Staat im Staate mißverstehen dürften. „Dies scheint mir der Hauptpunkt zu sein, an dem sich die Auseinandersetzungen entzündet haben. Ich bedauere diese Auseinandersetzung, aber ich glaube, wir können sie solange nicht vermeiden, solange die Gewerkschaften glauben, daß das, was sie für richtig halten, die Leitlinie von Regierungspolitik sein muß. Das kann ja wohl nicht wahr sein."

Mit Nachdruck bekannte sich Bangemann zur Forsetzung der Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl. Es gebe mit Sicherheit einen ausreichenden Vorrat an Gemeinsamkeiten, man habe noch eine Menge gemeinsam zu tun. Als Beispiel nannte der FDP-Vorsitzende die zweite Phase der Steuerreform. Auch sei eine „sehr viel mehr dynamischere Europapolitik" notwendig. All diese Themen könne man nur gemeinsam mit der CDU lösen.

Christen üben harte Kritik am Westen

MJ. Hannover

Freiheit „von Hunger, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit" werde weltweit von Millionen Menschen „höher eingeschätzt als Reise- oder Pressefreiheit". Mit dieser Argumentation bestritt am Wochenende in Hannover der evangelisch-reformierte Theologe Prof. Walter Kreck (Bonn), dem westlichen Bündnis die sittliche Berechtigung seines verteidigungspolitischen Mißtrauens gegen die Sowjetunion, um den Frieden in Freiheit zu bewahren. Kreck sprach namens der „Christlichen Friedenskonferenz" (CFK), die unter dem Motto „Christen sagen nein zur Weltraumrüstung" anläßlich des „Jahres des Friedens 1986" der Vereinten Nationen in Hannover tagte.

Schirmherrschaft des Treffens der CFK, die nach den Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz als Einflußagentur der sowjetischen Außenpolitik in kirchlichen Kreisen wirkt, war der hannoversche SPD-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg. Eine Aufforderung des für Kirchenfragen zuständigen niedersächsischen Kultusminsters Georg-Berndt Oschatz (CDU), die Schirmherrschaft zurückzuziehen, ließ Schmalstieg unbeachtet. Er wertete die CFK-Tagung als „Anerkennung für unsere Stadt", die unter anderem zahlreiche internationale Städtepartnerschaften „im Dienste des Friedens" pflege. Ausdrücklich „im Gespräch" mit der CFK bleiben will die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die zur Tagung ihren für „öffentliche Verantwortung" zuständigen Oberkirchenrat Hermann Barth entsandte. Barth räumte ein, von „Bedenken gegen die CFK" zu wissen, doch biete sie ein nützliches Forum für den „Dialog mit Menschen aus verschiedenen Ländern".

Auf der Veranstaltung in Hannover trat unter großem Beifall der Bonner Botschafter der Volksrepublik Vietnam mit einem „Friedens- und Freundschaftsgruß" auf sowie der Versicherung, „voll und ganz die Friedensinitiativen der Sowjetunion zu unterstützen". Besucher aus Nicaragua stellten sich und ihr Land als „Opfer einer terroristischen Aggression" der USA vor. Der russisch-orthodoxe Erzbischof Pitirim, Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, rief den Teilnehmern zu: „Sie haben sehr viele Freunde in der Sowjetunion!"

SPD-Warnung an Verbände der Wirtschaft

AP, Bonn

Die SPD hat die Verbände der Wirtschaft davor gewarnt, sich als Wahlkampfhelfer der Bundesregierung zu betätigen. SPD-Sprecher Wolfgang Clement forderte gestern in Bonn namentlich die Arbeitgeber der Chemie- und der Metallindustrie, den Bundesverband deutscher Banken und die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke auf, sich aus dem Wahlkampf herauszuhalten und „den demokratischen Willensbildungsprozeß nicht in eine Schlacht des großen Geldes gegen die sozialdemokratische Alternative zur gegenwärtigen Bundesregierung umzufälschen".

Die SPD nimmt vor allem Anstoß an einer Serie politischer Anzeigen. „Eine solche Einmischung ist demokratiefeindlich und geeignet, den sozialen Frieden in unserem Lande auf sehr ernsthafte Weise zu gefährden", meinte Clement. Die SPD wolle nicht, daß in einer Zeit, in der es auf vernünftige Zusammenarbeit ankomme, in den Betrieben politische Gräben aufgerissen würden. Nach Informationen der SPD wollten die Verbände insgesamt 100 Millionen Mark zugunsten der Regierung ausgeben.

„Eine derart massive parteipolitische Einmischung wäre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel", erklärte der SPD-Sprecher weiter. Die SPD wolle die Bürger in den nächsten Tagen mit einer Arbeitnehmer-Zeitung und einer Flugblattaktion über die Parteinahme der Industrie informieren.

Strauß: Mit SDI zieht der Westen uneinholbar davon

Wörner appelliert an USA / Wehrpolitische Tagung der CSU

PETER SCHMALZ, München

Mit neuesten Lichtbildern informierten die Amerikaner Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner während seines jüngsten Besuchs in den USA über die Weltraum-Rüstung der Sowjets und über den daraus erkennbaren Vorsprung Moskaus bei der Entwicklung von Weltraum-Waffen. „Ich habe die Amerikaner beschworen: Gebt doch endlich diese Geheimhaltung auf, zeigt das doch einmal den Journalisten, damit die Leute die Wirklichkeit erkennen", sagte Wörner am Samstag auf dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU in München und vertrat die Ansicht, erst das SDI-Projekt von Präsident Reagan habe die Sowjets an den Verhandlungstisch gebracht.

Im gleichen Sinne äußerte sich der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Auch er berichtete von zuverlässigen Informationen, wonach die Sowjetunion bereits fünf Jahre vor den USA mit einer Weltraum-Rüstung begonnen haben und den Propagandafeldzug gegen das amerikanische SDI nur inszenierten, um diesen Vorsprung zu halten. Strauß: „Wenn die Amerikaner einmal auspacken würden, was sie über das sowjetische SDI wissen, dann würde viel von dieser Propagandawelle zusammenbrechen."

Wohl sprach Strauß von „umfassenden Erkenntnissen", die im Pentagon vorlägen, verriet aber ebensowenig wie Wörner Einzelheiten – nicht einmal jene, die am selben Tag in der „Bild"-Zeitung zu lesen waren: Daß rund 10 000 sowjetische Wissenschaftler in zwölf Zentren an einem Raketenabwehrprogramm mit Hochenergie-Lasern arbeiten und daß nach einem US-Geheimpapier mit am Boden stationierten russischen Laserkanonen bereits mindestens drei US-Aufklärungs-Satelliten außer Gefecht gesetzt wurden.

Ausführlich beschäftigte sich der CSU-Chef mit den Hintergründen, die Moskau das SDI-Programm fürchten lassen: Daß die technischen, wissenschaftlichen und finanziellen Potentiale der USA, verstärkt durch europäische Mitarbeit, die Sowjets um ihre Führung brächten, die westliche Welt klar in Führung ginge und der Westen aus dieser summierten Konzentration von wissenschaftlich-technischem Potential uneinholbare Erkenntnise für den wirtschaftlichen Wettbewerb gewönne.

Strauß wie Wörner sprachen der SPD die Fähigkeit ab, in Sicherheitsfragen die Interessen der Bundesrepublik vertreten zu können. Kanzlerkandidat Rau müsse einen sicherheitspolitischen Eiertanz vollführen, weil seine Partei den Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO nie verkraftet habe, meinte der Ministerpräsident.

Beide Politiker warnten auch vor der Gefahr, bei einer anhaltend Amerika-feindlichen Diskussion könnte aus den Staaten der Ruf nach dem Abzug „unserer Boys" aus Europa kommen. Strauß meinte, die Europäer müßten „höllisch aufpassen", daß die USA unter dem „Druck unserer ständigen Mahnungen und Vorwürfe gegen Amerika" nicht Abrüstungslösungen hinnähmen, die ihrer Sicherheit keinen Abbruch täten, sich für Europa aber „als sehr problematisch auswirken würden".

In einem Rückblick auf die bayerische Landtagswahl und einem Ausblick auf den 25. Januar mahnte Strauß die Union, „selbstkritisch und wachsam" zu bleiben und nach der Bayernwahl nicht so zu tun, als wäre die Bundestagswahl schon gewonnen. Ohne die Drei-Prozent-Überraschung der „Republikaner" beim Namen zu nennen, forderte er: „Rechts neben der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben."

Der CSU-Vorsitzende sprach von einem „guten Gedanken des Patriotismus" und formulierte – wie er selbst einräumte – leicht mißinterpretierbare, aber laut beklatschte Sätze: „Eine wachsende Zahl von Deutschen hat es satt, daß die Deutschen für immer als die Bösewichte der Weltgeschichte auf die Anklagebank gesetzt werden. Diese dauernden Akte der Demütigung oder auch der Selbsterniedrigung mit Argumenten, die oft aus höchstem Munde kommen, finden keinen Anklang mehr. Unser Volk will als normales Volk behandelt werden."

Und den deutschen Heimatvertriebenen müßte für ihre Absage an Revanchismus und für ihr Bekenntnis zum Frieden der Friedensnobelpreis verliehen werden, falls er nach Verdiensten vergeben würde.

Moskau will Reagan unter Erklärungszwang setzen

Erneut Spekulationen über Äußerungen zur „Null-Lösung"

FRITZ WIRTH, Washington

Die ungewöhnliche Informations- und Enthüllungskampagne, mit der die Reagan-Administration in den letzten zwei Wochen die Diskussionen und Vorschläge des Reykjavikgipfels offenlegte, haben dennoch nicht Vermutungen und Unsicherheiten über den wirklichen Verlauf dieser Gespräche aus der Welt schaffen können. Die Mutmaßungen und Unstimmigkeiten konzentrieren sich vor allem auf diese Frage: Hat Reagan in den letzten Stunden dieser dramatischen Verhandlungsrunde der Abschaffung aller Nuklearwaffen bis zum Jahre 1996 oder nur der Abschaffung aller offensiven ballistischen Nuklearraketen zugestimmt?

Die Debatte darüber war unmittelbar nach der Rückkehr von Präsident Reagan aus Island von Senator Sam Nunn ausgelöst worden und ist in den letzten Tagen von Generalsekretär Gorbatschow in seiner Fernsehrede aufs Neue belebt worden. Beide behaupteten, Reagan habe einer so weitreichenden Null-Lösung zugestimmt.

Das Weiße Haus hat diese Interpretation der Diskussionen in Reykjavik entschieden zurückgewiesen und klargestellt: Der Präsident hat zu keiner Zeit einem so weitreichenden Vorschlag zugestimmt. Pressesprecher Larry Speakes räumte jedoch ein, daß Reagan diesen Vorschlag mit Gorbatschow diskutiert, allerdings betont habe, daß solche Vorschläge nur im Zusammenhang mit gleichzeitigen Plänen für die Reduzierung konventioneller Waffen durchführbar seien.

Washingtons Position

Er habe jedoch in Reykjavik zu erkennen gegeben, daß die Abschaffung sämtlicher Nuklearwaffen in der Welt langfristig stets sein Ziel und sein Ideal gewesen sei. Nach dieser Klarstellung bleibt dies nach Reykjavik die offizielle amerikanische Position, die auch die Basis künftiger Verhandlungen in Genf und möglicher neuer Gipfeltreffen beider Regierungschefs sein soll: Beide Seiten stimmen einer 50prozentigen Reduzierung aller strategischen Nuklearwaffen in den nächsten fünf und der Abschaffung aller offensiver ballistischer Raketen in den nächsten zehn Jahren zu.

Diese Position wurde auch vom Leiter der amerikanischen Abrüstungsdelegation in Genf, Max Kampelman, bestätigt, der erklärte: „Solange es waffentechnisch keine Stabilität zwischen den beiden Großmächten gibt, wäre es für die USA töricht, alle Nuklearwaffen abzuschaffen, denn das wäre für die Sowjets von Vorteil. Andererseits ist es dennoch möglich, die beiderseitigen Nukleararsenale beträchtlich zu reduzieren und damit eine größere Stabilität in der Welt zu erreichen. Das ist eines unserer Verhandlungsziele in Genf."

Zitate veröffentlicht

Der Kreml hat diese Darstellung des Weißen Hauses am Wochenende bestritten und in einer Pressekonferenz Zitate aus dem sowjetischen Protokoll der Gespräche zwischen Gorbatschow und Reagan veröffentlicht. Danach soll der amerikanische Präsident in Reykjavik erklärt haben: „Wenn wir also übereinstimmen, daß am Ende der Zehn-Jahres-Periode alle Nuklearwaffen abgeschafft sein sollen, können wir diese Übereinstimmung unseren Delegationen in Genf vorlegen, die daraus einen Vertrag vorbereiten, den Sie dann bei ihrem nächsten Besuch in den USA unterschreiben können."

Das Weiße Haus hat zu diesen sowjetischen Enthüllungen bisher keine Stellung genommen. Es erklärte lediglich, daß beide Regierungschefs einen großen Teil ihrer Gespräche unter vier Augen geführt hätten.

Die unterschiedlichen Informationen über das Ausmaß der von amerikanischer Seite in Reykjavik zugestimmten Reduzierung und Abschaffung von Nuklearraketen hatte besonders im amerikanischen Militär-Establishment Unruhe ausgelöst. Vor allem die Stabschefs hatten zu verstehen gegeben, daß sie von dem Ausmaß der Reykjaviker Verhandlungen überrascht worden seien. Nach den Vorbehalten, die von ihrer Seite und von Militärstrategen in Europa laut wurden, darf man annehmen, daß das Konzept einer absoluten nuklearen Null-Lösung, wie sie Gorbatschow in Reykjavik und bei früheren Gelegenheiten auf den Tisch legte, für die USA vorläufig nicht diskutabel ist.

„Dialog von gegenseitigen Vorwürfen freimachen"

Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Warschau

MANFRED SCHELL, Warschau

Die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) hat ihre erste Fachtagung in Warschau abgehalten, in Zusammenarbeit mit dem polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten. Allein die Tatsache, daß eine solche Veranstaltung möglich war, ist bemerkenswert. Sie zeigt, daß Realisten auf beiden Seiten das Wort haben: Dabei wurde nichts verschwiegen, was an grundsätzlichen, vor allem rechtlichen Positionen zwischen Bonn und Warschau steht und wohl auch so bleiben wird. Aber es wurde auch der Wille deutlich, das Verhältnis zueinander nicht im Streit um Rechtsfragen zu belassen, sondern durch pragmatische Schritte zu entwickeln.

Die Hauptakzente auf dieser Fachtagung wurden durch Beiträge der CSU-Bundestagsabgeordneten Michaela Geiger und dem Sejm-Abgeordneten Ryszard Wojna gesetzt. Dabei äußerte die deutsche Seite Verständnis für die, wie es Institutsleiter Dieter A. Schmidt eingangs formulierte, „außerordentliche Empfindsamkeit und Sensibilität", die Polen „jeglichen auch nur im Raum stehenden Überlegungen zur Veränderung des Status quo in Europa entgegenbringt". Frau Geiger wies aber entschieden „Revanchismus-Vorwürfe" zurück. Es seien gerade die Heimatvertriebenen gewesen, die schon 1950 Gedanken der Rache und Vergeltung abgeschworen hätten. Was die Frage der Grenzregelung betreffe, so müsse Polen den deutschen Rechtsstandpunkt sehen, daß es noch keinen Friedensvertrag gebe. Aber dominierend sei in der Bonner Politik der Gewaltverzicht. Frau Geiger: „Kein Deutscher wird jemals zur Lösung der deutschen Frage Gewalt anwenden." Die zurückliegenden Jahrzehnte seien Beweis dafür, daß der Gewaltverzicht kein Lippenbekenntnis sei. „Unser Bündnis hat seit seinem Bestehen noch keinen Schuß abgegeben, dabei wird es bleiben." Geiger: „Polen und Deutsche müssen sich freimachen von Revisionsvorwürfen und Grenzdiskussionen. Diese Themen verstellen nur den Weg zu einer vernünftigen und gegenseitigen nützlichen Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen." Stattdessen sollte nach „verbindenden Themen" gesucht werden.

Wojna, stellvertretender Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Sejm, meinte, von den Beziehungen zwischen Bonn und Warschau „hängt sehr viel ab". Zur Staatsräson Polens gehöre das Bündnis mit Moskau, der Dialog mit Bonn sei durch den Warschauer Vertrag 1970 eröffnet worden. Wojna fragte, wie es um den „Geist" dieses Abkommens stehe, mit dem „bewußten Willen zu einem breitgefächerten Dialog?" Für Polen habe die Friedenserhaltung in „sicheren Grenzen" absolute Priorität. Wenn die deutsche Seite fordere, mit Revanchismus-Vorwürfen aufzuhören, dann müsse er antworten, daß es für solche Vorwürfe „Gründe" gebe, zum Beispiel Erklärungen von Bundesinnenminister Zimmermann. Auf juristische Weise, so der Sejm-Abgeordnete, werde die „Integrität" Polens berührt. Eine solche Art, „sich auszudrücken", enthalte „schlechte Intensionen für Polen". Im Bundestag gebe es in diesem Zusammenhang „direkt komische Diskussionen". Von manchen habe er, Wojna, den Eindruck, daß sie noch immer Vergeltung für den verlorenen Krieg suchen wollten. Er werde das Wort „Revanchismus" nicht mehr verwenden, sondern künftig von „Revisionismus" sprechen. Wer Polen für eine Wiedervereinigung Deutschlands gewinnen wolle, der müsse sicherstellen, daß dabei nicht über Oder und Neiße in einem gegen Polen gerichteten Sinne entschieden werden solle, betonte Wojna, der allerdings auch der Meinung war, daß es sich mit „Gegensätzen leben läßt" und dies sich im „Pragmatismus" zeigen müsse.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern waren ein weiterer Schwerpunkt der Fachtagung. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Lowack wünschte sich, daß Polen „großen Anteil an der anlaufenden Binnenkonjunktur" in der Bundesrepublik Deutschland hätte. Aber die augenblicklich schlechte Marktlage Polens sei auch darauf zurückzuführen, daß die „Kredite der 70er Jahre für den Konsum und nicht für Investitionen benutzt worden sind". Auf polnischer Seite gab es durchaus selbstkritische Stimmen, die sich wünschten, die Wirtschaftsreform im eigenen Land ginge zügiger voran.

Die Freundschaft mit Frankreich ist für Deutschland eine Notwendigkeit

Von RAINER BARZEL

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich – erfreulicherweise zur Freundschaft herangewachsen sowie Mehrheits- und Regierungswechseln hüben wie drüben enthoben – sind nicht Beziehungen wie andere auch. So wie Berlin keine Stadt ist wie andere auch, so verhält es sich mit dem deutsch-französischen Verhältnis. Joseph Rovan hat recht, wenn er schreibt: zwei Völker und ein Schicksal.

Die Jahrhunderte der Rivalität, also des Versuchs, bald auf dieser, bald auf jener Seite des Rheins Vorteil und Hegemonie zu erringen, produzierten Kriege, ungezählte und unzählbare Tote, den Niedergang Europas. Seit wir – statt dessen – die Hand reichen, gewinnt Europa Statur und der Frieden Gewißheit, gedeiht der Fortschritt. Man kann, man muß es so anspruchsvoll aussprechen: Miteinander verändern wir nun die Welt; geben ein Beispiel.

Die Gründer der Nachkriegsordnung – wie Churchill, Truman, de Gaulle und Adenauer – hatten zwei Weltkriege erlebt. Beide wurden auch möglich, weil die Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht aufgelöst waren, sondern fortdauerten. Aus bitterer Erfahrung nachdenklich und weise geworden, erkannten unsere politischen Großväter, daß zwischen Deutschland und Frankreich ein neues Verhältnis – Zusammenarbeit und Vertrauen statt Revanche und Erbfeindschaft – für Frieden und Fortschritt unerläßlich seien; daß Diktat-Frieden, Reparationen und Erniedrigung nur neues Unheil beschwören; daß es allen nur gut geht, wenn es jedem gut geht; daß Besiegte, behandelt als Aussätzige, für die Zukunft alle erkranken lassen. Rücksicht hieß die Summe ihrer Erfahrung.

Dann kamen die, die „nur" einen Weltkrieg erlebt hatten, wie Giscard, Schmidt, Ford, Wilson. Auch die Kriegsgeneration wußte aus leidvoller Erfahrung, daß Rücksicht auf das Recht des anderen innen- wie außenpolitisch die Bedingung des Friedens ist.

Es gelang den Politikern, zu beschließen und zu gestalten, was die Völker auf beiden Seiten des Rheins längst bei sich und mit sich beschlossen hatten: Ausgleich, Aussöhnung, Zusammenarbeit und Freundschaft.

Ohne diese – geschichtlich gesehen – Revolution, ohne diese neue, für Europa und den Frieden fundamentale und unerläßliche Tatsache der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, sähe alles in Europa anders aus: Es gäbe keine Europäische Gemeinschaft, wohl kaum noch ein wirksames Bündnis über den Atlantik – also wohl kaum noch die Chance zu Wohlfahrt in Europa, zur Entspannung wie zu Schritten auf die europäische Friedensordnung hin; denn Europa endet nicht an der Elbe. Verdorrte die deutsch-französische Freundschaft, so würden auch Gemeinschaft und Bündnis bald welken.

Meiner, der Kriegsgeneration (wir haben noch aufeinander geschossen) braucht keiner zu sagen, warum wir Freunde sein sollen und können – wir, Deutsche und Franzosen. Mit dem Fortgang der Zeit tritt die Kriegsgeneration aus der politischen Führung ab. Die nachwachsenden müssen aus dem Kopf, durch Erlebnisse und Tatsachen erfahren, was uns unter der Haut zur Gewißheit wurde: Deutsch-französische Freundschaft ist nötig, deutsch-französische



Rainer Barzel ist Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Freundschaft ist möglich. Den Nachwachsenden dies durch gemeinsame Arbeit, durch gemeinsame Werke so ins Bewußtsein zu bringen, daß unumkehrbar, dauerhaft wird, was da gewachsen ist an Verständnis, an Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft, es so zu richten, daß dies durch Tatsachen unauflöslich wird – das ist die Aufgabe der Enkel.

Die deutsch-französische Freundschaft wird immer weniger von anderen beargwöhnt. Eine neue Lage bei anderen Nachbarn und den „kleineren" Staaten in Eurpa ist zu verzeichnen – wohl auch in London, bestimmt in Moskau, das 1963 noch in aller Form gegen den Abschluß des deutsch-französischen Vertrags in Paris und Bonn protestierte. Man fürchtet im freien Europa nicht mehr die „Führung" durch Paris und Bonn. Man erwartet sie, hebt die Augenbrauen, wenn sie laut erfolgt – oder ausbleibt.

Das Gute, das ist, bleibt nicht von allein. Auch hier gilt: Wer rastet, der rostet. Die deutsch-französische Freundschaft ist ein Eckstein des Friedens und der Wohlfahrt Europas. Daß dieses hohe Gut besonderer Pflege bedarf – für die Deutschen, für die Franzosen, für Europa, für Sicherheit und Entspannung, für den Kampf gegen Hunger, Armut, Unwissenheit und den Haß in aller Welt –, das liegt auf der Hand.

Was ist zu tun?

Der frühere Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens hat unlängst daran erinnert, daß der Deutsche Bundestag bei der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrags diesem eine Präambel vorangesetzt und so die weitergehenden Absichten Frankreichs auf engstmögliche Zusammenarbeit abgeschwächt habe. Gleichwohl hält er „einen deutsch-französischen Schritt in Richtung auf eine Konföderation" nicht für ausgeschlossen.

Niemand hindert uns, noch näher aufeinander zuzugehen, noch mehr Gemeinsamkeit zu suchen, zu finden und zu gestalten. Niemand hindert uns, noch mehr voneinander zu wissen und zu lernen und neuen Schwung in die erstarrende Routine der Gemeinschaft und des Bündnisses zu bringen. Niemand hindert uns, den Gorbatschowschen Aktivitäten gemeinsam und auch mit eigenen, europäischen Vorschlägen zu begegnen. Deutschland und Frankreich können Vorreiter sein und die nächsten Schritte zur Vereinigung Europas vorschlagen, – auch Vorreiter auf dem Wege zur ebenbürtigen Partnerschaft mit den USA, Vorreiter der Entspannung und des Bemühens um eine europäische Friedensordnung, Vorreiter einer wirksamen Politik gegenüber der Dritten Welt.

Weiter: Wir können Motor sein zur Herstellung des Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft und zur Vollendung der Währungsunion. Wir können unsere Außenpolitik noch besser koordinieren und in den Fragen der Sicherheit jedermann für jede Lage klarmachen, daß das Schicksal Deutschlands und Frankreichs unteilbar miteinander verbunden ist, daß wir auf jeden Fall und in jedem Fall zusammenstehen.

Durch gemeinsame Werke in der modernen Technik, in Forschung und Wissenschaft, könnnen wir die Substanz unserer Gemeinsamkeit stärken. Ich nenne zum Beispiel: Raumfahrt, Waffen, Mikroelektronik, Informationstechnik, Kommunikationstechnik, Biotechnologie und neue Werkstoffe.

Das alles richtet sich gegen niemanden. Es ist für uns gedacht und kann, wenn gewünscht, allen Nachbarn helfen wie der Gemeinschaft und dem Bündnis. Nur eines ist uns nicht erlaubt: zu verweilen. Es ist noch so viel zu tun.



Schriftsteller sind manchmal genau das Gegenteil, worüber sie schreiben: Norman Mailer

FOTOS: ROBERT TRINGALI

Norman Mailer: 63 und doch schon ein bißchen weiser

Norman Mailer, berühmt und berüchtigt als „Enfant terrible" der amerikanischen Literatur, …r international bekanntester Vertreter …emal, kennt keine Grenzen. Seine …ei Dutzend Bücher sind Romane, …litische Pamphlete, Hollywood-Reportagen. …tzt arbeitet er an einem neuen Werk, …it dem er zum ersten Mal das Genre …s Spionage-Thrillers betritt: „Harlots' …host". Mehr wollte der Autor nicht …rraten. Nur daß er das Manuskript …it Verspätung abliefern wird. Normalerweise …nt Mailer alle Interview-Gesuche …, wenn er unter Termindruck arbeitet. …i WELT-Redakteur Alfred Starkmann …achte er eine Ausnahme.

„Ich glaube nicht, daß Gott einen Atomkrieg zuließe"

…ie drei Sätze, die er gleich zu … Beginn des Gesprächs sagt, …inen seine neue Lebensphiloso… zu umreißen: „Als ich meinen …an ‚Der Alptraum' geschrieben …, kam mir alles so furchtbar apo…ptisch vor. Ich glaubte, daß die …schen sich ändern müßten, daß …ganze Welt sich dramatisch läu… müßte. Heute denke ich fast ent…ngesetzt: wir sitzen eben zu tief …r Tinte …"

…n pessimistischer Norman Mai… Der Mann mit der harten Boxer…t bei nie gescheuten Schlägereien …der feinnervigen Hand beim Füh…der Feder, resignierend? Hat er …lich den amerikanischen Traum …der Freiheit des Einzelnen und …hinderter Selbstverwirklichung …iner aufgeklärten Gesellschaft, … er weltweit literarische Kontur …eh, innerlich verabschiedet?

… schwarz-weiß kann man die …e nicht sortieren: „In mancher …icht bin ich noch viel pessimisti…r als früher, und das betrifft unse…ahe Zukunft. Auf der anderen … stimmt mich das Leben selbst …viel fröhlicher."

… baut Widersprüche in die Unter…ung, um zu verwirren, zu verblüf… …nd seinen Spaß daran zu haben. …merkt man auch dem Gesicht des …rigen an, das seinen jungenhaft …culinen Charme bewahrt hat: „… lange Sicht bin ich ziemlich op…tisch. Wir werden unseren Pla…n nicht durch einen nuklearen …g vernichten." Da ist er schon …er ganz ernst.

…in geräumiges rotes Backstein… in Provincetown steht dicht am …d von Cape Cod, die Wellen rau…n vor der offenen Veranda an den …steg, auf dem junge Leute lagern, … er von ihm. Seine junge, fünfte … hat sich nach der Begrüßung im …r entschuldigen lassen – Besor…en. Der Hausherr trägt kurze … Hosen und Pantoffeln. Sein …l trollt sich unter den Tisch und …t nur selten mit den Ohren. Das …, es ist Flut, kommt so nah, daß … den Finger hineinstecken kann, … aufzustehen.

…n Boston aus fliegt man in einer …en DC 3 hierher. Es dauert nur 20 …ten, aber die reichen. Die Vete…n der Luft schaukeln ziemlich. Man ist froh, danach auf dieser Terrasse zu sitzen und den Blick über das Meer und die weißen Jachten gleiten zu lassen. Hier also wohnt Norman Mailer, wenn er nicht sein Penthouse in New York frequentiert.

WELT: Warum glauben Sie, daß es keinen Atomkrieg geben wird?

Mailer: Eine tiefschürfende Begründung dafür habe ich nicht. Es scheint mir nur, je älter ich selbst werde, daß ältere Menschen keine dramatischen Dinge tun – und die führenden Nationen der Welt werden von älteren Männern regiert. Jemand müßte auf den Knopf drücken, und ich glaube nicht, daß Gott diese Bewegung eines menschlichen Fingers zulassen würde.

WELT: Sie sind älter geworden – auch reifer?

Mailer: Das Wort reif gefällt mir nicht so gut, auch Käse reift. Manche Menschen reifen zum Guten, andere reifen wie Käse.

Bevor man nachfassen kann, hat er das Thema gewechselt. Ein Schriftsteller spricht lieber über seine Arbeit, seine Werke als über Politik und Privates. Dennoch läßt sich das gerade bei diesem Autor schlecht trennen. Er hat sich als politischer Journalist betätigt, ein politisches Amt angestrebt und sein turbulentes Privatleben nie versteckt: er genoß zeitweilig seinen Ruf als Enfant terrible der amerikanischen Literatur.

WELT: Wir sitzen also tief in der Tinte. Haben Sie sich deshalb Ende der 70er Jahre vom zeitgenössischen Amerika abgewandt und sich ganz auf ihren großen Ägyptenroman „Frühe Nächte" konzentriert?

Mailer: Ich hatte den Eindruck, daß die Dinge in diesem Land mir entglitten, ich hatte kein unerschüttertes Selbstvertrauen mehr. Die sechziger Jahre, das war unbestreitbar meine Zeit. Die siebziger waren für mich verwirrend, und die achtziger noch mehr. Ich wollte mich damals tatsächlich aus der Gegenwart zurückziehen und über etwas schreiben, was nichts mit Amerika zu tun hatte. Und natürlich wurde ich im Laufe der Zeit ganz besessen davon, weil es so verschieden war von allem, was ich kannte.

„Man darf Literatur nicht als Tempel betrachten"

…ELT: Die Arbeit am Ägypten…toff hat Sie lange Jahre gekostet, …nd Sie haben damals erklärt, die…r Roman werde die Summe ihres …erarischen Lebens darstellen. Ist … das geworden?

…ler: Ich bin mir nicht sicher. Ich …ß nur, daß ich keinen ehrgeizige… Roman mehr schreiben werde. …s, was ich über das Leben und das …reiben weiß, ist hier eingeflossen … hat das Buch geformt. Ich weiß …t, ob ein gutes Buch daraus ge…den ist, aber manchmal meine … daß zukünftige Generationen es … einer gewissen Neugier entdek… werden – mehr nicht.

…h wollte mich in das Lebensge… der alten Ägypter versetzen, in … Lebensweise eines wirklich intel…nten Mannes damals. Sehen Sie, …en meisten historischen Romanen …et man ein unfreiwillig komi…es Element dadurch, daß sich ein …genössisches Bewußtsein in die …hichtlichen Charaktere drängt. … verdirbt sie.

…ELT: Gilt das auch für Thomas …anns „Joseph"-Romane, die ja …en gleichen Zeitraum behandeln?

…ler: Ich habe sie natürlich gele…, und bevor ich damit begann, war … schon ein großer Bewunderer von …nn. Ich empfand beinahe Angst, … ich sah, wie er das Problem gelöst …te. Auf ganz nüchterne, vernünfti… Weise, indem er Ägypten nach sei…n besten Wissen und Gewissen …sentierte und als moderner Autor … dem modernen Leser einen stän…en Dialog führte. Er sagte: Schaut …, wie seltsam diese Menschen sind. …s waren ihre Motive? Vielleicht interpretiere ich sie falsch. Er vermittelte sozusagen ein gelehrtes Bild des alten Ägypten. Ich hatte ein ehrgeizigeres Ziel.

WELT: Tatsächlich?

Mailer: Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich bin nicht so beschaffen, daß ich meinen Ehrgeiz an Thomas Mann messe. Aber in diesem besonderen Fall wohl doch. Denn ich wollte ein Ägypten schaffen, dem kein modernes Bewußtsein im Wege steht.

WELT: Geht das denn überhaupt – im zwanzigsten Jahrhundert leben und sich dann um Jahrtausende zurückversetzen?

Mailer: In gewissem Sinn hat eigentlich niemand das Recht, ein Buch zu schreiben. Wir wissen alle, daß wir nie mit dem Ergebnis zufrieden sind, wenn wir Erfahrungen schildern, die uns berühren. Wir haben kein Recht, das Leben aus der Sicht eines Schwarzen, eines Juden, eines Nichtjuden oder einer Frau zu beschreiben. Und trotzdem machen wir immer wieder diesen Sprung – ich bin nur eben etwas weiter gesprungen.

Wie von ungefähr kommen wir auf Privates zu reden, Norman Mailer selbst gibt das Stichwort: „Sie wissen ja, daß ich mehrere Ehen hinter mir habe. An bestimmte davon möchte ich mich nicht mehr erinnern, sie haben mich zuviel gekostet. Genauso geht es mir mit den ‚Frühen Nächten' – ein unter Schmerzen beendetes Buch."

Was haben ihn seine Ehen gekostet außer der inneren Belastung? Stimmt es, daß er pro Jahr 150 000 Dollar an Alimenten zu zahlen hat („Ungefähr, wenn nicht mehr") und deshalb im Laufe der Jahre manche Bücher auf Bestellung, aus Geldnot geschrieben hat?

Mailer: Ohne Zweifel habe ich in solchen Situationen Bücher geschrieben, die unter anderen Umständen nie entstanden wären. Aber ich sehe nicht, was daran schlimm sein soll. Man darf die Literatur nicht als einen heiligen Tempel betrachten, nicht zu bigott sein. Meine Theorie war immer: Es ist besser, ich bringe zehn Bücher heraus, die 90 bis 95 Prozent meines maximalen Könnens enthalten, als nur eines, das 99 Prozent davon enthält. Einige meiner besten Bücher sind gegen festes Honorar entstanden, zum Beispiel „Gnadenlos". Bei der angebotenen Summe konnte ich es mir einfach nicht leisten, nein zu sagen.

Für diesen 1979 veröffentlichten Bericht mit dem Untertitel „Das Lied vom Henker", der das Innenleben des Doppelmörders Gary Gilmore zu erfassen versucht, erhielt der Autor seinen zweiten Pulitzer-Preis; der erste war ihm vierzehn Jahre davor für „Heere aus der Nacht" verliehen worden, eine brillante Reportage über Anti-Vietnam-Demonstrationen.

Norman Mailer hat ein nüchternes Verhältnis zur Literatur, mit „L'art pour l'art" hat er nichts im Sinn. Trotzdem macht er sich Gedanken über seine eigene mögliche Korruptheit – ein Nomen überhaupt, das für ihn eine Facette des Zeitgeistes spiegelt. Immer wieder operiert er mit den Wörtern „corrupt" und „phony"; letzteres hat Bedeutungsnuancen, die in keinem deutschen Wort gebündelt sind.

Doch „corrupt" ist eindeutig: „Nur einmal dachte ich, ich sei in einen Akt der Korruption verwickelt, nämlich – ich sage es ohne Umschweife: bei dem Roman ‚Harte Männer tanzen nicht' vor drei Jahren. Ich saß damals in einer schrecklichen Klemme, weil ich ein Jahr lang kein Buch geschrieben, aber Vorschüsse von meinem Verleger kassiert hatte. Ich schuldete ihm also entweder ein Buch oder das Geld, und es wurde mir klar, wenn ich es ihm zurückzahlen müßte, daß mein Leben dann genauso wie das von Joe Louis verlaufen würde – immer hinter den Schulden herhecheln. Also nahm ich an."

Die Kritik nahm die „harten Männer" alles andere als wohlwollend auf. Den Verfasser stört das auch heute nicht:

„Ich liebe das Buch, es ist vielleicht das am besten geschriebene von allen meinen Romanen. Ich war einfach reif für dieses Buch, der Teufel brauchte mich nur zu berühren. Er streckte den Finger aus, und er verfehlte sein Ziel nicht."

So läuft das mit der schriftstellerischen Inspiration. „Der Stil ist es, der Stil. Ich habe nie besser geschrieben. Ein ganzer Roman in zwei Monaten, und dann ein solcher Glücksstreich! Das kann ich niemals wiederholen."

Variationen über Mailers zweites Leitmotiv, „phony". Der Autor schließt einen kleinen kulturgeschichtlichen Exkurs mit dem Befund ab, die westliche Welt habe sich zu einer Gesellschaft von Schwindlern entwickelt:

„Wir täuschen alle ein Wissen und eine Macht vor, die wir nicht besitzen. Wir nehmen eine Videokassette, stecken sie in den Recorder, und – siehe da! – es läuft ein Film. Dabei haben wir nicht die geringste Ahnung von den Bedingungen dieses Vorgangs, wir genießen es einfach. Das ist doch eine ziemlich windige Einstellung. In früheren Jahrhunderten wußten die Bauern, die auf ihren Feldern arbeiteten, wer sie waren – Eduard oder Klaus oder sonstwer. Sie brauchten nicht nach ihrer Identität zu suchen. Uns aber sind alle Wurzeln ausgerissen, und wir leben in einer Realität des Schwindels."

WELT: Auch gegenwärtig, im Amerika von Ende 1986?

Mailer: Ja, nehmen wir Präsident Reagan. Die vergangenen sieben Jahre habe ich versucht, diesen Mann zu verstehen. Warum lieben ihn die Amerikaner so? Wir sind ja nicht dumm, wir haben eine Menge gesunden Menschenverstand. Der simple Grund ist, wir haben alle gemerkt, daß er ein bißchen von einem Schwindler an sich hat. Aber wir müssen uns auch eingestehen, daß wir selbst Schwindler sind. Also wird er unser aller Schwindler. Oder mit anderen Worten: Er zeigt uns, daß man ein Schwindler und trotzdem außerordentlich erfolgreich sein kann. Das beflügelt die Amerikaner. Sie verabscheuten Carter, er war so feierlich und ernsthaft und machte dadurch all den vielen Schwindlern, die nicht so hart arbeiteten wie er, keinerlei Hoffnung. Es war Carters Tragödie, daß er zur falschen Zeit ins Amt kam. Der arme Junge mußte all die Schocks der tödlichen Anschläge in den späten sechziger Jahren verkraften, dann Watergate und Vietnam – Amerika war absolut erschüttert. Er kommt also ins Amt, ein fleißiger Arbeiter, relativ simpel in seiner Haltung und fromm. Das war unerträglich für die Amerikaner, sie konnten es nicht aushalten. Und dann kommt Reagan – Täuschung, Blendung, Schwindel! Hat nie etwas gesagt, wofür er geradestehen konnte. Brauchte er auch nicht. Bezauberte die Reporter, die selbst unglaubliche Schwindler sind. Die Presse liebt Reagan. Die Journalisten sagen, der Bursche ist ja noch windiger als wir – und charmant dazu. In gewissem Sinn erteilt Reagan also Amerika den moralischen Dispens, unmoralisch zu sein.

Mailer wäre *nicht Mailer, wenn er nicht hinzufügte, daß er ein Fan des Präsidenten ist. Der Schriftsteller und die Politik: Mailer hat sich auch als Berichterstatter und Kommentator einen Namen gemacht; 1969 bewarb er sich ernsthaft um das Amt des Bürgermeisters von New York. Oder war es doch nicht so ganz ernsthaft?*

Mailer setzt sein Grinsen auf: „Wie Sie wissen, bin ich ein großer Anhänger kleiner Schwindeleien; einigen wir uns darauf, daß ungefähr die Hälfte dessen, was ich gesagt habe, wahr ist."

Einmal beim Thema Politik, will der Autor noch einiges mehr loswerden. Ihn beschäftigt der in Europa gelegentlich erhobene Vorwurf, die Amerikaner seien in einem primitiven Antikommunismus befangen. Mailer wartet mit einer kleinen Anekdote auf: „Sie kennen doch Roy Cohen, nicht wahr, einen Rechtsaußen der amerikanischen politischen Szene, der vor ein paar Tagen gestorben ist? Er wohnte hier direkt nebenan, wir vertrugen uns gut, und wir redeten nie über Politik. Ich mochte ihn als Person viel besser leiden, als ich erst angenommen hatte. Das hat mich gelehrt, daß der Antikommunismus in diesem Land eine Komödie ist. Einmal habe ich einen Freund von Roy Cohen gefragt, was wohl passieren würde, wenn sich der Kommunismus von Nicaragua nach Salvador und Guatemala ausbreitete, wie uns das berühren würde. Er meinte, daß dann Mexiko als nächstes Land auf der Liste stünde. Okay, sagte ich, Mexiko wird also auch kommunistisch, was dann? Werden diese Länder sich etwa zusammentun und uns angreifen? Nein, sagte er, aber dann könnten wir das Problem der ‚wet-backs', der illegalen Einwanderer in die USA nicht mehr bewältigen. Das ist echte Komödie."

So betrachtet er ebenfalls den „großen Krieg" auf Grenada.

Mailer: Das törichte Verhalten eines Riesen. In den Augen der Geschichte werden wir mit diesem Zwischenfall als eine Nation von Komikern dastehen. Die Idee, in einem armen mittelamerikanischen Land für die Freiheit zu kämpfen, hat etwas Abstoßendes. Aber wir mit unserer Tradition der Freiheit wollen diesen winzigen Ländern diktieren, welche Art von Freiheit sie sich zu wünschen haben.

Macht, Gewalt, Gewalttätigkeit – im privaten Leben des Schriftstellers wie in seinem Werk bilden sie zentrale Elemente. Norman Mailer läßt sich durchaus danach befragen, warum er in Greenwich-Village-Nachtbars kräftig an Prügeleien teilgenommen hat, warum er auf seine zweite Frau Adele mit dem Messer losgegangen ist, warum sich der „nette jüdische Junge aus Brooklyn" den Ruf eines Sauf- und Raufbolds zugelegt hat, doch er will es heute in übergreifenden Zusammenhängen sehen. Die wilden Zeiten sind vorbei, kein Zweifel, und ob er damals mit seinen Exzessen nur dem Presse-Affen Zucker geben wollte, um im Gespräch und am Buchmarkt erfolgreich zu bleiben, während er die ganze Zeit bloß geschauspielert hat – das läßt er mit einem Kompliment offen: „Um das zu beantworten, müßte ich einen Roman schreiben. Der Charakter ist mit der Frage schon recht gut umrissen."

„Alle Revolutionen zeigen, wie die Macht korrumpiert"

WELT: Besteht tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Biographie und literarischer Fiktion?

Mailer: Schriftsteller sind manchmal genau das Gegenteil von dem, worüber sie schreiben. Henry Miller war der netteste Mensch, dem ich je begegnet bin, und seine Bücher sind voller abscheulicher Handlungen. Ich glaube, er hat alles aus dem Schlaf heraus geschrieben. Ich selbst bin alles andere als gewalttätig, ich habe mich seit Jahren nicht mehr geprügelt. Ich lehne Gewalt ab, weil ich weiß, welchen Preis man dafür zu zahlen hat. Aber man kommt nicht an ihr vorbei. Die Gewalt ist das Thema des 20. Jahrhunderts, Identität ist das zweite.

Die apokalyptische Vision bleibt nicht ohne sarkastische Ausführung.
Mailer: Präsident Reagan hat kürzlich erklärt, das Drogenproblem sei mittlerweile wichtiger für Amerika als die Unterdrückung in bestimmten fremden Staaten. Seit dem Krieg hat kein rechtsgerichteter Politiker je angedeutet, es gebe Schwierigkeiten in Amerika, die nicht vom Kommunismus herrühren; der Kommunismus war immer die Wurzel allen Übels. Zum erstenmal sagt jetzt ein ‚Rechter', die Drogenabhängigkeit ist schlimmer als der Kommunismus. Was natürlich stimmt – und das gleiche gilt für den Alkoholismus in der Sowjetunion.

Wenn der Schriftsteller nachdenkend, philosophierend in Fahrt kommt, über die Weltläufte und seine eigene innere Entwicklung, die ihn in die Fänge des Kommunismus und wieder zurücktrieb, die ihm von der amerikanischen Frauenbewegung den Vorwurf einbrachte, er sei ein typischer „Macho", will er wenig wissen von solch kleinen Zusammenstößen wie mit Günter Grass beim Treffen des Internationalen PEN in New York im Januar dieses Jahres. Norman Mailer hatte den Kongreß als US-PEN-Präsident organisiert und Außenminister George Shultz als Eröffnungsredner eingeladen, wogegen mit Grass andere Autoren heftig protestierten.

WELT: Würden Sie nochmals so handeln und den Minister wieder einladen, wenn Sie heute das Treffen auszurichten hätten?

Mailer: Sicherlich. Aber mir ist auch klar geworden, daß ich mich der rückhaltlosen Unterstützung meiner Vorstandsmitglieder hätte versichern sollen. Ich würde die Sache viel vorsichtiger angehen.

Und die wilde Amerika-Kritik von Günter Grass tut er so ab: „Die Vereinigten Staaten sind ein enorm mächtiges Land, immer noch, und deshalb können wir gelassen kritische Anmerkungen ertragen – vor allem deshalb, weil es kaum eine Kritik gibt, die wirklich trifft." *Ist Norman Mailer ein Macho? Ein Gegner der Frauenbewegung, die ihm mitgeteilt hat, sie werde erst dann wieder mit ihm reden, wenn er aufhöre, seinen Samen als heilig zu betrachten?*

Mailer: Ich habe gegen Women's Lib genauso wenig wie gegen andere totalitäre Organisationen. Sie haben als Revolution begonnen und dann wie in allen Revolutionen die mittelmäßigen Talente nach oben steigen lassen. Alle Revolutionen zeigen, wie die Macht korrumpiert und zum Totalitarismus führt.

Der Roman „Die Nackten und die Toten" über den Pazifik-Krieg brachte dem 25jährigen Autor, der in Harvard Bautechnik studiert hatte, über Nacht weltweiten Ruhm ein, der durch die Verfilmung noch gesteigert wurde. Hat ihm der frühe Ruhm geschadet?

Mailer: Er hat mein Leben von Grund auf verändert und mir dabei sowohl geschadet wie genützt. Als Schriftsteller bin ich sozusagen aus der Obskurität einer Dorfschule in ein vornehmes Internat gekommen. Ich war arm und wurde reich. Ob man es will oder nicht, man verliert seine Freunde aus der Zeit der Armut. Der Film war übrigens fürchterlich, er hat mir Hollywood gründlich vergrault.

Sein bisher letzter Roman soll demnächst verfilmt werden – in Hollywood. Es ist gewiß nicht sein tiefgründigstes Buch, ebensowenig wahrscheinlich wie das, an dem er gegenwärtig arbeitet und von dem er nur verrät, daß er das Manuskript „mit einiger Verspätung 1987" abliefern wird. Der Arbeitstitel: „Harlots' Ghost", Hurengeist, eine Geschichte im CIA-/Agentenmilieu. Dieser Autor läßt kein Genre aus, und in allen geht es ihm um „die Identität. Alle meine Charaktere stellen sich in der einen oder anderen Form die Frage, wer sie eigentlich sind und was sich hinter den Masken der anderen verbirgt."

Jedoch, darüber zu reden scheint bei ihm eher Pflichtübung. Überzeugender klingt, was er zum Schluß – den Beginn des Gesprächs aufgreifend – formuliert.

Mailer: Vermutlich bin ich ein bißchen weiser und ein bißchen korrupter geworden und kann jetzt besser in dieser Welt leben. Ob das für andere gut ist, für mich gut ist oder für die Literatur gut ist, weiß ich nicht. Ich bin es müde, über mich selbst nachzudenken, deshalb ziehe ich es vor, über die kleinen Dinge nachzudenken, die ich verstehe. Alles übrige ist gesagt.

Er war über Nacht weltberühmt geworden. In seinem Roman „Die Nackten und die Toten" hatte Norman Mailer 1948 die Schrecken des Pazifik-Kriegs geschildert, wie er sie als 21jähriger Infanterist erlebte. Zuvor hatte er in Harvard Bautechnik studiert und wohl auch Kurse für Schriftstellerei belegt. Aber in diesen hat Mailer lediglich gelernt, „wie man es nicht machen soll". Seit der Verfilmung seines Erstlings pflegt der Autor Verbindungen zu Hollywood, die er immer wieder zu aktivieren wußte. In dem Buch „Der Hirschpark" (1956) hat er Hollywood und der amerikanischen Filmwelt, denen er in einer seltsamen Mischung aus Haß und Liebe verbunden blieb, mit einer Skandalchronik ein literarisches Denkmal gesetzt.



Diskurs am Meer: Norman Mailer und Alfred Starkmann

Das hinderte ihn indes nicht daran, zwei Bände über Marilyn Monroe zu veröffentlichen und selbst mehrere Filme zu drehen. Norman Mailer ist ein Mann der Widersprüche. Wahrscheinlich liegt es daran, daß sein zweiter Roman, „Am Rande der Barbarei", von der Kritik völlig abgelehnt wurde; hier ließ sich Mailer auf den amerikanischen Zeitgeist ein, und das galt damals schon nicht als sein Metier.

Den Schriftsteller ärgert Ablehnung über die Maßen. Deshalb setzte er alles daran, im Gespräch zu bleiben. Er schrieb als Journalist für Tageszeitungen, verdingte sich als Berichterstatter über US-Parteitage, empfand publizistisch den Mondflug des Raumschiffs Apollo 11 nach, versetzte sich in die Psyche des Doppelmörders Gary Gilmore. Mit zwei Pulitzer-Preisen wurde er dafür belohnt.

Seine Freunde sagen, er habe sich literarisch prostituiert, um das Geld zu verdienen, das er zur Alimentierung seiner Frauen und Kinder aus fünf geschiedenen Ehen brauche: mindestens 150 000 Dollar pro Jahr. Norman Mailer streitet es nicht ab. Trotzdem hat er den Ehrgeiz seines Lebens verwirklicht: einen großen Menschheitsroman – „Frühe Nächte" –, der im alten Ägypten vom amerikanischen Traum fort auf die Ursprünge der Existenz verweist. Nach „Harlots' Ghost" – deutet Norman Mailer an – wird er zurückkehren zum „grand design". Mit der Brotarbeit hat der nunmehr 63jährige dann abgeschlossen.

Syrien, der internationale Terrorismus und Europa / Übereinstimmung mit den USA / Wirtschaftssanktionen?

London erwartet ein Zeichen der Solidarität

SIEGFRIED HELM, London

England will nach dem Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen zu Syrien seine europäischen Partner für eine konzertierte Aktion mit dem Ziel einer weiteren Isolierung Syriens gewinnen. Außenminister Sir Geoffrey Howe legt den EG-Außenministern heute in Luxemburg „schlüssige Beweise" für die Komplizenschaft Syriens bei dem geplanten Bombenanschlag auf einen Jumbo-Jet der israelischen Luftverkehrsgesellschaft El AL vor, die im Verlauf des am Freitag mit der Verurteilung des jordanischen Terroristen Nezar Hindawi vor dem Londoner Old Bailey zu Ende gegangenen Prozesses zutage traten. Zum erstenmal wurde bei einem großen Terroristenprozeß die aktive Mitwirkung eines souveränen Staates bei einem Terrorakt erwiesen.

Harte Haltung

London wird dabei voll von der amerikanischen Regierung unterstützt, die (wie Kanada) prompt mit der Rückberufung ihres Botschafters William Eagleton aus Damaskus reagierte und den Diplomaten Gerald Bremner zu Konsultationen mit den europäischen Verbündeten entsenden will, um eine harte politische und wirtschaftliche Initiative des Westens gegen Damaskus auf die Beine zu stellen.

Washington denkt an Wirtschaftssanktionen nach dem Vorbild der eigenen Maßnahmen gegen Libyen und an eine Reduzierung des syrischen Botschaftspersonals in westlichen Ländern. Um eine geschlossene Abwehr-Front gegen den staatlich gelenkten Terrorismus Syriens und Libyens aufzubauen, wollen London und Washington einen Konsensus der Europäer für gemeinsames Vorgehen erzielen, das mehr als „kosmetisch" sein müsse, wie ein hoher US-Regierungsbeamter (gegenüber dem Londoner „Sunday Telegraph") betonte. Er fügte hinzu: „Wir wollen die spröden Jungfrauen in Europa feurig machen."

Mit dem drastischen Schritt eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen hat London sich als europäischer Vorreiter einer kompromißlosen Abwehr des Terror-Exports aus dem Nahen Osten exponiert. War Premierminister Margaret Thatcher wegen ihrer Starterlaubnis für US-Fernbomber von britischen Basen zu Washingtons „Denkzettel" gegen Libyens Staatschef Khadhafi von der linken Opposition als Scharfmacher verteufelt worden, so stellten sich auch die Oppositionsparteien jetzt im Unterhaus ohne Einschränkung hinter Sir Geoffrey Howe. Die „blutbefleckte Spur" des Terrorismus, sagte der Liberale Alan Beith, sei bis vor die Tür der syrischen Botschaft verfolgt worden.

London gibt sich keinen Illusionen hin, daß seine EG-Partner auf die harte anglo-amerikanische Linie einschwenken werden. Nicht einmal dann, wenn Sir Geoffrey sie über die vor dem Old Bailey nicht zur Sprache gekommenen Berichte des britischen Geheimdienstes über das volle Ausmaß der Verwicklung der syrischen Botschaft informiert, wo die aus der Tschechoslowakei gelieferte Bombe für Hindawi gebastelt worden war. Eine Rückberufung von Botschaftern und eine Suspendierung geplanter bilateraler Besuche wären als Solidaritätsbekundungen schon willkommen.

In London wurde ein militärischer „Denkzettel" der USA gegen Syrien nach Art der Aktion gegen Libyen ausgeschlossen, begrenzte Schläge gegen Basen von Terroristen wurden jedoch für möglich gehalten. London hat die zur Terrorismusbekämpfung geschulte Einheit FAS nach Zypern geflogen, wo die Briten zwei autonome Militärbasen unterhalten. Ferner wurde in London bekannt, daß Angehörige der amerikanischen „Delta Force" zur Terroristenbekämpfung in diesen Tagen in Europa stationiert wurden, und daß sie zum erstenmal gemeinsame Übungen mit Englands FAS und dem bundesdeutschen Äquivalent GSG-9 abhalten werde.

Moral und Realpolitik

Londons Entscheidung, die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abzubrechen, ist eine moralische und realpolitische zugleich. Sie ist moralisch motiviert wie 1984 der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Libyen, als libysche Diplomaten aus ihrem Londoner Volksbüro auf Demonstranten schossen und die Polizistin Yvonne Fletcher tödlich trafen. Sie ist realpolitisch im Sinne der von Frau Thatcher nachdrücklich bekundeten Gegnerschaft gegen den Terrorismus. Den Verlust seines Außenhandels mit einem Volumen von bescheidenen 80 Millionen Pfund kann London leichter verschmerzen als Syrien.

Syriens Außenminister hatte in einer ersten Stellungnahme erklärt, Großbritanniens Rolle bei dem „Nahost-Friedensprozeß" sei nunmehr auf dem „Nullpunkt" angekommen. Solche Verkürzung der Perspektive seiner Nahostpolitik nimmt London bewußt in Kauf. Syriens Präsident Assad ist durch den Mißerfolg von Hindawis Terror-Mission in den Augen Londons als ein Mann entlarvt, für dessen Diplomatie am Rande des Abgrunds der Zweck auch den Terrorismus als Mittel heiligt. Damit habe er der arabischen Sache einen Bärendienst erwiesen. London hat im Blick auf den Nahen Osten klar gemacht: Friedensinitiativen bleiben suspendiert, so lange der Export des Terrorismus anhält.

In London rechnet man damit, daß der glücklose Botschafter Syriens in London, Loutof Allâh Haydar, der die Schlappe als Drahtzieher zu verantworten hat, eine Rückkehr nach Damaskus nicht lange überleben wird.



Kopf in der Operationszentrale: General Khuly FOTO: SIPA

Damaskus hielt sich meist im Hintergrund

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der internationale Terrorismus hat eine neue Adresse: Damaskus. Zwar kursierten schon seit Jahren Gerüchte und deutliche Hinweise auf eine Beteiligung des Regimes Assad an der Terror-GmbH. Die lückenlose Beweiskette in der Affäre Hindawi und die prompten Reaktionen Londons und Washingtons aber verleihen diesen Indizien ein neues, erhöhtes Maß an Glaubwürdigkeit. Die staatlichen Drahtzieher verschiedener Terror-Aktionen stehen nun im Licht der Öffentlichkeit.

Die Indizien beziehen sich zunächst auf das Dispositif des Terrorismus. Denn in Syrien haben folgende Terrorgruppen spätestens seit dem israelischen Libanon-Feldzug 1982 Sitz und Schutz gefunden: Der prosyrische Zweig der Abu Nidal-Gruppe, angeführt von Mustafa Murad und Abdul Issa; die Volksfront zuzr Befreiung Palästinas des George Habbvasch; die Volksfront-Generalkommando dews Achmed Dschibril; die Saika-Truppe; die PLO-Rebellen um Abu Musa; die Demokratische Volksbvefreiungsfront des Nayef Hawathmeh; diverse kleinere palästinensische Einheiten sowie einige ausländische Gruppierungen.

Andere, vor allem schiitische Selbstmord-Kommandos stehen in der libanesischen Bekaa-Hochebene unter Schutz und Kontrolle der dort stationierten syrischen Besatzungsarmee. Im Schutz der Tempel von Baalbek, aber auch im Süden Libanons bei Tyros und Sidon haben mittlerweile die meisten bekannten Terrorgruppen Filialen eingerichtet. Einige Terroristen der armenischen Asala dürfen mit Erlaubnis von Damaskus in der Nähe der türkischen Grenze in einem Lager des George Habbasch namens Kamschlijeh ihre Ausbildung im Mord-Metier absolvieren; das Erleichtert die Zusammenarbeit mit kurdischen Terroristen.

Wenigstens eine dieser Gruppen war an den Terroraktionen in Rom und Wien am 27. Dezember des vergangenen Jahres , beim Morden an jordanischen Diplomaten in Europa, bei dem Attentat auf die Synagoge in Istanbul oder bei den Kaufhaus-Anschlägen in Paris beteiligt. Ganz zu schweigen von den Anschlägen und Mordversuchen im arabischen Raum. Geleitet und koordiniert werden die Aktionen im Geheimdienst der syrischen Luftwaffe. Deren Chef, General Mohamed Khuly, hat durch diese seit Jahren eher stille Aktivität erheblichen Machteinfluß in Damaskus gewonnen. Ihm untersteht auch der in Libanon tätige syrische Geheimdienst, der schon bei mehreren Attentaten, zum Beispiel auf amerikanische Truppen und Einrichtungen , die Hand im Spiel hatte. Der Chef der libanesischen Geheimdienst-Truppe, Oberst Kanaan, steht ständig in direkter Verbindung mit Khuly.

Khuly hat sich offenbar mit dem Bruder des Präsidenten Assad, Rifaat Assad und dem Sohn des Präsidenten, Oberst Bassil Assad, zusammengetan. Assad selbst vertraut dem General. Er kommt aus derselben Waffengattung.

Anderen Zeitungsberichten sind auch die Terroristenlager ziemlich genau lokalisiert. Das Mazra-Camp liegt 15 Kilometer östlkich von Damaskus, das Sharai-Lager in der Region von Dara, das Humuriya-Camp ebenfalls im Osten der syrischen Hauptstadt. Daneben werden öfters die Lager Anjar und Beit-Naim genannt.

Im Libanon rekrutiert der syrische Geheimdienst offensichtlich selbst. Mit vielerlei Methoden werden junge Libanesen angeworben oder in den Terror-Dienst gepresst. Ähnlich erging es Hindawi. Für die diplomatische oder zivile Ausstattung in anderen Ländern sorgt dann die Zentrale in Damaskus. Bisher gelang es immer, die direkte Beteiligung auszuschließen. Auch künftig dürfte es schwierig sein, wie im Fall Hindawi den Weg des Terrors bis nach Damaskus zu rekonstruieren. Das zeigte sich zum Beispiel schon im Fall des Ibrahim Abdallah aus dem Norden Libanons. Dessen Familie ist eine Keimzelle des Terrors. Wer die Zelle wachsen lässt , scheint eindeutig. Der ganz schlüssige Beweis jedoch liegt nicht vor.

Warnung vor Ausstieg aus Kernkraft in Schweden

Untersuchung nach Tschernobyl bestätigt Regierungspolitik

C. SCHÖNFELDT, Stockholm

„Eine Umbewertung des Sicherheitsrisikos schwedischer Atomkraftwerke nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ist nicht notwendig." Das ist die Quintessenz des Berichts einer schwedischen Expertengruppe, die nach dem Unfall von Tschernobyl von der Regierung den Auftrag bekommen hatte, die Konsequenzen eines vorzeitigen Ausstiegs aus der Kernenergie in bezug auf die Energieversorgung, die Reaktorsicherheit und den Strahlen- sowie Umweltschutz zu analysieren.

Nach einem Regierungsbeschluß, der auf dem Ergebnis einer Volksbefragung basiert, sollen die zwölf schwedischen Atomkraftwerke bis zum Jahre 2010 abgeschaltet werden. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl war eine Diskussion in Gang gekommen, ob nicht ein früherer Ausstieg ratsam sei.

Die im Reichstag vertretenen Parteien sind sich in dieser Frage uneinig. Während die regierenden Sozialdemokraten eine Abwicklung bis zum Jahr 2010 bevorzugen, sähe die Zentrumspartei lieber einen viel schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Expertengruppe sollte verschiedene Alternativen durchspielen, um so der Regierung eine Entscheidungshilfe zu geben. Ein sogenannter „Schnellausstieg", also ein Abschalten innerhalb der nächsten Jahre, würde nach Berechnungen der Fachleute den Strompreis in noch nicht abschätzbare Höhen schnellen lassen. Die Arbeitslosigkeit würde ebenfalls steigen, die Konsequenzen für die Wirtschaft wären gar nicht zu überschauen. Es ist ein düsteres Bild, das da gezeichnet wird. Und zwischen den Zeilen wird mehr als deutlich, daß die Experten von dieser Alternative überhaupt nichts halten.

Ein Abschalten aller Reaktoren bis 1997, die zweite Alternative, bringt nach Ansicht der Expertenkommission ebenfalls Probleme mit sich; der Strompreis würde steigen, allerdings seien die Auswirkungen für die schwedische Wirtschaft nicht ganz so dramatisch. Nach Ansicht der Experten würde ein Abschalten der Atomkraftwerke bis zum Jahre 2005, also fünf Jahre vor dem in jedem Fall geplanten Ausstieg, die geringsten Probleme schaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt, so das Ergebnis des Berichts, könnte sich die Industrie anderen Energiequellen anpassen.

Wenngleich die Expertengruppe nicht den Auftrag hatte, ein fertiges Konzept vorzulegen, so ist das Votum doch mehr als deutlich. Ob nach dem Bericht das Vertrauen der Bevölkerung in die Atomkraft wieder wächst, ist allerdings zweifelhaft. Eine neue Meinungsumfrage zeigt, daß etwa 50 Prozent der Schweden lieber heute als morgen von der Kernenergie unabhängig werden möchten.

Habsburg: Zuflucht für alle Europäer

AP, München

Scharfe Kritik an Versuchen, das Asylrecht für Ost- und Ostmittel-Europäer einzuschränken, hat der Präsident der Paneuropa-Union und Abgeordnete im Europa-Parlament, Otto von Habsburg, geübt. „Das freie Westeuropa muß die Zuflucht aller Europäer sein, wie Israel weltweit allen Juden offensteht", sagte er am Wochenende bei einem Festakt seiner Organisation. Auf Bundesjustizminister Engelhard deutend fügte Habsburg hinzu: „Wenn ein FDP-Bundesminister aus München dieses Recht etwa für Polen einschränken möchte, hört der Spaß auf."

Rücktritt bei den Konservativen

dpa, London

Der stellvertretende Parteichef der britischen Konservativen Jeffrey Archer ist gestern zurückgetreten. Sonntagsblätter hatten berichtet, der 46jährige habe einer Prostituierten Geld gegeben, damit sie über seine angebliche Beziehung zu ihr schweige und ins Ausland gehe. Archer erklärte, er sei „tölpelhaft" in eine Falle gegangen. Die Frau habe ihn um Hilfe gebeten, da sie von der Presse verfolgt werde. Einer ihrer Kunden habe Journalisten von einem Verhältnis zwischen ihr und dem Politiker berichtet. Archer bezeichnete sich als Opfer einer Presse-Intrige.

Die unermüdliche Arbeit des IKRK (vierter und letzter Teil)

Angesichts iranischer Vergehen brach das Komitee sein eisernes Schweigen

Von WALTER H. RUEB

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist gegenwärtig in jedem zweiten Land der Welt tätig. Die geographische Aufschlüsselung der 1985 vom IKRK verteilten Hilfsgüter – nach Afrika gingen 77 Prozent des Wertes von Sachspenden und medizinischer Hilfe, nach Lateinamerika neun und in den Nahen Osten und nach Asien je sechs Prozent – ergibt über die humanitären Aktivitäten der Organisation ein schiefes Bild. Auf vielen Operationsfeldern des IKRK überwiegt nämlich nach wie vor die traditionelle Schutztätigkeit der Genfer Institution.

Allein in El Salvador machte das IKRK von 1981 bis 1985 in 300 Gefängnissen 7955 Besuche. In Nicaragua betreute die Organisation jährlich durchschnittlich 3500 politische Gefangene, zumeist ehemalige Angehörige der Somoza-Garde. Auf der Insel Grenada besuchte das IKRK nach der Militär-Intervention der USA sämtliche politischen Gefangenen. 669 kubanische Gefangene wurden vom Roten Kreuz zusammen mit den sterblichen Überresten weiterer Kubaner repatriiert.

Auch in Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Haiti, Paraguay, Peru, Surinam und Uruguay hatte das IKRK Zugang zu politischen Gefangenen. In Argentinien kümmerte sich die Organisation ferner um Vermißte. In Guatemala dagegen blieben die IKRK-Bemühungen um Zugang zu politischen Häftlingen und Verwundeten ohne Erfolg.

Lehren und Erkenntnisse aus dem Falkland-Krieg

Im Falkland-Krieg zeigte sich das IKRK auf der Höhe seiner Aufgabe, als es erstmals mit dem Schutz von Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen nach den Bestimmungen der Zweiten Genfer Konvention konfrontiert wurde. Während des Konflikts in der südlichen Hemisphäre waren sechs Lazarettschiffe im Einsatz. Dabei erwies sich die klassische Kennzeichnung – rotes Kreuz auf weißem Feld – angesichts der modernen Technik des Seekrieges und der klimatischen Bedingungen als ungenügend. Beim IKRK wurde beschlossen, für maritime Rotkreuz-Transporte neue Identifikationszeichen zu entwickeln.

Im asiatischen und pazifischen Raum war das IKRK fast bis in den hintersten Winkel der Erde tätig – aus Afghanistan blieb es wegen der Weigerung Moskaus und Kabuls ausgesperrt. Allerdings hatte das IKRK die Federführung bei Verhandlungen zwischen afghanischem Widerstand, Pakistan, der Sowjetunion und der Schweiz über die Internierung von Rotarmisten auf dem Territorium des letztgenannten Landes. Die Initiative endete mit einer niederschmetternden Bilanz: von 11 internierten Rotarmisten floh einer in die Bundesrepublik, zwei erhielten Asyl in der Schweiz, acht kehrten in die Sowjetunion zurück. Dort wurden einige der Heimkehrer von Militärgerichten zu hohen Haftstrafen und anschließender Verbannung verurteilt.

In den pakistanischen Städten Peschawar und Quetta unterhält das IKRK für drei Millionen afghanische Flüchtlinge eine umfangreiche medizinische Infrastruktur, seine „Chirurgie des Krieges" ist in der medizinischen Welt zu einem Begriff geworden.

Auf zwei anderen Kriegsschauplätzen im Orient aber sieht sich das IKRK noch größeren Herausforderungen konfrontiert: Gefangenenbesuche werden ihm in Kambodscha bis heute verwehrt, und der medizinische Einsatz im Konfliktgebiet ist schwierig. Auf thailändischem Boden kann sich das IKRK der Opfer des bewaffneten Konflikts jenseits der Grenze ebenfalls nicht unbehindert annehmen. Auf dem iranisch-irakischen Kriegsschauplatz sieht sich das IKRK mit schwerwiegenden Verstößen gegen das Völkerrecht konfrontiert, welche die Organisation veranlaßten, wiederholt Anklagen gegen die Behandlung von Kriegsgefangenen, die Bombardierung ziviler Wohngebiete und die Anwendung verbotener Waffen zu erheben.

Während der Irak den IKRK-Delegierten die Kriegsgefangenenlager öffnet, verwehrt ihnen der Iran seit Oktober 1984 den Zugang. Das IKRK hatte sich in einem dramatischen Hilferuf für die irakischen Kriegsgefangenen in iranischem Gewahrsam eingesetzt und Teheran vorgeworfen, es setze die Gefangenen des Kriegsgegners schweren Pressionen aus, hetze die schiitische Minderheit unter den 50 000 irakischen Gefangenen gegen die sunnitische Mehrheit und die eigene Regierung auf und verursache dadurch eine Unterteilung in feindliche Gruppen, die sich bekämpften und sogar umbrächten.

Die aufsehenerregenden Vorwürfe vor der Weltöffentlichkeit – in der Regel trägt das IKRK Kritik an Verletzungen des Völkerrechts diskret der jeweiligen Regierung vor – wurde in Teheran mit dem Vorwurf gekontert, das IKRK leide an einem Mangel an Neutralität, seinen Berichten dürfe man nicht trauen und seine Delegierten seien Spione.

Im Libanon sieht sich das IKRK bei der Erledigung seiner Aufgaben seit Jahren nicht allein verbalen, sondern auch tätlichen Angriffen ausgesetzt. Helfer des Roten Kreuzes wurden von islamischen Milizionären verletzt und getötet, andere behindert, mehrere entführt. Fahrzeuge wurde gestohlen, eines mit dem Rotkreuzzeichen gar bei einem Attentat eingesetzt.

Fingerabdruck Mengeles in den Genfer Archiven

In den meisten Ländern der Welt wirkt die Organisation unauffällig und diskret: zum Schutz von Häftlingen, zu Gunsten von Kranken und Verwundeten. In Vietnam befaßt sich das IKRK mit der Heimführung von Personen chinesischer Herkunft, in Birma startete es ein medizinisches Programm für Körperbehinderte. In Bangladesch hielt es ein Ausbildungsseminar über humanitäres Völkerrecht ab, in Nepal, Papua-Neuguinea und Neuseeland warb es für die Ratifizierung der Zusatzprotokolle der Genfer Konvention, in Macao und Laos wurden die einheimischen Gesprächspartner mit dem internationalen Suchdienst des IKRK im deutschen Arolsen und dem legendären Archiv des IKRK in Genf vertraut gemacht.

Der Internationale Suchdienst, 1943 in London vom Kommando der alliierten Streitkräfte gegründet und 1955 dem IKRK unterstellt, hat vier Mandate: Suche nach Verschollenen, Zusammenstellung der Dokumente über die während des NS-Regimes Verfolgten, Klassifizierung der Dokumente und geeignete Aufbewahrung derselben, und schließlich Beantwortung von Anfragen ehemaliger Verfolgter oder ihrer bezugsberechtigten Angehörigen.

Allein 1985 gingen in Arolsen 30 766 Anträge aus 35 Ländern ein. Sie betrafen 23 700 Personen, die um eine Bescheinigung ihrer Internierung oder Zwangsarbeit ersuchten. Die Mitarbeiter des Suchdienstes nahmen 285 409 Überprüfungen vor, erteilten 52 900 Antworten und klärten 229 Fälle. Ein Dokument aus dem Archiv des Roten Kreuzes in Genf machte vor zwei Jahren weltweit Schlagzeilen: Es enthielt einen Fingerabdruck des jahrzehntelang gesuchten KZ-Arztes Josef Mengele. Es trug später entscheidend zur Identifizierung des Kriegsverbrechers bei.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Quotenregelung für Frauen

„Die Frauen in der Falle"; WELT vom 18. Oktober

Die WELT tut ihren Leserinnen und Lesern keinen Gefallen, wenn sie die Diskussion über die Quotenregelung für Frauen satirisch an der Diskussion über „Deutsch als Männersprache" festmacht. Das eine hat mit dem anderen sehr wenig zu tun.

Dem Quotendenken stehen sehr viele Frauen skeptisch gegenüber; was aber hat das Quotendenken mit der Sensibilität im Hinblick auf unsere Sprache zu tun? Es geht nicht um „grammatikalische Parität", sondern darum, sich bis in die eigene Wortwahl hinein seiner Einstellung gegenüber gesellschaftlichen Prozessen bewußt zu werden.

Wie wichtig sprachliches Bewußtsein ist, dokumentiert die WELT zum Beispiel an ihrer Schreibweise der „DDR".

Christina Althen,
Pressesprecherin der Jungen Union Deutschlands,
Bonn

Taschenrechner statt Justitia

„Ist der Ehe-Artikel im Grundgesetz zeitgemäß?"; WELT vom 18. Oktober

Die Familie ist ein rechtsfreier Raum. Welches Gericht schert sich darum, ob ein Ehemann seine Frau verwöhnt oder geschlagen hat? Beim Scheitern einer Ehe regiert statt Justitia der Taschenrechner, der vorhandene Wirtschaftskraft ohne Unterscheidung von Recht und Unrecht umverteilt. Das Zerrüttungsprinzip ist zum Ordnungsprinzip erhoben, so daß der erwerbslose Partner, der seine Ehe nachhaltig zerrüttet hat, mit horrenden Summen für sein nicht familienkonformes Verhalten geradezu belohnt wird. Es sind wohl nur starke Naturen, die dieser indirekten Aufforderung des Gesetzgebers zur Familienzerrüttung widerstehen können.

Griechenland ist eines der Länder, die ihre Verantwortung gegenüber den Familien besser wahrnehmen. Dort wird zwar auch nach dem Zerrüttungsprinzip geschieden. Doch wer Unterhalt vom Ehegatten begehrt, muß nachweisen, daß er nicht die Quelle vergiftet hat, aus der er Unterhaltsansprüche herleiten möchte.

Norbert Hörr,
Freiburg i. Br.

„Aufstand unter Maklern"

„Wieviel ist ein Grundstück wert?"; WELT vom 18. Oktober

Um Ehrlichkeit bei der Selbsteinschätzung zu erreichen, sollte man zugleich gesetzlich bestimmen, daß der durch Selbsteinschätzung erzielte Steuerwert gleichzeitig Enteignungswert ist. Es gibt genügend Grundstücke, die für kommunale oder staatliche Zwecke gebraucht werden, aber wegen überhöhter Forderungen (trotz Einheitsbewertung) von der öffentlichen Hand nicht erworben werden können. Wenn man aber Steuerwert durch Selbsteinschätzung mit dem Enteignungswert gleichsetzt, können keine Irrtümer entstehen.

Man könnte das noch durch die Bestimmung erweitern, daß auch der Verkaufswert durch die Selbsteinschätzung festgelegt wird. Ich weiß: Eine solche Regelung gäbe einen großen Aufstand unter den Immobilienmaklern, aber das dürfte unser Staat überstehen, zumal es zu einer erheblichen Senkung der Grundstückspreise führen würde und damit zu einer Förderung des Eigenheim-Baus.

Rudolf Schmidt,
Berlin 33

Jagd und ‚Neue Lebensethik'

„Jagd – ein Hobby zum Töten"; WELT vom 18. Oktober

Bevor Herr Erz die Abschaffung der Jagd fordert, sollte er lieber die ökologisch in erster Linie verantwortlichen Land- und Forstwirte konsultieren, die bei ungehemmter Wildbestandsvermehrung zusätzlich Verbiß- und Schälschäden in bekanntem Ausmaß in Kauf nehmen müßten. Bekannt ist eine solche Wildschadensentwicklung deshalb, weil es – im Gegensatz zur Meinung des Wissenschaftlers Erz – sehr wohl Zeiten gegeben hat, in denen die Jagd in nennenswertem Umfang nicht ausgeübt werden durfte. In den drei Jahren ab 1945 gab es im Drei-Zonen-Westdeutschland mangels Waffenerlaubnis für Deutsche keine geregelte Jagdausübung und auch ohne die heute üblichen, fetten Weizen-, Hafer- und Rübenfelder schließlich die Notwendigkeit zu regelrechten Wild-Exekutionskommandos unter Leitung und Beteiligung alliierter Truppen. Sind derartige Maßnahmen in die von Naturschützer Erz apostrophierte „neue Lebensethik" einbezogen?

D. von der Osten,
Bonn 2

„Auf den Kern der Dinge"

„Lernt die FDP daraus?"; WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

ich habe sowohl Ihren Artikel als auch den Leserbrief des MdB Herrn Detlef Kleinert gelesen. Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit habe ich täglich verschiedenste Publikationen zu lesen. So kann ich wichten, daß Sie keine Schwarz-Weiß-Wortmalerei betreiben, sondern auf den Kern der Dinge kommen und oft bewußt erzeugte Nebelschwaden durchdringen. Herr Dr. Hirsch war vor längeren Jahren in einer Regierungsgemeinschaft mit der SPD Innenminister in Nordrhein-Westfalen. Seitdem haben sich die Zeiten wesentlich geändert. Es ist kaum verständlich, daß eine liberale Partei nach allen Vorkommnissen weiterhin gegen das Vermummungsverbot ist, wissen doch nicht nur die Juristen in dieser Partei, daß die Freiheit des Einzelnen da aufhört, wo er die Freiheit anderer tangiert.

Carl Arthur Frormann,
Düsseldorf 1

Wort des Tages

„Das Bedürfnis, recht zu haben – Kennzeichen eines gewöhnlichen Geistes."

Albert Camus, französischer Autor und Philosoph (1913–1960)

Zimbabwe

„Perverse Aktion des Marxismus"; WELT vom 17. Oktober

Dem Präfekten der vatikanischen Kongregation für die Glaubensverbreitung kann ich da in seiner Feststellung über die Situation in Afrika nicht ganz folgen. Greift man nur das eine unter vielen Beispielen über das Verhalten der katholischen (auch anderer) Missionen heraus: Zimbabwe, früher Rhodesien.

Obwohl damals Mugabes Guerillas Missionsstationen und -schulen zerstörten, Nonnen und Priester umbrachten, wurden sie – und das muß man wohl pervers nennen – von der Kirche gegen die Minderheitsregierung Ian Smith und später auch gegen die Mehrheitsregierung Muzorewa/Smith aktiv und passiv unterstützt.

Schon länger als in dem jetzt veröffentlichten Bericht des Präfekten Jozef Tomko kann man in einschlägigen Missionsheften (sehr vorsichtig vorgetragene) Klagen über diese und schlimmere Sachen lesen.

Dr. Kurt Ament,
Dorsten 1

„Falsch gepolt"

„Problemberg Müll in Hamburg"; WELT vom 21. Oktober

Ein Bürger, der zu solchen Dingen Fragen stellt, muß, um im Genossenjargon zu sprechen, „politisch falsch gepolt sein". Als anläßlich einer Demonstration zum Paragraph 116 AFG der Hamburg-Harburger Rathausplatz von Müllfahrzeugen umstellt war, wollte ich wissen, wer die Kosten für diese „Nutzung öffentlichen Eigentums für nicht aufgabenbezogene Zwecke" trägt.

Ich wollte es als Gebührenzahler wissen; denn schließlich haben wir in Hamburg schon etliche Millionen Gebühren zuviel bezahlt (siehe parlamentarischer Untersuchungsausschuß)! Für die Genossen habe ich diese Frage nach den Kosten jedoch nur zum Vorwand genommen, um die Demonstranten zu diffamieren.

Bruno Schulze-Wewezer,
Hamburg 90

Buchbesprechung

„Die Spur des Greifen führt nach Berlin"; Geistige WELT vom 20. September

Meine kürzliche Buchbesprechung ist Gegenstand von einigen Briefen gewesen. Es ist immer riskant, gegen ein Buch zu polemisieren, das man nicht gelesen hat, oder gar zu behaupten, daß dessen Gegenstand einem längst bekannt ist.

Das Buch beruht auf neuem Quellenmaterial, das den Verfassern der Leserbriefe nicht zur Verfügung stehen konnte. Es wäre besser gewesen, wenn sie gewartet hätten, bis das Buch erscheint – in Amerika Ende dieses Monats, in der Bundesrepublik im nächsten Jahr.

Walter Laqueur,
Center for Strategic and International Studies
Georgetown University,
Washington D. C.

Wettbewerb

„Wettbewerbsverzerrung beklagt"; WELT vom 20. Oktober

Ist denn das dumme Wort „Wettbewerbsverzerrung" – seit etwa 30 Jahren in häufigem Gebrauch – nicht mehr auszurotten? Es muß durch „Wettbewerbsverfälschung" ersetzt werden. Es gibt nur einen echten und einen verfälschten Wettbewerb. Dazwischen ist nichts!

Werner Strumann,
Münster/Westf.

DIE  WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813; Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Personen

KIRCHE

Erstmals in der mehr als 100jährigen Geschichte der skandinavischen Seemannsmissionen in Hamburg haben die dänischen „Jan Maats" eine Pastorin bekommen: Seit zwei Wochen kümmert sich **Annie Lander Laszig** (40) um die Sorgen und Nöte der Fahrensleute. Zugleich ist die gebürtige Kopenhagenerin Seelsorgerin für die rund 4000 Dänen, die in Hamburg leben, und unterrichtet die kleinen Skandinavier in ihrer Muttersprache. Ihr Hobby: Seit 14 Jahren führt sie als Reiseleiterin Touristen über das Grönlandeis. Im arktischen Winter per Hundeschlitten, im Sommer mit dem Hubschrauber. Annie Lander Laszig ist seit einem Jahr mit einem Hamburger Arzt verheiratet.

GEBURTSTAG

Auf drei Dinge war **H. H. Stuckenschmidt**, der früh schon seine Vornamen (**Hans Heinz**) abwarf wie eine überflüssige Last, mit Recht stolz: Auf sein Autodidaktentum, das jeder musikwissenschaftlichen Unterweisung höhnte; auf sein Vertrauensverhältnis zu den Komponisten der Musik dieses Jahrhunderts, denen er unbeirrt beistand gegen Hitler wie Publikum – und nicht zuletzt auf sich selbst. Es war schon immer



H. H. Stuckenschmidt

etwas Besonderes gewesen, H. H. Stuckenschmidt zu sein, und dabei ist es bis heute geblieben. Am Samstag begeht er seinen 85. Geburtstag. Noch immer sieht man in Berliner wie Salzburger Opernhäusern und Konzertsälen Stuckenschmidt kritisch vor Ort, der in seinen Lebenserinnerungen behaupten konnte, er wäre „zum Höheren geboren". Er war aber auch zum Schreiben geboren, wie er sich später auch als zum Lehren geboren erwies. Und im Repräsentieren kam ihm überhaupt keiner gleich. H. H. Stuckenschmidt zählt auch heute noch zu den renommierten Musikkritikern in Deutschland.

VERANSTALTUNG

„Kongreß zum Inneren Frieden" nennt die Christlich Demokratische Union ein Seminar, zu dem sie am 30. Oktober in das Bonner Konrad-Adenauer-Haus Experten von Polizei und Kriminalpolizei und Politiker eingeladen hat. Tagungsleiter ist **Hartmut Perschau**, Vorsitzender der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft. Nach einer Begrüßung durch CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler** werden sich **Conrad Meier-Welser**, Psychologe an der Polizeiführungsakademie Münster, Dr. **Alfred Stümper**, Polizeipräsident von Baden-Württemberg, **Gerhard Boeden**, der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, und der Staatssekretär im Bundesinnenministerium **Hans Neusel** zu den Problemen von Terror und Gewalt und zu der Frage, wie bedroht unsere innere Sicherheit ist, in Referaten äußern. Eine große Runde von Fachleute steht am Nachmittag für Diskussionen zur Verfügung. Zu ihr gehören unter anderem der Innenminister von Rheinland-Pfalz **Kurt Böckmann**, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund **Benedikt-Martin Gregg**, der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter **Ingo Herrmann**, der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende der Polizei **Hermann Lutz** und der Vorsitzende des Bundesgrenzschutz-Verbandes **Helmut Pfeffer** sowie Berlins Innensenator Professor Dr. **Wilhelm Kewenig**.

WAHL

Professor Dr. **Ulrich Grigull**, emeritierter Ordinarius für Thermodynamik, Altpräsident der TU München, wurde zum Präsidenten der International Association for the Properties of Steam gewählt.

DIPLOMATIE

Malta hat einen Konsul in Stuttgart erhalten: Honorarkonsul der Inselrepublik wurde **Viktor Dulger**. Die Bundesregierung erteilte ihm inzwischen das Exequatur. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg.

Österreichs neuer Honorarkonsul in Lübeck heißt **Joachim Brüggen**. Sein Konsularbezirk umfaßt die Stadt Lübeck, die Landkreise Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Ost-Holstein.

BUCHPREMIERE

Einen durchaus rasanten Titel hat **Karl Steinbuch**, früherer Professor und Direktor des Instituts für Nachrichtenverarbeitung und -übertragung der Universität Karlsruhe, sei-



Karl Steinbuch

nem jüngsten Buch gegeben: „Schluß mit der ideologischen Verwüstung". Des Professors engagiertes „Plädoyer für die brachliegende Vernunft" erschien im Verlag Busse/Seewald. Baden-Württembergs Bevollmächtigter beim Bund, **Gustav Wabro**, stellte das Werk in der Bonner Landesvertretung vor. Steinbuch agiert mit harten Bandagen. „Wir sind weit heruntergekommen", meint er gleich im ersten Kapitel. Die Deutschen, einst für Wissenschaft und Kunst in aller Welt hochgeachtet, würden heute wegen ihrer „Hysterie" und „Unberechenbarkeit" kaum noch ernst genommen, sagt er. Das Land des einstigen Wirtschaftswunders laufe Gefahr, „zum kranken Mann Europas" zu werden. Seine Kontroversen mit **Willy Brandt**, in „offenen Briefen" beider dargestellt, sind genauso interessant wie seine Kritik an Schulen, Universitäten und den öffentlichen Medien.

UNIVERSITÄT

Der Professor für Physik und Astronomie von der University of Maine in den USA, Dr. **Michael Grunze**, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Angewandte Physikalische Chemie an der Universität Heidelberg erhalten.

*

Frau Professor Dr. **Barbara Ruthsatz** vom Lehrstuhl für Geobotanik an der Universität Trier hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Botanik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main erhalten.

*

Professor Dr. **Wolfhard Weber**, Ordinarius für Wirtschafts- und Technikgeschichte der Ruhr-Universität Bochum, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Geschichte der Technik an der Technischen Universität München erhalten.

EHRUNGEN

Der Berliner Sozial- und Politikwissenschaftler Professor **Richard Löwenthal** ist in Mannheim mit dem Arthur-Burkhardt-Preis für Wissenschaftsförderung ausgezeichnet worden. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis wird für außergewöhnliche Leistungen in der sozialwissenschaftlichen Forschung vergeben. Professor Dr. **Wolfgang Hirsch-Weber**, der Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim, würdigte Löwenthal während eines Festaktes als einen treuen Sohn der Aufklärung, dessen Werk von den Ideen der Humanität, der Toleranz und der Demokratie geleitet werde.

*

Prälat **André Heiderscheid**, Chefredakteur der Tageszeitung „Luxemburger Wort", und dem politischen Redakteur der katholischen Madrider Tageszeitung „Ya", **José v. Colchero**, ist der Europäische Journalistenpreis der „Vereinigung Europäischer Journalisten" zuerkannt worden. Mit dem Preis, der zum Jahresende verliehen werden soll, werde ihre engagierte journalistische Arbeit für Europa gewürdigt.

*

Hubert Schlageter, Leiter des Theologischen Programmbereichs im Freiburger Herder-Verlag, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Ritter des Sylvester-Ordens ernannt worden. Die Ehrung Schlageters nahm der Erzbischof von Freiburg, **Oskar Saier**, vor.

Fortsetzung →

Ergebnisse der 2. DFB-Pokalrunde

DW. Bonn

Überraschungen wie zum Start durch die Amateure von Mainz und Remscheid gegen Schalke 04 und Kaiserslautern zwar aus. Dennoch sind nach der zweiten Runde im DFB-Vereinspokal beeits zehn Bundesligaklubs ausgeschieden.

Nach dem frühen Aus für Schalke, Bremen, Bochum, Kaiserslautern und Pokalfinalist VfB Stuttgart hatte Weltmeister Jürgen Grabowski den weiteren Aderlaß bereits bei der Auslosung durch fünf Bundesligaduelle programmiert. Am Samstag traf es bereits Homburg, Nürnberg, Leverkusen und Mannheim. Das Spiel Mönchengladbach gegen Dortmund war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht beendet.

Zu den zwölf am Freitag und Samstag ausgetragenen Pokalspielen kamen insgesamt nur rund 83 000 Besucher. Die meisten Besucher meldete der FC Augsburg beim 1:2 gegen den Hamburger SV mit 20 000.

In diesem Jahr wird noch das Achtelfinale im 44. Wettbewerb um den Vereinspokal ausgetragen. Für den 11./12. November sind zunächst noch die Wiederholungsspiele der zweiten Runde terminiert. Am 18./19. November folgt dann das Achtelfinale.

DFB-Pokal, 2. Hauptrunde

Homburg – München	1:3
Uerdingen – Nürnberg	3:2
Düsseldorf – Leverkusen	2:1 n.V.
Köln – Mannheim	3:1
Augsburg – Hamburg	1:2
Gütersloh – BW Berlin	0:5
Bielefeld – Karlsruhe	0:2
Aachen – Saarbrücken	4:0
Fort. Köln – SC Freiburg	1:1 n.V.
Duisburg – Wattenscheid	1:1 n.V.
Bremer SV – St. Pauli	0:3
Friedrichstadt – Darmstadt	1:2
Neunkirchen – Stuttg. Kickers	2:3

*

Bundesliga, 12. Spieltag

Samstag, 1.11., 15.30 Uhr:

K'lautern – Schalke	(0:0)
Nürnberg – Düsseldorf	(3:2)
Frankfurt – Mannheim	(0:0)
Bremen – Uerdingen	(6:1)
Hamburg – Dortmund	(3:0)

Samstag, 1.11., 17.30 Uhr:

München – Leverkusen	(0:0)

Samstag, 1.11., 18 Uhr:

Köln – Berlin	(–:–)
Bochum – Homburg	(–:–)
M'gladbach – Stuttgart	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

POKALSPIELE / Keine großen Überraschungen – Leverkusen blamierte sich – Im Mittelpunkt standen die Torwarte: Zwei Platzverweise, ein Comeback

Stein führte sich rüde auf, aber Magath bat um Verständnis

Von ULLA HOLTHOFF

Zwanzig Minuten waren noch zu spielen, und der Hamburger SV führte im Pokalspiel beim FC Augsburg mit 1:0. Torwart **Uli Stein** (32) hatte fast siebzig Minuten lang mitansehen müssen, mit welch umständlichen Mitteln seine Vorderleute agierten. Der Erfolg des ehemaligen Europacupsiegers über die Augsburger Amateure schien keineswegs gewährleistet, ein blamables Ausscheiden aus dem Pokalwettbewerb war nicht auszuschließen.

Erst recht nicht mehr, als Schiedsrichter **Klaus Bodmer** (38) in der 69. Minute zum Elfmeter pfiff. Da hielt es Uli Stein nicht mehr in seinem Tor. Er ging auf Schiedsrichter Bodmer zu und beschimpfte ihn in übelster Weise. „Spitzenleistungen im Bereich der Fäkalsprache," sagte dazu **Hans Kindermann** (60), der Vorsitzende des DFB-Kontroll-Ausschusses. Der muß sich in den nächsten Tagen mit dem Verhalten Uli Steins befassen, denn Schiedsrichter Bodmer zeigte dem ehemaligen National-Torwart als Reaktion auf dessen Beleidigungen die rote Karte.

Selten war ein Platzverweis wegen Schiedsrichterbeleidigung so klar wie dieser. Doch Uli Stein setzte noch eins drauf. Beim Verlassen des Platzes hob er die zur Faust geballte rechte Hand hoch und streckte den Mittelfinger in die Höhe. Eine Geste von obszöner Eindeutigkeit. Und Millionen Zuschauer an den Fernsehschirmen sahen zu.

Eine Sonntagszeitung titelte daraufhin: „Größter Fußball-Skandal", und auch Hamburgs Trainer **Ernst Happel** (60) war sauer: „Eine Entgleisung," sagte er und kündigte Konsequenzen an: „Es wird etwas passieren." Was genau passieren wird, darüber wird das Präsidium des Hamburger Sportvereins erst heute entscheiden. Eine drastische Strafe ist jedoch nicht zu erwarten. „Wir sind natürlich sehr verärgert," sagt Präsident **Wolfgang Klein** (45). Und weiter: „Aber bei der Verurteilung seines Verhaltens muß man Augenmaß bewahren."

Auch Manager **Felix Magath** (33) zeigte Nachsicht, obwohl er wegen der mißlichen Situation extra seinen ab Samstag geplanten Urlaub verschob. Zwar sagte er: „So kann man sich nicht aufführen." Aber er sagte auch: „Ich habe ein gewisses Verständnis – bei der Pfeiferei... Kraftausdrücke sind ja beinahe schon gang und gäbe. Ein besserer Schiedsrichter hätte es wahrscheinlich überhört."

*

Dafür gibt es sogar ein aktuelles Beispiel. „Und das betrifft ausgerechnet einen Spieler, der bei uns nicht zurechtgekommen ist: **Wolfram Wuttke**," sagt Wolfgang Klein. „Der hat vor einigen Spieltagen ähnlich gehandelt wie Uli Stein. Und soweit ich mich erinnere, ist daraufhin gar nichts geschehen. Im Gegenteil: Drei Tage später gab's dafür sogar noch das Nationaltrikot."

Der Vorteil von Wuttke: Er hatte nach seinen temperamentvollen und ungezügelten Entgleisungen früherer Jahre durch monatelanges Wohlverhalten viele Pluspunkte gesammelt. Nach dem Motto: Einsicht wird belohnt. Uli Stein dagegen hatte sich noch im Mai hochoffiziell unbeliebt gemacht, als er während der Weltmeisterschaft in Mexiko einen offenen Streit mit Teamchef Franz Beckenbauer provozierte und daraufhin nach Hause geschickt wurde.

Schlechte Karten also für einen, der mit 32 Jahren immer noch als uneinsichtig gilt. Es ist fraglich, ob Stein vor den DFB-Richtern soviel Verständnis finden wird wie bei seinem Vereinsboß: „Jeder hat das Recht darauf, daß die Vergangenheit nicht immer wieder hervorgekramt wird," sagte der Präsident Wolfgang Klein.

*

Uli Stein war nicht der einzige Torwart, der an diesem Pokal-Wochenende das Spiel zwangsweise vorzeitig beenden mußte. Auch **Andreas Köpke** (24) war bereits in der Kabine als Schiedsrichter **Manfred Neuner** (41) nach neunzig Minuten mit dem Schlußpfiff die 2:3-Niederlage des 1. FC Nürnberg bei Bayer Uerdingen besiegelte.

„Ich bin wie betäubt vom Platz gegangen," sagte Köpke gestern in einem Gespräch mit der WELT. „Das ist mir in meiner ganzen Fußball-Laufbahn noch nicht passiert. Überhaupt habe ich in meinen vier Profi-Jahren insgesamt erst drei gelbe Karten gesehen und zwei davon nur wegen Handspiels außerhalb des Strafraums. Und jetzt der Platzverweis. Das ist eine ganz neue Situation für mich. Das muß ich erst einmal alles verarbeiten."

In der 89. Minute, nur 35 Sekunden vor dem Abpfiff, die entscheidende Szene. Nürnberg war von Anfang an die überlegene Mannschaft, war schon nach neun Minuten durch Grahammer in Führung gegangen, hatte danach aber trotz vieler Torchancen keinen entscheidenden Vorsprung herausschießen können. Statt dessen ging Uerdingen in der 77. Minute sogar in Führung, woraufhin Nürnberg in den letzten 13 Minuten noch einen verzweifelten Sturmlauf startete, der jedoch nichts einbrachte.

*

Torwart Köpke stand derweil stets etwa „18 bis 20 m vor dem Tor, weil ich damit rechnete, daß die Uerdinger bei ihren Befreiungsversuchen einen langen Paß schlagen würden. Dann kam auch der Paß von **Rudi Bommer** auf **Marcel Witeczek**, und ich bin ihm entgegengerannt, weil ich dachte, ich käme schneller an den Ball als er." Doch Marcel Witeczek ist ein pfeilschneller Stürmer. „Mit der Fußspitze hat er den Ball noch weggespitzelt, deshalb habe ich nur seine Beine getroffen," sagte Köpke. „Aber absichtlich wollte ich ihn nicht treffen." Andreas Köpke hatte die Ausholbewegung mit seinem rechten Bein schon eingeleitet, noch bevor Witeczek den Ball traf. Der Torwart konnte die Bewegung nicht mehr stoppen, sondern brachte den Gegenspieler im vielversprechenden Konter zu Fall.

Dafür sah er rot. Doch selbst die Uerdinger Spieler waren der Meinung, daß diese Entscheidung zu hart sei. „Lassen Sie die Karte doch stekken, es sind doch nur noch Sekunden zu spielen," sagte Uerdingens Torjäger **Friedhelm Funkel** (32) und versuchte, den Arm den Schiedsrichters mit sanftem Druck zurückzuhalten. Vergeblich.

Andreas Köpke ist in dieser Saison bereits der dritte Nürnberger Spieler, der des Feldes verwiesen wurde. Vielleicht ein Ausdruck für eine unterschwellige Nervösität im Kampf gegen den Abstieg. Möglicherweise aber auch „ein Ausdruck der grundsätzlich positiven kämpferischen Einstellung, die unsere Mannschaft in jedem Spiel an den Tag legt," sagt Vizepräsident **Sven Oberhof** (46). „Der Platzverweis von Köpke wäre gar nicht mehr zustande gekommen, wenn der nicht noch in den letzten Sekunden daran geglaubt hätte, daß ein 3:3 noch möglich wäre. Nur deshalb ist er doch in diesen Zweikampf hineingegangen."

Der Platzverweis stellt Trainer **Heinz Höher** (48) vor große Probleme. Denn **Herbert Heider** (27), der eigentliche Stamm-Torwart fällt wegen eines Armbruchs noch für einige Wochen aus und ein Freispruch für Andreas Köpke wird in Nürnberg nicht erwartet. „Wir hoffen allerdings darauf, daß er mit der Mindeststrafe von einem Spiel davonkommt, denn es war ja kein brutales Foul," sagt Sven Oberhof. Erst in der vergangenen Woche beim DFB-Bundestag in Bremen war das Mindest-Strafmaß nach Platzverweisen von zwei auf eine Woche reduziert worden.

Dem 1. FC Nürnberg käme eine kurze Sperre sehr entgegen, denn Trainer Höher hat bereits angekündigt, auf keinen Fall einen neuen Torwart zu verpflichten. Ihm steht jetzt noch der Amateur **Rainer Stumptner** (23) zur Verfügung, der allerdings schon seit einigen Wochen keine Spielpraxis mehr hat, weil er seit der Verletzung von Herbert Heider bei den Profis trainiert und keine Spiele mehr in der Amateur-Mannschaft machte.

*

Neben Nürnberg sind drei weitere Bundesliga-Klubs aus dem Pokal-Wettbewerb ausgeschieden. Die Größte Negativ-Überraschung dabei war Bayer Leverkusen, immerhin Tabellenzweiter in der Bundesliga und immer noch ein ernsthafter Meisterschafts-Kandidat. Mit 1:2 blamierte sich Leverkusen ausgerechnet beim Tabellenletzten Düsseldorf, der mit einer Not-Mannschaft auftreten mußte. Torwart **Jörg Schmadtke** (22) und Libero **Holger Fach** (24) sind ebenso verletzt wie der als Ersatz-Libero vorgesehene **Andreas Kelm** (24).

Zum Gewinner des Spiels wurde schließlich ein Ersatzmann: **Rudi Kargus** (34), erst in der vergangenen Woche in einer Blitzaktion sozusagen als Feuermann verpflichtet, löschte das Leverkusener Strohfeuer, bevor es sich zu einem Flächenbrand ausbreiten konnte. Mit ausgezeichnetem Stellungsspiel und guten Reaktionen glänzte Kargus so, als habe er nie eine Pause gemacht.

Dabei hatte es für ihn gar nicht gut angefangen. Gleich bei seiner ersten Ballberührung nach neun Minuten mußte er den Ball bereits aus dem Netz holen. Danach machte Rudi Kargus keinen Fehler und wurde nach dem Abpfiff von den Fans gebührend gefeiert.



Hat sich daneben benommen: Torwart Uli Stein FOTO: GES

Mußte für Stein ins Tor gehen: Heinz Gründel FOTO: GES



Und noch ein Torwart flog vom Platz: Andreas Köpke FOTO: WEREK

Endlich ein Torwart, der jubeln konnte: Rudi Kargus FOTO: SIMON

NATIONALELF / Fünf Absagen für Wien-Spiel

Funkel: Nachnominiert und gleich im Team

ULFERT SCHRÖDER, Frankfurt

Die beste Nachricht hörte der Teamchef am Sonntag morgen um zehn Uhr. „Ich komme, Herr Beckenbauer, mir geht es besser", sagte Olaf Thon am Telefon. Über Nacht hatte er die Grippe, die ihm noch samstags schmerzend im Kopf saß, erfolgreich in die Flucht geschlagen.

Beckenbauer freilich hatte seine Mannschaft für das Spiel gegen die Österreicher am Mittwoch in Wien schon ohne den Schalker gemacht. Vorläufig und vorsorglich natürlich nur. Andererseits: Selbst der Arzt weiß nicht sicher, ob Thon bis Mittwoch ganz gesund ist.

Am Samstag abend hatten sich bei Beckenbauer die Krankmeldungen gehäuft wie bei einem Werksarzt kurz vor den Feiertagen. Wolfram Wuttke Rippenbruch, Klaus Augenthaler Rippenprellung, Mathias Herget Muskelfaserriß, Heinz Gründel Bänderdehnung und Kapselverletzung im Knöchel, Roland Wohlfarth Zerrung in der Leiste.

„Der Nebel lichtet sich", sagte Beckenbauer dann gegen elf am Samstag abend. Da hatte er den Uerdinger Wolfgang Funkel nachträglich eingeladen, den Rest seines Aufgebots sortiert, eine provisorische Mannschaft formiert und mit einiger Erleichterung festgestellt:

Von dem, was er als sein Stammaufgebot bezeichnen kann, fehlt ihm eigentlich nur der junge Mannheimer Jürgen Kohler, und den hatte er ja verschenkt. An Berti Vogts und dessen Mannschaft „U 21", die in der Qualifikation zur Europameisterschaft am Mittwoch in Koblenz gegen Bulgarien spielt.

„Wir basteln und verhandeln seit Tagen", sagte Beckenbauer, „ich habe den Berti gefragt: Wen willst du denn haben? Da bestand er auf Kohler und Eckstein. Und weil es für ihn ja um einiges geht, wollte ich nicht so stur sein."

Die Mannschaft stellt sich nun fast von selber auf. Zum Nachdenken wird der Teamchef nur gezwungen, falls Thon bis Mittwoch abend um halb acht (das ZDF überträgt live) völlig fit ist. Dann muß er in seiner vorläufigen Elf womöglich das Mittelfeld ändern.

Und diese vorläufige Elf schaut so aus: Immel im Tor. Hörster Libero und davor Buchwald und Funkel als Manndecker. Außenverteidiger Berthold und Frontzeck. Im Mittelfeld Rolff, Matthäus und Rahn. Sturmspitzen Klaus Allofs und Herbert Waas.

Könnte Funkel nicht den Posten von Kohler übernehmen, spielt dort Berthold. Als Außenverteidiger käme dann Brehme oder Rolff in Frage. In dem Fall wäre auch der Platz im Mittelfeld für Thon frei. Allerdings: Ein Mittelfeld mit Matthäus, Rahn und Thon wäre ein bißchen arg Dekkungs-untreu.

Vor den Österreichern hat Beckenbauer nämlich einigen Respekt. „Sie sind genauso einzuschätzen wie die Dänen und die Spanier. Und wenn sie gegen uns, gegen ihre lieben Nachbarn, spielen, fühlen sie sich immer ganz besonders herausgefordert." Beckenbauer hat die Österreicher in den Spielen gegen die Schweiz und Albanien gesehen und sie dabei „erstaunlich gut" gefunden.

Beim Spiel in Wien wird eine Seltenheit zu besichtigen sein: Harald Schumacher auf der Bank. Das gab es in den letzten drei Jahren nur drei Mal: Am 29. Januar 1983 in Hamburg (0:1 gegen Ungarn), am 15. Juni 1985 in Mexiko (0:2 gegen Mexiko), am 14. Mai 1986 in Dortmund (3:1 gegen Holland). In allen drei Fällen stand Uli Stein im Tor (in Hamburg allerdings nur eine Halbzeit).

Schumacher habe „normal reagiert", sagte Beckenbauer, als er ihn mit dem Entschluß vertraut gemacht habe, in Wien werde Eike Immel das Tor hüten. Toni, wie Schumacher nur gerufen wird, habe Verständnis dafür gezeigt, daß der Eike „mal drankommen müsse". Ohnehin gebe es keinen Zweifel über Schumachers Vorrangstellung. Und ein bißchen Vernunft und Toleranz müsse ja sein. Einen Austausch wird es freilich nicht geben. „Den Torwart auszuwechseln, davon halte ich nichts", sagt Beckenbauer, „Toni bleibt auf der Bank."

In Aussicht gestellt ist dagegen das Comeback von Rudi Völler. „Ich habe ein paar Mal mit ihm telefoniert", sagt Beckenbauer, „er fühlt keine Schmerzen mehr in seinem Oberschenkel." Im übrigen hat Beckenbauer für die vielen Verletzungen triftigere Erklärungen als den simplen Hinweis auf zunehmende Härte.

„Bei Herget und Wohlfarth", meint er, „sind die Zerrungen Folgen von Überlastung in Bundesliga, Europacup und deutschem Pokal. Auf die Rippen zu stürzen wie Augenthaler und Wuttke ist reines Unglück. Und der arme Olaf Thon steckt offenbar in einer Pechsträhne."

Beckenbauers österreichischer Kollege Branko Elsner (siehe auch Interview auf Seite 11) wird ebenfalls von Verletzungssorgen geplagt. Der Jugoslawe muß damit rechnen, den Tiroler Manfred Linzmaier (Oberschenkelzerrung) sowie die beiden Wiener Andreas Ogris (Knöchelverletzung) und Ernst Baumeister (Kniebeschwerden) ersetzen zu müssen.

B-NATIONALELF

Löhr: Alle 18 Spieler sollen auch spielen

dpa, Hannover

Hannes Löhr gibt sein Debüt beim Deutschen Fußball-Bund (DFB). Der Trainer betreut erstmals die B-Nationalmannschaft morgen (19.30 Uhr) in Essen gegen Schweden. Unter Erfolgsdruck läßt er sich nicht setzen: „Niemand darf in diesem Spiel viel Brillanz erwarten. Die Begegnung soll in erster Linie Aufschlüsse geben, wie sich die aufgebotenen Spieler international verhalten."

Löhr will sich einen Überblick verschaffen. Schließlich soll nach seinen Vorstellungen und nach den Plänen des DFB aus dieser B-Vertretung die Olympia-Auswahl werden, die der Liga-Ausschuß durch sein Veto („Lizenzspieler werden von den Bundesliga-Vereinen nicht abgestellt") bisher noch blockiert.

„Die eingeladenen Spieler wollen an den Qualifikationstreffen für Seoul teilnehmen. Das habe ich aus vielen Gesprächen herausgehört", versicherte Löhr gestern. Er wollte die Vorbereitungen auf das Essener Spiel mit 18 Profis beginnen. Wolfgang Funkel (Bayer Uerdingen) mußte der ehemalige Kölner Trainer streichen und an Teamchef Franz Beckenbauer abgeben, der wegen zahlreicher Absagen für das Wiener Länderspiel am Mittwoch gegen Österreich in Personalnot geraten war. „Wir verstehen uns auch als Zulieferer für die A-Mannschaft", meinte Löhr dazu und nominierte kurzfristig Martin Kree vom VfL Bochum nach.

In Essen sollen alle aufgebotenen Spieler auch eingesetzt werden. Bei den Torhütern Ralf Zumdick (VfL Bochum) und Werner Vollack (Bayer Uerdingen) ist das keine Frage. „Jeder spielt eine Halbzeit", erklärte der DFB-Trainer bereits vor dem ersten Training. Thomas Kempe (VfL Bochum), Alois Reinhardt, Christian Schreier (beide Bayer Leverkusen), Ralf Sievers (Eintracht Frankfurt), Frank Mill (Borussia Dortmund) und Stefan Kuntz (Bayer Uerdingen) sind ebenfalls sichere Kandidaten für einen Stammplatz.

Das Aufgebot der B-Nationalmannschaft: Tor: Vollack, Zumdick. – Abwehr: Grahammer, Kempe, Kree, Reinhardt, Roth, Sievers, Zietsch. – Mittelfeld: Bommer, Engels, Schön, Schreier, Zorc. – Angriff: T. Allofs, Kuntz, Mill.

MOTORSPORT / Franzose verteidigte Titel – Mansell fiel mit einem Reifenschaden aus – Auch Piquet schaffte es nicht

● Spannend wie selten zuvor gestaltete sich das Finale der diesjährigen Formel-1-Weltmeisterschaft. Vor dem 16. und letzten Lauf, dem Großen Preis von Australien in Adelaide, hatten noch drei Fahrer Chancen auf den Titel. Der große Favorit und WM-Spitzenreiter Nigel Mansell aus England, dem ein dritter Rang genügt hätte, fiel nach gut zwei Drittel des Rennes mit einem geplatzten Hinterreifen aus. Der Brasilianer Nelson Piquet entschloß sich erst kurz nach diesem Vorfall zum Reifenwechsel – zu spät, um in die Entscheidung eingreifen zu können. So verteidigte der taktisch klug fahrende Weltmeister Alain Prost aus Frankreich seinen Titel mit seinem insgesamt 25. Grand-Prix-Sieg erfolgreich. Dies gelang zuletzt 1960 dem Australier Jack Brabham.

● Seine Zielvorstellungen für das zweite Formel-1-Jahr waren erheblich bescheidener, doch auch für Erich Zakowski aus Niederzissen und sein Zakspeed-Team verlief das Grand-Prix-Finale von Adelaide erfreulich. Zwar fiel der Holländer Huub Rothengatter in der 31. Runde mit Motorschaden aus, doch der zweite Wagen mit dem zuverlässig und gleichmäßig fahrenden Engländer Jonathan Palmer am Steuer belegte Rang neun. Zakspeed verzeichnete damit in dieser Weltmeisterschafts-Saison elf Zielankünfte, das Soll von mindestens fünf Plazierungen wurde also weit übertroffen. Das zweite angestrebte Saison-Ziel, der Gewinn eines Weltmeisterschafts-Punktes, lag dagegen für Zakspeed noch in einiger Ferne.

Alain Prost wie einst Lauda: Alles auf sich fixieren und alles selbst überwachen

DW, Adelaide

Der Franzose Alain Prost hat zum zweiten Mal hintereinander die Formel-1-Weltmeisterschaft gewonnen. Besonnenes Schonen seines eigenen Materials, taktiches Abwarten der Fehler und Ausfälle seiner Konkurrenten, gepaart mit unbeugsamem Kampfgeist und Siegeswillen – der Sieg des 31 Jahre alten Franzosen beim Grand Prix von Australien in Adelaide, dem 16. und letzten Rennen war wie ein Spiegelbild des gesamten WM-Jahres.

Prost hielt sich beim Start aus dem üblichen Kampfgetümmel heraus, überließ seinem Teamkollegen Keke Rosberg die Führungsarbeit. Nachdem er Lotus-Renault-Fahrer Ayrton Senna (Brasilien) überholt hatte, lag er hinter dem Williams-Duo Piquet und Mansell. Dann ging er am englischen WM-Favoriten vorbei, und als sich der zweite seiner Konkurrenten um die Weltmeisterschaft in der 23. Runde drehte, war Prost kampflos Zweiter.

Bereits nach 31 von 82 Runden ging Prost an die Boxen. Sein Reifenwechsel dauerte 17,31 Sekunden. Ein schlechter Wert für die routinierte McLaren-Crew. Prost war jetzt wieder Vierter, mit neuen Reifen kam er dem Trio Rosberg, Piquet, Mansell schnell wieder näher.

In der 62. Runde begannen sich die Ereignisse zu überschlagen. Der führende Keke Rosberg mußte sein letztes Formel-1-Rennen wegen eines defekten rechten Hinterreifens aufgeben. Alain Prost überholte Nigel Mansell. Mansell lag nun auf dem dritten Platz, der ihm zum Gewinn der Weltmeisterschaft gereicht hätte. Doch eine Runde später zerplatzten die Titelträume des Engländers im wahrsten Sinne des Wortes.

Auf der Gegengerade explodierte sein linker Hinterreifen. Nur mit Mühe konnte Mansell den schleudernden Williams-Honda abfangen. Mit über 300 Stundenkilometern rutschte er auf drei Rädern in einen Notausgang und kam zum Stehen.

Nur einen Umlauf später mußte auch Nelson Piquet alle WM-Hoffnungen begraben. Durch das Mißgeschick seines Teamkollegen gewarnt, entschloß sich der führende Brasilianer doch noch, die Reifen zu wechseln. Obwohl sein Stop nur 8,38 Sekunden dauerte, hatte Piquet in den verbleibenden 18 Runden nie eine Chance, Alain Prost die Spitze und den Titel streitig zu machen.

Die Ereignisse des Großen Preises von Australien waren auch für die geschlagenen Fahrer typisch für die gesamte Saison. Die beiden Williams-Honda-Fahrer Piquet und Mansell und der Brasilianer Ayrton Senna auf Lotus-Renault hatten das Training bestimmt. Die McLaren-Fahrer Prost und Rosberg waren nur Vierter und Sechster. Im Rennen wendete sich das Blatt. Senna schied mit Turboschaden aus, Piquet und Mansell machten Fehler. Piquet drehte sich zunächst, verzichtete dann wie Mansell auf einen Reifenwechsel, was dieser mit einem Ausfall bezahlte.

Auch bei McLaren ging es wie so oft in diesem Jahr. Keke Rosberg fiel zum zehnten Mal mit technischem Defekt aus, doch Alain Prosts Wagen hielt. Er siegte zum vierten Mal, kam zum dreizehnten Mal ins Ziel und in die Punkte. Mit seiner beständigen und soliden Fahrweise gegen die als unschlagbar geltenden Williams-Honda durch.

Nur wenige hatten Prost in Adelaide den Sieg, kaum jemand den Gewinn der Weltmeisterschaft zugetraut. „Wer soll Williams und Honda stoppen?" war die Frage vor der Saison. Das Team aus Didcot hatte mit dem FW 11 ein neues Auto konstruiert, die Japaner in ihre Motorentwicklung allein für dieses Jahr über 40 Millionen Dollar gesteckt. Die Kosten des Gesamtprojektes belaufen sich damit mittlerweile auf rund 500 Millionen Dollar. Honda wollte endlich Weltmeister werden. Das sportliche Image sollte durch diesen Titel in der westlichen Welt endlich durchgesetzt werden.

McLaren konnte oder wollte bei diesem Aufwand nicht mithalten. Teamdirektor Ron Dennis und TAG-Chef Mansour Ojjeh, zu 50 Prozent an McLaren beteiligt und Auftraggeber des Porsche-Turbo-Motors setzten auf Weiterentwicklung. Das bereits fünf Jahre alte Fahrzeugkonzept MP 4 wurde lediglich modifiziert und auch für den Sechszylinder Turbo wurden bei Porsche keine grundlegenden Veränderungen bestellt. Trotzdem gewann das McLaren-Porsche Team zum dritten Mal hintereinander (1984 Niki Lauda, 1985 Alain Prost) den Titel.

Die Schlüsselfigur zu diesem Erfolg ist ganz allein Alain Prost. Unermüdlich hat er auf und neben der Rennstrecke um diesen Erfolg gekämpft. Typisch für seine Einstellung waren die Rennen in Belgien und Italien. In Spa wurde er in die von Senna verursachte Startkollision verwickelt, mußte bereits nach einer Runde an die Boxen, um Reifen und Fronthaube zu wechseln, und fiel weit zurück. Mit einer sehenswerten Aufholjagd kämpfte er sich noch auf den sechsten Platz vor und sicherte sich einen wichtigen WM-Punkt.

Aufgeben gibt es für den zweimaligen Weltmeister nicht. Dies zeigte er am deutlichsten in Hockenheim. Als er 150 Meter vor dem Ziel ohne Sprit liegen blieb, versuchte der schmächtige Franzose, den fast 600 Kilo schweren McLaren-Porsche ins Ziel zu schieben.

Nach diesem Rennen wurde er vor allem neben der Rennstrecke aktiv. Nach zwei gewonnenen Weltmeisterschaften, der Überlegenheit der Williams-Honda und dem sich anbahnenden Weggang von Chefkonstrukteur John Bernard zu Ferrari, schwand bei den McLaren-Leuten immer mehr die Motivation. Das wurde Alain Prost, dem McLaren zu einem gewissen Prozentsatz mitgehört, zu bunt. Er schlug auf den Tisch und drohte mit Kündigung seines bis 1988 laufenden Vertrages oder 1987 überhaupt nicht mehr zu fahren. Das wirkte. McLaren mobilisierte alle verfügbaren Kräfte.

Hier kam ganz deutlich die Lauda-Schule zu Tage. Vom dreimaligen Weltmeister lernte Prost 1984 und 1985, daß er innerhalb des Teams alles auf sich fixieren, alles selbst überwachen und organisieren muß. Auch fahrerisch hat er viel von Lauda gelernt. Brachte er sich früher mit seiner ungezügelten Aggressivität selbst um Siege, so half sein heutiger taktischer Fahrstil aus der vermeintlich schlechteren Position zum Titel. Und das zweimal hintereinander. Zuletzt gelang dem Australier Jack Brabham 1960 eine erfolgreiche Titelverteidigung. Dieses Kunststück hat selbst der Meister Niki Lauda nie fertiggebracht.



Der neue und alte Weltmeister in Champagnerlaune: Alain Prost (rechts). Links der Zweitplazierte Nelson Piquet FOTO. AP



Geschlagen verläßt der Favorit Nigel Mansell die Strecke. Die Enttäuschung ist ihm anzusehen FOTO: AP

TURNEN

Viel Lob von Prorok

sid/dpa. Günzburg

Die Damen des Deutschen Turner-Bundes (DTB) können den in einem Jahr in Rotterdam stattfindenden Weltmeisterschaften beruhigt entgegensehen. Mit einer erwartungsgemäßen, aber überraschend knappen 380,275:384,200-Niederlage gegen den Weltmeisterschafts-Vierten Bulgarien gab es vor 1500 Zuschauern in Günzburg einen erfreulichen internationalen Saisonabschluß.

„Ich gehe mit Komplimenten sehr vorsichtig um, aber diesmal war ich mit der gesamten Riege hochzufrieden", lobte Cheftrainer Vladimir Prorok. Nach der Pflicht betrug der Rückstand sogar nur 1.1 Punkte, erst in der Kür konnten die Bulgarinnen ein wenig davonziehen.

Bei einer insgesamt geschlossenen Mannschaft konnte die 18jährige Anja Wilhelm vom VfL Wolfsburg einen persönlichen Triumph feiern. Zusammen mit der bulgarischen Spitzenturnerin Boreana Stojanowa belegte sie in der Einzelwertung mit 77,475 Punkten Platz eins. Anja Wilhelm war am Ende überglücklich – es war ihr erster großer internationaler Sieg. Damit schlug die Wolfsburgerin auch Isabella von Lospichl, die ihr noch bei den deutschen Meisterschaften den Titel im Achtkampf nach einem dramatischen Zweikampf vor der Nase weggeschnappt hatte.

„Viele haben uns prophezeit", sagte Anjas Vater und Heimtrainer Heiner Wilhelm, „Anja würde in der Versenkung verschwinden, und nun hat sie alle Konkurrentinnen abgefegt."

Bundesfachwartin Ursula Hinz würdigte den Länderkampf als „Ermutigung bei der WM in Rotterdam, den wichtigen achten Rang zu belegen". Eine solche Plazierung würde die Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul bedeuten.

SCHWIMMEN

Athleten und Beyer fanden den Kompromiß

sid/dpa, Mainz

Der Frieden zwischen Harm Beyer als Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) und der Nationalmannschaft ist geschlossen. In der Auseinandersetzung um die finanzielle Beteiligung der Aktiven als Werbeträger des DSV an den Einnahmen der Wirtschaftsdienst-GmbH ist ein Kompromißangebot beider Seiten das Ergebnis des Aktiventreffens in Mainz.

Der 525 000-Mitglieder-Verband DSV will sich laut Beyer den Forderungen der Athleten öffnen und nicht mehr zulassen, „daß unsere Leute für sportliche Maßnahmen eigenes Geld bezahlen müssen". So soll es nicht mehr vorkommen, daß die Nationalmannschaft für Lehrgänge, wie zuletzt vor den Weltmeisterschaften in Madrid, eigene Mittel aufbringt. An der 700-Mark-Eigenbeteiligung für einen Lehrgang hatte sich der Streit zwischen Präsident und Aktiven entzündet.

Die herbe Kritik Beyers an der Stiftung Deutsche Sporthilfe („sie belohnt sportliche Leistungen der Athleten mit finanziellen Gegenleistungen und motiviert zum Gewinn materieller Vorteile"), die er am vergangenen Mittwoch vor dem Kuratorium der Sporthilfe äußerte, zog Beyer uneingeschränkt zurück: „Ich wollte mit meiner Rede bewirken, daß wir über die Sporthilfe-Förderung nachdenken müssen. Es geht mir nicht darum, die Sporthilfe als Sozialhilfewerk kaputt zu machen."

In der Frage um die Beteiligung der Heimtrainer am Arbeitsbereich der Bundestrainer konnten die Aktiven dagegen keinen Konsens finden. Aktivensprecher Dirk Korthals sagte, es gebe nach wie vor zwei Lager. Das eine würde gerne auf die Bundestrainer verzichten, das andere würde die derzeitige Regelung beibehalten wollen. Eine rasche Lösung soll hier ebenso gefunden werden wie eine verbesserte Partnerschaft zwischen DSV-Funktionären und Schwimmern. An der mangelnden Information habe es oft gelegen, daß Dinge falsch interpretiert worden sind, meinte der 24 Jahre alte Korthals. Der Aktivensprecher sagte, Beyer habe zugegeben, „daß er etliche Dinge falsch gemacht hat". Dennoch verständigen sich die Aktiven schon vor dem Treffen darauf, „trotz Beyers Rundumschlag die Axt im Walde zu lassen".

FUSSBALL/ WELT-Interview mit Branko Elsner

„Ich werde meine Leute an Cordoba erinnern"

BERND WEBER, Wien

Vor einem Jahr hat der Jugoslawe Branko Elsner (57) den glücklosen Erich Hof als Teamchef der österreichischen Nationalmannschaft abgelöst. Für den neuen Mann ist das Länderspiel gegen Deutschland am kommenden Mittwoch (19.30 Uhr) im Wiener Prater Station eine wichtige Standortbestimmung. Die WELT sprach mit Elsner.

WELT: Ihre Mannschaft hat zuletzt zweimal in der Europameisterschafts-Qualifikation gespielt. Sie hat in Rumänien mit 0:4 verloren, danach aber in Wien gegen Albanien mit 3:0 gewonnen. Wie schätzen Sie denn Ihr Team derzeit ein?

Elsner: Also dieses 0:4 gegen die Rumänen liegt mir noch immer schwer im Magen. Das war eine Demontage und totale Blamage für uns. Anschließend haben wir die Mannschaft umgebaut und, wie ich meine, gegen Albanien haben wir eine durchaus passable Leistung geboten.

WELT: Die aber wohl nicht ausreichen würde, um gegen Deutschland gut auszusehen, geschweige denn zu gewinnen. So sehen es zumindest die Medien in Österreich.

Elsner: So sehe ich es auch. Ich gehe aber davon aus, daß es gegen einen so prominenten Gegner, wie es der Vize-Weltmeister ist, eine erhebliche Leistungssteigerung geben wird. Und Sie dürfen auch mit einbeziehen, daß sich Österreich gegen Deutschland immer besonders anstrengt.

WELT: In vielen Wiener Kaffeehäusern schwingt, das scheint wohl unvermeidlich, der Gedanke an Cordoba mit. Damals, bei der WM 1978 in Argentinien, hat Österreich den sogenannten großer Bruder mit 3:2 aufs Kreuz gelegt ...

Elsner: Das ist einerseits Nostalgie, und hat für das Mittwoch-Spiel eigentlich so gut wie überhaupt keine Aussagekraft mehr. Andererseits werde ich meine Leute natürlich trotzdem an Cordoba erinnern. Aus psychologischen Gründen. Denn die damalige WM-Begegnung hat bewiesen, daß ein krasser Außenseiter bei entsprechendem Einsatz immer in der Lage ist, dem Favoriten ein Bein zu stellen.

WELT: Ihre Chancen haben sich gewiß verbessert, denn Teamchef Franz Beckenbauer muß ja auf einige sehr wichtige Spieler verzichten.

Elsner: Das will ich nicht in Abrede stellen, aber dennoch: Er arbeitet immer noch auf einer deutlich besseren Basis als wir. In der Bundesliga gibt es mehr Klasse als in der österreichischen Staatsliga. Was aber keineswegs heißen soll, daß ich meine Mannschaft unterschätzen will. Sie wird kämpfen, und sie ist auch fähig, ein gutes Resultat herauszuholen.

WELT: Vielleicht sind einige Ihrer Spieler zusätzlich motiviert, weil sie sich auf großer Bühne für die Bundesliga empfehlen können.

Elsner: Das ist ohne Frage so. Aber wir setzen auch auf die äußeren Umstände. Das Prater Stadion ist renoviert, 40 000 Karten sind bisher für das Länderspiel verkauft. Die Atmosphäre wird meine junge Mannschaft beflügeln.

WELT: Daß Bayern München dem österreichischen Meister Austria Wien vor ein paar Tagen beim 2:0-Sieg im Europa-Pokal quasi ein Lehrstunde erteilte, hat das Selbstbewußt Ihres Teams nicht angekratzt?

Elsner: Das Länderspiel und der Europa-Cup sind zwei verschiedene paar Stiefel.

WELT: Wie wird denn die taktische Ausrichtung Ihrer Mannschaft sein, wird sie den Mut haben zu stürmen?

Elsner: Wir können frei von jeglichen Zwängen aufspielen. Wir werden uns zumindest bemühen, diesmal sehr viel mehr für die Offensive als für die Defensive zu tun.

WELT: Sie haben auf die im Ausland spielenden Profis, die nun zum erstenmal seit sieben Jahren fehlen, verzichtet. Warum?

Elsner: Unsere Mannschaft befindet sich im totalen Neuaufbau. Und da will ich zunächst einmal den jungen Leuten, die in der Heimatliga spielen, das Gefühl geben, daß ich auf sie setze. Das ich volles Vertrauen zu ihnen habe. Gegen Deutschland sollen sie die Erfahrung sammeln, die man im internationalen Geschäft braucht, um sich durchzusetzen.

WELT: Das Risiko für Sie persönlich scheint groß. Sie stehen heftig in der Kritik, angeblich auch bei einigen Ihrer Spieler – haben Sie nicht Angst davor, daß der Druck bei einer klaren Niederlage steigen und Sie vielleicht sogar um Ihren Posten bringen würde?

Elsner: Ach wissen Sie, ich bin 57 Jahre alt, und wenn man so weit ist, dann hat man sich auch bis dahin eine gehörige Portion Gelassenheit angeeignet. Für mich ist das Mittwochspiel zwar eine durchaus wichtige Standortbestimmung. Aber nicht mehr und nicht weniger. Im übrigen teile ich da ja wohl das Schicksal meines Kollegen Beckenbauer. In unserem Job können Sie arbeiten bis zum Umfallen, aber eines schaffen Sie nie – es allen Kritikern recht zu machen.

TENNIS / Zwei Turniersiege für deutsche Spieler in Tokio und Brighton: Wimbledonsieger schlug Edberg

Boris Becker sicher und fast schon zu abgeklärt

sid/dpa. **Tokio**

Der Sieger genoß den Augenblick: so, als habe es Wimbledon 1885 und 1986 nie gegeben. „Ich glaube", sagte Boris Becker nach seinem zweiten Triumph binnen acht Tagen, „das waren die beiden besten Wochen meines Lebens."

Nach seinem Grand-Prix-Sieg von Sydney über Ivan Lendl behauptete er sich gestern auch im Finale des mit 375 000 Dollar dotierten Turniers in Tokio mit einem 7:6, 6:1 über den Schweden Stefan Edberg eindrucksvoll. „Für heute bin ich die Nummer eins", sagte Becker, nachdem er vor 11 300 Zuschauern in der Yoyogi-Halle den Siegerscheck über 60 000 Dollar in Empfang genommen hatte.

Doch Becker sah seine Position auch realistisch. Zwar nimmt der 18jährige nach seinem fünften Grand-Prix-Sieg dieses Jahres (Chicago, Wimbledon, Toronto, Sydney, Tokio) und dem insgesamt achten seiner jungen Karriere hinter Ivan Lendl aus der CSSR wieder den zweiten Weltranglisten-Platz ein. Und der im Halbfinale an Edberg mit 5:7, 1:6 gescheiterte Tschechoslowake durchlebt gegenwärtig auch eine Krise. „Aber ich glaube", sagte Becker, „ich brauche noch ein bis zwei Jahre, bis ich soweit bin, meinen Anspruch auf die Spitzenposition anzumelden. Das hat nicht nur etwas mit dem Tennisspielen zu tun. Man hat als Nummer eins auch jede Menge Verantwortung. Darauf muß man sich vorbereiten."

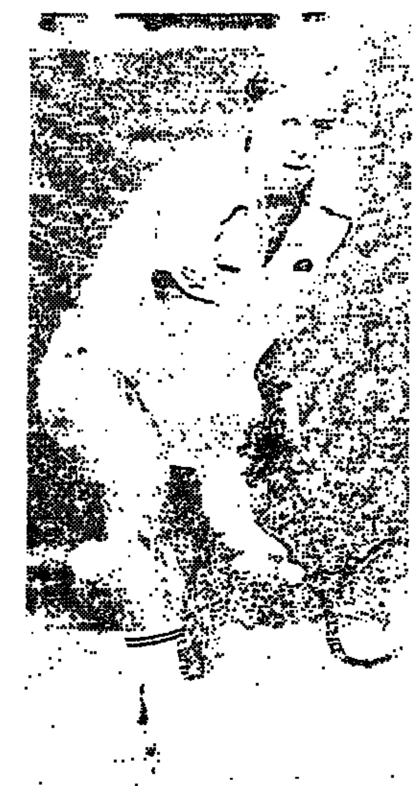
Während der Tage in Tokio zeigte Becker, daß er über sein Alter hinaus gereift ist. Er bewältigte nicht nur beim Empfang einer deutschen Bank und der Eröffnungsparty eines japanischen Uhren-Konzerns die repräsentativen Aufgaben souverän. Er verstand es auch, die sensationslüsterne japanische Presse, die ihm und seiner Freundin Benedictine nachspürte, in die Schranken zu weisen. Sportlich scheint der Leimener schon jetzt die Voraussetzungen zu erfüllen, die man an eine Nummer eins stellt.

In den Vorrunden-Begegnungen gegen die Amerikaner Matt Anger und Paul Annacone sowie den Peruaner Jaime Yzaga zeigte er ein variantenreiches, immer auf den jeweiligen Gegner abgestimmtes Spiel. Becker hat gelernt, daß man auch abwartend punkten kann. In der über zwei Stunden und 25 Minuten hin und her wogenden Halbfinal-Begegnung gegen den großartig kämpfenden Amerikaner Jimmy Connors bewies Boris Becker, daß er selbst von der Grundlinie gewinnen kann. Manchmal wirkte Becker fast schon zu abgeklärt. Doch als es darauf ankam, beim Stand von 3:3 im dritten Satz, zauberte er sein bestes Tennis hervor und stürmte auch ans Netz. Am Ende mußte der 34jährige Connors klein beigeben und gab sich bei Fragen nach Beckers weiteren Möglichkeiten unwirsch: „Ich bin hier, um Tennis zu spielen. Nicht, um die Fortschritte meiner Gegner zu beurteilen."

Im Endspiel gegen Edberg lautete die mit Trainer Günter Bosch abgesprochene Devise: Angriff. Kein leichtes Vorhaben, denn der 20jährige schwedische Weltranglisten-Vierte hatte im Halbfinale gegen Lendl „das beste Spiel meiner Karriere" geboten. So war das Finale bis zum 6:5 im Tiebreak des ersten Satzes auch völlig offen. Ein Doppelfehler des Schweden bei Satzball für Becker entschied dann wohl das gesamte Spiel.

Becker wurde immer selbstsicherer, schlug insgesamt 19 Asse und trieb Edberg schließlich in die Resignation. „Sein Aufschlag ist einfach zu gut. Das einzige, was man machen kann, ist, auf einen Aufschlagfehler zu warten. Die macht er aber nicht häufig genug", sagte der Schwede. Becker sieht den Unterschied zu seinem Freund Edberg, den er in diesem Jahr bereits zum dritten Mal bezwang, im Mentalen. „Vielleicht liegt es einfach daran, daß ich im entscheidenden Moment mehr Siegeswillen habe und mich auch besser konzentrieren kann als Stefan."

Mit Lendl in Sydney die Nummer eins bezwungen, mit Edberg in Tokio jenen Spieler besiegt, der neben Bekker als Anwärter auf den Tennis-Thron gilt – da wird das Interesse an dem heute in Paris beginnenden 625 000-Dollar-Turnier in besonderem Maße geweckt. Denn dort ist Beckers härtester Rivale voraussichtlich John McEnroe. Der Amerikaner hat mit seinen drei Turniersiegen in den letzten Wochen bewiesen, daß sein Anspruch, wieder die Nummer eins sein zu wollen, nicht unbegründet ist.



Energisch und konzentriert: Boris Becker



Schon wieder ein Turnier gewonnen: Steffi Graf FOTOS: LUBEPRINTS

Konzentriert eilt Steffi Graf von Sieg zu Sieg

sid/dpa, **Brighton**

Wenn es ernst wird, so scheint es, ist Steffi Graf, die Tennis-Weltranglisten-Dritte, immer zu ihren besten Leistungen fähig. Ihre Sieges-Serie setzt sie jedenfalls fort, und für die meisten ihrer Gegnerinnen bleibt nur Resignation. Im Finale des mit 200 000 Dollar dotierten Damen-Tennis-Turniers von Brighton schlug die 17 Jahre alte Brühlerin auch die Schwedin Catarina Lindqvist sicher mit 6:3, 6:3.

Schon im Halbfinale hatte Steffi Graf ihre acht Jahre ältere Gegnerin Rosalyn Fairbank in knapp einer Stunde mit 6:1, 6:2 geradezu von Platz gefegt und damit in diesem Jahr ihr zehntes Grand-Prix-Endspiel erreicht. Catarina Lindqvist hatte Bettina Bunge aus Aschaffenburg knapp mit 6:3, 6:7 und 6:3 aus dem Rennen geworfen.

Bis zu diesen deutlichen Erfolgen gegen Ende des Turniers hatte sich Steffi Graf, für sie nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate völlig ungewohnt, mehr schlecht als recht über die Runden gequält. „Das war endlich mal wieder etwas", sagte Steffi Graf nach ihrem schnellen Halbfinal-Erfolg, „denn Freitag und Donnerstag war ich mit meinen Leistungen alles andere als zufrieden".

Nach ihrem klaren 6:0, 6:2 über Christine Jolissaint aus Frankreich hatte sie sich beim 6:4, 6:4-Sieg über die Italienerin Raffaela Reggi und vor allem im Viertelfinale beim 1:6, 6:4, 6:2 gegen die Amerikanerin Robin White sehr schwer getan. Eine kurzfristige Magenverstimmung mochte Steffi Graf allerdings nicht als Grund dafür anführen. Sie vermutete sie ihre momentane Schwäche vielmehr in der mangelnden Konzentration oder Technik. Vor allem mit ihrer Vorhand, eigentlich ihre Stärke, gegen die kaum eine Gegnerin ein Rezept findet, geriet mehr und mehr zur Schwäche.

Auch vor dem Spiel gegen Rosalyn Fairbank, erzählte sie, habe sie wieder kein gutes Gefühl gehabt. Doch dann wurde die Südafrikanerin, immerhin die Nummer 34 in der Weltrangliste, nahezu zum Spielball der 17jährigen. Nur zehn Punkte gab Steffi Graf bei ihren Aufschlagspielen ab. „Ich hatte überhaupt keine Chance und kam nie in meinen Rhythmus", klagte Rosalyn Fairbank.

Auch für Bettina Bunge, die 23 Jahre alte Deutsch-Amerikanerin, war das Turnier von Brighton trotz der Halbfinal-Niederlage gegen die Schwedin ein vorzüglicher Erfolg. Nachdem sie schon einmal zu den besten zehn der Welt gehört hatte, warf sie eine Krankheit weit zurück. Nachdem sie lange vergeblich neuen Anschluß gesucht hatte, kämpft sie in diesem Jahr wieder um einen Platz beim Masters-Turnier der 16 weltbesten Spielerinnen. Und vor allem in ihrem Viertelfinalspiel gegen die an Nummer zwei gesetzte Tschechoslowakin Helena Sukowa hatte sie die 3800 Zuschauer im Brighton Centre begeistert und im letzten Satz ihres 2:6, 6:4, 6:1-Sieges eine wahre Tennis-Demonstration geboten.

„Helena liegt mir, aber sie ist die Nummer sechs in der Welt, und ich bin die Nummer 22", hatte Bettina Bunge vor ihrem sechsten Spiel gegen die Tschechoslowakin gesagt. Helena Sukova hatte auch erst vor einer Woche im Finale des Grand-Prix-Finales von Zürich knapp gegen Steffi Graf verloren.

Doch nach anfänglichen Schwierigkeiten besann sich die als exzellente Technikerin bekannte Bettina Bunge auch auf ihre kämpferischen Qualitäten, glich mit couragiertem Spiel aus, und war im dritten Durchgang niemals mehr in Gefahr, zu verlieren. „Ich bin ganz einfach glücklich", lachte sie anschließend befreit, „denn ich habe in diesem Jahr eine ganze Menge guter Drei-Satz-Kämpfe geliefert, aber viele davon verloren".

Doch trotz ihrer Glanzleistung gegen Helena Sukova wird Bettina Bunge bei derzeit 590 Punktenund als 19. in der Grand-Prix–Wertung bei ihren weiteren Starts in Chicago und Worcester weiter um ihre Teilnahme beim Masters-Turnier vom 17. bis 23. November im New Yorker Madison Square Garden kämpfen müssen.

Steffi Graf als Grand-Prix-Zweite mit 2676 und die Saarbrückerin Claudia Kohde-Kilsch als Zehnte mit 1118 Punkten sind für dieses mit einer Million Dollar dotierten Tennis-Spektakel bereits sicher qualifiziert. In Brighton unterlag Claudia Kohde-Kilsch im Viertelfinale klar gegen Catarina Lindqvist.

SPORT-NACHRICHTEN

Tödlicher Unfall

Nürburgring (sid) – Karl-Josef Römer aus Ratingen ist beim vorletzten Lauf um den deutschen Langstrekken-Pokal auf der Nordschleife des Nürburgrings tödlich verunglückt. Kurz nach dem Start war er auf regennasser Fahrbahn in eine Massenkarambolage geraten. Jede Hilfe kam zu spät.

Jahrhundertkampf

New York (sid) – Der Jahrhundertkampf der beiden amerikanischen Ausnahmeboxer Marvin Hagler und Ray Leonard um den Titel im Mittelgewicht ist so gut wie perfekt. Als Datum und Ort wurde der 6. April 1987 in Las Vegas genannt.

Westphal ausgeschieden

Wien (dpa) – Beim internationalen Tennis-Turnier in der Wiener Stadthalle sind mit Ricky Osterthun (Hamburg) und Michael Westphal (Neuss) im Viertelfinale die letzten im Wettbewerb verbliebenen deutschen Spieler ausgeschieden. Osterthun verlor mit 3:6, 6:7 gegen Jonas Svensson (Schweden), Westphal 6:7, 6:3, 4:6, gegen Karel Novacek (CSSR).

Fehlkalkulation

Stuttgart (dpa) – Die Leichtathletik-Europameisterschaften, die vom 26. bis 31. August in Stuttgart stattfanden, kosteten 15 Millionen Mark. Damit waren die Titelkämpfe um fast fünf Millionen Mark teurer als ursprünglich geplant.

Zenkner verteidigt Titel

Landau (sid) – Wolfgang Zenkner vom BSV München verteidigte im pfälzischen Landau seinen Titel als deutscher Billard-Meister im Einband erfolgreich. Im Finale setzte sich Zenkner mit 150:71 in elf Aufnahmen gegen Thomas Wildförster (Velbert) durch und sicherte sich seinen sechsten Titel in Folge.

„Trophy" in Deutschland

Brüssel (sid) – Das Turnier der sechs weltbesten Hockey-Nationalmannschaften der Herren um die „Champions Trophy" wird 1989 in Deutschland ausgetragen. Dies beschloß der Kongreß des Weltverbandes FIH in Brüssel.

Strafe für Schlägerei

New York (sid) – Mit Geldstrafen in Höhe von umgerechnet rund 32 000 Mark belegte der amerikanische Football-Verband 35 Spieler der New Yorker Jets und Buffalo Bills, die sich beim Meisterschaftsspiel am 5. Oktober eine wüste Schlägerei geliefert hatten.

Sieg zum Abschied

Straubing (sid) – Die ehemalige Weltmeisterschafts-Zweite Michele Mouton aus Frankreich feierte ihren Abschied aus dem Rallye-Sport mit ihrem sechsten Saisonsieg in der deutschen Meisterschaft. Auf einem 380 PS starken Peugeot 205 Turbo gewann sie die Drei-Städte-Rallye mit Start und Ziel in Straubing.

Auch Grenzau weiter

Grenzau (sid) – Der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) ist im Europapokal mit drei Mannschaften im Viertelfinale vertreten. Nach den Herren von Titelverteidiger ATSV Saarbrücken und Damenmeister FTG Frankfurt hat auch der TTC Grenzau die Runde der letzten Acht erreicht. Vor 2000 Zuschauern schlug Grenzau die Mannschaft von Sporting Club Lissabon mit 5:0.

McCallum bleibt Meister

Paris (sid) – Der 29 Jahre alte Mike McCallum (Jamaika) bleibt Box-Weltmeister im Super-Weltergewicht nach WBA-Version. Im „Salle de Zenith" von Paris schlug McCallum seinen französischen Herausforderer Fred Skouma in der neunten Runde entscheidend.

Wolfsburg auf Titel-Kurs

Rüsselsheim (dpa) – Der dreimalige Judo-Europameister VfL Wolfsburg steht vor der achten deutschen Mannschaftsmeisterschaft. Die Staffel um Olympiasieger Frank Wieneke besiegte im ersten Finale JC Rüsselsheim 11:2 (72:17 Kampfpunkte) und sollte damit im Rückkampf am 15. November in Wolfsburg-Vorsfelde keine Schwierigkeiten mehr bekommen.

Langer fiel zurück

San Antonio (sid) – Bernhard Langer hat seine Führung beim mit einer Million Dollar dotierten Golf-Turnier in San Antonio eingebüßt. Der 29 Jahre alte Anhausener benötigte auf seiner zweiten Runde 70 Schläge und liegt nunmehr mit 135 Schlägen auf Rang 16. Es führen Crenshaw und Stewardt (beide USA) mit je 132 Schlägen.

REITEN

Stuttgart plant schon für ein Masters-Finale

sid, Stuttgart

Der Kanadier Ron Southern investiert 1987 in Calgary nicht weniger als umgerechnet 500 000 Mark in den Großen Preis der Springreiter. In diese Regionen vermag der Veranstalter des 2. Reit- und Springturniers von Stuttgart noch nicht zu folgen, doch planen die Schwaben beim nächsten Turnier auch schon Großes: ein Masters-Finale der 20 Besten der Weltrangliste, wobei die Siegprämie 80 000 Mark betragen soll. Soviel gab es für einen Gewinner in Deutschland noch nie.

Hans Günter Winkler, Deutschlands erfolgreichster Olympia-Teilnehmer, sagte: „Wer das Geld gibt, bestimmt. Warum sollen wir nicht einmal etwas anderes versuchen. Unser Sport ist teuer genug, doch gegen die Prämien im Tennis sind wir arme Schlucker."

Geld war allerdings auch bisher in Stuttgart kein Hemmschuh. Jeder der Sponsoren gibt 400 000 Mark, dazu kommen Naturalien. Wie es heißt, soll ein Stuttgarter Automobil-Hersteller Turnierchef Gotthilf Riexinger um die 800 000 Mark zugesteckt haben, damit er in der Welt herumreist und Stars einkauft. So wurde in diesem Jahr aus Kanada Springreiter-Weltmeisterin Gail Greenough eingeflogen, aus Dänemark reiste Dressur-Weltmeisterin Anne Grethe Jensen an. Beide mit ihren besten Pferden, Mister T und Marzog, wie im Kontrakt ausgehandelt.

Auf ein Weltcup-Turnier wird in Stuttgart kein Wert gelegt. In diesem Jahr fand dafür eine Konkurrenz um den Dressur-Weltcup statt, die die Schweizerin Christine Stückelberger auf Gauguin de Lully vor Anne Grethe Jensen gewann. Stuttgart liebäugelt sogar mit einem Finale. Doch im Augenblick hat dieser Weltpokal Schwierigkeiten, sich selbst zu finden. So ist beispielsweise das kommende Finale im Rahmen der Pferdemesse Equitana in Essen angesagt. Nur weiß der Veranstalter noch gar nichts davon.

RINGEN / Weltmeisterschaften im griechisch-römischen Stil in Budapest

Pasquale Passarellis kleiner Bruder Claudio gewann die einzige Medaille

sid/dpa, Budapest

Der Name Passarelli bürgt in der deutschen Ringer-Szene für Qualität: Bei den Weltmeisterschaften in Budapest bescherte Claudio Passarelli, jüngster Bruder von Olympiasieger Pasquale, dem Deutschen Ringer-Bund (DRB) seit 1983 die erste WM-Medaille. Im Leichtgewicht des griechisch-römischen Stils gewann der 21jährige vom VfK Schifferstadt gegen den Norweger Morten Brekke mit 6:3 Punkten und wurde Dritter.

Obwohl Passarelli von zwölf in Budapest angetretenen Athleten des Deutschen Ringer-Bundes (DRB) die einzige Medaille holte, signalisieren die vielgescholtenen DRB-Ringer den Aufbruch aus ihrem Leistungstief. Im Freistil wurde Reiner Trik (Winzeln) in der Klasse bis 82 Kilogramm Vierter und Winfried Colling (Aldenhoven) bis 100 Kilogramm Fünfter. Den gleichen Platz belegte im griechisch-römischen Stil Schwergewichtler Gerhard Himmel (Goldbach), und auch Ralf Lyding (Witten) erreichte als Sechster im Freistil bis 62 Kilogramm das Finale.

„Insgesamt bin ich mit unserem Abschneiden sehr zufrieden", sagte Bundestrainer Heinz Ostermann, der eine bessere Bilanz selbst verhinderte: Ostermann, seit 1966 im Amt, hatte es versäumt, den mitgereisten Superschwergewichtler Hans-Günter Klein aus Lünen zu melden.

Für Enttäuschungen aus sportlicher Sicht sorgten das frühe Ausscheiden des Goldbacher Freistil-Spezialisten Reiner Heugabel (bis 48 Kilogramm) und des Schifferstädters Markus Scherer (bis 52 Kilogramm) im griechisch-römischen Stil. Der Olympia-Zweite Scherer hatte 1983 die letzte WM-Medaille für den DRB gewonnen, aber in Budapest kam er mit dem Wechsel in die für ihn ungewohnte höhere Gewichtsklasse noch nicht zurecht. Zwar schaltete Scherer in Runde eins den stärker eingeschätzten Ungarn Laszlo Biro aus, doch dann folgten zwei Niederlagen.

So blieb Passarellis Medaille der einzige handfeste Erfolg. Zudem hatte in Budapest kaum jemand damit gerechnet. Der jüngste Passarelli-Sproß ist zwar kein Unbekannter mehr, der gelernte Elektriker ist amtierender deutscher Leichtgewichts-Meister und wurde 1983 Jugend-Weltmeister. Zudem gewann er 1984 bei den Junioren-Europameisterschaften die Silber-Medaille. Aber Passarelli gab schließlich in Budapest sein WM-Debüt bei den Senioren.

Doch bereits nach den ersten Kämpfen bescheinigte ein verblüffter Heinz Ostermann seinem Schützling „eine Leistungsexplosion". Und das, obwohl Passarelli in dieser Saison lange durch eine Rippenfellverletzung gehandikapt war.

Auf dem Weg zur Bronzemedaille wies er zunächst den entthronten rumänischen Titelverteidiger Stefan Negrisan in die Schranken, schulterte den Griechen Aristidis Grigorakis und bezwang anschließend den Japaner Takumi Mori. Nach einem Freilos in der vierten Runde traf Passarelli auf den sowjetischen Weltmeister Lewon Dschulfalakjan und mußte sich 5:9 geschlagen geben. Dies bedeutete den zweiten Rang in seinem Pool und Kampf um Bronze.

Die Ringerwelt wird sich den Namen des exzellenten Technikers einprägen müssen, wenn auch das ungarische Organisationskomitee auf der Siegerurkunde seinen Namen nur mit einem „s" festhielt. Passarelli ist auch die einzige große Ringer-Hoffnung der Bundesrepublik Deutschland für die Olympischen Spiele 1988. Der Anfang ist für ihn gemacht. Und er scheint mit seinen Entwicklungsmöglichkeiten noch längst nicht am Ende zu sein.

Obwohl in den nächsten Jahren Trainingszentren im Raum Köln, Frankfurt/Ludwigshafen und noch an ein oder zwei anderen Orten gebildet werden sollen, steht den Bundestrainern Ostermann und Detlev Schmengler aus Krefeld eine schwere Zeit bevor.

Vor allem Schmengler hat im Augenblick Probleme, alle seine Ringer weiter im Hochleistungssport zu halten. Einige scheinen nicht mehr bereit, den beschwerlichen Weg weiterzugehen. Besonders ärgerlich wird es, wenn, wie dies Ostermann passierte, eigene Versäumnisse zur Negativ-Bilanz beitragen.



Claudio Passarelli hat es geschafft: Der Norweger Morten Brekke liegt geschlagen am Boden FOTO: DPA

GALOPP

Hengst Ganymed hatte niemand auf der Rechnung

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Zwei Pferde waren im letzten von insgesamt 36 Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie gestern nachmittag auf der Galopprennbahn in Düsseldorf favorisiert, doch weder Altiyna (28:10) noch Tiberius (24:10) gewannen den Preis der Spielbanken des Landes Nordrhein-Westfalen (60 000 Mark, 35 000 Mark dem Sieger, 2400 m, Europa-Gruppe III). Mit einer Länge Vorsprung überraschte der vierjährige Hengst Ganymed mit Jockey Peter Schade im Sattel die beiden Favoriten. Altiyna belegte den zweiten Platz vor Tiberius, der insgesamt, drei Längen vom Sieger geschlagen, Dritter vor Vorjahressieger Cassis mit Peter Remmert wurde.

Ganymed überraschte sämtliche Experten zu Beginn der Saison 1986 mit vier Siegen, doch in besserer Klasse konnte er sich dann im Hamburger Hansa-Preis und auch im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf nicht behaupten. Der kleine Hengst gilt allerdings als Spezialist für weichen Boden – Voraussetzungen, die er gestern in Düsseldorf vorfand. Bereits im Schlußbogen galoppierte er in erstaunlicher Frische, gegen seinen Endspurt hatten die Favoriten keine Chance. Ganymeds Züchter und Besitzer, der Wuppertaler Kaufmann Horst-Dieter Geilenberg, war selbst vom Erfolg überrascht. Sein Kommentar auf der Tribüne: „Das gibt's doch gar nicht." Auch Stalljockey Peter Alafi hatte wohl kaum mit Ganymed gerechnet, sonst hätte er den Ritt wohl nicht seinem Kollegen Peter Schade überlassen. Der Name Ganymed ist der griechischen Mythologie entliehen, Ganymed war der Mundschenk des Zeus.

Von den insgesamt 36 Gruppe-Rennen der Turf-Saison 1986 wurden allein 13 von Pferden aus der Zucht des Gestüts Fährhof gewonnen. Die fünf zur höchsten Kategorie zählenden Rennen (Derby, Großer Preis von Berlin, Aral-Pokal, Großer Preis von Baden, Preis von Europa) blieben diesmal durch vier Siege in Deutschland, lediglich Allez Milord konnte sich im Kölner Preis von Europa behaupten. Drei der Gruppe-I-Rennen gewann allein Acatenango aus dem Gestüt Fährhof.

HANDBALL

Gummersbach schreibt schon die Meisterschaft ab

sid, Düsseldorf

Der erfolgreichste Handballverein der Welt gibt schon nach sechs Bundesliga-Runden auf. Statt wie üblich Jagd auf den Titel zu machen, rutschte der deutsche Rekordmeister VfL Gummersbach mit 4:8 Punkten in die Abstiegszone.

„Die Meisterschaft müssen wir abhaken. Unser Spiel läuft zur Zeit chaotisch", sagte Co-Trainer Heiner Brand nach der zweiten Heimniederlage der Saison mit 17:19 gegen Turu Düsseldorf. Seine Mannschaft, obwohl gespickt mit Nationalspielern, hinterläßt einen hilflosen Eindruck. Der Deckung fehlt es an Einsatz, im Angriff ist alles nur Stückwerk. Ein Weltklassemann wie Torhüter Andreas Thiel allein genügt nicht als Stütze. Kapitän Thomas Krokowski spielt außer Form, und der isländische Nationalspieler Kristjan Arason wirkt im VfL-Team wie ein Fremdkörper.

Eugen Haas, seit der ersten Bundesliga-Stunde Vorsitzender des VfL, schlug vor Entsetzen die Hände vor das Gesicht und kündigte an: „Wir werden uns in der nächsten Woche mit Mannschaft und Trainer zusammensetzen. So kann es nicht weitergehen. Es muß wieder Leistung gebracht werden, Gummersbach muß wieder Gummersbach werden."

Neben Gummersbach erlitten auch Frisch Auf Göppingen und der MTSV Schwabing Rückschläge. Göppingen kassierte nach vier Siegen in Folge trotz einer 11:8-Halbzeitführung beim ersatzgeschwächten OSC Dortmund eine 15:21-Niederlage. Schwabing verlor beim THW Kiel mit 15:20. Der neu verpflichtete 125malige tschechoslowakische Nationalspieler Ladislav Salivar vermochte dem Spiel des deutschen Pokalsiegers noch keine Impulse zu geben.

Im Spiel TuS Hofweier gegen TuS Schutterwald hielt der 24 Jahre alte Hofweier Torhüter Jürgen Brandstaedter alle fünf Siebenmeter des Gegners und verhalf seinem Klub zum 19:17-Sieg. Schutterwald wartet neben der SG Weiche-Handewitt weiter auf das erste Erfolgserlebnis. Die Norddeutschen verloren beim TBV Lemgo mit 16:21 und sind mit 1:11 Punkten Letzte.

GEWICHTHEBEN

Nerlinger gilt als Favorit für die Weltmeisterschaft

sid, München

Der Mann beeindruckt allein schon durch seine Figur. 143,5 Kilogramm Lebendgewicht, verteilt auf 181 Zentimeter, heben Manfred Nerlinger deutlich von seinen Konkurrenten ab. Bei den 74. deutschen Gewichtheber-Meisterschaften in München-Neuaubing bewies der Olympiadritte von Los Angeles, der in der Klasse über 110 Kilogramm alle nationalen Bestleistungen hält, auch mit dem deutschen Rekord von 243,5 Kilogramm im Stoßen seine Ausnahmestellung.

In den Wettbewerb griff er erst ein, als alle anderen ihren letzten Versuch schon hinter sich hatten. Zunächst ließ er 12,5 Kilogramm Eisen mehr auf die Hantel schieben. Und weil es mit 230 Kilogramm gut klappte, verbesserte Nerlinger im zweiten Versuch seinen eigenen, erst zwei Monate alten deutschen Rekord, um ein halbes Kilogramm.

„Bei der WM will ich 250 Kilogramm stoßen", kündigte Nerlinger für die Titelkämpfe vom 9. bis 15. November in Sofia an. „Die Bronzemedaille ist in Reichweite." Im Stoßen zählt der 26 Jahre alte Bundeswehr-Feldwebel sogar zu den Favoriten. „Die deutsche Meisterschaft ist noch Vorbereitung für die Weltmeisterschaft. Hier will ich meine Form überprüfen. Außerdem will ich sehen, ob meine Schulterverletzung abgeklungen ist. Bis zum Anschlag werde ich nicht gehen", hatte Nerlinger vor dem Wettkampf erklärt. Im Reißen hielt sich der gebürtige Münchner deshalb mit vorsichtigen 182,5 kg etwas zurück, um die Schulter zu schonen. Die Weltmeisterschaft soll ein Höhepunkt der Karriere werden. „Die Tagesform wird entscheiden", sagt Nerlinger. „Und an einem guten Tag kann ich alle Favoriten schlagen."

Das bayerische Muskelpaket ist das einzige Aushängeschild des Bundesverbandes Deutscher Gewichtheber (BVDG). „In den leichten Klassen waren die Leistungen katastrophal – die Qualität steigt mit dem Körpergewicht", meinte Olympiasieger Rolf Milser, der nach Los Angeles zurückgetreten war, zum Niveau der Meisterschaften in München.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Chelsea 3:1, Aston – Newcastle 2:0, Everton – Watford 3:2, Leicester – Southampton 2:3, Luton – Liverpool 4:1, Oxford – Nottingham 2:1, Queens Park – Tottenham 2:0, Sheffield – Coventry 2:2, West Ham – Charlton 1:3, Wimbledon – Norwich 2:0. – Tabellenspitze: 1. Nottingham 23 Punkte, 2. Norwich 22, 3. Everton 21, 4. Arsenal 21. – **Freundschaftsspiel:** Ulm – Kaiserslautern 0:1, Stuttgart – Honved Budapest 3:1, Witten – Bremen 1:6.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: SV Hagen – Köln 82:85, Bamberg – Bayreuth 63:76, Gießen – Langen 75:74, Osnabrück – Charlottenburg 60:73. – **Damen,** 4. Spieltag: Porz/Hennef – München 65:78, Oberhausen – Barmen 58:105, Düsseldorf – Wolfenbüttel 81:44.

EISHOCKEY

Bundesliga, 11. Spieltag: Iserlohn – Kaufbeuren 2:3, Rosenheim – Köln 2:5, Rießersee – Düsseldorf 1:11, Schwenningen – Landshut 7:3.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Gummersbach – Düsseldorf 17:19, Lemgo – Weiche-Handewitt 21:16, Dortmund – Göppingen 21:15, Schutterwald – Hofweier 17:19, Kiel – Schwabing 20:15. – **Vier-Länder-Turnier** der Herren in der Schweiz: „DDR" – CSSR 20:20, Schweiz – „DDR" 20:26, CSSR – Jugoslawien 22:21. – **Vier-Länder-Turnier** der Damen in Belgrad: Bundesrepublik Deutschland – CSSR 20:21, Bundesrepublik Deutschland – Jugoslawien 21:30, Bundesrepublik Deutschland – Dänemark 16:15.

HOCKEY

Länderspiel der Damen: Bundesrepublik Deutschland – Irland 2:0.

JUDO

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft der Herren, 1. Finale in Rüsselsheim: Rüsselsheim – Wolfsburg 2:11.

RINGEN

Bundesliga, 12. Wettkampftag, Gruppe Süd: Nürnberg – Aalen 24:15. – Gruppe West: Aldenhoven – Goldbach 17:19. – **Weltmeisterschaften** in Budapest: Klasse bis 48 kg, Bantam: 1. Allachwerdijew (UdSSR) 14:9 PS – Tzenow (Bulgarien); bis 57, Bantam: 1. Iwanow (Bulgarien) Disqualifikationssieger – Kalimulin (UdSSR); bis 68, Leicht: 1. Dzulfalakin (UdSSR) PS 6:2 – Sipilae (Finnland), 3. C. Passarelli (Bundesrepublik Deutschland); bis 82, Mittel: 1. Unbesetzt, 2. Daras (Polen), Komaromi (Ungarn) beide disqualifiziert, 3. unbesetzt; bis 100, Schwer: 1. Gaspar (Ungarn) 5:3 PS – Andrei (Rumänien), . . . 5. Himmel (Bundesrepublik Deutschland).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Reutlingen – Bad Hamm 5:9, Saarbrücken – Bayreuth 9:1, Steinhagen – Berlin 9:1, Jülich – Altena 8:8. – **ETTU-Pokal,** Herren, 2. Runde: Jülich – Gliwice/Polen 3:5, Grenzau – Lissabon 5:0.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Paderborn – Berlin 0:3, Leverkusen – Ottobrunn 3:2, München – Fort. Bonn 1:3. – **Damen:** Rüsselsheim – Darmstadt 3:0, Feuerbach – Oythe 3:1, Münster – Berlin 3:0, Schwerte – Vilsbiburg 3:0.

TENNIS

Herren-Turnier in Tokio, Finale: Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Edberg 7:6, 6:1. – Doppel, Depalmer/Donnelly (USA) – Lendl/Gomez (CSSR/Ekuador) 6:3, 7:5. – **Grand-Prix-Turnier** in Wien, Halbfinale: Gilbert (USA) – Svensson (Schweden) 6:3, 6:2, Novacek (CSSR) – Gunnarsson (Schweden) 4:6, 6:1, 7:6. – Doppel, Halbfinale: Zivojinovic/Gilbert (Jugoslawien/USA) – Muller/Robertson (Südafrika) 4:6, 7:5, 6:4. – **Damenturnier** in Brighton, Halbfinale: Graf (Bundesrepublik Deutschland) – Fairbank (Südafrika) 6:1, 6:2, Lindqvist (Schweden) – Bunge (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:7, 6:3. – Doppel, Halbfinale: Graf/Sukova (Bundesrepublik Deutschland/CSSR) – Moulton/White (USA) 6:2, 6:4, Scheuer-Larsen/Temesvari (Dänemark/Ungarn) – Durie/Hobbs (England) 7:6, 4:6, 6:1.

MOTOR

Großer Preis von Australien, 16. und letzter Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft in Adelaide, 82 Runden = 309,796 km: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 1:54:20,388 Std., 2. Piquet (Brasilien) Williams-Honda 1:54:24,593, eine Rd. zur.: 3. Johansson (Schweden) Ferrari, 4. Brundle (England) Tyrrell-Renault, zwei Rd. zur.: 5. Streiff (Frankreich) Tyrrell-Renault, 6. Dumfries (England) Lotus-Renault. – Fahrer-Wertung: 1. Prost 72 Punkte, 2. Mansell (England) Williams-Honda 70, 3. Piquet 69, 4. Senna (Brasilien) Lotus-Renault 55, 5. Johansson 23, 6. Rosberg (Finnland) McLaren-Porsche 22, 7. Berger (Österreich) Benetton-BMW 17, 8. Laffite (Frankreich) Ligier-Renault 14, Arnoux 14, Alboreto (Italien) Ferrari 14, . . . 18. Danner (Bundesrepublik Deutschland) Arrows-BMW 1. – **Drei-Städte-Rallye,** achter und letzter Lauf zur deutschen Meisterschaft: 1. Mouton/Harryman (Frankreich/England) Peugeot 205 Turbo 2:28:26 Std., 2. Schwarz/Hösch Austin-Rover Metro 2:30:22, 3. Schmidtke/Kücken (alle Bundesrepublik Deutschland) Audi Quattro 2:37:54. – DM-Endstand: 1. Mouton/Harryman 180 Punkte, 2. Schmidtke/Kücken 134, 3. Tuumi/Stock (Finnland/Bundesrepublik Deutschland) Citroën Visa 128.

GOLF

Weltmeisterschaft der Amateure in Caracas: 1. Kanada 838, 2. USA 841, 3. Taiwan 849, 4. Schweden 858, 5. Australien 859, 6. Bundesrepublik Deutschland 867.

KUNSTTURNEN

Länderkampf der Damen in Günzburg: Bundesrepublik Deutschland – Bulgarien 380,225:384,300 Punkte. – Einzelwertung: 1. Stojanova und Wilhelm beide 77,475 Punkte, 3. Dudeva 77,275, 4. von Lospichl 76,650.

BILLARD

Deutsche Meisterschaften in Landau, Einband, Finale: Zenkner (München) – Wildförster (Velbert) 150:71 in elf Aufnahmen.

FECHTEN

Länderkampf im Herrenflorett in Völklingen: Bundesrepublik Deutschland – Frankreich 9:5.

GEWICHTHEBEN

Deutsche Meisterschaften in München, Klasse bis 52,0 kg: 1. Gdaniec (Wolfsburg) 177,5 (Reißen: 80 kg, Stoßen: 97,5 kg); bis 56,0 kg: 1. Schwedek (Berlin) 210 (92,5/117,5); bis 67,5: 1. Schön (Wuppertal) 275 (130/145); bis 75: 1. Attilo (Mutterstadt) 300 (125/175); bis 82,5: 1. Ischt (Wolfsburg) 327,5 (150/177,5); bis 90: 1. Ratschker (Mutterstadt) 345 (155/190); bis 100: 1. Immelsberger 387,5 (167,5/220,5); bis 110: 1. Seipelt (beide St. Ilgen) 370 (155/215); über 110: 1. Nerlinger (Neuaubing) 425 (182,5/242,5).

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Bosporus (P. Remmert), 2. Marineoffizier, 3. Breakdance, Toto: 144/20, 11, 20, ZW: 148, DW: 2144, 2. R.: 1. Afriola (D. Richardson), 2. Shabano, 3. Zucchero, Toto: 76/20, 34, 13, ZW: 1280, DW: 6572, 3. R.: 1. Vaguely Rose (G. Ording), 2. Armenienne, 3. Thebaner, Toto: 96/46, 30, 42, ZW: 1412, DW: 40 268, 4. R.: 1. Maquis (Frau St. Graf), 2. Sonnenkranich, 3. Aratan, Toto: 88/16, 15, 11, ZW: 664, DW: 2180, 5. R.: 1. Serestus (T. Hellier), 2. Bonfire, 3. Elektrik, Toto: 68/26, 34, 30, ZW: 948, DW: 7280, 6. R.: 1. Goldregen (K. H. Hoffmann), 2. Ifakara, 3. Gefreiter, Toto: 116/34, 34, 34, ZW: 1792, DW: 13 556, 7. R.: 1. Gregory (P. Alafi), 2. Friedenskönig, 3. Birthday, Toto: 28/19, 54, 30, ZW: 816, DW: 10 616, 8. R.: 1. Ilias (B. Ilic), 2. Capripfau, 3. Memmert, Toto: 28/13, 13, 17, ZW: 68, DW: 204, 9. R.: 1. Moravia (D. Ilic), 2. Concord, 3. Prince Charmant, Toto: 72/30, 130, 134, ZW: 5676, DW: 42 480, 10. R.: 1. Fair Crystal (A. Tylicki), 2. Nikata, 3. Terpsi, Toto: 48/19, 30, 34, ZW: 492, DW: 6072.

REITEN

CHI in Stuttgart, Großer Dressurpreis für Weltcup: 1. Stückelberger (Schweiz) Gauguin de Lully 1703 Punkte, 2. Jensen (Dänemark) Marzog 1669, 3. Sanders-Keyzer (Holland) Amon 1643, 4. Grillo auf Losander 1638, 5. Toedorescu auf Sonny Boy 1611, 6. Dahlmann (alle Bundesrepublik Deutschland) Achilles 1601. – S-Springen: 1. Slootbaak (Bundesrepublik Deutschland) Farmer 0 Fehlerpunkte/31,68 Punkte, 2. Skelton (England) G. Nick 0/34,42, 3. Luther (Bundesrepublik Deutschland) Landrätin 0/36,06. – Zweikampf-Springprüfung, 1. Millar (Kanada) Future Shock, 2. Koof (Bundesrepublik Deutschland) Clarence, 3. Hafemeister auf Walido und Kenn (beide Bundesrepublik Deutschland) Feuerball. – Zweipferde-Springprüfung: 1. Langemeyer (Bundesrepublik Deutschland) Fabrian/Manayas Boy 0/80,61, 2. Koof auf Clarence/Well Done 0/84,26, 3. Ehrens (Holland) Olympic Sunrise/Sarco 0/85,49. – Springprüfung, Mächtigkeitsspringen: 1. Mathy (Belgien) Archimede, 2. Kenn (Bundesrepublik Deutschland) Stan 8, nach zwei Stechen: 3. Frühmann (Österreich) Porter, Weinberg (Bundesrepublik Deutschland) Flying High, Delaveau (Frankreich) Pythasia alle 4.

RAD

Weltmeisterschaften, Halle, in Genk/Belgien: Frauen, Einer-Kunstfahren: 1. Marklein (Bundesrepublik Deutschland) 318,95 Punkte, 2. Hajkova (CSSR) 317,10. – Zweier: 1. Kramp/Teuber (Bundesrepublik Deutschland) 293,70, 2. Brigitte und Sabine Franz (Österreich) 293,30. – Männer: Zweier: 1. Dreher/Jurisch 307,20, 2. Schlecht/Böpple (alle Bundesrepublik Deutschland) 303,60. – Radball, Gruppe A: Bundesrepublik Deutschland – Österreich 6:2, Schweiz – Frankreich 8:0, CSSR – USA 10:2, Bundesrepublik Deutschland – Frankreich 4:4, Schweiz – USA 6:1, Österreich – Frankreich 2:3, CSSR – Schweiz 3:2.

JUDO

Weltmeisterschaften der Frauen in Maastricht/Holland: Klasse bis 52 kg: 1. Brun (Frankreich), 2. Yamagushi (Japan); bis 56: 1. Hughes (England), 2. Gontoqicz (Polen).; bis 61: 1. Bell (England), 2. Geraud (Frankreich); bis 66: 1. Deydier (Frankreich), 2. Karlsson (Schweden), 3. Schreiber (Bundesrepublik Deutschland); bis 72: 1. de Kok (Holland), 2. Berghmans (Belgien), 3. Claßen (Bundesrepublik Deutschland); offene Klasse: 1. Gao (China), 2. van Ulem (Holland), . . . 5. Sigmund (Bundesrepublik Deutschland).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 10, 14, 19, 42, 44, 46, Zusatzzahl: 31. – **Spiel 77:** 4 4 3 0 6 5 0. – **Rennquintett,** Rennen A: 6, 14, 12. – Rennen B: 22, 34, 21. – **Glücksspirale,** Endziffern: 5, 50, 893, 5419, 31 081, 209 035. – Los-Nummer: 0 521 430, 0 169 484, 1 425 996. – Prämienziehung: 902 916, 138 617, 108 386.

(Ohne Gewähr).

Enrile treibt Krise in Manila auf die Spitze

JOCHEN HEHN, Manila

Der Konflikt zwischen der philippinischen Staatspräsidentin Corazon Aquino und ihrem Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile über die Regierungspolitik gegenüber den kommunistischen Rebellen hat eine neue Dimension erreicht. Nachdem beide am vergangenen Dienstag in einem persönlichen Gespräch eine Kabinettskrise beigelegt hatten, verschärfte Enrile gestern in Manila seine Regierungsschelte – und das zum ersten Mal wieder vor einer Kundgebung von schätzungsweise 50 000 Anhängern des früheren Präsidenten Ferdinand Marcos.

Enriles neue Attacke ist eine Bestätigung dafür, daß das Schlichtungsgespräch mit der Präsidentin die Krise nicht beigelegt, sondern nur aufgeschoben hat. Enrile, der schon unter Marcos Verteidigungsminister war, dann jedoch den Machtwechsel von Marcos zu Frau Aquino beschleunigte, beschwor die Kundgebungsteilnehmer, die Armee bei ihrem Kampf gegen die Guerrillas zu unterstützen. „Nieder mit den Kommunisten“ rief Enrile den Marcos-Loyalisten zu. „Sie überfallen unsere Soldaten, töten Zivilisten, beuten unsere Bürger aus und operieren jetzt sogar schon in den Städten“. Man kann davon ausgehen, daß Enriles Auftritt vor Marcos-Anhängern zum einen den Zweck hatte, Corazon Aquino zu drängen, den Kommunisten schon bald eine Frist für einen Waffenstillstand zu setzen. Eine solche Entscheidung hatte Frau Aquino nach ihrem Krisengespräch mit Enrile angedeutet. Als möglicher Termin wird der Dezember genannt. Zum anderen versucht Enrile Druck auf die Präsidentin auszuüben, indem er Beweise für die Popularität seiner Auffassungen erbringt. Nach Loyalitätsbezeugungen maßgeblicher hoher Militärs kann er nun auch des Beifalls der Marcos-Treuen sicher sein, die den Standpunkt des Verteidigungsministers mit Spruchbändern wie „Nieder mit den Kommunisten, nieder mit Cory“ und „Cory begünstigt die Kommunisten, Enrile die Demokratie“ deutlich Ausdruck verliehen.

In der philippinischen Hauptstadt wird auch die – aber weniger wahrscheinliche – Erklärung für den Enrile-Aquino-Streit angeboten, nach der die Krise mit Absicht hochgespielt worden sei, die Kommunisten zu Zugeständnissen zu bewegen. Würde die Frist ohne eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand verstreichen, bedeutete dies die Rückkehr zu Marcos' Methode des totalen militärischen Einsatzes gegen den Kommunismus. Diese Lösung hatte Corazon Aquino sich nur als letzten Ausweg offengehalten.

Gonzalez nach Attentat: „Keine Verhandlungen mit der ETA“

Baskische Terroristen ermorden General und dessen Familie / Ziel: Bürgerkrieg

SAD, Madrid

Mit ihrem Bombenanschlag am Samstag wollte die baskische Terrororganisation ETA die spanische Regierung „an den Verhandlungstisch zwingen“, wie die ETA mehreren baskischen Zeitungen gestern mitteilte. Bei dem Anschlag am Samstag vormittag in der baskischen Stadt San Sebastian wurden der Militärgouverneur der Provinz, Brigadegeneral Rafael Garrido Gil (59), seine Frau und sein 16jähriger Sohn getötet. Der General gehörte zu den betont demokratisch orientierten Militärs in Spanien. Er galt als ein Freund der Basken. Wie Augenzeugen berichteten, hatten zwei Jugendliche eine Tasche mit Sprengstoff auf das Dach des vor einer Ampel wartenden Wagens des Generals gelegt und gleich nach der Flucht ferngezündet. Bei dem Attentat wurden außerdem acht Passanten, darunter ein zweijähriges Kind, zum Teil lebensgefährlich verletzt. Auch der Fahrer des Wagens ringt mit dem Tode.

Ministerpräsident Felipe Gonzalez lehnte in einer ersten Stellungnahme Verhandlungen mit der „Mord-Mafia“ als in jeder Hinsicht falsch ab. Auf das Konto der Anarcho-kommunistischen ETA kommen allein aus der Zeit der Demokratie mehr als 500 ermordete Zivilisten, Militärs und Polizisten. Das Ziel der Terror-Organisation und ihrer Hintermänner ist es, einen Bürgerkrieg in Spanien zu provozieren. Oppositionsführer Fraga Iribarne von der bürgerlichen Volksallianz fürchtet deshalb schon für die baskischen Landtagswahlen Ende November einen „blutigen Wahlkampf“. Das Attentat von San Sebastian fällt in eine Zeit beträchtlicher Spannungen in Madrid. Innenminister Barrionuevo ernannte zum ersten Mal in der 150 Jahre alten Geschichte der Guardia Civil einen Zivilisten zum Generaldirektor dieser den Streitkräften unterstellten Gendarmerie Spaniens. Offensichtlich weil er damit nicht einverstanden ist, provozierte der bisherige Generalstabschef der Guardia Civil, Brigadegeneral Cassinello, seine inzwischen erfolgte Amtsenthebung. In einem an die „Hochwürdigen Einfaltspinsel“ gerichteten Artikel warf er hohen Politikern, Justizbeamten und linken Journalisten vor, unter anderem durch Massenverhöre von Polizisten die Schlagkraft der ETA zu unterstützen und den Einbruch kommunistischer Kräfte in die Guardia Civil über eine verbotene Gewerkschaft lancieren zu wollen. Wenige Stunden nach dem Mordanschlag demonstrierten in zwei verschiedenen Städten die baskischen Gegner eines möglichen Bürgerkrieges: In der baskischen Landeshauptstadt Vitoria forderten etwa 20 000 bürgerliche ETA-Gegner, darunter die baskische Landesregierung, die Freilassung eines von der ETA vor knapp zwei Wochen entführten baskischen Industriellen. In Bilbao verlangten tausende von ETA-Anhängern der radikal-marxistischen Herri Batasuna-Partei – sie gilt als der politische Arm der ETA – die Selbständigkeit des Baskenlandes und die Freilassung aller ETA-Häftlinge. Herri Batasuna und die ETA wollen keinen wirklich freien Baskenstaat, sondern die sozialistische „Sowjetrepublik“, wie der Madrider ABC gestern in seinem Leitartikel feststellt. Danach sollen Verhandlungen nur dazu dienen, daß sich die in Bedrängnis geratene ETA regeniert und ihre in Frankreich verhaftete und teilweise an Spanien ausgelieferte Führung neu formieren kann. Der ABC erinnert in diesem Zusammenhang an den Verhandlungsfrieden zwischen der kolumbianischen Regierung Betancur und den kommunistischen M-19 Guerilla. Das Ergebnis des ein Jahr währenden Waffenstillstandes war die Besetzung des Justizpalastes in Bogota als Fanal eines Bürgerkrieges.

Den Haag lenkt in der Erasmus-Affäre ein

Keine Auflagen für die Rede des Bürgerrechtlers Havel

HELMUT HETZEL, Den Haag

Dem Schriftsteller Vaclav Havel, einem Mitbegründer der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“, werden von der niederländischen Regierung für seine Dankesrede anläßlich der Verleihung des diesjährigen Erasmus-Preises keinerlei inhaltliche Auflagen mehr gemacht. Havel könne, so hieß es dazu am Wochenende von regierungsamtlicher Seite in Den Haag, „von seiner Redefreiheit uneingeschränkt Gebrauch machen“. Dies gelte auch für den Fall, daß bei der Verleihung des Preises das niederländische Staatsoberhaupt, Königin Beatrix, anwesend ist.

Der Haager Außenminister Hans van den Broek, der in dieser Angelegenheit mehrmals bei der den Preis vergebenden privaten Erasmus-Stiftung interveniert hatte, lenkte unter dem Druck der öffentlichen Meinung des Haager Parlaments jetzt ein. Es habe nicht in seiner Absicht gelegen, Zensur gegenüber dem tschechoslowakischen Schriftsteller auszuüben, versuchte van den Broek sein Vorgehen zu erklären.

Dem niederländischen Außenminister war vorgeworfen worden, er habe die Rede Havels zensiert, da er bei der Erasmus-Stiftung darauf gedrungen hatte, daß der gesamte Text von Havels Dankesrede während der Preisverleihung nicht vorgelesen werden dürfe, da der tschechoslowakische Bürgerrechtler darin den Preis für die ganze „Charta 77“ reklamierte und die Menschenrechtssituation in seinem Heimatland anprangerte. Es scheint so, als habe Den Haag dabei diplomatische Rücksicht auf Prag nehmen wollen, weil bei der Preisverleihung auch das niederländische Staatsoberhaupt anwesend sein wird.

Die Rede des Schriftstellers aus der Tschechoslowakei soll nun bei der am 13. November in Rotterdam stattfindenden feierlichen Preisvergabe in voller Länge und in dem von Havel verfaßten ungekürzten Original auch in Anwesenheit der niederländischen Königin verlesen werden.

Vaclav Havel selbst wird an dem Festakt allerdings nicht persönlich teilnehmen. Er befürchtet, daß er für den Fall der Ausreise danach nicht mehr in sein Heimatland zurückkehren kann und die Prager Behörden diese Gelegenheit nutzen wollen, um ihn auszubürgern. Der Preis wird daher von Prinz Bernhard stellvertretend an einen Vertreter der „Charta 77“ überreicht werden.

Beim Vorstand der Erasmus-Stiftung war man über das Einlenken der Haager Regierung in dieser strittigen Frage sichtlich erleichtert.

Keine Zeit für Wiesel

Von Gorbatschow nur eine Grußadresse an den Nobelpreisträger

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Es würde diesem Regime zur Ehre gereichen, wenn sie ihn freilassen würden, diese Isolation ist ungerecht.“ Der dies in einer Pressekonferenz in der amerikanischen Botschaft in Moskau sagte, ist der diesjährige Nobelpreisträger Elie Wiesel. Gemeint war der Regime-Kritiker Andrej Sacharow, den Wiesel seinen „Bruder“ nennt.

Elie Wiesel, der Ehrenvorsitzende des „Holocaust Memorial Council“ war zur Vorbereitung einer Konferenz von Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die im Februar 1987 in Washington stattfinden soll, nach Moskau gekommen. Wiesel traf mit sowjetischen Delegationsleitern zusammen, führte „freie und gute Gespräche“, wie er betonte – Generalsekretär Michail Gorbatschow traf er nicht.

Dabei hatte der Nobelpreisträger bis zuletzt gehofft, von ihm empfangen zu werden, mit ihm ein Gespräch „von Mensch zu Mensch“ zu führen. Doch Gorbatschow ließ ihm nur eine allgemeine Grußadresse zukommen. Der Kreml-Chef hatte keine Zeit für den Nobelpreisträger, der als erster ein Buch über die Not der sowjetischen Juden geschrieben hat.

Aber Elie Wiesel will nicht aufgeben, erklärte den anwesenden westlichen Journalisten mit leiser, eindringlicher Stimme: „Ich werde zurückkommen, zu einem Treffen.“

Union will Garantie für Mitbestimmung

rtr, Köln

Die im nächsten Jahr auslaufende Montan-Mitbestimmung soll nach den Vorstellungen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag nicht nur für einige Jahre verlängert, sondern endgültig garantiert werden. Dies teilte der sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Bernhard Jagoda, in einem vorab veröffentlichten Interview der Kölner Tageszeitung „Express“ mit. Jagoda wandte sich gegen die Forderung der SPD, schon jetzt einen Beschluß über die Verlängerung der Montan-Mitbestimmung im Bundestag zu fassen. Nach der Bundestagswahl werde beraten. Dabei seien allerdings „harte Auseinandersetzungen“ mit dem Koalitionspartner FDP zu erwarten.

Shamir ausweichend zur Atombombe

DW. Bonn

Israel ist nach wie vor nicht bereit, sich konkret über den möglichen Besitz der Atombombe zu äußern. Auf die Frage, ob Israel die Atombombe habe, wie die „Sunday Times“ berichtet hatte, antwortete der israelische Premierminister Shamir nur ausweichend: „Wir werden nicht als erste die Atombombe werfen“, sagte er der „Bild“-Zeitung. Auf den Einwand des Interviewers: „Das war nicht meine Frage“, erwiderte Shamir: „Aber meine Antwort.“

Der Premierminister nutzte das Interview zu einer indirekten Aufforderung an die Bundesrepublik Deutschland, ihre diplomatischen Beziehungen mit Syrien, das den Terrorismus unterstütze, abzubrechen.

Fälschungswelle in der Sowjetunion

AFP, Moskau

In der Russischen Föderativen Sowjetrepublik werden seit 1984 mehr als 50 000 Mitglieder der kommunistischen Partei wegen Dokumentenfälschung verfolgt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle, Wenjamin Konnow, wurden deshalb allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 11 000 Personen zur Rechenschaft gezogen. Dokumentenfälschungen machten rund vier Fünftel aller von Kontrolleuren entdeckten Unregelmäßigkeiten im Bereich der Produktion aus. Beispielsweise seien in einem Jahr 1.770 Milliarden Kilowattstunden an Strom registriert, aber nie geliefert worden, und das in einer Zeit, da sich der Sektor in einer Krise befinde.

DKP rügt Chinas „Öffnung“

Von Honecker abgesetzt / Welche Rolle spielt Moskau?

WERNER KAHL, Bonn

Die euphorischen Berichte des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Erich Honecker über seinen gestern beendeten Besuch in China hat die streng an Moskau orientierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP) überraschend mit einem in schwärzesten Farben getauchten eigenen Reisebericht aus der Volksrepublik begleitet.

In dem siebenspaltigen Bericht teilte am Wochenende das DKP-Zentralorgan „UZ“ mit, die chinesische Führung habe wichtigste soziale Errungenschaften, die in den Staaten des realen Sozialismus selbstverständlich waren, abgeschafft. Dazu gehört laut DKP auch das „System der Eisernen Reisschale“. Darunter war bisher eine „Garantie des einmal erhaltenen Arbeitsplatzes auf Lebenszeit“ zu verstehen. Das neue Arbeitsrecht begründete der Schanghaier Arbeitsdirektor Jian dem Berichterstatter, der drei Wochen durch chinesische Städte reiste: „Dann können die Fachkräfte an die richtige Adresse geschickt werden.“

Hinter dem Bericht verbirgt sich nach Ansicht politischer Beobachter sowjetische Kritik an dem chinesischen Versuch, den Gesetzen des Marktes wieder Geltung zu verschaffen. DKP-Anhänger sollten vermutlich auch Illusionen über China ausgetrieben werden – Furcht vor einem neuen Maoismus.

Weltvorräte an mineralischen Rohstoffen
Aufteilung in %

Stand: 1985/86 — Westliche Industrieländer — Entwicklungsländer — Staatshandelsländer

Kupfer 26 / 57 / 17 · Blei 67 / 12 / 21 · Zink 64 / 22 / 14 · Zinn 13 / 10 / 77 · Nickel 34 / 42 / 24 · Eisen 33 / 27 / 40 · Mangan 47 / 16 / 37 · Chrom 80 / 7 / 13 · Bauxit 26 / 70 / 4 · Phosphat 22 / 69 / 9

ZAHLENBILDER — Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Seit 1981 ist eine Wende in der Versorgungslage auf den internationalen Rohstoffmärkten eingetreten. Standen die siebziger Jahre im Zeichen drohender Rohstoffverknappung, so gibt es mittlerweile ein wachsendes Überangebot. Dies ist eine Folge von steigenden Rohstoffexporten der Entwicklungsländer. Auch blieb der Verbrauchszuwachs hinter den Erwartungen zurück.

QUELLE: ZAHLENBILDER

MÄRKTE & POLITIK

Altöl: Die Entsorgung von Altöl ist auch nach der Einbeziehung der Bestimmungen in das neue allgemeine Abfallrecht nicht gefährdet. (S. 17)

AMA '86: Die deutschen Automobilhersteller werden ihre Chancen auf dem gemeinsamen Markt in Europa wahrnehmen können, erklärte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger bei der Eröffnung der Auto- und Motorrad-Ausstellung in Stuttgart.

Zuwachs: Eine rasche Expansion der Geschäfte zwischen den Banken meldet die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Der Zuwachs beträgt nach Ausklammerung der Wechselkurseffekte mehr als 73 Mrd. Dollar.

Post: Den Videokonferenzbetrieb mit den Niederlanden hat die Deutsche Bundespost eröffnet. Die Niederlande sind das fünfte Land, mit dem diese Art der Kommunikation möglich ist.

Stoltenberg: Einige Bundesländer und Kommunen verfahren mit ihren Ausgaben zu großzügig und überschreiten die jährliche Zuwachsobergrenze von drei Prozent. (S. 17)

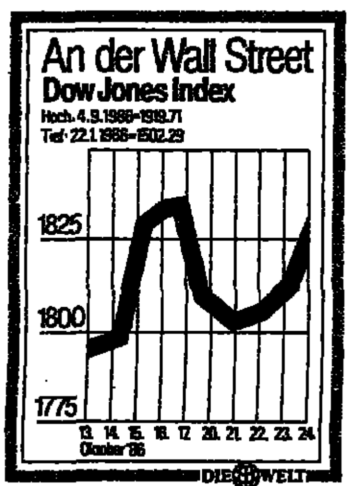
FÜR DEN ANLEGER

Börsen: Die europäischen Aktienmärkte tendierten in der vergangenen Woche vorwiegend schwächer. Erst zum Wochenende setzte stärkeres Kaufinteresse ein.

Lahmeyer: Der Aufsichtsrat wird der Hauptversammlung am 9. Dezember für das Geschäftsjahr 1985/86 wieder eine Dividende von zehn Prozent auf das Grundkapital von 90 Mill. DM vorgeschlagen.

Frankreich: Der Diskontsatz für Schatzwechsel ist wegen der Reformen am inländischen Geldmarkt, die von Anfang Dezember an eingeführt werden, mit sofortiger Wirkung auf 9¼ von vorher 11¼ Prozent gesenkt worden.

Rentenmarkt: Obwohl die Zinsen am Kapitalmarkt in der vergangenen Woche leicht zurückgegangen sind, ist nach Einschätzung des Handels noch keine Stabilisierung in Sicht (S. 17)



WELTWIRTSCHAFT

IWF: Die Phillipinen erhalten zwei Kredite im Gesamtwert von 519 Mill. Dollar. Damit sei der Weg für die Umschuldungsverhandlungen mit privaten Gläubigerbanken geebnet, erklärte der Finanzminister.

Texas Air: Das Unternehmen ist durch die endgültige Erlaubnis zur Übernahme des Billigfliegers People Express zur größten US-Fluggesellschaft geworden.

Brasilien: Um neue Kredite in Höhe von 700 Mill. Dollar will sich der Planungsminister in Japan bemühen. Die Stromerzeugung des Landes soll weiter ausgebaut werden.

Türkei: In zwei Jahren soll die 842 Kilometer lange Erdgasleitung aus der UdSSR fertig sein. Für rund 585 Mill. DM übernimmt ein internationaler Konzern den Bau der Pipeline.

Finnland: Als Stimulanz für die Wirtschaft hat die Regierung ein Paket mit Steuererleichterungen vorgelegt. Klein- und Familienunternehmen werden von der Umsatzsteuer befreit.

Caracas: Rund 70 Firmen beteiligen sich an der 3. Deutsch-Venezolanischen Industrieausstellung. Der südamerikanische Staat ist der viertgrößte Erdöllieferant der Bundesrepublik.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Krupp Stahl: Trotz erschwerter Bedingungen auf dem Stahlmarkt hat das Unternehmen im ersten Halbjahr 1986 mehr Aufträge verbucht als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Belegschaft wurde weiter um 362 auf 23 105 Mitarbeiter abgebaut.

Fiat: Dem Turiner Konzern ist es gelungen, mit seinen Vorschlägen zur Sanierung des staatlichen italienischen Automobilherstellers Alfa Romeo den amerikanischen Konkurrenten Ford zu übertrumpfen. (S. 17)

Sonopress: Die Bertelsmann-Tochter, eine der weltweit größten Tonträger-Produzenten, strebt einen Weltmarktanteil von 20 Prozent in dem erfolgreichen Compact-Disc-Geschäft an. In Gütersloh wurde jetzt eine neue Produktionsstätte in Betrieb genommen. (S. 17)

Übernahme: Der japanische Computer- und Halbleiterhersteller Fujitsu Ltd. wird 80 Prozent der Anteile an der kalifornischen Gesellschaft Fairchild Semiconductor übernehmen, wurde mit der französischen Muttergesellschaft von Fairchild, der Schlumberger Ltd., ausgehandelt.

WER SAGT'S DENN?

Kredit ist ein Regenschirm, den man bei Sonnenschein leicht bekommt, aber beim ersten Regentropfen zurückgeben muß.

Lord Chesterfield

Heute erschüttert der „Big Bang" in London die gesamte Finanzwelt

Dresdner Bank fordert als deutsche Reaktion die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer

W. FURLER/DW. **Bonn/London**

Der Finanzplatz London soll mit der heute offiziell einsetzenden revolutionären Reform zur unangefochtenen Drehscheibe im weltweiten Wertpapiergeschäft aufsteigen. Dies jedenfalls versprechen sich die Beteiligten Brokerhäuser und Finanzinstitute in der Londoner City vom „Big Bang" (Lauter Knall), wie der heutige Stichtag der Öffnung der Londoner Wertpapierbörse schon seit Monaten euphorisch bezeichnet wird.

Die Liberalisierung des Wertpapierhandels an der Themse macht den überholten und wettbewerbsfeindlichen Praktiken im Börsenhandel ein Ende und ermöglicht die Zulassung aller interessierten Finanzinstitute zum Börsenparkett. Von der Beseitigung praktisch aller Zulassungsbeschränkungen, der Freigabe der bislang festgelegten Mindestmaklergebühren und von der Abschaffung der strikten Funktionstrennung zwischen Brokern und Jobbern (Kundenhändler und Börsenmakler) wird nicht nur ein unbarmherziger Wettbewerb zwischen den jetzt mitmischenden riesigen Bankinstituten und Finanzkonglomeraten aus dem In- und Ausland erwartet, sondern die Schallwellen des „Big Bang" werden in der Finanzwelt auch weit über die Grenzen Londons hinaus registriert werden.

„Ohne Schleifspuren wird es dabei nicht abgehen", betont daher der Sprecher der Dresdner Bank AG, Wolfgang Röller. Die richtige deutsche Antwort auf den „Lauten Knall" sollte die Abschaffung der deutschen Börsenumsatzsteuer sein. Anderenfalls drohe Frankfurt in der Rangfolge der internationalen Finanzplätze auf den sechsten Platz abzurutschen.

Die zunehmende Internationalisierung der Finanzmärkte, wie dies jetzt ganz besonders am Beispiel Londons deutlich werde, bestimme mittlerweile maßgeblich auch die Geschäftspolitik der deutschen Banken, in deren Ertragsrechnung das internationale Wertpapiergeschäft zu einem beachtlichen Faktor geworden sei. Um die mit dem raschen Wandel im Wertpapiergeschäft verbundene Herausforderung bestehen zu können, müßten die deutschen Kreditinstitute verstärkt personelle, finanzielle und technologische Ressourcen wie jetzt in London mobilisieren.

Auch die deutschen Landesbanken werden sich nach Darstellung von Theo Heinz, Vorstandsmitglied der Hessischen Landesbank – Girozentrale, dem Trend zur „Globalisierung" der internationalen Finanzmärkte stellen. Ihr Schwergewicht werde aber das langfristige Finanzierungsgeschäft bleiben. „Bei den Finanzinnovationen sind wir kritische Teilnehmer, aber weder Avantgardisten noch passive Akteure."

Hinsichtlich „innovativer Emissionen" im globalen Maßstab müsse vor allem auch auf die Bildung und Aufrechterhaltung funktionsfähiger Zweitmärkte geachtet werden. Einen „Big Bang" à la London brauche die Bundesrepublik jedoch nicht. In den beiden letzten Jahren seien in allen Gruppen des deutschen Kreditgewerbes nachhaltige Anpassungsprozesse hin zu einem verstärkten Wertpapiergeschäft in Gang gekommen.

Im Rahmen der Liberalisierung des Londoner Wertpapierhandels wurde die bisherige Londoner Börse mit ihren rund 2000 notierten Aktien und 1500 britischen Staatsanleihen vor einigen Wochen mit der neugeschaffenen „Konkurrenzbörse" ausländischer Banken und Wertpapierhäuser zusammengelegt. Es wird erwartet, daß London damit in der sich rapide entwickelnden Internationalisierung im Handel mit Aktien großer britischer und ausländischer Unternehmen seine bereits im Eurobonds-Geschäft behauptete weltweite Führungsstellung ausbauen kann.

Wall Street fehlen Impulse für einen Kursanstieg

Anleger lassen sich nicht aus ihrer Zurückhaltung locken

GERD BRÜGGEMANN, **New York**

Trotz heftigem Auf und Ab der Kurse blieb das Börsengeschehen in den Vereinigten Staaten in der vergangenen Woche mehr oder weniger richtungslos. An der Wall Street fehlen zur Zeit eindeutig die Impulse, die einen weiteren Anstieg des Kursniveaus auf breiter Front ermöglichen könnten.

Als das US-Handelsministerium in Washington am vergangenen Mittwoch seine ersten Schätzungen über das Wachstum des Sozialprodukts für das 3. Quartal, das mit 2,4 Prozent deutlich höher ausfiel als im Vorquartal mit 0,6 Prozent, bekanntgab, reagierten die Kurse praktisch überhaupt nicht. Dieses Ergebnis war erwartet worden. Auch die Ankündigung von Handelsminister Malcolm Baldrige, er rechne damit, daß das Sozialprodukt im 4. Quartal um vier Prozent steigen werde, konnte die Anleger nicht aus ihrer Zurückhaltung locken. In den letzten Jahren waren die Vorhersagen der Regierung immer hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben.

Als dann aber Baldriges Ministerium am Donnerstag den Auftragseingang für langlebige Güter veröffentlichte, der mit 4,9 Prozent einen Zuwachs erreichte wie seit November 1984 nicht mehr, kam an Wall Street sofort Hoffnung auf. Der Dow-Jones-Index stieg sprunghaft um 26,58 Punkte und holte fast den Verlust vom Wochenbeginn auf, als er um 26,02 Punkte gefallen war.

Besonders beeindruckend erschien am Auftragseingang, daß er ganz wesentlich den privaten Sektor betraf, mithin Regierungsorder für militärische Güter nur eine untergeordnete Rolle spielten. Manche Wirtschaftsbeobachter sahen in den Zahlen sogar ein Anzeichen dafür, daß die amerikanische Wirtschaft sich vom Wettbewerbsdruck der ausländischen Konkurrenz befreien konnte und die Nachfrage nach heimischen Produkten wieder steige.

Selbst Präsident Reagan, der sich im Mittelwesten auf einer Wahlkampfreise befand, meldete sich zu Wort und meinte, dies bedeute höhere Produktion und mehr Arbeitsplätze in der Zukunft. Es gab aber auch warnende Stimmen, die darauf hinwiesen, daß es sich zu einem erheblichen Teil um Aufträge handeln könne, die vorgezogen worden seien, um vermuteten nachteiligen Auswirkungen der Steuerreform zu entgehen, die im nächsten Jahr in Kraft tritt.

Am nächsten Tag zum Wochenschluß zeigte sich dann auch, daß der Impuls nur für einen Tag gereicht hatte. Bei deutlich geringeren Umsätzen fielen die Kurse auf breiter Front. Die Indizes endeten gegenüber der Vorwoche praktisch unverändert. Der Dow-Jones fiel um 4,78 Punkte auf 1832,26. Die umfassender angelegten Indizes der Nyse schlossen mit 137,26 um 0,22 Punkte und der Standard and Poors mit 238,26 um 0,58 Punkte niedriger.

AUF EIN WORT



„Der Kunde hat Zeit. Er will unterhalten werden. Deshalb ist Handel auch immer etwas Showgeschäft."

Dr. Jörn Kerke, Vorsitzender des Vorstands der Hussel Holding AG, Hagen.
FOTO: RITA HOLTSCHMIDT

Der Trumpf der Weber heißt Mode

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Konsequenz, mit der zahlreiche Betriebe in der deutschen Textilindustrie auf den Strukturwandel reagiert haben, scheint sich auszuzahlen. Allein im letzten Jahrzehnt hat die Branche nämlich insgesamt zwölf Milliarden DM investiert, allein 1,5 Mrd. im vergangenen Jahr.

Damit gelang es ihr, die Produktion sehr stark zu rationalisieren. Sicher, zahlreiche Unternehmen und Arbeitsplätze sind auf der Strecke geblieben. Aber die derzeit 1370 Unternehmen mit 1780 Betrieben (Stand Ende 1985) und rund 230 000 Beschäftigten haben im Kern ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verteidigt. Das zeigt sich deutlich in diesem Jahr, das der exportabhängigen Branche mit der Erstarkung der D-Mark zunächst das Fürchten lehrte.

Zwar ist quer durch die Branche zu hören, daß der starke Kursverfall des Dollar Sorge macht, die Aufträge aus dem Ausland etwas langsamer fließen als im (sehr guten) Vorjahr und die Importe an Textilien wieder anziehen; auf der anderen Seite zeigen erstaunliche Exporterfolge, daß der hohe Technologiestand den deutschen Anbietern unabhängig vom Wechselkurs Marktchancen eröffnet.

So erzielten zum Beispiel die deutschen Stoffdrucker im ersen Halbjahr dieses Jahres trotz der Dollarschwäche beim Export nach Nordamerika noch ein (mengenmäßiges) Plus von 66 Prozent. Im Gegensatz zur Gesamtbranche, die nach den ersten acht Monaten einen negativen Außenhandelssaldo von 5,4 Mrd. DM bei Ausfuhren von insgesamt 17,4 Mrd. DM und Importen von 22,8 Mrd. DM aufweist, verzeichneten die deutschen Stoffdrucker einen Ausfuhrüberschuß von 213 Mill. DM.

Daß modische Flexibilität, Qualität und Liefertreue Früchte tragen, zeigen auch die Ergebnisse der deutschen Tuch- und Kleiderstoffweber. Sie legten in den ersten neuen Monaten dieses Jahres bei den Exporten nochmals zehn Prozent zu, obwohl bereits das Vorjahr sehr gut lief.

Die Dollar-Bewegung merken die Weber vor allem daran, daß die Lieferanten aus dem Dollar-Raum spürbar auf bisher angestammten Märkten für die deutschen Weber tätig werden und die Konkurrenz verschärfen. Gleichwohl befürchten die Weber, die in diesem Jahr bisher ihre Umsätze um sechs Prozent steigerten und die Beschäftigtenzahl um gut neun Prozent erhöhten, keine Exporteinbrüche. Ihr Trumpf heißt Mode.

Das gilt übrigens auch für die deutschen Baumwollweber. Wenn nicht verdeckte Subventionen die Konkurrenz verzerren, kann man international mithalten, meinen sie. Damit sichern sich auch die Maschenstoffhersteller ihre Märkte (Exportplus sechs Prozent, Umsatz insgesamt in diesem Jahr bisher Plus sieben Prozent).

Bei ihnen fällt die Entwicklung zwischaen Maschenstoffen für Hemden sowie Wäsche und dem hochmodischen Bekleidungsbereich freilich deutlich auseinander. Der Importdruck ist vor allem im niedrigen Preisbereich wieder steigend.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Deutsche Textilindustrie vor der 56. Interstoff in Frankfurt (28. bis 30. Oktober) mit guten Geschäften. Auf der internationalen Stoffmesse zeigen 1114 Aussteller aus 41 Ländern die Stoffmode für den Winter 87/88.

Behörden-Dickicht

JB. – Der Werkzeugmaschinenbauer M. Klumpp, Mitinhaber der Hamburger Firma Ixion, hat uns stutzig gemacht. Er sei stolz, so erklärte er bei einer Einweihungsfeier, daß der Erweiterungsbau seines Unternehmens trotz der Hamburger Bürokratie fast rechtzeitig fertig geworden sei. „Trotz der Hamburger Bürokratie?" Dabei sind doch mittelständische Spezialisten, die wachsen, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und das Süd-Nord-Gefälle abschwächen helfen, in der Hansestadt gehätschelte Kinder.

Die Entstehungsgeschichte des Erweiterungsbaus zeigt, daß die Wahrheit leider anders aussieht. Dem zuständigen Bauamt des Bezirks Wandsbek hatte Klumpp, zunächst formlos, einen Vorbescheidsantrag eingereicht, um auf dem Gelände, auf dem die Firma seit 1923 ansässig ist, den Ausbau vorzunehmen. Der zuständige Behörden-Mensch ließ ihn wissen, daß es bei einem solchen Antrag vorgeschriebener Formblätter bedürfe. Allerdings: Zusenden wollte er diese nicht; so etwas gehöre nicht zum Service des Bauamts. Im Behörden-Dickicht mit dezentralisierten wirtschaftlichen Verantwortlichkeiten brauchte es dann neun Monate, bis ein positiver Bescheid vorlag. Doch damit nicht genug: Auch während der Bauphase gab es immer neue Auflagen, Änderungen und Einsprüche.

Daß die Stadt Hamburg dem Unternehmer aus einem Förderungsprogramm zur Markteinführung innovativer Produkte mit 300 000 DM unter die Arme griff, macht die Sache nicht besser, aber verdeutlicht das Problem. Durch die Verlagerung von Mitentscheidungen in die Bezirke ist der Standort Hamburg „balkanisiert" worden. Dagegen sind die besten Absichten nutzlos, mit Landes- und Bundesmitteln Maßnahmen zur Verbesserung der Industriestruktur zu stützen.

Verwunderung

K.S. – Wunderlich klingt die Nachricht, daß der große Kaffeeproduzent Brasilien an den europäischen Börsen grüne Bohnen aus Afrika gekauft hat. Natürlich – das Dürrejahr 1986 hat seine Spuren hinterlassen. Aber warum exportiert das Land nicht weniger und deckt den inländischen Bedarf mit eigener Ware ab? Käme das nicht aufs Gleiche heraus und wäre weniger umständlich? Der Laie irrt. Das südamerikanische Land erntet „Arabica" und auch „Conilon". Beide Sorten sind wertvoller als die jetzt gekauften afrikanischen „Robusta". Daß die Einheimischen kurzfristig auf gewohnte Qualität verzichten, lindert also den Druck auf das brasilianische Devisenpolster.

Defizit im Studium

Von JOACHIM WEBER

Wenn er ein betriebliches Problem zu lösen habe, so klagte am Rande des Betriebswirtschaftertages der Schmalenbach-Gesellschaft in Berlin ein Teilnehmer, dann finde er an den deutschen Universitäten kaum noch umfassend kompetente Ansprechpartner. Selbst zur Klärung von Teilaspekten bedürfe es meist der Ansprache mehrerer Professoren, von denen jeder nur auf ein kleines, besonderes Segment spezialisiert (und offenbar auch fixiert) sei, ohne noch über den Zaun des eigenen Arbeitsgebiets hinwegzuschauen.

Mit dieser Klage steht der Teilnehmer, Geschäftsführer eines Chemieunternehmens, keineswegs allein: „Die Auflösung der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre in Spezialdisziplinen läßt den Zusammenhang zwischen den Fachgebieten unbearbeitet. Es entsteht ein Bedarf nach der Behandlung dieser Zusammenhänge sowie der fachgebietsübergreifenden Probleme", stellte auch Eröffnungsredner Marcus Bierich (Robert Bosch GmbH) – sozusagen stellvertretend für die Praktiker – fest.

Die theoretische Betriebswirtschaft ist in manchmal völlig wirklichkeitsferne Splittersparten atomisiert. Mit ihren drängendsten Problemen werden die Unternehmen nach wie vor allein gelassen.

Es ist wohl unübersehbar: Der theoretischen Betriebswirtschaft ergeht es nicht besser als den meisten anderen Wissenschaften. Nach der Atomisierung der Fachgebiete in – manchmal völlig wirklichkeitsferne – Splittersparten, die oft mehr der Schaffung neuer Professuren denn der Bereicherung der Wissenschaft diente, sind nun wieder die Generalisten gefragt: Wissende, die Ordnung in das wüste Muster des Flickenteppichs bringen und die große Klammer wieder herstellen.

Praktiker wie Professoren, von Bierich in einer zwar nicht repräsentativen, gleichwohl aussagekräftigen Enquete befragt, erwarten, daß sich diese Entwicklung auch in der Struktur von Forschung und Lehre niederschlagen wird, etwa in der Zusammenführung von Elementen aus Beschaffungswesen, Produktion und Absatz in der Logistik.

Ebenso könnten die Themenbereiche der Unternehmenspolitik, der strategischen Planung und Personalwirtschaft zu einer Gruppe „Unternehmensführung" zusammenwachsen.

Wie weit und wie schnell die Realität der Universitäten solche Neuordnungsprozesse überhaupt ermöglicht, sei dahingestellt. Schließlich sind all die ausgefranst-esoterischen Themenplanstellen fürs erste belegt und beamtenrechtlich betoniert.

Und die Verteilung des Wissens auf Generalisten und Spezialisten würde ganz zwangsläufig auch zu De-facto-Über- und Unterordnungen und damit zu hierarchischen Vrdauungsstörungen führen

Ohnehin könnte die Geschwindigkeit dieses Restrukturierungsprozesses, so er denn überhaupt in Gang käme, nichts mehr an der Tatsache ändern, daß die universitäre Betriebswirtschaftslehre einmal mehr der Praxis hinterherläuft: „Draußen" zeichnet sich schon längst der Trend zur (Re-)Integration von Funktionen ab, die in einem organisatorischen Sinnzusammenhang stehen – die elektronische Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik machen es möglich.

Bei der Lösung der Organisations- und Steuerungsprobleme solcher – zwangsläufig immer komplexeren – Betriebsgebilde finden die Praktiker in der Theorie nur wenig Rückhalt.

Zudem scheint es, daß die Lehrstühle GmbH auch bei der Wahl ihrer Forschungsobjekte ins Hintertreffen geraten ist. Wenn zum Beispiel Beratungsfirmen eindrucksvolle Auftragsvolumen im Bereich des Technologie-Managements (und meist schon beginnend mit der theoretischen Vorbereitung) verbuchen können, dann zeigt das recht eindeutige Defizite.

Tatsächlich wird denn auch das Forschungs- und Entwicklungs- (bzw. Innovations-) Management in Bierichs Umfrage am häufigsten als wünschenswertes neues Fachgebiet (neben etlichen anderen) genannt. Einen anderen Schwerpunkt zeigen die Wunschlisten im Bereich der – für die Unternehmen im internationalen Wettbewerb überlebenswichtigen – strategischen Denkansätze.

Mit ihren drängendsten Problemen, so scheint es, werden die Unternehmen von der Theorie nach wie vor alleingelassen, auch wenn es rühmliche Ausnahmen gibt. Und die Konsequenz für die Studenten der Betriebswirtschaft bleibt die gleiche wie seit etlichen Jahren: Wer wissen will, was in seinem Fach „State of the Art" ist, der sollte sich nebenbei gründlich in dem einen oder anderen Großunternehmen umschauen.

Zwei Millionen Menschen sind ohne Arbeit, aber immer mehr Unternehmen finden keine Fachkräfte. In diesem Spannungsfeld beginnt heute in Berlin der Kongreß „Beschäftigungsoffensive". Wie können Arbeitssuchende durch berufliche Qualifizierung ihre Chancen verbessern? Führt mehr Beweglichkeit bei den Arbeitszeiten auch zu mehr Beschäftigung? Finden die Tarifparteien zu gemeinsamen Anstrengungen? Die WELT sprach mit Otto Esser, dem Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Das Interview führten Heinz Stüwe und Sabine Schuchart.

Wo Facharbeiter fehlen, werden auch keine Ungelernten eingestellt

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sagen für das kommende Jahr eine weitere Zunahme der Beschäftigung um 250 000 Arbeitsplätze voraus. Halten Sie diese Einschätzung für realistisch?

Esser: Am Arbeitsmarkt tut sich einiges, und wie ich glaube Bemerkenswertes. Seit dem Tiefpunkt 1983 haben wir einen Beschäftigungsaufbau, der sich 1987 fortsetzen wird. Nach unserer Ansicht wird es sich dabei um eine Zahl von 250 000 bis 300 000 neuen Arbeitsplätzen handeln. Seit 1983 dürften zudem eine Million Kurzarbeitsplätze in Vollzeitarbeitsplätze umgewandelt worden sein.

Immer mehr Firmen finden keine Facharbeiter. War dieser Bedarf nicht vorauszusehen?

Esser: Die Redensart, es räche sich, daß die Unternehmen in der Vergangenheit nicht genügend ausgebildet hätten, ist vollkommen unsinnig. Wir haben allein in den letzten zehn Jahren die Zahl der Auszubildenden um 500 000 gesteigert. Zur Zeit befinden sich 1,8 Millionen Menschen in der Ausbildung. Natürlich gibt es auch Menschen, die nicht über die Voraussetzungen für eine qualifizierte Ausbildung verfügen. Aber wo Facharbeiter fehlen, kann auch die Nachfolgebesetzung mit ungelernten Kräften nicht stattfinden. Der Mangel an Facharbeitern hat also die Wirkung einer „Sperrklinke".

Glauben Sie, daß es möglich sein wird, sogenannte schwer vermittelbare Arbeitslose stärker in die Wirtschaft zu integrieren?

Esser: Das ist eine Frage, die in direkter Weise auf den Beschäftigungskongreß in Berlin hinweist. Wir haben gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung mit einer Qualifizierungsoffensive begonnen, deren Ziel es ist, Arbeitssuchende und insbesondere Jugendliche, die keine Ausbildung durchlaufen haben, für bestimmte Tätigkeiten zu qualifizieren. Nach allem, was wir bisher wissen, greifen diese Maßnahmen. Die Arbeitsverwaltung stellt die Mittel, die Unternehmen stellen ihre Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Das ist eine sinnvolle Ergänzung.

Hat sich das Verhältnis der Wirtschaft zu der Arbeitsverwaltung in den letzten Jahren verbessert?

Esser: Viele hunderttausend offene Stellen werden mit offensichtlich wachsender Tendenz an den Arbeitsämtern vorbeibesetzt. Nur rund ein Fünftel der jährlich neugegründeten Beschäftigungsverhältnisse kommen durch die unmittelbare Vermittlertätigkeit der Arbeitsämter zustande. Daraus läßt sich natürlich ablesen, daß es gewisse Probleme in den Beziehungen gibt. Im Interesse der Arbeitslosen müssen beide Seiten besser zueinander kommen.

Manche Unternehmer fordern, das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit zu lockern. Versprechen Sie sich davon Vorteile?

Esser: Wir haben ja schon Ansätze dazu. Es gibt eine ganze Anzahl von Personalberatern, die bezogen auf ein bestimmtes Tätigkeitsniveau Personalwerbung betreiben. Es ist vorstellbar, daß auch Organisationen wie zum Beispiel die Kirchen hier tätig werden. Insgesamt scheint mir aber eine gewerbsmäßige Vermittlung von Arbeitskräften von der Sache her nicht angebracht.

Die Anstrengungen der Bundesanstalt für Arbeit, zum Beispiel durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeitslose zu qualifizieren, werden in der Wirtschaft zum Teil stark kritisiert. Wie stehen Sie dazu?

Esser: Wir befinden uns bei den ABM-Maßnahmen am oberen Ende dessen, was möglich ist. Man kann auch eine mißbräuchliche Anwendung der ABM-Maßnahmen nicht ausschließen. Aber der entscheidende Punkt ist, daß Jugendliche qualifiziert werden, und das bejahe ich uneingeschränkt. Wir sollten auf kein Mittel verzichten, das Qualifizierung bewirkt. Es gibt einen beschleunigten technischen Wandel. Es muß für uns, die wir so sehr auf den Wettbewerb mit anderen Nationen angewiesen sind, eine Selbstverständlichkeit sein, in Arbeitskräfte zu investieren.

Ist Weiterbildung eine staatliche Aufgabe?

Esser: Aus- und Weiterbildung ist nicht frei Haus zu liefern. In entscheidendem Maß ist Weiterbildung auch eine Sache des einzelnen. Die staatliche Aufgabe sehe ich vor allem darin, daß Schulen und Universitäten ein Niveau beachten, von dem man sagen könnte, hier ist das Optimale erreicht.

Haben denn die jungen Akademiker das Niveau, das in der Wirtschaft verlangt wird?

Esser: Wenn Amerikaner überlegen, in Deutschland eine Produktionsstätte zu etablieren, dann ist eine der ersten Fragen, die sie stellen: Welche Universität befindet sich in der Nähe? Und die zweite Frage lautet: Welche Beziehungen bestehen zu dieser Universität? Das hat auch bei uns den Sinn dafür gestärkt, daß Wirtschaft und Hochschule nicht getrennt nebeneinander laufen sollten. Vorbehalte gab es ohnehin nicht in der Wirtschaft, sondern an den Universitäten. Aber hier hat sich schon viel verändert.

Halten Sie die Instrumente des Beschäftigungsförderungsgesetzes für ausreichend?

Esser: Das Gesetz hat seine Feuertaufe bestanden. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von neuen Arbeitsverhältnissen ist dadurch begründet worden. Die guten Erfahrungen rechtfertigen schon jetzt eine Verlängerung des Gesetzes. Zu dem gewerkschaftlichen Vorwurf, mit den befristeten Arbeitsverhältnissen würden Arbeitnehmer zweiter Klasse geschaffen, kann ich nur sagen: Wie kann die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ein Zweiklassen-Recht schaffen? Das Gegenteil ist der Fall.

Gibt es heute denn noch Einstellungsbarrieren?

Esser: Ja. Ein wichtiger Faktor sind die hohen Personalzusatzkosten, die sich zu einem Zweitlohn entwickelt haben. Lohn und Zusatzkosten ergeben vor allem bei den weniger qualifizierten Tätigkeiten ein Niveau, das absolut zu hoch ist und sich einstellungshemmend auswirkt. Eine Rolle spielt daneben, daß das Bundesarbeitsgericht einen Kündigungsschutz entwickelt hat, der mit den Notwendigkeiten der Unternehmen nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Deshalb muß ernsthaft geprüft werden, ob nicht der Kündigungsschutz vom Gesetzgeber geregelt werden sollte.

Könnten die Tarifparteien beim Vorruhestand noch mehr tun?

Esser: Der Vorruhestand hat einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet, er ist aber eine sehr teure Regelung. Viele Unternehmen in der mittelständischen Wirtschaft können solche Lasten nicht übernehmen. Das Gesetz ist auf fünf Jahrgänge befristet. Da wir in Zukunft immer weniger Aktive, aber immer mehr Rentner haben werden, wage ich die Prognose, daß wir eines Tages wieder zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit kommen werden. Ich kann mir vorstellen, daß nicht wenige ältere Menschen davon auch Gebrauch machen würden. Denn für viele ist die Arbeit nicht nur Last, sondern Lebensinhalt.

Hat die Arbeit aber nicht doch für den einzelnen an Stellenwert verloren?

Esser: Diese These können nur Leute aufstellen, die mit Arbeitern und Angestellten keinen Kontakt haben. Die Arbeit wird ihr konstitutives Gewicht für das menschliche Leben nicht verlieren.

Starre Arbeitszeiten gehören längst in die Mottenkiste

Sind – wie die Gewerkschaften argumentieren – durch Arbeitszeitverkürzung Erfolge bei der Beschäftigung zu erzielen?

Esser: Es ist falsch, wenn die IG Metall behauptet, die Arbeitszeitverkürzung hätte sich am Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. Wenn das so wäre, hätte es auch in den Bereichen Einstellungen geben müssen, die von der Konjunktur nicht begünstigt sind. Das ist aber nicht geschehen.

Wie können flexiblere Arbeitszeitregelungen erreicht werden?

Esser: Der Kapitalstock der Betriebe wird immer teurer. Aus Wettbewerbsgründen können sich die Unternehmen eine verkürzte Ausnutzung der Anlagen nicht leisten. Andererseits haben immer mehr Menschen den Wunsch, von den starren Arbeitszeiten wegzukommen. Die Kolonnenmentalität ist am Ende. Nun muß man beides zusammenbringen. Dabei müssen beide Seiten noch lernen. Wenn die Tarifparteien sich dieser Frage nicht annehmen, dann wird die Wirklichkeit über sie hinweggehen.

Warum ist die Umsetzung in der Praxis oft so phantasielos?

Esser: Alles was neu ist, stößt bei den Menschen auf eine Abwehrhaltung. Man muß dafür werben, daß größere Beweglichkeit ein Vorteil sein kann.

Ist das nicht in erster Linie eine Aufgabe der Arbeitgeber?

Esser: Das ist tatsächlich der Fall, und wir tragen dem Rechnung.

Wie können die Gewerkschaften dazu bewegt werden, ihre teilweise starre Haltung gegenüber flexibleren Arbeitszeiten aufzugeben?

Esser: Die Gewerkschaften sperren sich im ganzen gesehen dagegen, weil sie glauben, daß es sie als Organisation benachteiligen würde. Dem wollen wir mit Rahmentarifverträgen entgegenwirken. Innerhalb von Rahmentarifverträgen müssen die Betriebsparteien, also Geschäftsleitung und Betriebsrat, dann bestimmen können, welches für das Unternehmen der passende Maßanzug ist.

Würde ein Entgegenkommen der Gewerkschaften bei der Arbeitszeitflexibilisierung in der kommenden Tarifrunde von seiten der Arbeitgeber eine weitere Arbeitszeitverkürzung ermöglichen?

Esser: Es gehört zu meinen festen Gepflogenheiten, auf zukünftige Tarifverhandlungen nicht einzugehen. Generelle Arbeitszeitverkürzungen haben sich als schädlich erwiesen. Die Tarifparteien haben im übrigen die Pflicht, auch als Beschäftigungsparteien zu fungieren. Daraus folgt, daß 1987 Abkommen geschlossen werden müssen, die die hohe Zahl von Arbeitslosen ausreichend berücksichtigen. In den letzten drei Jahren ist das im großen und ganzen geschehen. Wir werden uns 1987 sicher nicht am Jahr 1986 orientieren können, weil entlastende Faktoren nicht mehr in gleicher Weise wirken.

Haben die Auseinandersetzungen um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz das Verhältnis zwischen den Tarifparteien nachhaltig verschlechtert?

Esser: Nein, das glaube ich nicht. Die Gewerkschaften haben nach ihrer geradezu hysterischen Kampagne fast übergangslos frank und frei erklärt, natürlich wären sie in der Lage, weiterhin Arbeitskämpfe zu führen. Im übrigen arbeiten Gewerkschaften und Arbeitgeber auf zahllosen Gebieten zusammen, ohne daß die Öffentlichkeit davon Kenntnis nimmt.

Ist die Androhung von Betriebsbesetzungen durch die IG Druck ein Symptom für zunehmende Spannungen zwischen den Tarifparteien?

Esser: Wir leben zweifellos in angespannten Zeiten, das machen uns die Gewerkschaftstage deutlich. Die verschleierte Aufforderung zu Betriebsbesetzungen ist der Aufbruch in den Rechtsbruch, bedeutet die geplante Verletzung unserer Rechtsordnung.

Sollten sich die Tarifpartner selbst Regeln für den Arbeitskampf geben, wie es Bundesarbeitsminister Blüm vorschlägt?

Esser: Ich habe den Gewerkschaften schon vor langer Zeit angeboten, über Regeln des Arbeitskampfes zu sprechen. Ich könnte mir ein Dachabkommen vorstellen zwischen dem DGB und der Bundesvereinigung und daneben weitere Absprachen der Tarifparteien, beispielsweise über Schlichtungsverfahren. Nicht gut wäre es, wenn der Staat eine Regelung vorschreiben würde. Da stimmen Gewerkschaften und Arbeitgeber überein. Ich will etwas Widersprüchvolles sagen: An sich halte ich Arbeitskämpfe für überholt, weil es keine existentiellen Fragen in einer Wohlstandsgesellschaft gibt. Gleichzeitig bin ich für den Arbeitskampf, weil jeder Konflikt eines Lösungsmechanismus bedarf. Und dann ist der Arbeitskampf das kleinere Übel gegenüber einem staatlichen Eingreifen.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober 1986 verstarb im 42. Lebensjahr

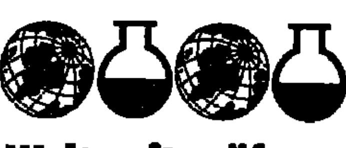
Jörg Zahn

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen:
Heide Zahn geb. Haasler
und Sohn Jörg

Die Beisetzung hat am 23. Oktober 1986 im engsten Familienkreis stattgefunden.

Von Beileidsbekundungen bitten wir Abstand zu nehmen.





EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel
Société européene pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle
Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

6½ % Deutsche Mark-Anleihe von 1979/1989
– WKN 464 511/15 –

Kündigung

Gemäß § 4 (1) der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit die noch im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen der Serien Nr. 2 und 3 obiger Anleihe im Gesamtbetrag von nom. DM 40 000 000,– zur Rückzahlung zum 1. Februar 1987 zum Kurs von 101% des Nennbetrages.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Februar 1987 an gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. Februar 1988 uff. zum Kurs von 101% bei den nachstehend genannten Banken und deren inländischen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Cie.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Januar 1987. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die am 1. Februar 1987 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1 und 5 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Die zum 1. Februar 1987 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 4 und die zum gleichen Zeitpunkt fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Basel, im Oktober 1986

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

Stoltenberg mahnt die Länder

Ausgaben haben vereinbarte Obergrenze weit überschritten

ARNULF GOSCH, Bonn

Besorgt hat sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) über die Ausgabenentwicklung in einigen Bundesländern geäußert. Wie der Minister bei einer Großveranstaltung der Arbeitgebervereinigung Lübeck in Travemünde erklärte, sehe er mit Sorge, daß einige Länder und eine Reihe von Kommunen bei einer gegenüber dem Bund vergleichsweise besseren Einnahmenentwicklung in ihren Ausgaben zu großzügig verfahren und die im Finanzplanungsrat vereinbarte Obergrenze von drei Prozent für den jährlichen Zuwachs weit überschreiten. Sie müßten sich genauso wie der Bund auf weitere Steuerentlastungen in den kommenden Jahren einstellen und könnten nicht erwarten, daß ihnen eine überzogene Ausgabenpolitik bei der Steuerverteilung honoriert werde.

Nicht zufrieden ist Stoltenberg aber auch mit der Einnahmenentwicklung des Bundes. Von der Ausgabenseite her sei die Konsolidierung der Bundesfinanzen zwar nicht gefährdet, weil die Bundesregierung in allen Haushalten deutlich unter dem selbstgesteckten Ziel von drei Prozent Ausgabenzuwachs geblieben sei. Erschwert werde diese Konsolidierung allerdings von der Einnahmenseite her. So entwickelte sich das dem Bund zufließende Steueraufkommen weit unterproportional. Hinzu kämen die hohen Abführungen an die EG, die allein in diesem Jahr rund 40 Prozent des gesamten zusätzlichen Steueraufkommens des Bundes ausmachten. Und schließlich gehe der Bundesbankgewinn weit drastischer zurück, als dies vor kurzem noch zu erwarten gewesen sei.

Aus allem ergebe sich eine dreifache Aufgabe: Die Gesundung der öffentlichen Haushalte müsse weitergehen, der Staatsanteil müsse weiter zurückgeführt werden, und die Steuern müßten im Rahmen einer umfassenden Reform weiter gesenkt werden. Ohne gesunde öffentliche Finanzen und ohne strikte Ausgabendisziplin werde man diese Ziele nicht erreichen können. Beides sei aber aus Wettbewerbs- und Beschäftigungsgründen dringend notwendig.

Stürmisch wirbt Fiat um Alfa Romeo

Die Italiener bieten doppelt so viel wie Ford – Entscheidung fällt schon bald

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Um zu verhindern, daß Ford das staatliche Mailänder Automobilunternehmen Alfa Romeo übernimmt, ist Fiat bereit, mehr als doppelt so viel auszugeben wie der US-Konzern. Der am Freitag abend den Muttergesellschaften von Alfa Romeo, der Staatsholding Iri und deren Bereichsholding Finmeccanica übergebene und am Samstag von Fiat-Vorstandschef Cesare Romiti der Presse vorgestellte Sanierungsplan sieht die Gründung einer neuen Gesellschaft vor, in die alle Anlagen von Alfa Romeo und die der Fiat-Marke Lancia eingebracht werden sollen. Am Kapital der neuen Gesellschaft, die beide Marken im Firmennamen führen wird, soll die Automobiltochter des Fiat-Konzerns, Fiat Auto SpA, mit mindestens 51 Prozent beteiligt werden.

Demgegenüber sieht der Ford-Vorschlag eine 20prozentige Beteiligung an Alfa Romeo vor, die erst nach einer Übergangsphase von drei Jahren auf 51 Prozent erweitert werden soll. Während Ford Verluste und Investitionsausgaben nur im Verhältnis dieser Beteiligung übernehmen will, hat sich Fiat dazu bereit erklärt, alles zu tragen. Außerdem zahlt Fiat den Alfa-Romeo-Müttern als Preis für die Einbringung ihrer Tochter den Saldo zwischen Aktiva und Passiva des staatlichen Automobil-Unternehmens. Nach dem letzten Bilanzausweis beträgt dieser Saldo rund 1500 Mrd. Lire. Insgesamt beträgt der Aufwand, den Fiat für dieses Sanierungsprojekt veranschlagt, 8000 Mrd. Lire (11,56 Mrd. DM) in fünf Jahren.

Das neue Unternehmen wird den Worten von Fiat-Vorstandschef Cesare Romiti zufolge weltweit der größte Hersteller von Luxusautos werden. Geplant ist eine Jahresproduktion von 620 000 Fahrzeugen, wovon 320 000 Stück auf Alfa Romeo und 265 000 Stück auf Lancia entfallen sollen; der Rest auf Spezialfahrzeuge.

Für die Alfa-Romeo-Anlagen bedeutet dies gegenüber den jetzigen Stückzahlen eine Verdoppelung der Produktion auf 395 000 Einheiten. Die Expansion beider Marken dient vor allem dem Export. Unter anderem ist beabsichtigt, bis 1990 mindestens 55 000 bis 60 000 Fahrzeuge auf dem US-Markt abzusetzen. Vorbereitungen zum Aufbau eines Vertriebsnetzes auf dem US-Markt sind derzeit im Gange. Bisher unbestätigt ist als möglicher Vertriebspartner der US-Konzern Chrylsler im Gespräch.

Den Fiat-Plänen zufolge soll die Produktion der beiden Marken künftig eng verzahnt werden, ohne jedoch die bisherigen Merkmale, die sportliche Fahrweise der Alfas und den Komfort der eleganten Lancias, aufzugeben. Unter anderem ist vorgesehen, Bauteile gemeinsam zu verwenden. So beabsichtigt Fiat, den von Alfa Romeo entwickelten Sechzylinder-Motor auch in dem Lancia Thema einzubauen. Dagegen bleibt der Vertrieb getrennt.

Die Investitionen für die Modellerneuerung und die Automatisierung und Rationalisierung der Produktion schätzt Fiat auf insgesamt 5000 Mrd. Lire in fünf Jahren. Davon wird über die Hälfte die Erneuerung der Anlagen betreffen.

Da der US-Konzern für seinen Vorschlag bis spätestens 7. November eine bindende Antwort erwartet, rechnet Fiat damit, daß die Entscheidung vorher fallen wird.

Sonopress erobert CD-Geschäft

Bertelsmann-Tochter strebt 20 Prozent des Weltmarktes an

DOMINIK SCHMIDT, Stuttgart

Die Bertelsmann-Tochter Sonopress GmbH, eine der größten Tonträgerproduzenten weltweit, will auch in dem von Erfolgsprognosen begleiteten Compact-Disc-Geschäft eine dominierende Rolle spielen. Anläßlich der Inbetriebnahme einer neuen Produktionsstätte in Gütersloh erklärte Sonopress-Geschäftsführer Uwe Swientek, angestrebt werde, in den nächsten Jahren einen Weltmarkt-Anteil von 20 Prozent zu erreichen. Der Abstand zum Marktführer Polygram (Philips-Gruppe) würde danach zwar noch immer beträchtlich sein; immerhin aber würde eine derartige Absatzsteigerung „Platz 2" der Weltrangliste bedeuten.

Das neue Sonopress-Werk verfügt über eine Jahreskapazität von 25 bis 30 Millionen CD-Platten. Die Investitionen betrugen 36 Mill. DM. Die Zahl der Arbeitsplätze soll von derzeit 200 auf 300 bis 1990 erhöht werden. Bertelsmann, so Swientek, teile die günstige Marktprognose für das CD-Geschäft.

Derzeit seien weltweit etwa 15 Hersteller auf dem Markt, die eine Kapazität von rund 200 Millionen Compact Discs repräsentierten. Bereits 1987 werde sich die Gesamtkapazität auf etwa 460 Millionen, 1988 auf 500 Millionen CDs erhöhen. Dies werde dazu führen, daß die Produktion zunächst schneller steigt als der Absatz. Für Sonopress ergäben sich dadurch aber kaum Probleme, weil das Unternehmen an solche Umstände gewöhnt ist. Denn das Musikgeschäft muß traditionell mit einem gewissen Kapazitätsüberhang leben, um die Nachfrage nach aktuellen Titeln schnell, preiswert und zuverläßig zu bedienen.

Den Schätzungen zufolge werden 1986 in der Bundesrepublik rund 12 Millionen CD-Platten abgesetzt gegenüber knapp 7 Millionen im Vorjahr. Bis 1990 soll der Absatz auf 36 Millionen CDs steigen, bis 1995 auf 60 Millionen. Ohnehin sei die Bundesrepublik ein „Teilmarkt eines Geschäftes, das grenzüberschreitend gesehen werden müsse". Auch Sonopress exportiere knapp die Hälfte der neuen CD-Produktion.

Parallel zu dieser Entwicklung werde der Absatz der Hardware verlaufen. Der Bestand an CD-Players ist in der Bundesrepublik von derzeit 910 000 dürfte 1987 auf 1,4 Millionen, 1990 auf 4,5 Millionen und 1995 auf 9,6 Millionen zunehmen, während der herkömmliche Schallplatten-Spieler an Bedeutung verlieren wird.

Ein Ende der Schallplatte wird es allerdings sobald nicht geben. Erst dann, wenn die „schwarze Scheibe" nicht mehr wirtschaftlich herzustellen ist (im Vergleich zur CD) droht das Aus. Derzeit gehen die Prognosen davon aus, daß die CD-Produktion Mitte der 90er Jahre die der Schallplatte – von der Single bis zur LP – überrunden wird.

Ein entscheidendes Hindernis für eine noch stärkere Expansion des CD-Geschäfts ist das derzeitige Preisniveau. Während die Preise der Abspielgeräte in den beiden letzten Jahren deutlich reduziert wurden – inzwischen werden CD-Playern schon für 400 DM und weniger verkauft – hält sich der Endverbraucher-Preis für CD-Platten mit 35 DM weitgehend stabil. Nach Swienteks Worten liegt der Fabrikabgabe-Preis derzeit bei 7,50 DM. Frühestens in zwei Jahren, wenn die Gesamtkapazität in Europa, Japan und den USA voll ausgebaut sein wird, könne mit niedrigeren Abgabepreisen gerechnet werden. Die Reduzierung des Abgabepreises um eine DM verbillige den Endpreis der CD-Platte um rund fünf DM.

Strohfeuer am Rentenmarkt

Handel erkennt keine Stabilisierung des Kapitalzinses

Der Zinsanstieg am Kapitalmarkt ist in der letzten Woche vorübergehend zum Stillstand gekommen. Zeitweilig ging der Zins unter dem Eindruck der Erholung des amerikanischen Marktes sogar leicht zurück. Aber das war nur ein Strohfeuer, entzündet von spekulativen Dispositionen im Ausland. Anzeichen für eine wirkliche Stabilisierung des Kapitalzinses sind nach Einschätzung des Handels noch nicht in Sicht. Man ist in Expertenkreisen schon froh, daß die leichte Dollarerholung nicht (D-Mark-)Gewinnmitnahmen ausländischer Marktteilnehmer ausgelöst hat. (cd.)

Emissionen	24.10. 86	17.10. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,75	5,55	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,99	5,96	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,70	5,66	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,02	6,02	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,76	5,68	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,36	5,29	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,41	6,35	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,75	5,68	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,52	6,53	6,82	7,20	8,08

PERSONALIEN

Jürgen Bay (52) wurde mit sofortiger Wirkung zum neuen Vorstand der Sütex Textil-Verbund eG, Sindelfingen, berufen.

Dr. **Bernhard M. Huber** (41), zunächst Marketingdirektor und danach Geschäftsführer Vertrieb, übernimmt zum 1. November 1986 die Geschäftsführung der Pizza Hut GmbH in Deutschland.

Ulf-Rüdiger Podlesch hat mit Wirkung vom 1. September 1986 die Leitung Marketing und Werbung des EKU-Gesamtkonzerns übernommen. Elvira Koch wurde die Marketing-Leitung bei EKU in Kulmbach übertragen.

Dr. **Christian Barteit**, seit 1. Juni 1984 Geschäftsführer der Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt, zieht sich aus gesundheitlichen Gründen von seinen Pflichten als Geschäftsführer zurück. Zu seinem Nachfolger wurde **Eike Markau** per 1. Januar 1987 berufen.

Altöl-Entsorgung gesichert

Verband verteidigt das ab 1. November geltende Recht

A. G. Bonn

Die Entsorgung von Altöl ist auch nach der Einbeziehung der einschlägigen Bestimmungen aus dem bisher geltenden Altölgesetz in das neue allgemeine Abfallrecht vom 1. November dieses Jahres an nicht gefährdet. Hierauf wies der Bundesverband Sonderabfallwirtschaft e. V. (BPS) anläßlich der Veröffentlichung anderslautender Presseberichte hin. BPS-Geschäftsführer Rolf Eder führt diese Meldungen auf eine gewisse Unruhe und Unsicherheit bei einer Reihe von Altölbesitzern und -sammlern über die künftige Entsorgungsstruktur und die Kostenentwicklung zurück.

Für Altöle, deren Schadstoffgehalt die festgelegten Richtwerte für PCB (Polychlorierte Biphenyle) und Chlor nicht überschreitet und den Verkaufsmöglichkeiten der aufgearbeiteten Produkte entspricht, bestehe weiterhin ein Abholanspruch. Die Verpflichtung zur kostenlosen Abholung entfalle allerdings von dem genannten Stichtag an. Inwieweit dann der Altölbesitzer zukünftig für die Dienstleistung „Altölentsorgung" bezahlen müsse, hänge von der Qualität und von der Menge des jeweiligen Altöls ab. Altölbesitzer und -sammler hätten es selbst in der Hand, die Entsorgung kostengünstig zu gestalten: Sie sollten möglichst sauberes Altöl erfassen und die Menge der als Sonderabfall teuer zu entsorgenden kontaminierten Altöle (zwischen 2000 und 3000 Mark je Tonne) gering halten. Ein Abbau von Überkapazitäten und eine Konzentration auf größere Einheiten im Sammlerbereich würden unumgänglich.

Jährlich fallen rund 500 000 Tonnen Altöl an, von denen gut 300 000 gesammelt und wiederaufgearbeitet werden.

Bankenskandal in Argentinien

Zentralbank-Dollar für vermeintliche Exportgeschäfte

dpa/VWD, Buenos Aires

Das von geschäftiger Hast geprägte Bankenviertel in Argentiniens Hauptstadt Buenos Aires zeigt seit mehreren Tagen zusätzlich Zeichen der Nervosität. Rund 80 Kontrolleure der Zentralbank sind ausgeschwärmt, um die Bücher verschiedener Geldinstitute genauer unter die Lupe zu nehmen. Vor gut einem Monat war die Privatbank Banco Alas aufgeflogen, die den Staat um 110 Mill. Dollar betrogen haben soll.

Weitere fünf Banken gerieten direkt oder indirekt in den Strudel des bisher größten Bankenskandals in Argentiniens knapp dreijähriger Demokratie. Die Banco Alas hatte sich die Dollar von der Zentralbank für die angebliche Vor- und Zielfinanzierung von Exportgeschäften besorgt. Die 16 ausfuhrfreudigen Firmen, für die die betrügerische Bank vermeintlich die Geldmittel sammelte, waren allerdings nur Schein-Unternehmen. Tatsächlich wurden Exportgeschäfte nur in einem Umfang von gut 300 000 Dollar abgewickelt.

Herren der Chefetage und leitende Angestellte wurden in Untersuchungshaft genommen. Große Summen – in Dollar und anderen Fremdwährungen – wurden in luxuriösen Villen sichergestellt. In der Türverkleidung einer Direktionslimousine entdeckten die Fahnder 130 000 Dollar in bar. Jedoch ist der überwiegende Teil noch nicht gefunden.

Den anderen des Betrugs verdächtigten Banken werden ähnliche Vorwürfe gemacht. Lediglich die Finanzoperationen und die Höhe der Beträge unterscheiden sich. Als vorläufig letzte Bank der rund 680 eigenständig arbeitenden Institute geriet die Bancö del buen Ayre ins Gerede und mit ihr der ehemalige Präsident der Zentralbank, Alfredo Concepcion. Er war vor wenigen Wochen von dem 37jährigen José Luis Machinea abgelöst worden. Acht hohe Funktionäre der Zentralbank müssen vor den Untersuchungsrichter.

Die Bankenaffäre stellt, so meinen Beobachter, die Glaubwürdigkeit und Moral des Finanzsystems in Frage. Der neue Zentralbankchef Machinea bezeichnete den Skandal vor einer Parlamentskommission als „Korruption des argentinischen Finanzsystems". „Schwere Fehler" seien bei der Kontrolle gemacht worden.

Die Dollar-Millionen der Banco Alas und die der anderen Banken sind nach Vermutungen des gut unterrichteten Wochenmagazins „Somos" wahrscheinlich auf dem Parallelmarkt, früher Schwarzmarkt genannt, weit gestreut worden. Denn hier werden Fremdwährungen zu höheren, durch Angebot und Nachfrage ermittelte Kurse ver- und gekauft.

Dem Staat kommt der Skandal nicht ganz ungelegen. Denn nun läßt sich die seit langem geplante Finanzreform eventuell besser durchsetzen, die den Geldmarkt transparenter und kontrollierbarer machen sowie das gebrechliche öffentliche Finanzsystem sanieren soll.

Nahrungsmittel aus Frankreich gefragt

H. L. Paris

Von „schönen Erfolgen auf einem umkämpften Markt" berichtet die Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa) im Zusammenhang mit den Exporten in die Bundesrepublik Deutschland. Bei der Internationalen Nahrungsmittelausstellung SIAL in Paris, die am Wochenende ihre Pforten schloß, wurde insbesondere auf die „herausragende Entwicklung" der französischen Weine hingewiesen. In den ersten sechs Monaten 1986 – für diesen Zeitraum liegen bisher exakte Zahlen vor – sei die Ausfuhr um knapp 30 Prozent auf 2,2 (1,7) Mill. Hektoliter gestiegen, der Wert auf 488 (401) Mill. DM. Im Gesamtjahr, so hofft die Sopexa, wird der Anteil des französischen Weins am gesamten deutschen Weinverbrauch rund 14 Prozent erreichen, nachdem er 1985 bei 13 Prozent gelegen hatte.

Die deutschen Verbraucher haben ferner im ersten Halbjahr knapp 37 000 Tonnen Käse aus Frankreich (im Wert von 332 Mill. DM) gegessen. Dies war nur geringfügig weniger als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Damit habe sich die „unbegründete Warnung" vor infizierten Sorten nicht so kraß ausgewirkt, wird zufrieden festgestellt. Insgesamt lieferten die Franzosen drei Millionen Tonnen Agrarprodukte, Nahrungs- und Genußmittel im Wert von 3,9 Mrd. DM in die Bundesrepublik. Der Anteil an den deutschen Einfuhren in diesem Bereich stieg im ersten Halbjahr auf 13,8 (12,3) Prozent.



Wochenschlußkurse

New York

	24.10.	17.10.
Adv. Micro Dev.	14,375	14,25
Aetna Life	54,625	57,25
Alcan Aluminium	31,75	31,5
Alcoa	36,5	35,5
Allied Signal	40,875	40,875
AMR Corp.	58,75	59
Amax	15	15,375
Am. Cyanamid	76,5	76,625
Am. Express	56,875	58,5
Am. Motors	3,175	3,125
Am. Tel. & Telegr.	23,75	24,125
Amoco Corp.	65,875	66,25
Asarco	14,575	14,875
Atlantic Richfield	55,75	55,625
Avon Products	33,25	33,25
Sally	17,125	17
Bk. of America	13,5	14,125
Bethlehem Steel	6,625	7,375
Black & Decker	16,375	17,625
Boeing	56,125	54,125
Brunswick	31	77,375
Burroughs	74	70
Caterpillar	36,875	37,375
CBS	132	126,875
Celanese	212	288,5
Chase Manhattan	36,75	35,625
Chrysler	37,75	37,125
Citicorp	49,625	48
Clorox	51,25	50,25
Coca-Cola	37,625	38,375
Colgate	38,75	38,5
Commodore	8,25	8,5
Comwth. Edison	32,25	32,125
Comm. Satellite	29,75	29,875
Control Data	25,25	24,875
CPC Int.	76,375	71
Curtiss Wright	53,125	53,25
Deere	24	23,25
Delta Airlines	47,5	47,875
Digital Equipm.	98,625	95,25
Dow Chemical	53,375	53,875
Du Pont	81,375	81,75
Eastern Gas-Fuel	29,125	29
Eastman Kodak	58,5	56,5
Enron	41	44,375
Exxon	66,375	68,25
Firestone	26,625	26,375
Fluor	12,375	13,375
Ford	57,875	56,375
Foster Wheeler	11,625	11,5
Fruehauf	43,5	43,75
GAF Corp.	37,75	35,5
General Dynamics	71,75	73,5
General Electric	76,375	76,75
General Instr.	18,625	19,625
General Motors	69,875	66,75
Gen. T. & E.	58,375	57,5
Global Nat. Res.	4,75	5
Goodrich	42,75	42,75
Goodyear	44	41,375
Grace	53,75	49,75
Halliburton	21,5	21,625
Heinz	41,875	42,375
Hewlett Packard	38,625	37,625
Homestake	26,5	26,875
Honeywell	68,5	69,875
IBM	121,375	122,125
Int. Tel. & Tel.	53,125	52
Int. Paper	69,75	71,125
Jim Walter	42,75	44,875
Litton Industries	75,125	75,375
Lockheed Corp.	44,5	44,875
Loew's Corp.	65,5	65,75
Lone Star	29,25	30
Louisiana Land	27,5	27,75
LTV Corp.	2,125	2
McDermott A	21,875	22,375
McDonnell Doug.	79	79,25
Merck & Co	109	109,25
Merrill Lynch	39,375	38,375
Mesa Petroleum	3,5	3,5
Minnesota M.	108,25	107,5
Mobil Oil	37	37,875
Monsanto	71,25	69,625
Morgan J.P.	81,5	83,5
Nat. Semiconductor	9,75	9,375
Navistar Int. Corp.	6,375	6,875
NCR	46	44,75
Newmont	59,125	60,625
Owens Ill.	41,625	40,125
PanAm World	5,75	5,75
Pfizer	59,75	60,125
Philip Morris	72,375	72
Philips Petroleum	10,125	10,625
Pittston	11,25	11,625
Polaroid	69,25	69,875
Prime Computer	17,625	17,5
Procter & Gamble	73,125	73,75
Revlon	14,25	13,5
Reynolds Ind.	51,125	50,875
Rockwell Int.	41,25	39,75
Rorer Group	42,875	43,375
Salomon	38,75	40,375
Schlumberger	32	32,625
Sears, Roebuck	42,375	42,875
Singer	46,125	50,75
Stand. Oil Calif.	41,625	44,375
Storage Techn.	2,175	2,25
Tandy	36,625	35
Teledyne	310,75	310,125
Telex Corp.	59,75	57,25
Tesoro	9,5	9,75
Texaco	36,25	35
Texas Instrum.	113,25	109,875
Tosco	2,625	2,626
Trans World Corp.	39,375	32,375
Transamerica	35,25	35,625
Travelers	44,25	45,25
Turner Broadcast.	16,25	17,875
UAL	58,25	58
Unocal Corp.	25,25	24,625
Union Carbide	21,875	20,875
Union Oil of Calif.	22,25	23,375
US Gypsum	41,375	37,875
USX Corp.	26	26
United Technologies	41,75	42,25
Walt Disney	45	42,25
Warner Comm.	22,375	23,375
Westinghouse El.	56,25	56,125
Weyerhaeuser	37,25	37,75
Whittaker	30,375	30,125
Woolworth	30,575	43,5
Wrigley	47,125	46
Xerox	54,5	54,875
Zenith Radio	19,75	19,625
Dow Jones Index	1852,26	1857,04
Stand. & Poor's	238,26	238,84

Toronto

	24.10.	17.10.
Abitibi-Price	24,5	25,5
Alcan Alu.	44,125	43,75
Bk. of Montreal	33,625	34,5
Bk. of Nova Scotia	16,25	16,375
Bell Cda Enterprises	36,625	36,625
Bluesky Oil	2,8	2,85
Bow Valley Ind.	11,25	11,375
Brenda Mines	9,575	–
Brunswick M & Sm.	13	13,5
Cdn. Imperial Bk.	18,875	19,375
Cdn. Pacific Ltd.	15,126	15,875
Cominco	13,125	15,375
Coseka Res.	0,85	0,85
Denison Mines	5,5	5,875
Dome Petroleum	1,17	1,15
Domtar	31,625	32,875
Falconbridge Ltd.	17,75	18,125
Great Lakes Forest	29,5	28,5
Gulf Canada	15,875	14,125
Gulfstream Res.	0,46	0,45
Hiram Walker Res.	36,375	36,625
Hudson Bay Mng. Sp.	6,5	6,5
Husky Oil	9	9,25
Imperial Oil -A-	44,875	45,25
Inco	17,5	18,125
Inter City Gas Ltd.	15	15,125
Interprov. Pipeline	39,25	40,75
Kerr Addison	16,125	16,575
Lac Minerals	24,25	24,75
Moore Corp.	29,5	28,75
Noranda Mines	19,625	19,75
Norcen Energy Res.	13,875	14,25
Northgate Expl.	6,5	6,625
Northern Telecom.	42,25	40,125
Nova An Alberta 'A'	5,75	6,125
Nu West Group	0,57	0,33
Oakwood Petrol	2,5	2,5
Placer Development	30,25	29,625
Provigo Inc.	17,875	17,75
Ranger Oil	5,5	6,125
Revenue Properties	3,1	3,1
Rio Algom	21	22,26
Royal Bk. of Can.	33,5	34,5
Seagram	84,575	84,375
Shell Canada	22,5	22,5
Sherritt Gordon	6	6,375
Stelco -A-	22,5	23,25
TransCdn. PipeLines	15,75	17
Varity Corp.	2,72	2,78
Westcoast Transm.	13,75	13,625
Index TSE 300	3007,10	3040,80

Tokio

	25.10.	17.10.
Alps	2140	1960
Bank of Tokyo	840	870
Banyu Pharma	880	902
Bridgestone Tire	640	650
Canon	1140	1050
Daikin Kogyo	649	634
Daiwa House	1310	1520
Daiwa Sec.	1580	1650
Eisai	1550	1550
Fuji Bank	1640	1680
Fuji Photo	3310	3180
Fuji Radio	2580	2590
Hitachi	990	1040
Honda	1320	1260
Ikegai Iron	276	280
Isetan	1030	1050
Ito Yokado	3600	4000
Japan Air	9100	9280
Japan Met.	299	310
Japan Syn. Rubber	543	545
Jujo Paper	357	380
Kajima	990	1100
Kansai Elec.P.	3000	3380
Kao Soap	1450	1470
Kawasaki H	163	176
Kawasaki S	163	190
Kirin Brewery	1300	1330
Komatsu	471	468
Kubota Iron	360	364
Kyocera	4560	4050
Makita El.	1180	1170
Marui	2530	2490
Matsushita El. Ind.	1850	1690
Matsushita El. Wks.	1420	1490
Minolta Camera	773	685
Mitsubishi Corp.	900	1090
Mitsubishi El.	410	437
Mitsubishi Estate	1920	2200
Mitsubishi Heavy I.	486	472
Mitsui Co. Ltd	495	555
Mitsukoshi	1040	1090
Mitsumi El	1310	1280
Nihon Cement	515	590
Nikko Sec.	1290	1430
Nippon Kokan	188	239
Nippon Oil	1090	1180
Nippon St.	158	181
Nippon Yusen	377	412
Nissan Motor	565	545
Nomura Sec.	2460	2830
Olympus	1120	1020
Penta-Ocean	622	641
Pioneer	2250	2200
Renown	790	770
Ricoh	970	915
Sankyo	1140	1170
Seiyu Stores	1040	1040
Sekisui Pref.	1340	1440
Sharp	1050	945
Shiseido	1720	1850
Sony	3700	3150
Sumitomo Bank	1710	1920
Taisei Corp.	700	794
Taisho Marine	715	835
Takeda Chem.	1960	1960
Teijin	620	703
Tokyo Elec.	1250	1190
Tokyo Gas	797	1000
Tokio Marine	1320	1540
Tokyo El. Power	6350	7600
Toray Ind.	559	590
Toshiba Elec.	570	658
Toto	1760	1750
Toyo Kogyo	385	366
Toyota Motor	1940	1920
Yamaichi	1240	1400
Yamanouchi	2990	3050
Yamaha	640	605
Yamazaki	1450	1340
Index	1343,64	1405,34

Neues, besseres Leben?

Die Diskussion um die neuen Tarife in der Lebensversicherung, deren einzelne ab 1. Januar 1987 in Kraft tretende Elemente auf der folgenden Seite dieses WELT-Reports noch einmal dokumentiert werden, ist von Anfang an ziemlich müßig gewesen. Über Jahre wurde an dem „Reformwerk“ herumgebastelt, das schließlich allenfalls zu einem „Reförmchen“ wurde, und dies auch nur für die „Erben zu früh verstorbener Versicherter“ und für die vorzeitigen Aussteiger aus laufenden Verträgen.

Vom Ergebnis, vom Preis-Leistungs-Verhältnis her, ändert sich kaum etwas; vielfach wird der neue Kunde zwar weniger Prämie zahlen, dafür bekommt er später oft weniger heraus als nach dem alten Tarifmuster. Wer bis zum Jahresende noch eine neue Kapital- oder Risiko-Lebensversicherung abschließen will, dem kann ruhigen Gewissens nicht einmal die (durchaus mögliche) Umstellung auf die neuen Tarife empfohlen werden. Wer nicht umstellt, kommt auf jeden Fall in den Genuß von Sonderausschüttungen von Überschüssen, die zwar vom Bundesaufsichtsamt gefordert, aber mit dem neuen Tarifwerk nur indirekt zu tun haben.

Bei soviel „linke Tasche, rechte Tasche“, das an Steuerpolitiker in Vorwahlzeiten erinnert, fragt man sich nach den Urhebern solchen angeblich verbraucherfreundlichen Eifers. Eines ist klar: Die Lebensversicherer haben sie nicht gewollt, oder jedenfalls nicht so. Der Druck auf die Versicherer kam von außen, von eifernden Verbraucherschützern, die natürlich nie einsehen werden, welches Kuckucksei sie künftigen Versicherten-Generationen in die Policen gelegt haben.

In diesen Chor stimmten dann kaum durchblickende „Verbraucher-schützende“ Politiker ein, die, zudem einseitig informiert, nur immer „geringere Beiträge“ hörten. Obwohl aus weniger Einzahlungen nie mehr ausgezahlt werden kann. Das müßten sie eigentlich schon aus der gesetzlichen Rentenversicherung und ihrer zunehmend prekären Situation kennen.

Und schließlich der „Dritte im Bunde“: das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV). Ehrlicherweise muß man sagen, daß es mehr unter subtilem politischen Anstoß denn aus eigener höherer Einsicht gehandelt hat. Die hätte solche Kinkerlitzchen nicht zugelassen. Der Hinweis, das BAV wollte sich damit beim Bundeskartellamt, mit dem es in einem Dauerclinch liegt, einschmeicheln, ist vielleicht zu vordergründig.

Aber wenn sich die Aufsichtsbehörde – durchaus berechtigt – schon als oberste Verbraucherschutz-Behörde sieht, hätte sie wenigstens dem Aspekt mehr Beachtung schenken müssen, daß vertragstreue Kunden nicht für ihre vorzeitig kündigenden Mitversicherten mitbezahlen. Dies ist allzu ärgerlich, dies hätte nicht durchgehen dürfen.

In einer Zeit, in der sich – langsam, aber sicher – bis auf die Steuerexperten – auch bei Politikern die Erkenntnis durchsetzt, daß aus der demographischen Entwicklung heraus die Altersversorgung immer stärker auf die zusätzliche private Absicherung angewiesen ist, sollten sich solche Spielchen mit Tarifen von selbst verbieten. Sie sollte keine Spielwiese für mißverstandenen Verbraucherschutz oder ideologische Bubenstreiche sein.

Dieses „neue Leben“ bietet kein „besseres Leben“. Leider.

HARALD POSNY

Privates Vorsorgedenken fordert steuerliche Anreize

Vorschläge des Verbands der Lebensversicherer zur Stärkung der Eigenverantwortung

Von HUBERT PESTENHOFER

Für die nächste Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hat der Bundesfinanzminister Stoltenberg eine umfassende Steuerreform angekündigt, die in erster Linie Verbesserungen beim Tarif der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer bringen soll. Diese Reform soll den Steuerzahler um brutto insgesamt 40 bis 50 Milliarden Mark entlasten.

Das Hauptgewicht soll auf der Einführung eines sanft ansteigenden linear-progressiven Tarifs liegen, der vor allem für die mittleren Einkommensgruppen spürbare Erleichterung bedeutet. Ziel der Reform soll es sein, Leistung und Aufstieg zu belohnen und die allgemeine freie Verfügbarkeit über die Einkommen zu erhöhen. Die Lebensversicherer begrüßen diese Zielrichtung.

Daneben sollte der Gesetzgeber jedoch die steuerliche Entlastung der zwangsläufigen Aufwendungen für eine bedarfsgerechte notwendige Alters- und Hinterbliebenenvorsorge nicht aus dem Auge verlieren. Zu denken ist in diesem Zusammenhang an die Verbesserung des Sonderausgabenabzugs für Beiträge zur Altersvorsorge und zur Hinterbliebenenvorsorge sowie des Umfangs der pauschalbesteuerungsfähigen Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung.

Die private langfristige Alters- und Hinterbliebenenvorsorge durch Lebensversicherung wird traditionell und zu recht steuerlich besonders behandelt. Vorsorgeaufwendungen mindern die steuerliche Leistungsfähigkeit und werden daher bereits bei der Lohn- und Einkommensteuer berücksichtigt. Die hierfür zur Verfügung stehenden Sonderausgaben-Höchstbeträge sind jedoch seit dem Jahr 1982 nicht mehr angehoben, sondern durch die Streichung der sogenannten Kinderadditive für Familien mit Kindern – die erfahrungsgemäß einen erhöhten Vorsorgebedarf haben –, ab 1. Januar dieses Jahres sogar gekürzt worden. Sie reichen häufig nicht einmal dafür aus, um die Beiträge zu den gesetzlichen Versicherungen vollständig steuerlich zu berücksichtigen.

Darüber hinaus sollte dringend die Behandlung der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen und der Gewerbetreibenden verbessert und damit der Regelung für Arbeitnehmer angenähert werden.

Neben diesen mehr an der Steuergerechtigkeit orientierten Gründen spricht auch die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur für eine Erhöhung der Sonderausgaben-Höchstbeträge. Die sich aus der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung für die gesetzliche Rentenversicherung ergebenden Belastungen legen es nahe, hier zusätzliche Anreize zu schaffen. Die erhöhte steuerliche Berücksichtigung privaten Vorsorgeaufwands würde das Streben nach freiwilliger eigenverantwortlicher Vorsorge stärken.



Hubert Pestenhofer ist Vorsitzender des Verbands der Lebensversicherungs-Unternehmen, Bonn FOTO: FRED MEINEN

Angesichts der hohen Steuerausfälle durch die Steuerreform bietet es sich an, eine Lösung zu wählen, die den Sonderausgaben-Höchstbetrag anhebt, jedoch die damit verbundenen Steuermindereinnahmen begrenzt. Eine solche Möglichkeit wäre zum Beispiel: die Vorsorgehöchstbeträge für den hälftigen Abzug in Paragraph 10 Einkommensteuergesetz erheblich anzuheben oder die derzeit geltenden Höchstbeträge insgesamt zu erhöhen, dafür die aufgewendeten Beiträge nur zur Hälfte absetzen zu lassen.

Die Einführung einer betrieblichen Altersversorgung wird von vielen Unternehmen kritisch gesehen. Das gilt nicht für die Direktversicherung. Sie wird offenbar für bestimmte Unternehmensgrößen als besonders geeignete Form der betrieblichen Altersversorgung empfunden. Der für die Lohnsteuerpauschalierung der Direktversicherungsbeiträge nach Paragraph 40 b Einkommensteuergesetz zur Verfügung stehende Höchstbetrag ist seit 1975 unverändert geblieben.

Um die Ergänzungsfunktion der betrieblichen Altersversorgung zur gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken und damit das Versorgungsniveau der Arbeitnehmer insgesamt zu verbessern, sollten die Pauschalierungsgrenzen in Paragraph 40 b an die Entwicklung der Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung angepaßt werden.

Betriebsrente als Zubrot zum gesetzlichen Anspruch

Finanzierungsform für mittelständische Unternehmen

Von G. P. HOFMANN

Die Notwendigkeit einer ausreichenden Altersversorgung wird im Bewußtsein der Bundesbürger immer größer. Zwar gilt noch immer die gesetzliche Rentenversicherung als Grundstock jeglicher Versorgung, die Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung und die private Vorsorge nehmen aber in der allgemeinen Betrachtung einen immer bedeutenderen Stellenwert ein.

Man sollte sich nicht täuschen lassen: Das System der gesetzlichen Rentenversicherung in der gegenwärtigen Form ist seit langem reformbedürftig. Die in den letzten Jahren veränderten Arbeitsmethoden zwingen zum radikalen Umdenken. Einer Überalterung der Bevölkerungsstruktur bei sinkenden Bevölkerungszahlen stehen High-Tech-Entwicklungen gegenüber.

Auch wenn jetzt nach den Worten von Minister Blüm der staatliche Zuschuß an die Rentenkasse institutionalisiert werden sollte, dürfen wir uns nicht dem Gedanken verschließen, daß der Staat gezwungen sein könnte, stärker als bisher auch die betriebliche Altersversorgung in seine Überlegungen einzubeziehen und diese möglicherweise auszuformen als flexible, individuell zugeschnittene Ergänzung einer im Umfang reduzierten, vielleicht einheitlichen, staatlichen Rente.

Man braucht nur zu überlegen, welche Bedeutung die betriebliche Altersversorgung in den ökonomischen Betrachtungen der Beschäftigten erreicht hat, welche Verbreitung die unterschiedlichen Formen der Versorgung bereits genommen haben, und schon liegt der Gedanke nahe, der Staat könnte den letzten Schritt vollziehen und eine betriebliche Altersversorgung qua Gesetz verbindlich einführen und den Mindestrahmen dafür abstecken.

Auch wenn die möglichen gesellschaftlichen Entwicklungen nur als langfristige Veränderungen der staatlichen Politik gesehen werden können, so ist es aber belegte Realität, daß der Ausbau der eigenen Versorgung und der betrieblichen Versorgungsleistungen sehr rasche Züge angenommen hat. Die Versorgungsleistungen erfolgen nicht nur in der traditionellen Finanzierung über Pensionsrückstellungen und Finanzierungskassen, sondern auch in zunehmendem Maße durch Direktversicherungen. Diese Finanzierungsform bietet sich für kleinere und mittelständische Unternehmen an.

Die zunehmende soziale und ökonomische Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung hat den Gesetzgeber beizeiten zur Verabschiedung von entsprechenden Bestimmungen veranlaßt (Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974), hierdurch wurde der bisher nur durch Rechtsprechung geordnete Freiraum ausgefüllt. Die Einführung des Betriebsrentengesetzes wiederum machte die Überprüfung und Änderung einer Reihe von steuerrechtlichen Bestimmungen notwendig.

Die Verbreitung der betrieblichen Versorgungsformen greift jedoch auch tief in unser soziales Leben ein, zum Beispiel durch die Regelung der Folgen einer geschiedenen Ehegemeinschaft. Die Fragen, die sich daraus ergeben, ausgelöst durch das Vorhandensein von Versorgungszusagen und -anwartschaften, beschäftigen die höchsten juristischen Instanzen und haben zuweilen verfassungsrechtlich relevante Aspekte.

Der Autor ist Mitinhaber des Maklerhauses A. Atermann, Bremen.

BÜCHER

Franz Tondorf und Georg Horn: Lebensversicherung von A bis Z. 9. Aufl., Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe, 1985, kart., 264 S., 19,50 Mark.

Schon im Untertitel stellt das bewährte „Kleine Lexikon für den Innen- und Außendienst“ sein Licht unter den Scheffel. Einmal ist es umfänglicher als man annehmen möchte, zum anderen kann es über die angepeilte Zielgruppe hinaus weitaus mehr Interessenten erreichen. An ein Lexikon im Taschenformat erinnert allenfalls die Kürze der Beiträge, die jedoch stets ohne unerlaubte Vereinfachung die gewünschten Erklärungen treffend – und mit den nötigen Querverweisen – geben. Neuerungen wie die neuen Anlage- und Rechnungslegungsvorschriften sowie die Direktgutschrift der Überschußanteile sind zwar enthalten, für die „letzte Aktualität“ kam die Neuauflage „zu früh“. „Der Tondorf/Horn“ ist empfehlenswert für Schule, Universität und berufliche Praxis gleichermaßen.

Py.

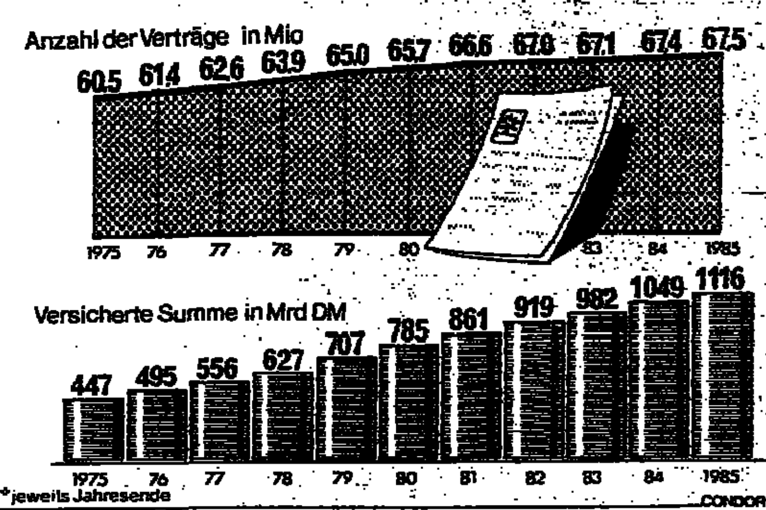
URTEILE

Die Verjährung eines Schadenersatzspruchs läuft nicht weiter, wenn sich die Versicherung eines Schuldigen mit dem Geschädigten geeinigt hat, die endgültige Höhe des Schadens abzuwarten. Um die Verjährung wieder in Gang zu setzen, müssen die Verhandlungen mit der Versicherung wieder aufgenommen werden (BGH; Az. VI ZR 203/84 vom 7. 1. 1986).

Wenn Kinder auf ihren Rädern einem Autofahrer rechts neben der Fahrbahn entgegenkommen, muß er sie ständig im Auge behalten, bremsbereit sein und seine Geschwindigkeit eventuell drosseln. Anderenfalls müssen er und seine Versicherung für den Schaden eintreten (BGH; Az. VI ZR 22/84 vom 2. 7. 1985).

Wer seinen Wagen stoppt, um Kinder mit einer Handbewegung über die Straße zu winken, übernimmt damit die Verantwortung dafür, daß die Kinder gefahrlos die ganze Straße überqueren können. Bei einem Unfall muß seine Haftpflichtversicherung zahlen (OLG Düsseldorf; Az. AZ 1 U 109/84 vom 12. 11. 84). (AV)

NACHRICHTEN



Immer mehr Bürger in der Bundesrepublik Deutschland sorgen zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung privat durch eine Lebensversicherung für ihr Alter vor. Ende des Jahres 1985 betreuten die deutschen Lebensversicherungen bereits 67,5 Millionen Verträge, sieben Millionen mehr als zehn Jahre zuvor (1975). Noch stärker stieg dabei im gleichen Zeitraum die versicherte Summe; sie hat sich von 447 Milliarden Mark auf 1116 Milliarden Mark mehr als verdoppelt. GRAFIK: CONDOR

Abgemeldeter Wagen bleibt versichert

Bonn (Py.) – Wer im Herbst sein Auto oder Motorrad abmeldet, sollte darauf achten, daß das Fahrzeug der Versicherung als „untergestellt“ gemeldet wird. Dann bleibt es noch bis zu einem Jahr auch ohne weitere Prämienzahlung im Vertrag. Nach Angaben des Bundesverbands Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) zahlt im Brand- oder Diebstahlfall die Versicherung, wenn das Fahrzeug in einer Garage auf einen späteren Verkauf oder eine Zulassung als Zweitfahrzeug wartet. Eine Laternengarage genügt nicht. Der BVK empfiehlt, sich die kostenlose Weiterversicherung des abgemeldeten Fahrzeugs bestätigen zu lassen.

Alarmanlagen-Rabatt

Düsseldorf (WR) – Prämienrabatt für Alarmanlagen in der Auto-Kaskoversicherung bietet als erster deutscher Versicherer die Provinzial Versicherung Kiel regional für Schleswig-Holstein und Hamburg an. Der Nachlaß liegt zwischen 5 und 20 Prozent, wenn eine elektrische Alarmanlage durch den Hersteller oder eine Fachwerkstatt eingebaut wurde.

Angebot abgerundet

München (Py.) – Zur Abrundung des eigenen Angebots hat die D. A. S. Deutsche Automobil Schutz Versicherungs-AG, München, die als D. A. S.-Rechtsschutz-Tochter bislang nur als Verkehrs-Service Versicherung betrieb, das Kraftfahrtgeschäft aufgenommen. Es wurde bisher an die Konzernmutter Victoria Feuer vermittelt.

Partner-Police

Düsseldorf (Py.) – In der Lebensversicherung ist die beiderseitige Absicherung der Ehepartner in einem Vertrag möglich und preisgünstiger als eine gesonderte Risikoversicherung für die Ehefrau. Bei der Bayern-Versicherung zahlt ein 30jähriger für eine Vertragssumme von 40 000 Mark mit 25jähriger Laufzeit monatlich 118,40 Mark. Eine Partnerversicherung zusammen mit seiner gleichaltrigen Ehefrau kostet 126 Mark monatlich. Allein müßte die Ehefrau 29,90 Mark bezahlen. Die Versicherungssumme wird an den jeweils überlebenden Ehepartner oder bei Vertragsablauf ausgezahlt.

Geschäft untersagt

Berlin (Py.) – Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) hat zwei Niederlassungen der Schweizer St. Christopherus Versicherungsgesellschaft AG den Vertrieb ihrer Führerscheinentzugsversicherung in der Bundesrepublik untersagt. Ihnen fehlte nicht nur die notwendige BAV-Genehmigung, die Bedingungen werden auch als unvereinbar mit der öffentlichen Ordnung angesehen. Die Leistung der Versicherung: Ersatz von Fahrtkosten im Fall von Führerscheinentzug auch wegen Trunkenheit am Steuer.

Mehr Ausbildungsplätze

Düsseldorf (Py.) – Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse für den Versicherungskaufmann wurde 1985 abermals gesteigert, und zwar um 592 (5,2 Prozent) auf 12 063. Dank der Bemühungen des Berufsbildungswerks und der Versicherungsspitzenverbände wurde die Zahl der Ausbildungsplätze seit 1970 um über 70 Prozent gesteigert.

Neue DKV-Broschüre

Köln (Py.) – Unter dem Titel „Aktiv leben – gesund leben“ hat die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV), Köln, jetzt den vierten Band ihrer Schriftenreihe „Vorbeugen ist besser als heilen“ herausgegeben. Die Broschüre (180 Seiten, Plastikspiralheftung mit Sachregister) bietet bewußt keines der üblichen Fitness-Programme an, sondern gibt Hilfestellung zur Entwicklung eines individuellen Gesundheitsprogramms. Autor: Paul van der Schoot, Professor an der Sporthochschule Köln.

Risikobewußtsein verstärkt

Haushalte planen mehr Versicherungsschutz

Wieder mehr Haushalte tragen sich mit dem Gedanken, neue Versicherungsverträge abzuschließen oder den bereits bestehenden Versicherungsschutz zu erweitern. Das hat eine Marktstudie ergeben, die vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) beim Institut für Demoskopie Allensbach in Auftrag gegeben worden war.

Dieser Studie zufolge erklärten (hochgerechnet) 2,3 Millionen Erwachsene, sie oder ein anderes Haushaltsmitglied beabsichtigten, eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen oder den bestehenden Haftpflichtversicherungsschutz zu verbessern.

1984 sagten dies rund 1,76 Millionen. Eine Unfallversicherung abschließen oder ausbauen wollen in nächster Zeit 1,61 (1,32) Millionen Menschen, eine private Krankenversicherung 1,45 (1,03) und eine Rechtsschutzversicherung unverändert 1,94 Millionen Bürger. Rund 2,71 Millionen berichten von ihrem Plan, in den nächsten ein, zwei Jahren eine (weitere) Lebensversicherung zu erwerben.

Zwar schränkt der GDV dieses Ergebnis mit dem Hinweis ein, daß sicher nicht alle Pläne verwirklicht würden, doch signalisiere der Zeitvergleich ein wachsendes Interesse, sich gegen die verschiedenen Risiken finanziell abzusichern. (WR)

NEUE TARIFE

Kalkulierbare Sicherheit

Unter dem Kürzel „Pax 12“ bietet die Schweizerische Pax Lebensversicherung, Direktion für Deutschland in München, ein Konzept, nach dem in jungen Jahren mit guten Arbeitseinkommen in relativ kurzer Zeit eine gesicherte Versorgung für das Alter aufgebaut wird. Nach nur zwölf Jahren mit Monatsbeiträgen von 419 Mark (zusammen 57 480 Mark) wird aus der Abschlußsumme von 100 000 Mark für einen 30jährigen einschließlich 209 408 Mark voraussichtlicher (aber nicht garantierter) Überschußbeteiligung eine Ablaufleistung für den 65jährigen von 309 480 Mark.

Gegen Unterversicherung

Der Concordia Versicherungs-Gesellschaft aG, Hannover, ist jetzt die Aufnahme einer Unterversicherungsverzichts-Klausel zur Gebäudeversicherung genehmigt worden. Danach wird es keinen Abzug wegen Unterversicherung im Schadenfall geben, wenn die Versicherungssumme nach den Wertermittlungs-Richtlinien des Versicherers errechnet wurde. Bisher hatten Fehleinschätzungen Folgen.

Conti-Kombi-Angebot

Die Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund/München, hat ein Kombi-Angebot auf den Markt gebracht, das eine Unfallversicherung plus Krankenhaus-Tagegeld umfaßt. Für jeden Tag eines stationären Krankenhausaufenthalts können bis zu 100 Mark abgeschlossen werden.

Partner mitversichert

Bei der Volksfürsorge Rechtsschutzversicherung AG, Hamburg, gilt der Einzelvertrag im Familienrechtsschutz jetzt auch für unverheiratete Lebenspartner, wenn der in häuslicher Gemeinschaft mit dem Versicherungsnehmer wohnt und dessen minderjährige Kinder sowie dessen unverheiratete volljährige Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, wenn sich letztere zumindest überwiegend in Schul- oder Berufsausbildung befinden.

Pflegerente: Leistung in jedem Fall

Die Pflegerentenversicherung (PRV) der Lebensversicherung hat drei Leistungskomponenten. Von dem vereinbarten Alter an (80 oder 85 Jahre) wird eine lebenslängliche Altersrente gezahlt. Tritt der Pflegefall vor diesem Alter ein, so wird die Pflegerente während der Pflegebedürftigkeit bis zum Beginn der Altersrente gezahlt und wird dann durch die Altersrente abgelöst.

Stirbt der Versicherte, so wird die vereinbarte Todesfalleistung (24 oder 36 Monatsrenten) abzüglich der bereits geleisteten Rentenzahlungen erbracht. Bei der PRV sind laufende Beiträge nicht zu entrichten, so lange eine Rente gezahlt wird. Statt laufender Beiträge kann auch ein Einmalbeitrag bei Beginn der PRV entrichtet werden. Sie ist rückkaufsfähig und gewinnberechtigt.

Da es sich um ein völlig neues Risiko handelt, ist in den Versicherungsbedingungen eine Bestimmung vorgesehen, nach der mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Beiträge erhöht werden können, wenn eine verlustbringende Zunahme eingetreten ist und die Beitragserhöhung zur Sicherung der dauerhaften Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge erforderlich ist.

Eine derartige Beitragsanpassungsklausel gibt es in der Lebensversicherung auch bei der selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung. Bei laufenden Pflege- oder Altersrenten kommt diese Beitragsanpassungsklausel nicht zum Zuge, da der Versicherte keine Beiträge zu zahlen hat. Die versicherte Rente erhöht sich während ihrer Zahlung durch die Gewinnbeteiligung.

Im Pflegefall wird die Rente je nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit in drei unterschiedlich hohen Pflegestufen gezahlt. Der Rentenanspruch entsteht mit dem Ablauf des sechsten vollen Kalendermonats nach dem Eintritt des Pflegefalls, sofern seitdem Pflegebedürftigkeit mindestens im Umfang der niedrigsten Pflegestufe bestanden hat. Der Begriff der Pflegebedürftigkeit lehnt sich an Paragraph 69 des Bundessozialhilfegesetzes an.

Die Pflegerentenversicherung dürfte vor allem von älteren Menschen abgeschlossen werden, denn das Risiko der Pflegebedürftigkeit nimmt stark mit dem Alter zu, der Bedarf für eine entsprechende Versicherung wird damit immer stärker bewußt. Außerdem stehen in diesem Alter auch oft Versicherungssumme und Überschußbeteiligung aus einer ablaufenden Lebensversicherung zur Verfügung.

Würde man diese Ablaufleistung auf einem Sparbuch zinsbringend anlegen, so erhielte man Zinsen in schwankender Höhe, die zur Deckung der zusätzlichen Ausgaben oft nicht ausreichen dürften.

Verwendet man die Ablaufleistung als Einmalbetrag für eine Pflegerentenversicherung, so verzichtet man zwar zunächst auf diese zusätzlichen Einkünfte, erhält dafür aber im Bedarfsfall eine wesentlich höhere, lebenslänglich laufende Pflege- und Altersrente, die sich außerdem noch jährlich durch die Überschußbeteiligung erhöht. PETER KAKIES

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Hamburg-Mannheimer Versicherung AG, Hamburg.

Das bringen die neuen Lebensversicherungstarife

Veränderte Leistungsstruktur bei Tod und Vertragsablauf

Wichtig ist bei der Betrachtung der Neuerungen folgendes: Jemand, der in der Vergangenheit seine Versicherung abgeschlossen hat, erhält heute nicht mehr die im vorangegangenen Beispiel der „veränderten Leistungsstruktur" dargestellte Gewinnbeteiligung, sondern im Regelfall einen niedrigeren Betrag.

Hans Jäger, Vorstandsmitglied der Colonia Lebensversicherung AG, erläutert: „Dieser Betrag ist deshalb niedriger, weil das Gewinnkonto dieses Kunden innerhalb der vergangenen Jahre nach den jeweiligen Gewinndeklarationen der Versicherer angewachsen ist, und diese Gewinndeklarationen natürlich in früheren Jahren im Regelfall niedriger waren als sie heute sind. Im Extremfall könnte also das Gewinnguthaben jedes Jahr gemäß einer neuen Deklaration angewachsen sein."

Anhand der relativ hohen Rückstellung für Beitragsrückerstattung aller Gesellschaften kann geschlossen werden, daß die Gesellschaften in den vergangenen Jahren nicht alle Gewinnanteile zur Verfügung gestellt haben, die sie hätten zur Verfügung stellen können. Nun verlangt das Bundesaufsichtsamt, daß ein Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, der letztlich von den Versicherungsverträgen erwirtschaftet wurde, die in früheren Jahren abgeschlossen wurden, diesen auch zugute kommt.

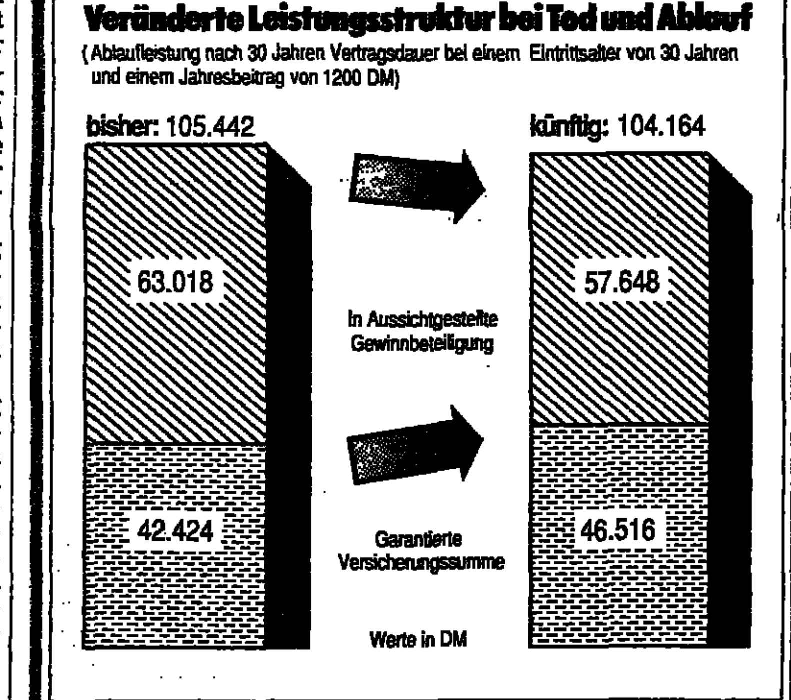
Dies kann zum Beispiel in Form von Sonderausschüttungen erfolgen. „Diese Sonderausschüttung", so Jäger, „wird dann dem Gewinnkonto des jeweiligen Versicherungsnehmers gutgeschrieben und erhöht dementsprechend seine Ablaufleistungen, ohne daß dadurch schon erreicht wird, daß auch alte Versicherungsnehmer insgesamt auf dieselbe Ablaufleistung kommen, wie sie heute bei den meisten Gesellschaften deklariert wird". In der Grafik (unten) kommt bei gleichem Beitrag zwangsläufig bei den neuen Tarifen eine höhere garantierte Versicherungssumme heraus als bei den alten Tarifen.

Da die garantierte Leistung bei neuen Tarifen höher ist als bei alten Tarifen, stehen natürlich weniger Mittel für die Gewinnbeteiligung zur Verfügung. Schließlich hat sich die wirtschaftliche Entwicklung des Versicherers nicht geändert.

„Demzufolge muß die gesamte Ablaufleistung zwischen alten und neuen Tarifen in etwa gleich hoch sein", resummiert Hans Jäger, Vorstandsmitglied der Colonia Lebensversicherung. „Rein theoretisch muß sie sogar bei den neuen Tarifen etwas niedriger ausfallen, da ja letzlich die höhere garantierte Leistung und auch die höheren Rückkaufswerte in den ersten Jahren irgendwie bezahlt werden müssen. Praktisch wird es jedoch so sein – da die versicherungsmathematische Äquivalenz nicht in allen Varianten genau hergestellt werden kann –, daß die Gesamtablaufleistung bei neuen Tarifen in einigen Fällen etwas über denen der alten liegt und in einigen Fällen etwas unter denen der alten liegt. Im Prinzip kann man sagen: Die Ablaufleistung bei neuen Tarifen ist tendenziell etwas niedriger als bei alten Tarifen".

Einen unmittelbaren Nutzen von den neuen Tarifen habe also die Kunden, die die Ablaufleistung während der Laufzeit beanspruchen (Todesfall oder Rückkauf), wenn zu diesem Zeitpunkt die Gewinnbeteiliguing noch nicht so stark entwickelt ist, daß die höhere garantierte Ablaufleistung hierdurch ausgeglichen ist. Jäger: „Speziell im frühen Todesfall erhält der begünstigte nach neuem Tarif eine höhere Leistung als nach dem alten Tarif".

Da Männer und Frauen nach den neuen Tarifen wegen der unterschiedlichen Lebenserwartung einer unterschiedlichen Prämienkalkulation unterliegen, ist die Gesamtleistung tendenziell bei Frauen größer als bei Männern. Nun wird bei den Verträgen nach altem Tarif bei zukünftigen Gewinnzuteilungen ebenfalls ein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht. Py.



Die neuen Lebensversicherungs-Tarife, die vom 1. Januar 1987 an gelten, bringen für Neuabschlüsse diese Veränderungen:

- niedrigere Beiträge bei gleicher Versicherungssumme (Grafik unten rechts),
- höhere garantierte Leistungen und reduzierte Gewinnbeteiligung (Grafik unten links) sowie
- verbesserte Rückkaufswerte während der ersten Versicherungsjahre.

Die aktuelle Sterbetafel hilft sparen

Die bisher praktizierte Beitragskalkulation der Lebensversicherung stützt sich nach wie vor auf Todesfallstatistiken (Sterbetafeln), die noch aus den Jahren 1960/62 stammen. Tatsächlich hat aber seitdem die Lebenserwartung bei Männern wie bei Frauen, mehr noch bei Frauen, nicht unerheblich zugenommen.

So sammeln sich bei Lebensversicherern mehr oder weniger satte Überschüsse an, die jeweils zum Jahresende als sogenannte Sterblichkeitsgewinne ausgewiesen werden. Die Scheu mancher Gesellschaften, die „Sterblichkeitsgewinne" in voller Höhe an ihre Kunden weiterzugeben, war wiederholt Gegenstand kritischer öffentlicher Erörterungen.

Langsam reifte die Entscheidung, mit Durchsetzung des neuen Tarifwerks auch die überholte Sterblichkeitsstatistik zu entmotten. Ab 1987 gelten neue Sterbetafeln. Sie basieren auf den Todesfällen der Jahre 1982 bis 1984. Sie bestätigen, daß die Lebenserwartung der deutschen Bundesbürger beiderlei Geschlechts im Verlauf der letzten 20 Jahre deutlich zugenommen hat. Insbesondere ergibt sich aus den neuen Daten, daß sich der Sterblichkeitsunterschied zwischen Männern und Frauen erheblich vergrößerte. Es stellte sich heraus, daß die Frauen heute durchschnittlich sechs Jahre länger als die Männer leben.

Die Konsequenz daraus ist eine entsprechende Senkung der Beiträge. Diese Reduzierung wird an den künftigen Prämien weiblicher Versicherungsnehmer besonders deutlich abzulesen sein. Sie fällt, hiervon abgesehen, von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich aus. Jede kalkuliert für sich; der Lebensverband beschränkt sich auf Empfehlungen, die mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt wurden.

Nach vorherrschender Meinung werden sich die Lebensversicherer hierbei stark an Tarif, Eintrittsalter und Vertragslaufzeiten orientieren. Aller Voraussicht nach wird die Beitragsreduzierung (im Durchschnitt der Branche) bei der kapitalbildenden Lebensversicherung für Männer etwa 1,5 und für Frauen rund fünf Prozent ausmachen. Bei der Risikoversicherung erwartet man für Frauen bis zu 25 und für Männer etwa zwölfprozentige Beitragssenkungen. KHS

Rückkäufe haben jetzt zwei Seiten

Lebensversicherungen basieren prinzipiell auf langfristig angelegten Verträgen. Wer als Versicherungsnehmer einen solchen Vertrag vorfristig auflöst, muß dafür bezahlen. Bisher war der Rückkaufswert für die ersten drei Jahre nach Abschluß gleich Null.

Ab 1987 wird es deutlich höhere Rückkaufswerte geben. Vor allem zwei Modelle werden angeboten: Einige Versicherer werden im Stornofall 50 Prozent der ab dem ersten Jahr gezahlten Beiträge vergüten, andere 65 Prozent der ab dem zweiten Jahr gezahlten Prämien. Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) will weitere Varianten akzeptieren, die „eine entsprechende Verbesserung der Rückkaufswerte bewirken".

Die Neuregelung kam unter dem Eindruck der in den 70er Jahren aufgekommenen Arbeitslosigkeit zustande, der zeitweilig eine rapide angestiegene Stornoquote bei den Versicherern folgte. Ein weiterer Grund war, neue Kunden vor allzu forsch operierenden Vertreterscharen zu schützen. Den in Finanznöte Geratenen hatten die Versicherungsgesellschaften eine Palette von Alternativen angeboten, den bestehenden Versicherungsschutz zu erhalten. Sie reichte von Stundung bis zur Halbierung der Versicherungssumme.

Der richtige wie vernünftige Weg ist mit der Neuregelung aufgegeben worden. Sie schadet, trotz angehobener Rückkaufswerte, dem Betroffenen. Der Ausstieg bleibt für ihn ein Verlustgeschäft. Der in Aussicht genommene Abschluß eines neuen Vertrags wird wegen des dann höheren Lebensalters und der neuerlichen Kosten teurer.

Schließlich kostet die Anhebung der Rückkaufswerte Geld. Letzten Endes werden die Solidargemeinschaft der Versicherten, vor allem die vertragstreuen Kunden, mit den von den Aussteigern verursachten Mehrkosten belastet. KHS

Durch Druck zu höherem Rechnungszins

Der Rechnungszins bildet neben den Sterbetafeln das Kernstück der Beitragskalkulation in der Lebensversicherung. Vier Jahrzehnte lang hatten ihn die Versicherer auf dem Tiefpunkt von drei Prozent eingefroren. Dies geschah unbeschadet der wiederholt eingetretenen Hochzinsphasen am Kapitalmarkt, von denen die Versicherungen als Anleger profitierten. Das brachte ihnen satte Überschüsse ein, die man als sogenannte Zinsgewinne deklarierte. Wegen der Scheu mancher Gesellschaften, die Zinsgewinne voll an ihre Kunden weiterzugeben, kam es darüber zu öffentlichen Diskussionen.

In dieser Lage begründeten Assekuranz und Aufsichtsbehörde, weshalb der betonierte Niedrigst-Rechnungszins gleichzeitig auch der bestmögliche Verbraucherschutz sei. Die erzielten Zinsüberschüsse ermöglichen oder erleichtern die Erfüllbarkeit ihrer zumeist langfristig angelegten Versicherungsverträge. Und nach Auffassung der Berliner Aufsichtsbehörde trägt das Ansammeln von Fettpolstern dazu bei, daß keines der Unternehmen im Wettlauf um die Gunst der Kunden auf der Strecke bleibt.

Unbeschadet dieser niemals aufgehobenen Grundhaltungen zeigte die mittlerweile anders orientierte öffentliche Meinung Wirkung: Ausgerechnet in einer Zeit kräftiger Zinsrückgänge entschlossen sich die Lebensversicherer unter sanftem Druck aus Bonn und Berlin, den Rechnungszins ab 1987 von derzeit drei auf 3,5 Prozent heraufzusetzen.

Es fällt schwer, die so zustandegekommene Geste der Versicherer etwa als Beweis besonderer unternehmerischer Weitsicht anzusehen. Gleichwohl resultieren aus der Anhebung des Rechnungszinses nach Tarif und Laufzeit unterschiedliche Beitragssenkungen. Sie dürften bei kapitalbildenden Lebenversicherungen vier bis sieben, bei der langfristigen Risikoversicherung etwa fünf Prozent ausmachen. KHS

Niedrigere Beiträge bei gleicher Versicherungssumme

Beitrag je 1000 DM Versicherungssumme / Eintrittsalter 30 Jahre

100% | 79,80 | 35,90 | 25,80 | 21,70 | 20,50 DM

78,50
78,20
(bisher)
95
33,70
90
33,20
23,40
19,20
(künftig f. Männer)
17,90
22,40
85
80
17,50
◄Beitrag in Prozent zu bisher
15,70
75
(künftig f. Frauen)

Laufzeit: 12 | 25 | 35 | 45 | 55 Jahre

DIE WELT



Direkt-Versicherung ohne Lücke

Die gesetzliche Rentenversicherung bietet den Arbeitnehmern nur eine bescheidene Grundversorgung, die zur Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards nicht ausreicht. Die verbleibende Versorgungslücke wächst mit steigendem Einkommen. Ein Arbeitnehmer mit einem Brutto-Einkommen von zum Beispiel 5000 Mark monatlich hat eine Versorgungslücke von rund 20 Prozent. Daneben stellt jeder Arbeitnehmer bei einer Gehaltserhöhung fest, daß ein großer Teil der Erhöhung von der Steuer aufgezehrt wird, unter Umständen mehr als 50 Prozent. Einen sinnvollen Weg, die Altersvorsorge teilweise durch Steuerersparnis zu finanzieren, bietet die Direktversicherung durch Gehaltsumwandlung.

Pauschaler Steuersatz

Der Mitarbeiter vereinbart mit seinem Arbeitgeber, daß ihm ein Teil seiner Bezüge nicht in bar ausgezahlt, sondern als Beiträge für eine zu seinen Gunsten abgeschlossene Direktversicherung verwendet wird. Diese Beiträge, bis zu 2400 Mark jährlich, werden nicht mit dem individuellen Spitzensteuersatz, sondern nur pauschal mit 10,7 Prozent, das heißt zehn Prozent Lohnsteuer plus darauf entfallende Kirchensteuer von in der Regel sieben Prozent besteuert.

Die Leistungen aus der Direktversicherung fließen dem Mitarbeiter beziehungsweise in seinem Todesfall den Hinterbliebenen normalerweise einkommensteuerfrei zu. Ein Beispiel soll zeigen, wie günstig eine solche Direktversicherung sein kann.

Teilweise hohe Rendite

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 000 Mark schließt mit 35 Jahren eine Direktversicherung auf den Todes- und Erlebensfall mit Endalter 65 ab. Der jährliche Bruttobeitragsaufwand beträgt 2400 Mark. Davon geht die Steuerersparnis in Höhe von 731 Mark ab, so daß ein jährlicher Beitragsaufwand von 1669 Mark verbleibt. Der Gesamtaufwand in 30 Jahren beträgt 50 070 Mark.

Anhand des Beispiels eines maßgeblichen deutschen Unternehmens der Versicherungswirtschaft lassen sich damit folgende Leistungen erzielen:

Die garantierte Versicherungssumme ist 82 500 Mark. Hinzu kommt die Überschußbeteiligung nach heutigen Sätzen in Höhe von 12 800 Mark, so daß eine Gesamtablaufleistung von 204 300 Mark ausbezahlt wird. Diese Leistung ist steuerfrei. Das ergibt eine Rendite von acht Prozent. Nicht zu vergessen ist der Hinterbliebenenschutz für die gesamte Versicherungsdauer.

Will ein Arbeitnehmer eine Direktversicherung, so wird sie vom Arbeitgeber auf das Leben des Arbeitnehmers abgeschlossen. Versicherungsnehmer und Beitragszahler ist der Arbeitgeber. Unwiderruflich bezugsberechtigt ist allerdings der Arbeitnehmer. Die Versicherung darf für den Erlebensfall frühestens ein Endalter von 60 Jahren und eine Dauer von wenigstens fünf Jahren vorsehen. (AV)



ARD

9.45 Ratgeber: Touristik
10.00 Tagesschau
10.03 Segeln macht frei
11.25 Tele-Zoo

15.50 Tagesschau
16.00 Der Feind (3)
Von Robert Westall
16.25 Ein Stück aus ihrem Leben
Menschen über 60 (3)
Anschließend: Der Wanderpokal
*Fernsehspiel aus dem Autoren-*Wettbewerb für Senioren
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kir Royal (6)
Serie mit Franz Xaver Kroetz und Dieter Hildebrandt
Von Helmut Dietl
21.15 Wo Vietnam einst geteilt war
Reportage von Winfried Scharlau
Das Genfer Abkommen vom Juli 1954 teilte Vietnam in den kommunistischen Norden und den Süden mit Zentrum Saigon. Winfried Scharlau hatte 1974 die Gelegenheit, im damaligen Nordvietnam zu filmen.
21.45 Känguru
Gäste: Kaczmarek, Viktor Laszlo, Erste Allgemeine Verunsicherung
Regie: Rolf Spinrads
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Aufstand
Buch: Thomas Pluch
Regie: Peter Patzak
Als Redakteur seiner kommunistischen Parteizeitung soll Dr. Bach einen Artikel über angebliche US-Waffenlieferungen nach Ungarn während des Aufstandes 1956 nicht nur schreiben, sondern auch beweisen. Gutgläubig fällt er auf einen „getürkten" Waffen*schmuggel herein.*
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

11.55 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.00 Friedensgebet der Religionen
Mit Johannes Paul II. und Vertretern von 40 Religionen und Konfessionen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Agentin mit Herz
Beim Attentat auf ein Forschungslabor der US-Armee werden zwei Wissenschaftler getötet und Pläne *für eine Wunderwaffe entwendet.* Bei den Ermittlungen stößt Lee auf Kanäle des KGB.
19.00 heute
19.30 Privatdetektiv Joe Dancer
Ein Auftrag für den Affen
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Mit Robert Blake, Mitchell Ryan
Regie: Burt Brinckerhoff
Affe Gregor ist ein raffinierter Dieb. Dancer leiht sich das Tier, als es darum geht, die Alarmanlage eines Museums zu überlisten.
21.00 Programmvorschau
21.15 WISO
Themen: Teamarbeit statt Fließband bei Opel. Öko-Bank. Sanktionen gegen Südafrika. Tip: Berufsunfähigkeits-Versicherung
Moderation: Michael Jungblut
21.45 heute-journal
22.05 Terra X
Im Schatten der Inkasonne
22.50 Die Frau ohne Körper und der Protektionist
Film von Niklaus Schilling
Fernsehmoderatorin Mara Weyland hat bisher nur für ihre Karriere gelebt. Eines Tages trifft sie den jungen Filmvorführer Michael Blank. Der Introvertierte Mann beginnt sie zu interessieren.
0.30 heute



Konstantin Wecker versucht, aus Senta Berger schöne Töne herauszulocken – in „Kir Royal", der heutigen letzten Folge der Serie um Münchens Schickeria (ARD, 20.15 Uhr)
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
20.45 Hilferufe
Der Fall Martina Mertens
21.45 Medizin-Magazin
22.15 Ein halbes Jahr nach Tschernobyl
Kohle in Nordrhein-Westfalen
22.45 Gran Canaria

NORD
18.30 Textiles Gestalten
19.00 Rund um das Zwiebelmuster
19.15 Das Fahrrad (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
21.45 Samt und Sonders (1)
Auftakt einer Musikreihe
22.30 Die Stadt der rauhen Männer
Amerikanischer Spielfilm (1949)

HESSEN
18.33 Welt der Flüsse
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Hessens Weg nach 45 (4)
Reformen im Schatten Bonns
20.45 Heilen durch Nahrung
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.50 Notizen vom Nachbarn
Themen: Araber in Paris. Bulgarische Kernkraft nach Tschernobyl. Treffen der Internationalen Brigaden. Ein türkisches Dorf
23.15 Vor vierzig Jahren
Welt im Film vom 18.10.1946

SÜDWEST
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Fury
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Formel Eins
20.15 Reaktoren auf dem Prüfstand
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Richtfunk-Spezialisten in Malaysia
21.45 Der Polenweiher
Film von Thomas Strittmatter
23.20 Jazz in Concert

BAYERN
17.15 Theater-Talk mit Hilmar Thate
17.45 Sprache im Wandel
18.15 Hereinspaziert
Kulturzeit der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Alabama live
20.45 Kranke Pflanzen
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.50 Magnum

SAT 1

15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Aktion Spielplatz
16.25 Die Waltons
Das große Mißverständnis
17.10 Mondbasis Alpha 1
Neue englische Serie
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Clay und das Saloongirl
18.30 blick
18.45 Der Chef
Falsche Spuren
19.45 So etwas lieben die Frauen
Englische Filmkomödie (1955)
21.50 blick
22.15 TOP-Extra
Ausstieg aus der Kernenergie?
22.45 Mannix
Katalog der Sünden
23.30 blick

1 PLUS

19.00 Ratgeber: Essen und Trinken
Deutscher Wein
19.45 Internationales TV-Kochbuch
Portugal: Fischeintopf
20.00 Tagesschau
20.15 Stahlnetz
Spur 211
22.10 Wortwechsel

3sat

19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Na, sowas!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 „Don't dream it, be it"
Kult um Rocky Horror Picture Show
22.05 Rocky Horror Picture Show
Amerikanischer Spielfilm (1974)
23.40 Spielfilmvorschau



18.55 7 vor 7
19.30 Das Tal der Pappeln
20.15 RTL-Spiel
20.30 Schattenboxen
Französischer Spielfilm (1984)
22.05 Nachrichten
22.20 Wie geht's? – Gesundheitstips
22.40 Unglaubliche Geschichten
Geistheilung
23.20 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.50 Wall Street Final

Oft nur Geheimtips: Filme des österreichischen Regisseurs Niklaus Schilling

Rituale der hohlen Mattscheibenwelt

Kritiker hat er stets in jubelnde Verehrer und sarkastische Verächter gespalten, das große Publikum meist verfehlt. Ob er seinem auf Hochglanz lackierten Melodram „Reimgold" eine blonde Diplomatengattin schaurig schön verbluten ließ oder in seinem skurrilen „Willi-Busch-Report" die Irrungen eines Provinzreporters verfolgte, der 1944 in Basel geborene Regisseur Niklaus Schilling hat nie zur Kinokasse geschielt. So raunten sich denn meist auch auch nur Insider jene Filme als Tip zu, in denen oft Schillings Lebensgefährtin und Produzentin Elke Haltaufderheide die tragikumflorte Hauptrolle spielt.

Und trotz mancher Holprigkeiten in der Schauspielerführung, trotz manchmal übertriebener Effekthascherei: In fast jedem Schilling-Film gibt es Bilder, die man kaum vergessen kann. In „Reimgold" etwa jenen unendlich langsamen, todtraurigen Schwenk über den Hafen Hook van Holland, der die Schicksalhaftigkeit der Geschichte schon vorwegnimmt.

Als „bester Phantomfilm nach Murnau" wurde gar Schillings Meisterwerk „Nachtschatten" gerühmt, ein leises Gruselgedicht aus deutschen Heidelanden, in dem eine schon zur Lustspielidylle verkitschte Landschaft ihre faszinierende Unheimlichkeit zurückgewann. Kein Zweifel, der gelernte Dekorateur und Grafiker Schilling hat stets gern den Nährboden der Mythen und Märchen umgegraben, ohne sich deshalb freilich vom tonnenschweren Tiefsinn verschütten zu lassen. Schon in seiner „Vertreibung aus dem Paradies" (1976/77) erwies er sich als begeisterter Taschenspieler, der eine Tragödie blitzschnell in die entlarvende Farce umschlagen lassen kann.

Die Frau ohne Körper und der Protektionist – ZDF, 22.50 Uhr

Seit einiger Zeit interessieren ihn nicht mehr nur Geschichten, sondern auch die Bilder, mit denen sie erzählt werden. So konnte man den Titel seines Agentenfilms „Der Westen leuchtet" (1982) durchaus programmatisch deuten, denn hier ging es hinter der spannenden Fassade eigentlich darum, wie Menschen den schillernden Farben oft ins Verderben folgen.

Diese unaufdringliche Analyse einer synthetischen Warenwelt voll faszinierender Schaueffekte trägt auch Schillings vielleicht boshaftesten Film „Die Frau ohne Körper und der Protektionist". Diese doppelbödige Romanze zwischen einem introvertierten Filmvorführer und einer Fernsehjournalistin entlarvt trickreich die Rituale der hohlen Mattscheibenwelt und zwingt überdies den Zuschauer, das mehr oder minder grausige Ende der Geschichte selbst zu inszenieren.

Falls man über die perfekten Schauspielerleistungen, insbesondere das mimische Bravourstück Gabriel Baryllis, staunen sollte: Der passionierte Tüftler Schilling hat diesen Film mit dem Videoaufnahme-Verfahren gedreht und jedem Darsteller jederzeit die Korrektur seines Spiels erlaubt. Wie man auch zum verstörenden Stil des Werks stehen mag: Dieser Aufwand hat sich gelohnt.

WILM HART

Wie erfährt die Werbung, wieviele Zuschauer sie auf allen Kanälen erreicht?

ARD und ZDF sitzen auf den Zahlen

Das Zauberwort heißt „gemeinsame Währung". Gemeint ist ein Meßsystem der Fernseh-Zuschauerforschung, auf das sich die Konkurrenten auf dem TV-Werbe-Markt geeinigt haben: „Gemeinsame Währung" – das hat einen Hauch von Eintracht und Redlichkeit. Doch die Veranstaltung, zu der sich Ende letzter Woche in Nürnberg ARD und ZDF an der Seite der aufkeimenden privaten SAT 1 und RTL plus präsentierten, gemahnte eher an Karl Kraus: „Familienbande – das Wort hat einen Beigeschmack von Wahrheit".

Vorgestellt wurde das CaSat-Panel der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), eine repräsentative Stichprobe von 360 Fernsehhaushalten, die an das Breitbandkabel der Bundespost angeschlossen sind und daher auch die Privaten empfangen können. Das CaSat-Panel ist Indikator dafür, wie die neuen Konkurrenten den Markt verändert, welche Zuschauerquoten die Privaten auf Kosten von ARD und ZDF bereits erobert haben.

Daran sind SAT 1 und RTL plus natürlich interessiert. Denn sie müssen sich ausschließlich aus Werbeeinnahmen finanzieren, während ARD und ZDF außer 1,5 Milliarden Mark Werbeeinnahmen 6,5 Milliarden an Gebühren kassieren. Nach der Zahl der erreichten Zuschauer werden die Preise der Werbespots bemessen. Interesse an verläßlichen Zahlen hat aber vor allem die werbetreibende Wirtschaft. Von den Werbekunden kam daher auch hauptsächlich der Wunsch nach einem gemeinsamen Meßsystem, nach einem Leistungsvergleich auf einem methodischen Nenner.

Dies soll nun das CaSat-Panel der GfK sein, war die Botschaft der Nürnberger Veranstaltung. Sie ging daneben. Denn die Sache hat einen Haken: Die GfK ist exklusiv bei ARD und ZDF unter Vertrag. SAT 1 und RTL plus haben nur einen Untervertrag mit den beiden Riesen.

Wie die Erkenntnisse der GfK-Zuschauerforschung an die Öffentlichkeit – und an die interessierten Werbekunden – gelangen, kontrollieren ARD und ZDF. Wichtige Daten, die Relevantes über die Marktposition der Öffentlich-Rechtlichen aussagen, könnten unter Verschluß gehalten werden.

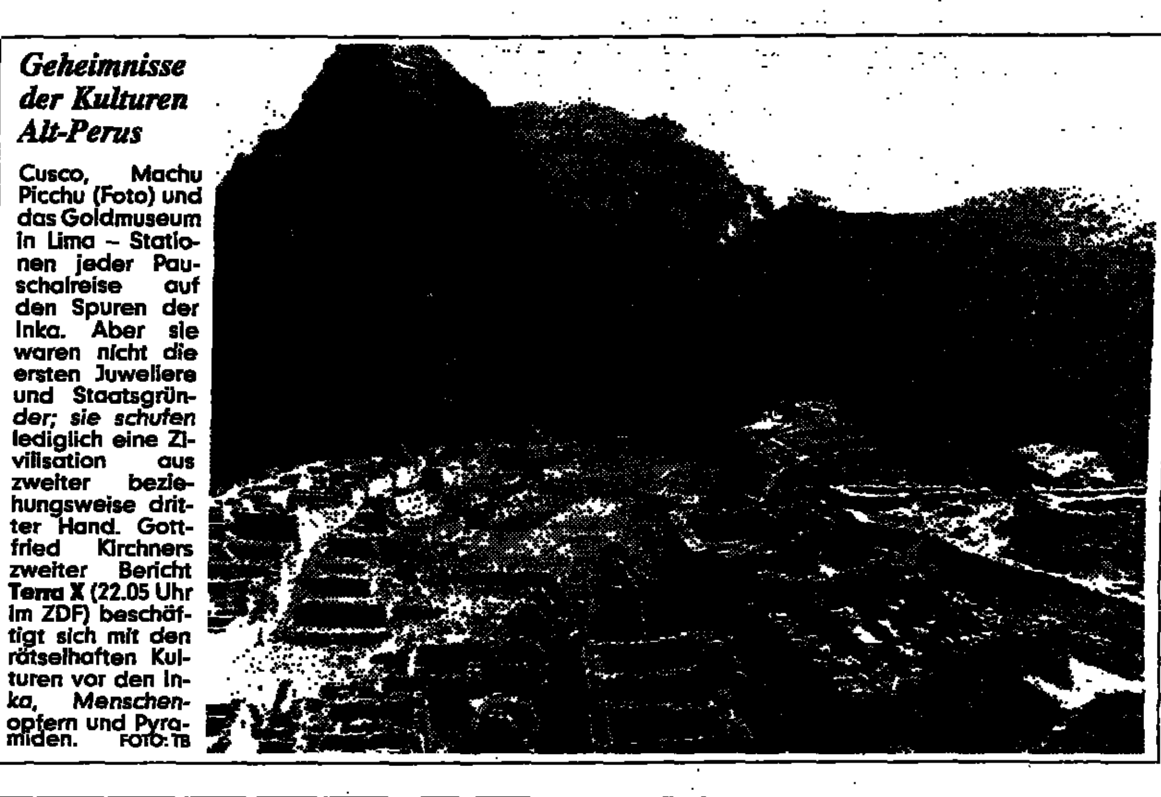
Welche Zuschauerquoten zum Beispiel einzelne Sendungen von SAT 1 und RTL plus erreichen, wie also an einem Abend die echten Marktanteile der Privaten sind, dürften die Privaten nicht veröffentlichen. Der Werbekunde, der wissen will, wie viele potentielle Kunden er mit seinen Werbegeldern wirklich erreicht hat, wird darüber im unklaren gelassen.

Als der Vertreter einer großen Werbeagentur bei der Veranstaltung darauf bestand, daß solche Werbeblock-Reichweiten für seine Media-Arbeit wichtig seien, beschied ihn der Medienreferent der ARD-Arbeitsgemeinschaft Rundfunk-Werbung im Funktionärsstil ab. Mit solchen Daten könne er doch gar nichts anfangen.

Der SAT 1-Vertreter tat in Nürnberg etwas, was er nach dem Willen von ARD und ZDF eigentlich nicht hätte tun dürfen: Er belegte, daß die beiden Privaten in der Sendezeit zwischen 18 und 20 Uhr durchaus an die Reichweiten der beiden Öffentlich-Rechtlichen herankommen.

Ein Sprecher von RTL plus machte deutlich, daß sich die Privaten nicht auf Dauer vom Wohlwollen der ARD und des ZDF abhängig machen wollen, sondern einen direkten Vertrag mit der GfK anstreben: „Dieses Untermietsverhältnis ist unzumutbar." Doch da ist vor 1990 nichts zu machen. Bis dahin wissen – und kontrollieren – ARD und ZDF allein, ob die „gemeinsame Währung" wirklich echtes Geld ist.

WILFRIED AHRENS



Geheimnisse der Kulturen Alt-Perus

Cusco, Machu Picchu (Foto) und das Goldmuseum in Lima – Stationen jeder Pauschalreise auf den Spuren der Inka. Aber sie waren nicht die ersten Juweliere und Staatsgründer; sie schufen lediglich eine Zivilisation aus zweiter beziehungsweise dritter Hand. Gottfried Kirchners zweiter Bericht **Terra X** (22.05 Uhr im ZDF) beschäftigt sich mit den rätselhaften Kulturen vor den Inka, Menschenopfern und Pyramiden. FOTO: TB

KRITIK

Zwischen Gerechtigkeit und Resignation

Man fühlte sich ins kalte Wasser geworfen. Denn wem die ersten sechs Episoden **Allein gegen die Mafia** nicht gegenwärtig waren, der wußte wenig anzufangen mit der Fortsetzung dieser italienischen Serie; mit den Cattanis, Olgas, Ravanusas und dem komplizierten Beziehungsgeflecht, das sie verbindet.

Der Abschluß der ersten Folgen hatte eine dramatische Verdichtung der Ereignisse geboten. Unter dem Druck der Entführer seiner Tochter Paola mußte Kommisar Cattani (Michele Placido) mit den Verbrechern zusammenarbeiten. Sein beruflicher Abstieg begann. Erz-Mafioso Cirinna kam wieder auf freien Fuß, Paola wurde freigelassen, aber vergewaltigt und als seelisches Wrack. Die Geschichte endete dort, wo nun die Fortsetzung begann: Die Cattanis bemühen sich um ihre Tochter, die in einer Nervenklinik geheilt werden soll.

Ennio de Concinis Geschichte wird von Regisseur Vancini Florestano umgesetzt, die Musik liefert Ennio Morricone („Das Lied vom Tod"). Florestano hat keine leichte Aufgabe. Der von Damiani (dem Regisseur der ersten Serie) erreichte Spannungspegel soll gehalten werden, viele Zuschauer sind durch allerhand action und human touch auf eine ergreifende und doch wenig klischeehafte Fortsetzung des Leidenswegs Kommissar Cattanis eingestimmt. Das Resumee nach der ersten der neuen Folgen: etwas viel italienische Melodramatik in einer leicht vorhersehbaren Handlungsabfolge, aber wieder ein meisterhaft agierender Michele Placido in der Rolle des Kommissars.

Seine Tochter Paola erleidet eine weitere Nervenkrise, als sie von der Trennung ihrer Eltern erfährt. Vater reißt Tochter an sich, Tränen, ergreifende Rhythmen, Endzeitstimmung; man rutscht – überrollt von diesen inszenierten Gefühlsausbrüchen – im Fernsehsessel ein wenig hin und her. Daß Cattani mit seinen „extremen Moralvorstellungen" (so urteilt seine Frau Else) nicht locker lassen wird, ahnt der Zuschauer von allein, denn schließlich folgen noch vier Teile.

Die erneute Verstrickung des Kommissars wird denn auch in die Wege geleitet: Altero, Cattanis Mitstreiter auf Sizilien, fällt den Killerkommandos der Mafia zum Opfer wie Staatsanwalt Bordonaro, der Cattani noch in einer delikaten Angelegenheit hatte treffen wollen. Schließlich läuft Paola vor ein Auto und in ihren Tod.

Haß und Rache liegen nun griffbereit auf dem Motiv-Tablett. Als Cattani in Sizilien sagt, er komme nur, um seine Wohnung aufzulösen, klingt dies zumindest für den Zuschauer fast schon zum Lächeln unglaubhaft. Man lockt ihn in das Haus eines ermordeten Bankiers, er gerät unter Mordverdacht und wird im Gefängnis von Mithäftlingen gequält.

Wieder in Freiheit, scheint Cattani nun tatsächlich gebrochen. Der schauspielerischen Leistung Michele Placidos ist es zu verdanken, daß in diesem Stadium der Spannungsbogen gehalten wird zwischen den Gefühlen des Hauptdarstellers: zwischen Gerechtigkeitssinn und Resignation.

Am Ende dann doch die „erlösende" Klarheit: Cattani kniet am Grabe seiner Tochter: „Ich werde mich nie zufrieden geben. Es ist alles so ungerecht und grausam. Vielleicht wirst du mir verzeihen, wenn es mir gelingt, etwas Gerechtigkeit zu schaffen." Da ist klar, wie es weitergeht (am Sonntag). Der moralische Hemmschuh, Paolas Leben, ist von ihm abgefallen, seine Ehe ist gescheitert, der Weg ist frei für den sich rächenden Kommissar. Der Gefahr, in den kommenden Folgen auf Charles-Bronson-Niveau („Ein Mann sieht rot") zu sinken, werden Autor und Regisseur hoffentlich ausweichen.

WOLFGANG GESSLER



Pankraz, die Panflöte und der Kulturgipfel

Pan, der bocksbeinige Hirten- und Mittagsgott aus Arkadien, kommt bei uns wieder zu Ehren, wenn auch nur als Herr der Furcht und des Schreckens. Psychologische Fachzeitschriften, die die bei vielen Westdeutschen grassierende Angst vor Gen und Atom, Raketen und Robotern analysieren, sprechen von „panischer Furcht", „panischem Schrecken", und sie heben diese Affekte positiv von der „leeren Angst" eines Kierkegaard oder Heidegger ab. Der Schrecken, den Pan erzeuge, beziehe sich eben nicht auf ein diffuses Nichts, sondern erinnere die Menschen an das reale Geheimnis und die konkreten Gefahren, die in der Natur beschlossen seien, warne sie davor, der Natur allzu nahe auf den Leib zu rükken.

Wer sich der panischen Furcht hingebe (so das übliche Resümee solcher Aufsätze), sei beileibe kein simpler Angsthase, sondern einer, vor dem man Achtung haben müsse und von dem man lernen könne. Besonders die Franzosen mit ihrer ungezügelten Atomlust sollten endlich von den von panischer Furcht erfüllten Deutschen lernen und ihr Cattenom-Kraftwerk schleunigst einmotten. Der jetzt beginnende deutsch-französische „Kulturgipfel" in Frankfurt müsse ganz im Zeichen eines panischen Lernprozesses bei den Galliern stehen. Nur dann könne er Erfolg haben und ein richtiggehendes Fest des Pan werden.

Französische Delegationsteilnehmer mögen sich bei solchen Tönen an ihre einheimischen Asterix-Comics erinnern, an die Folge „Asterix und die Normannen", wenn es dort auch genau umgekehrt zugeht: Die furchtlosen, von einem wahren furor teutonicus erfüllten Nordgermanen machen sich nach Gallien auf, „um die Angst zu lernen" („denn solange wir die Angst nicht kennen", meint ihr Häuptling, „fehlt uns was"), und es gelingt den Mannen um Asterix dank des schauerlichen Gesanges ihres Stammesbarden Troubadix am Ende, den rauhen Nordmännern die Angst beizubringen. Aber diese triumphieren nun: „Die Welt wird aufhorchen, wenn sie erfährt: Die Normannen wissen, was Angst ist! Die Normannen sind die absoluten Weltmeister im Angsthaben!"

Der Vergleich zwischen Asterix und Pan paßt insofern recht gut, als dieser die Leute ebenfalls mittels Musik das Fürchten lehrt, mittels der berühmten Panflöte nämlich, die er jeweils unverhofft erschallen läßt. Doch damit endet die Parallele auch schon. Denn die „Musik", die der Barde Troubadix produziert, ist in der Tat so gräßlich, daß sie Männlein und Weiblein, Mensch und Tier, Stein und Bein mit Entsetzen erfüllt. Vom Ertönen der Panflöte hingegen lassen sich nur Dummköpfe und Barbaren „ins Bockshorn jagen". Das panische Argumentieren unserer Psychologie-Zeitschriften geht voll nach hinten los: Der panische Schrecken, die sprichwörtliche „Panik", ist keine rationale, kultivierte Verhaltensweise, sondern ein törichtes Überreagieren, dem kein wahrhaft Gebildeter nachgeben darf.

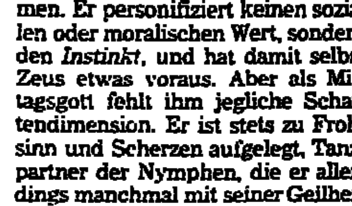
Sicherlich hütet Pan ein Geheimnis, deshalb ist er ja trotz seiner grotesken Bocksgestalt überall auf dem Olymp so geachtet. Er ist eine alte pelasgische Gottheit, die schon verehrt wurde, bevor die Achajer und die Dorer nach Arkadien kamen. Er personifiziert keinen sozialen oder moralischen Wert, sondern den *Instinkt*, und hat damit selbst Zeus etwas voraus. Aber als Mittagsgott fehlt ihm jegliche Schattendimension. Er ist stets zu Frohsinn und Scherzen aufgelegt, Tanzpartner der Nymphen, die er allerdings manchmal mit seiner Geilheit bedrängt und verfolgt. Das ist der einzige „Schrecken", den er verbreitet. Pans Geheimnis ist ein sogenanntes süßes Geheimnis.

Seiner Geilheit verdankt er bekanntlich auch die Panflöte. Er verfolgte die Nymphe Syrinx bis in die Sümpfe des Flusses Ladon, wo sie von den Najaden in ein Büschel Schilf verwandelt wurde. Pan riß die Schilfrohre aus und machte daraus eine Flöte mit sieben ungleichen Enden. Der Klang dieser zum Instrument gewordenen verfolgten Unschuld erschreckt, wie gesagt, nur die Uneingeweihten und Begriffsstutzigen. Es ist geradezu lächerlich, wenn alternativ gestimmte deutsche Psychologen aus ihm die racheschnaubende Anklage ökologisch bedrohter Kreatur heraushören wollen.

Im Gegensatz zu den anderen „Pelasgern" des Olymps, zum orgiastischen Dionysos oder zur chthonischen Demeter, hat es Pan stets mit den achäischen und dorischen Neuankömmlingen gehalten, mit den aufgeklärten, mutigen, an scharfe geistige Kontur gewöhnten Bürgern Athens. Ihm verdanken die Griechen den Sieg bei Marathon über die Perser, denn Pan ist es gewesen, der den athenischen Abgesandten Philippides, der die Spartaner zum Beistand auffordern sollte, sicher durch Arkadien leitete und in Sparta ein gutes Wort für ihn einlegte. Weshalb er nach dem Sieg auch ein eigenes Heiligtum auf der Akropolis eingerichtet bekam, in einer lauschigen Grotte, die extra für ihn aus dem Felsen geschlagen wurde.

Wenn es also in der heutigen ökologischen Diskussion etwas von Pan zu lernen gibt, so genau das Gegenteil von panischer Furcht und panischem Schrecken. Pan verkörpert, und zwar ganz ohne dionysische Vernichtungsdrohung, die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen schaffendem Menschen und schaffender Natur. Er steht für den kecken Zugriff, das wagemutige Experiment, für den hohen Mittag menschlichen Beisichseins, den auch Nietzsche besungen hat. Aus den Hinterlassenschaften einer Niederlage, des erfolglosen Flirts mit Syrinx, macht er ungerührt ein Stück Technik, die Panflöte, mit der man unaufgeklärten Hyperboräern wunderschön Angst einjagen kann.

Es wäre gar nicht so schlecht, beim deutsch-französischen Kulturgipfel in Frankfurt den Klang der Panflöte zu vernehmen. Nur sollte sich niemand versprechen, daß man damit die Gallier auf die Seite der neudeutschen Angstweltmeister ziehen könne.



Pankraz

Kazimierz Brandys 70

„Man hat uns um und um gepflügt. . ."

Der polnische Schriftsteller Kazimierz Brandys wird heute 70. Er ist einer jener polnischen Patrioten, denen seine nichtjüdischen Mitbürger es schon zu Jugendzeiten schwer gemacht haben, unbeschwert Pole zu sein. Er wurde nach links abgedrängt, und es brauchte lange Jahre bitterer Erfahrungen, bis er sich von den ideologischen Versuchungen befreite. Er brach mit den Kommunisten seines Landes, als er sich 1966 gegen die Diffamierung des Philosophen Leszek Kolakowski wandte.

Dieser Schritt befreite Brandys nicht nur, er gab ihn dem großen und unaufhaltsamen Strom der polnischen Literatur zurück, in der er heute als einer der originellsten, kritischsten und „romantischsten" Sprachmeister erscheint. Sein Werk wirkt ungemein modern und ist dennoch tief der Tradition des Mickiewicz und Slowacki verhaftet. Vor Jahren sprach ich Brandys darauf an, er sagte: „Ihr haltet uns für Romantiker. Nun, wir wollen nach den Erschütterungen und Verformungen unserer nationalen Identität wissen, wer wir sind. Die polnische Romantik stand vor derselben Frage."

Auf der Suche nach der Identität seines Volkes reflektierte Brandys bei seinen Reisen im Westen Polen mit seiner flirrenden und tragischen Geschichte, mit seiner nicht minder verwirrenden Gegenwart, als wollte er die trigonometrischen Punkte ausfindig machen, an denen sein Standort zu bestimmen wäre. Seine Aufenthalte westlich seines Vaterlandes nennt er Reisen durch „die beiden Hemisphären des Bewußtseins". Er fühlt sich als Mitteleuropäer, aber er erinnert daran, daß Polens Geschichte „weit nach Osten reicht". Er erinnert an die glanzvollen Zeiten der Beziehungen zwischen Polen und Frankreich, den Beziehungen zu Italien, zu Deutschland. „*Przeorano nas*", sagt er allerdings – „Man hat uns umgepflügt". Wir wissen, daß auch seine Familiengeschichte mitteleuropäisch ist: Brandys' Vater sprach ein vollendetes Deutsch, fuhr oft nach Berlin, liebte Thomas Mann, las das „Berliner Tageblatt".

Er selber freilich spricht deutsch nur auf eine sehr behutsame Weise.

VALENTIN POLCUCH



Modern und der Tradition verhaftet: Kazimierz Brandys
FOTO: INSEL VERLAG

Bibliographische Hinweise:
„Briefe an Frau Z.", 1965; „Joker, Erinnerungen aus der Gegenwart", 1968; „Die Art zu leben", 1970; „Warschauer Tagebuch", 1982.

Gewaltiger Aufwand für das Klappern eines Schwächlings: Stefan Dähnerts „Herbstball" uraufgeführt

Unflott in die Erdbeerbowle gepinkelt

Was muß man tun, um mit einem Zeitstück auf einer westdeutschen Bühne Erfolg zu haben? Die Frage läßt sich offenbar spielend leicht beantworten: Man muß nur alle denkbaren Klischees über eine ideologisch umstrittene Angelegenheit zusammenraffen und sie dann „gesellschaftskritisch" durch den Reißwolf drehen. Das war erst vor einigen Tagen so bei Harald Muellers angeblichem Tschernobyl-Stück „Totenfloß". Und das erlebt man jetzt wieder bei Stefan Dähnerts Bundeswehr-Beschimpfung „Herbstball", die jetzt synchron in Köln und Wuppertal (Stuttgart wollte auch, mußte aber umdisponieren) uraufgeführt wurde.



Einarmig, schneidig, dämlich: Hansjoachim Krietsch (links) als Landrat und Matthias Bramboer als Oberst Otto in der Kölner Aufführung des Stückes „Herbstball"
FOTO: STEFAN ODRY

Was man von Stefan Dähnerts dramatischen Talenten zu halten hat, weiß man schon aus der vergangenen Saison, als man in Köln seine angebliche Komödie „Erbe um Erbe" zu sehen bekam. Der junge Mann, ein dichtender Schauspieler, bekam dafür zwar den Gerhart-Hauptmann-Preis, aber das war, bei Lichte besehen, eine Verunglimpfung des großen Dramatikers.

Beim „Herbstball" ist es noch schlimmer als bei „Erbe und Erbe", weil Dähnerts Untalent sich diesmal entsetzlich ernst nimmt. Nicht eine Komödie will er liefern, sondern die Bundeswehr soll „bitter-realistisch" in all ihrer Jämmerlichkeit vorgeführt werden. Das einzige, was dabei beeindruckt, ist die Unverfrorenheit, mit der hier einer seine ihm gegebenen Möglichgkeiten überschätzt, und die Beflissenheit, mit der ihm diese Unverfrorenheit abgenommen wird.

Was passiert? Wir sehen, wie Klein-Mäxchen sich einen Luftwaffenmanöver-Abschlußball in unseren Breiten vorstellt. Und das ist ja gar nicht lustig. Ins Offizierskasino regnet es zunächst einmal rein. Eine Regimentshure treibt ihr Unwesen. Und die Frau des Obersten hat Selbstmord begangen.

Ein Major legt alle Frauen aufs Kreuz. Ein Oberstleutnant träumt unverdrossen vom glorreichen Krieg – er müßte zwar, wenn man seine Biographie nachrechnet, seit mindestens zehn Jahren pensioniert sein, aber dann könnte er nicht mehr mit Reichswehr-Gedanken die Bundeswehr diskriminieren. Der Oberst erzieht seine Tochter, die eigentlich ein Junge hätte sein sollen (und darum preußisch Fritz oder auch schon mal Friederike heißt), wie einen Mann und bringt sie – natürlich! – um ihre Identität.

Ein Hauptmann hat sich im Fernen Osten eine Frau gekauft, die nicht spricht, dafür aber von allen begrapscht wird. Ein Lehrer träumt von ewigen Werten und muß zusehen, wie auch seine Frau vom Major aufs Kreuz gelegt wird. Ein einarmig-schneidig-dämlicher Landrat hat eine ebenso dämliche Gattin, die dauernd gegen den Fluglärm protestiert.

Es werden blöde Soldatenwitze erzählt, es wird erbarmungslos gesoffen, der Koch pinkelt zu vorgerückter Stunde den Offizieren in die Erdbeer-Bowle. Die Mannschaften führt man indessen nach der Devise: „Besser ein realer Frauenarsch vor der Kanone als die Rote Armee im Gehirn!"

Ach ja, draußen wird's inzwischen todernst, da wird nämlich von den Feldjägern gnadenlos ein edler junger Deserteur gejagt. Die Offiziere drinnen verfolgen die Jagd mit haßverzerrten Gesichtern an der Generalstabs-Karte, stecken, wie weiland bei russischen Frontbegradigungen, die Lage immer wieder mit Nadeln ab. Und als schließlich dem guten Dähnert gar nichts mehr einfällt, stürzt der Deserteur in den Ballsaal. Die besoffenen Offiziere nebst Frauen halten ihn zuerst für einen Iwan, heben zitternd die Arme hoch und übergeben ihm ihre Brieftaschen. So tapfer ist die Bundeswehr!

Und so bösartig! Als nämlich der allseits unbeliebte Stabsarzt in dem Iwan einen Patienten entdeckt und den Kameraden vorführt, daß sie auf einen angstschlotternden Deserteur hereingefallen sind, muß er das bitter büßen: Er wird seiner Kleider entledigt und mit der gleichfalls entkleideten Tochter des Obersten zusammengetrieben. Für zweifelnde Außenseiter ist in einer sauberen deutschen Luftwaffe eben kein Platz.

Sowas wird heute von großen deutschen Theatern aufgeführt, und die Dramaturgie nennt es „Konfrontation mit der Wirklichkeit". Das Schema lautet gleichwohl: Man erfinde eine Landschaft aus Pappkulissen, damit man Grund hat, ungehemmt durch irgendwelche Wahrheiten, darauf einzuprügeln. Die Bundeswehr wäre ja gewiß ein Thema: eine Einrichtung, die nach offizieller Doktrin nur dann ihren Sinn erfüllt, wenn sie verhindert, das zu tun, wofür sie eigentlich da ist – das könnte fürwahr in seinen schwierigen Folgen für alle Beteiligten ein ernster Dramenstoff sein. Aber dazu müßte man vielleicht einen Schriftsteller haben.

Die Aufführungen in Köln und Wuppertal versuchten mit gewaltigem Aufwand, das Klappern des Schwächlings zu übertönen. In Köln ließ Regisseur Horst Siede die Zuschauer selbst im Ballsall Platz nehmen. Und in Wuppertal bemühte Barbara Bilabel gar eine Combo nebst professionellem Tanzpaar. Aber die Schauspieler taten sich schwer, die Vogelscheuchen mit Leben zu erfüllen. In Köln gelang das Helmut Grieser (Arzt) und Nadja Engelbrecht (Friederike), in Wuppertal Horst Fassel (Oberst Otto) noch am besten.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nächste Aufführungen: 2., 7., 15.11. in Köln, 28.10., 1. und 5.11. in Wuppertal

Frankfurter Leinwandhaus: Der Maler Ralph Fleck

Wen die Farbe überfällt

Der Maler Ralph Fleck geht einen erstaunlichen Weg. Seine früheren Katastrophenbilder hat er hinter sich gelassen. Was man jetzt bei Timm Gierig im Frankfurter Leinwandhaus zu sehen bekommt, ist zwar großenteils gegenständlich, aber nun kehrt die Moderne mehr und mehr integriert zurück. Das ist neue Gegenständlichkeit mit dem Bewußtsein der vorausgegangenen Abstraktion und Informel, genau das, was man während der nicht lange durchzuhaltenden extremen Phase voraussehen konnte, in der die Malerei zur Theorie ihrer selbst geworden war.

Es geht um die spannungsgeladene Struktur, der Gegenstand ist nur Vorwand für das Gewoge der Farben. Fleck malt pastos und mit heftigem Pinselstrich. In der sprudelnden Gischt sind die Spitze eines Kanus und der Kopf eines Insassen mehr zu ahnen als zu sehen; der Bewegungsschuß und der Überfall des zerstäubenden Weiß sind eine expressive Abstraktion und können ebensogut als wogendes Informel gelesen werden.

Die Serie „Schlachthofbilder" entwickelt sich von deutlich gegenständlichen Tieren zu abstrahierten und schließlich völlig informellen Tafeln. Dasselbe vollzieht sich in den „Alpenstücken" und den „Stilleben" zwischen 1983 und '85. Einzig bei den „Baumstücken" und „Birkenstükken" bleibt der Gegenstand gewöhnlich erhalten, zielt aber konsequent auf gespannte Strukturierung. So ist zum Beispiel ein sehr großes Format im Hintergrund ein vernetztes Gegitter. Immerhin sind die Birkenstücke die „gefälligsten" und werden am leichtesten gekauft. Doch kann es nicht mehr lange dauern, bis die Sammler die eigentliche Kraft des Fleckschen Œuvres erkennen.

Seit seinem Aufenthalt in der Villa Massimo gibt es Rom-Bilder. Zweimal geht von einem zentrierten Kreis (Castel Sant'Angelo und Petersplatz) die Gliederung des Stadtgewimmels aus; die Vogelperspektive macht aus den Gassen und Blöcken einen bunten Scherbenhaufen. Die übrigen Rombilder bringen eine interessante Seite dieser Malerei ans Licht: die Pastosität selbst ist ein Stilmittel, also keine zufällige Spielerei.

Wie immer man das jetzige Œuvre betrachtet, es ist nicht nur groß in den Formaten, es ist künstlerisch groß. Der Farbenrausch kann übrigens von keinem Foto auch nur annähernd wiedergegeben werden. Man muß diese Arbeiten im Original sehen. (Bis 23. Nov., Katalog 30 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Platte: B. McFerrins „Spontaneous Inventions"

Es keckert, kollert, trillert

Immerhin scheint ihm das Treffen zu Dizzy Gillespies „Another Night in Tunesia" mit den vier Jazzgetreuen von „Manhattan Transfer" (s. WELT v. 21. 9. 85), zu dem auch noch die alte Vokal-Eiche Jon Hendricks ins Studio gekommen war, so wichtig, daß er sie auf seinem zweiten Solo-Album mit aufgenommen hat. Und dann assistieren ihm auch der Keyboarder Herbie Hancock, Co-Vokalist Robin Williams und Wayne Shorter auf dem Sopransaxophon.

Im Herbst kommt Bobby McFerrin (36), das stimmliche Wunder aller Wunder wieder auf Tour durch die Bundesrepublik. Aber daß seine neue Platte, „Spontaneous Inventions" (EMI 24 0582-1), ein ganzes Stück vor der Tournee erscheint, zeigt zum einen, daß dieser Stimmathlet die üblichen kommerziellen Strategien nicht benötigt, und zum anderen, daß es für die Kenner dieses einmaligen A-capella-Künstlers für eine neue Platte höchste Zeit war: Bobby McFerrin macht süchtig, und zwar ungefähr so, wie es Instrumentalfreunden des Jazz beim solistischen Albert Mangelsdorff geht – was dieser an Tricks ohne doppelte Böden mit seiner Posaune tut, das vermag ersterer mit seiner schier unbeschreiblich „gelenkigen" Stimme: McFerrin ist zugleich Melodienlieferant, Harmoniensetzer und Bassist.

Er bricht ein geläufiges Stück wie den Beatles-Hit „From Me To You" nach allen Regeln der Tranchierkunst auf, stemmt sozusagen eigene „Kadenzen" hinein, zerlegt Textteile wie ein Opernlibretto, schiebt Scat-Umspielungen dazwischen, läßt spitzmäulig den Kontrabaß knören oder – fast wie einst Peter Ustinov – ein Cello knarzen, spielt mit beiden Händen auf abgeflachten Wangen Schlagzeugsoli, überbrückt schier haarsträubend schwierige Intervalle wie im Zwiegespräch zwischen Piccoloflöte und Clarone, keckert wie eine Elster, kollert wie ein fetter Puter, trillert wie die Pfeife bei Spike Jones und findet, o Wunder, auf dem gigantischen Rummelplatz seines Rachens immer wieder zum Thema zurück – mal einem selbstkomponierten wie „Mañana Iguana", mal einem von Joan Armatrading, mal einem von Lane & Loesser . . .

Daß er sich für ein paar der neuen Titel dennoch Mitstreiter ausgewählt hat, besagt nicht etwa, daß Gefahr bestünde, im A-capella-Kraftgang langweilig zu werden. Es besagt, daß Bobby McFerrin bei allen stilistischen Eskapaden immer ein Jazzer geblieben ist, einer, der auch – zuhören kann. ALEXANDER SCHMITZ

Themen, Trends und Turbulenzen: Start der 13. internationalen Messe zeitgenössischer Kunst in Paris

Über der Seine ein fesches Hütchen namens FIAC

Paris zieht den Hut vor der FIAC. Eigens für die Woche der Modernen Kunst im Grand Palais schufen Modemacher und Künstler Hüte zum Grüßen, zum Aufsetzen und Abnehmen, zum Auffallen und Ausstellen. Zu den einmaligen Créationen gehören Hutmodelle und Hutplastiken, Hutbilder und „normale" Hüte von Balmain, Cloé, Dior, Hanae Mori, Peter Klasen, Karl Lagerfeld, Paco Rabanne, Ricci, di Rosa, Sonia Rykiel und anderen.

Besonderen Wert haben die Organisatoren in diesem Jahr auf die Internationalität der Messe gelegt. 20 Länder, darunter 75 ausländische Aussteller, zeigen auf 12 000 Quadratmetern insgesamt 5000 Werke von 800 Künstlern. Allein 100 One-Man-Shows würdigen französische und ausländische Kunstschaffende. Deutsche Galerien sind in diesem Jahr in großer Anzahl vertreten. Sie liegen mit elf Ausstellern an zweiter Stelle hinter den Italienern (15 Stände), dann kommen die Schweizer und die Dänen (mit jeweils sechs Ausstellern) sowie die Österreicher, die mit fünf Galerien vertreten sind.

Unter den deutschen Galerien befinden sich Friebe (Köln), die Galerie 44 (Düsseldorf), Hans Mayer (Düsseldorf), Keeser (Hamburg), Rothe (Heidelberg), Sfeir-Semler (Kiel) und Springer (Berlin) zum erstenmal auf der FIAC. Dafür sind Levy (Hamburg) und Nothelfer (Berlin) wieder dabei. Bedauert wird das Fehlen von Krugier, Bischofberger und Zwirner sowie vor allem von Gmurzynska.

Die Neuheiten, das zeigt der Rundgang über die Messe, haben sich rar gemacht: weniger Experimente als in den vergangenen Jahren, auch in den Avantgarde-Galerien, weniger klassische Moderne, auch weniger Fotogalerien, weniger 60er Jahre. Dafür ist die Qualität homogener. Natürlich gibt es auch Höhepunkte. So zeigt Berggruen 20 Zeichnungen von Coubin, darunter die phantastische Maske von Napoleon; die Preise liegen zwischen 100 000 und 200 000 Francs. Fabien Boulakia (Paris) hat einen besonders schönen Stand mit Arbeiten von Asger Jorn aus den Jahren 1948 bis 1968. Patrice Trigano bietet neben einer Velicovic-Ausstellung ein sensibles Ensemble mit Michaux-Aquarellen (47 000 Francs), kleinen Arbeiten von Dubuffet und bedeutenden Ölbildern von Masson (350 000 bis 470 000 Francs).

Neue Arbeiten von Alan Jones, auch auf diesem Stand zu besichtigen, kosten um die 50 000 Francs. Die Galerie Le France zeigt mehrere beeindruckende neue Arbeiten von Pierre Soulages; parallel dazu findet in der Galerie eine große Retrospektive statt. Bei Art Curial gibt es außer mehreren interessanten Vertretern der klassischen Moderne – darunter Max Ernst – eine Ausstellung mit neueren polychrom gefaßten Holzskulpturen von Etienne Martin, außerdem einen schönen Picabia (Gouache auf Papier) aus dem Jahre 1916, ehemals Sammlung A. Breton für teuere 430 000 Francs. Bei Agathe Gaillard, der bekannten Fotogaleristin, sind Arbeiten von August Sander (um 30 000 Francs) zu besichtigen.

Bei Bama, der Pariser Galerie, die vor allem deutsche Künstler vertritt, hängen unter anderem zwei Arbeiten von Jochen Gerz (Foto und Text), die um die 75 000 Francs kosten. Ebenfalls deutsche Kunst zeigt die Galerie Krief Raymond, die ihre Präsentation „Paris, Berlin, New York" nennt: Ina Barfuss, Christa Dichgans, Wachwege, Schambas, Judy Rifka. Nothelfer aus Berlin hat ein breites Angebot mit Künstlern der Galerie, darunter einen besonders schönen Emil Schumacher aus dem Jahre 1985 für 160 000 Francs, zudem sozusagen ofenwarme Keramikplastiken von Jan Voss, der sich nun auch der Skulptur zuwendet (25 000 und 30 000 Francs).

Auf vielen Ständen sieht man Klebe- und Ausrißarbeiten von Villegla, di Rosa (unter anderem bei Gillespie Laage-Salomon). Die Renner aber in diesem Jahr sind die kleinen und mittleren Formate von Wesselmann: turbulent muß es bei Joachim Becker (Cannes) zugegangen sein, der gleich am ersten Messetag Dreiviertel seiner Bestände verkauft hat – bei Preisen zwischen 3000 und 13 000 Dollar. Zufriedene Gesichter auch auf anderen Ständen: Schon am Samstag mußten viele rote Punkte geklebt werden, wenn auch zumeist bei Werken unter 150 000 Francs. (Bis 2. November, Katalog 130 Francs)

ADELHEID de BROÖNS

JOURNAL

Keine Ausreise für „DDR"-Schriftstellerin

dpa, **Berlin**

Die „DDR" hat die Ausreisegenehmigung für die Ost-Berliner Schriftstellerin Monika Maron, die heute in der West-Berliner Neuen Gesellschaft für Literatur hätte lesen sollten, „überraschend zurückgezogen". Wie aus dem West-Berliner Freundeskreis von Frau Maron verlautete, hatte das Außenministerium der „DDR" der Schriftstellerin die Ausreise ursprünglich schon zur Frankfurter Buchmesse zugesagt. Dann war dieser Termin auf Ende Oktober, zu der Lesung, verschoben worden. Frau Marons Bücher sind bisher nicht in der „DDR", sondern nur in westlichen Verlagen erschienen.

Erstmals Film aus Taiwan in China aufgeführt

AFP, **Schanghai**

Zum ersten Mal seit Bestehen der Volksrepublik ist in China ein Film aus Taiwan aufgeführt worden. Wie das Parteiorgan „Volkszeitung" berichtete, sahen rund eine Million aus Taiwan stammende und in Schanghai lebende Chinesen den von Li Xinwang gedrehten Film „Ein Schiff auf hoher See" nach dem gleichnamigen Roman von Zhen Fengxi. Peking strebt seit langem eine Annäherung mit dem nichtkommunistischen chinesischen Staat sowie die Wiederaufnahme von Verkehrs- und Handelsbeziehungen an, während die Regierung in Taipeh weiterhin alle Kontakte ablehnt.

Das Monte-Carlo-Ballett auf Deutschland-Tournee

AFP, **Monte Carlo**

Das Monte-Carlo-Ballett gastiert vom 24. bis zum 27. November erstmals in der Bundesrepublik. Unter Leitung von Ghislaine Thesmar und Pierre Lacotte präsentiert das Ensemble unter anderem „Thème et Variations" nach der Musik von Peter Tschaikowski und einer Choreographie von George Balanchine und „Steps after Dawn" nach der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy und einer Choreographie von Kevin Haigen. Tourneedaten: 24. 11. (Neuss), 25. 11. (Leverkusen), 27. 11. (Ludwigshafen), 1. 12. (Genf).

Deutscher Sängerbund feiert Jubiläum

dpa, **Biedenkopf**

Mit zwei Großveranstaltungen in Frankfurt und Coburg wird der Deutsche Sängerbund im nächsten Jahr sein 125jähriges Bestehen feiern. Das beschloß der Gesamtausschuß des Verbandes in Biedenkopf (Kreis Marburg-Biedenkopf). Die Treffen in Coburg vom 8. bis 10. Mai 1987 und in Frankfurt vom 23. bis 25. Oktober 1987 sollen die ganze Breite der musikalischen Arbeit des Sängerbundes darstellen. Der Sängerbund, der seinen Sitz in Frankfurt hat, gilt mit 1,7 Millionen Mitgliedern in mehr als 15 000 Chören als die größte Laienmusikorganisation in der Bundesrepublik.

Kunst aus Schwerin und Rostock

DW. **Göttingen**

Zum sechsten Mal zeigt das Städtische Museum Göttingen Künstler aus der „DDR". Diesmal sind es Gemälde, Graphiken und Skulpturen aus den Bezirken Schwerin und Rostock. Zuvor waren es zum Beispiel zehn Maler aus Ost-Berlin oder „Keramik aus der DDR". Alle Ausstellungen wurden mit dem „Staatlichen Kunsthandel der DDR" organisiert, umfassen also nur Künstler, die Mitglieder des „Verbandes Bildende Künstler" sind. Die Auswahl ist bis zum 16. November zu sehen. Der Katalog kostet 4 Mark.

Die Europäer und ihr Hang zum Exotischen

DW. **Stuttgart**

Im Herbst 1987 wird in Stuttgart ein breit angelegtes Veranstaltungsprojekt zu sehen sein: „Exotische Welten – Europäische Phantasien". Mit einer Hauptausstellung im Württembergischen Kunstverein und neun Sonderausstellungen wird die Stadt in einen Irrgarten exotischer Sehnsüchte, Utopien und Sinnesreize verwandelt. Es geht dabei um das Bild, das sich die Europäer in ihren Phantasien von fremden Welten entworfen haben.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Das Trauma Vietnam beschäftigt die Amerikaner immer noch, auch in Form von Thrillern. Brian Freemantle, Schöpfer des Geheimagenten Charlie Muffin, war selbst als Journalist in Vietnam. Man merkt es bei der Lektüre von „Flucht aus Vietnam": der Geschichte eines verpatzten Sondereinsatzes und des geglückten Versuchs, viele Jahre später die damals in Gefangenschaft geratenen Amerikaner, inzwischen Opfer totaler Gehirnwäsche, aus dem Dschungel herauszuholen. ohn

Brian Freemantle: „Flucht aus Vietnam", Ullstein, 316 S., 12,80 Mark.

Rauschgift in der Chefetage

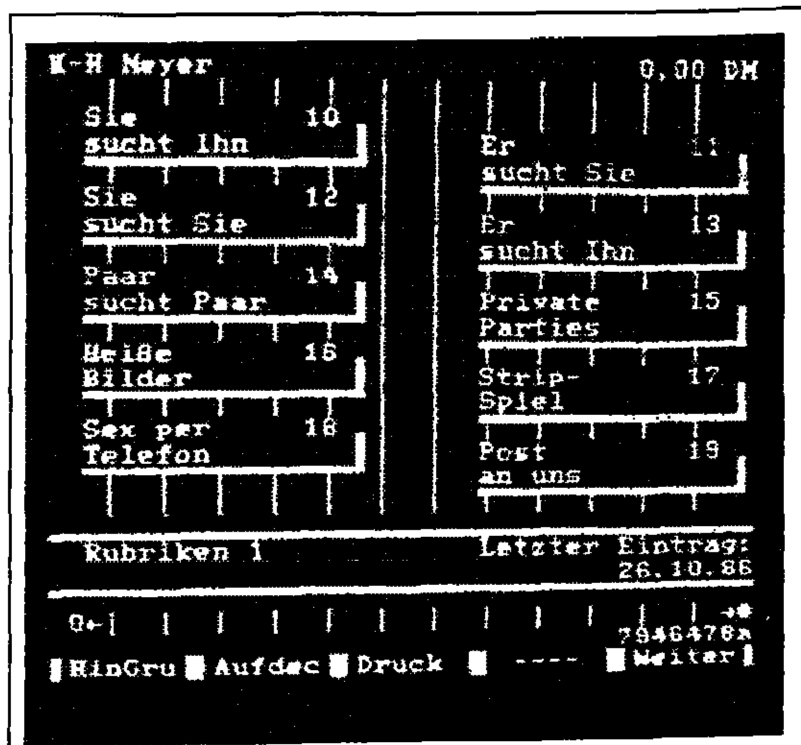
JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Alkohol am Arbeitsplatz ist „schon längst das kleinere Problem", warnt der Unternehmens-Dachverband „Confederation of British Industry" (CBI) seine 250 000 Mitgliedsfirmen. Größte aktuelle Gefahr: „Rauschgiftmißbrauch – und dies sowohl unten am Fließband als auch ganz oben in der Chefetage!"

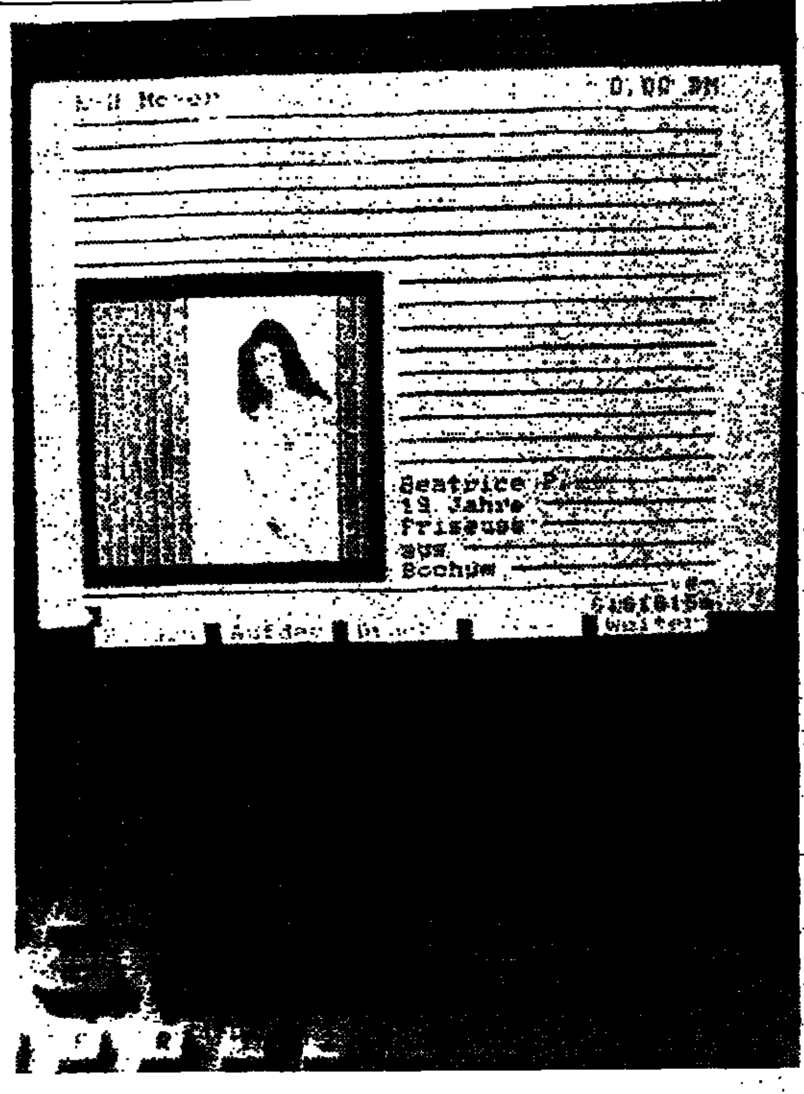
Neue ungewohnte Technologien, hochgeschraubte Anforderungen, die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit setzen viele Arbeitnehmer unter Streß, rufen Existenzängste hervor. Und nicht wenige greifen dann zum Rauschgift. Der „gute alte Flachmann" mit Whisky oder Gin ist mittlerweile härterem Stoff wie Haschisch, Marihuana oder Kokain gewichen. Krasse Fehleinschätzungen und -entscheidungen sind oftmals die Folge des Drogenkonsums. Ein wohldotierter Reederei-Manager berichtete: „Ich habe unter Rauschgifteinfluß einen Großtanker halbvoll in See geschickt – ein Millionenverlust für meine Firma. Die Alternative für mich hieß Entziehungskur oder Rausschmiß, meine Entscheidung war natürlich: Entgiftung!"

Und so empfiehlt der Unternehmer-Verband allen Mitgliedern, Drogenproblemen von Mitarbeitern gegenüber nicht die Augen zu verschließen oder einfach gleich den Kündigungsbrief zu schreiben: „Dies würde das Problem nur verlagern, ohne es zu lösen." Statt dessen sind die Arbeitgeber aufgerufen, schon im Eigeninteresse Rauschgiftkandidaten möglichst schnell auszusortieren und sie „wie jeden anderen Kranken auch" mit „Verständnis, doch notfalls auch mit Härte" der Besserung zuzuführen.

Das Sucht-Übel steuern will die CBI übrigens nicht nur mit warnenden Vorhaltungen. Unlängst brachte der Industriellenverband ein Brevier mit dem Titel „Gefahr – Drogen am Arbeitsplatz!" unter seine Mitglieder. Die 31-Seiten-Broschüre („Ob groß oder klein – jedes einzelne Unternehmen muß seine maßgeschneiderte Rauschgift-Strategie entwickeln!") hat Beachtung gefunden. (SAD)



Nicht nur bei unseren französischen Nachbarn, auch hierzulande gehen clevere Anbieter mit eindeutigen Offerten elektronisch auf Kundenfang. Was bisher Sexpostillen vorbehalten blieb, beschert nun dem „Stiefkind" der Deutschen Bundespost, Btx, einen unverhofften Boom. Auf kurzes Tastenspiel (links) erscheinen „heiße Bilder" (rechts), Kontaktadressen und ähnliches. Unter Stichworten wie „Erziehungsberatung" steht es im Btx-Programmangebot (Ausriß unten).



Für 9,99 Mark kommt Tina flimmernd über Bildschirmtext

Kennst Du Julio Iglesias?" fragt die erste Textzeile im verbindlichen Plauderton. „Das ist die spanische Seufzstimme, bei der augenblicklich alle Frauenherzen wegschmelzen wie Schnee in der Bratpfanne. Ab sofort ist Julio eine Null gegen Dich", kommt dann gleich die aufmunternde Streicheleinheit, „denn über 5000 süße, liebeshungrige Sexy-Girls aller Rassen, aller Haarfarben, aber immer jung und knusprig wie das leckere Hähnchen vom Wienerwald suchen Männer wie Dich." Und so weiter und so weiter ...

Zum heimlichen Renner auf den amtlichen Kanälen hat sich für einige Teilnehmer der Postler liebstes Kind entwickelt: Btx, sprich Bildschirmtext, heißt das Zauberwort für einen Service, zum dem sich – rund um die Uhr – die Kundschaft beim Tele-Sex vor der Mattscheibe trifft. Über die Leitungen der sonst so gestrengen Behörde, so ein Insider, „tobt der Bär". Im 113seitigen Anbieterverzeichnis, dem Adreßbuch für Btx-Jünger, kann man die einschlägigen Angebote zwischen „Erster Hilfe" und „Essen auf Rädern" kaum übersehen.

Wer „Erziehungsberatung" angewählt und sich mathematische Nachhilfestunden erhofft, darf sich nicht wundern, bei „Abszisse alpha" und ihren Partnertauschanzeigen zu landen. Reißer-Titel wie „Der 7. Himmel" oder „A.B.C.D. Freizeitkontakte" ermuntern zum kostenlosen Durchstöbern der Leistungskataloge. Der „Btx-Club Amore" stuft sich gleich selbst als „den heißen Renner im System" ein. Ans Portemonnaie geht es erst, wenn man Name und Anschrift von „Schmusebär" oder „Turteltäubchen" haben will. Zum Einheitspreis von 9,99 Mark erfährt man, daß Juanita postlagernd in Bolivien zu erreichen ist und sich ein halbes Dutzend Polenmädchen nach deutschen Ehemännern sehnt. Für einen weiteren Zehner flimmern dann über den Bildschirm eine Reihe von „exklusiven Telefonnummern" – nach Postleitzahlgebieten geordnet – wie man sie in jedem Boulevardblättchen für ein paar Groschen bekommt.

Diakonische Dienste	111 0283
Drogenberatung	111 1044
Eheberatung	111 0288
Elternberatung	111 0307
Empfängnisregelung	111 0360
Entwicklungshilfe	111 0313
Erste Hilfe	111 0323
Erziehungsberatung	111 0327
Essen auf Rädern	111 0730

Noch bis vor einem halben Jahr waren hierzulande solche Kontakt-Dienste gänzlich unbekannt. Vorbild dieser elektronischen Erotik ist unser Nachbarland Frankreich. Nach Schätzung des dortigen Postministeriums sind von zwei Millionen Minitel-Benutzern etwa ein Viertel Dauerkunden bei den über 300 Erotik-Treffs.

Die Palette der deutschen „Anbieter" ist üppig: „Sex per Telefon" ist ebenso wie ein „Strip-Spiel" im Sortiment. Das Eintippen einer neuen Zahlenkombination erschließt den Weg zum „Begleitservice" oder den „grünen Witwen". Aber auch der Direktkontakt zu „Hausfrauen, die sich ihr Taschengeld etwas aufbessern möchten", ist abrufbar.

Das Zugehörigkeitsgefühl beim Tele-Sex ist enorm: Gleich mit einem freundlichen „Du" vom Gegenüber auf der Mattscheibe begrüßt, kommt Gemeinschaftssinn auf: „Der Club ist eine private, aufgeschlossene und sexinteressierte Gemeinschaft", mit dem Ziel, so liest man weiter, „ein bißchen Abwechslung vom Streß des Alltags" zu fördern.

Acht „heiße Bilder", so groß wie zwei Sonderbriefmarken, lassen selbst das empfindsamste Gemüt eiskalt: Ist man wild entschlossen, den Obolus für dieses Seh-Ereignis per Tastendruck „bequem und einfach" vom Btx-Konto abbuchen zu lassen, erscheint nach einigen Sekunden („die Dame kommt gleich") in miserabler Qualität die Strichzeichnung einer „23jährigen Kontoristin aus Bielefeld", die eher an ein ramponiertes Fahndungsfoto der dortigen Sittenpolizei erinnert.

„Tina (22) aus Sindelfingen auf dem Lotterbett" gibt auch nicht viel von ihrer Schönheit preis. Und was „Susanne aus Java, die jetzt in der Nähe von Düsseldorf wohnt", zu bieten hat, gibt's in jeder Sex-Postille dutzendfach zu bestaunen.

DIETER THIERBACH

Leidenserfahrung kann „auch etwas Kostbares" sein

dpa, Dortmund

Ängste und Schmerzen von Sterbenden sollten nicht immer „einfach nur bekämpft" werden. Der Mensch erlebe Leid „auch als etwas Kostbares". Diese Auffassung vertrat der Sozialethiker Professor Franco Rest in Dortmund vor der ersten Mitgliederversammlung des Vereins „Omega – Mit dem Sterben leben". Der Verein, in dem etwa 120 Mitglieder in rund 20 Gruppen mitarbeiten, grenze sich gegen Bestrebungen ab, die eine „juristische Freigabe des Sterbens auf Verlangen" forderten. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit sähen die „Omega"-Mitarbeiter – etwa zur Hälfte Ärzte, Pfleger, Seelsorger und Psychologen – in der häuslichen Pflege, der Nachbarschaftshilfe und der Beratung von Familienangehörigen, auch wenn „die Angst, Fehler zu machen bei vielen Menschen groß" sei, sagte Professor Rest. Krankenhäuser und Altenheime sollten „nicht mehr verteufelt" werden, meinte Rest.

Serie von Brandstiftungen

dpa, München

Eine Serie von Bränden, die nach bisherigen Ermittlungen vorsätzlich gelegt worden sind, hat in der Nacht zum Sonntag in München einen Sachschaden von weit über zwei Millionen Mark angerichtet. Verletzt wurde niemand. Die Fahndung nach Brandstiftern verlief bisher erfolglos. Den größten Schaden richtete nach Angaben der Feuerwehr der Brand in einem Spezialgeschäft für Dekorationsartikel an. Beim Eintreffen der Löschkräfte gegen zwei Uhr stand der bereits für den Weihnachtsverkauf hergerichtete, 200 Quadratmeter große Verkaufsraum in Flammen. Aus Räumen über der Brandstelle und aus einer nahegelegenen Pension wurden mehr als 40 Personen vorübergehend in einem Großrettungswagen untergebracht.

TÜV für Flugdrachen

dpa, Winterberg

Vor dem Start in die Lüfte müssen Drachenflieger von Anfang kommenden Jahres an ihr Gefährt zunächst auf seine Sicherheit überprüfen lassen. Das beschloß der Deutsche Hängegleiter-Verband am Wochenende auf seiner Jahrestagung in Winterberg. Neue Flugdrachen müssen künftig nach fünf Jahren zum ersten Mal auf Sicherheitsmängel überprüft werden, anschließend ist die Prüfung alle zwei Jahre zu wiederholen.

Wieder Gemälde gestohlen

dpa, Adelaide

Knapp drei Monate nach dem aufsehenerregenden Diebstahl des Picasso-Gemäldes „Weinende Frau" in Melbourne ist in Australien ein weiterer Kunstdiebstahl verübt worden. Am Wochenende verschwanden aus einem von der südaustralischen Staatsregierung unterhaltenen Museum vier Gemälde französischer Maler, darunter drei Werke von Paul Gauguin. Die Bilder sind mit je umgerechnet 635 000 Mark versichert; ihr Wert wird jedoch höher geschätzt.

Auf Kinder geschossen

AP, Berlin

Die Berliner Polizei sucht einen Heckenschützen, der mehrere Kinder auf einem Spielplatz im Bezirk Rudow mit seinen Schüssen getroffen hat. Wie ein Sprecher erklärte, ermittelt die Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung. Bisher seien ein siebenjähriger Junge durch ein Projektil an der Unterlippe verletzt worden, ein achtjähriges Mädchen sei am Hals getroffen worden. Der Schütze benutze wahrscheinlich ein Luftgewehr und bewohne vermutlich eine der oberen Etagen eines Hauses in der Nähe des Spielplatzes.

Vitamin-C-Forscher tot

AFP, Washington

Der Entdecker der Heilwirkung des Vitamin C, Albert Szent-Györgyi, der 1937 den Nobelpreis für Mdizin erhielt, ist am Mittwoch im Alter von 93 Jahren gestorben. Dies hat die Nationale Amerikanische Stiftung für Krebsforschung am Wochenende mitgeteilt. Der gebürtige Ungar hatte an den Universitäten Budapest und Cambridge (Großbritannien) Medizin studiert. 1928 trat er mit seinen Forschungen über das Vitamin C hervor.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt vom World Wildlife Fund bei.

ZU GUTER LETZT

Meldung der Nachrichtenagentur AFP aus Moskau: „Politbüro will Brot und Nudeln verbessern."

WETTER: Zwischenhocheinfluß

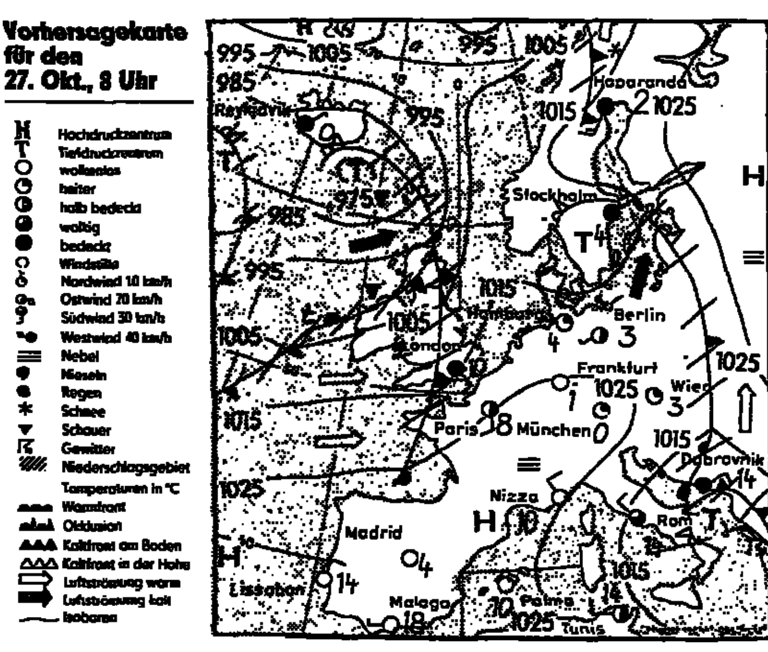
Lage: Die nach Deutschland eingedrungene kühle und wolkenreiche Nordseeluft gelangt unter schwachen Zwischenhocheinfluß, dem zum Dienstag erneut Tiefausläufer von Westen her folgen.

Vorhersage für Montag: In der zweiten Tageshälfte im Westen und Nordwesten strichweise Regen. Tagestemperaturen 9 bis 12, Tiefstwerte nachts zwischen 8 Grad im Nordwesten und 0 Grad im Südosten. Schwacher westlicher Wind, später im Westen auflebend und gegen Süd drehend.

Weitere Aussichten: Am Dienstag im Norden und Westen regnerisch und mild, im Süden und Osten teils neblig-trüb, teils aufgeheitert und niederschlagsfrei.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.07 Uhr*, Untergang: 17.04 Uhr; **Mondaufgang:** 0.37 Uhr, Untergang: 15.36 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 27. Okt., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	12	he
Bielefeld	9	bd
Braunlage	5	R
Bremen	10	Rs
Dortmund	9	bd
Dresden	12	bw
Düsseldorf	10	bd
Erfurt	10	he
Essen	8	R
Feldberg/S.	-2	Ne
Flensburg	8	R
Frankfurt/M.	10	bw
Freiburg	10	Rs
Garmisch	4	R
Greifswald	11	bd
Hamburg	10	bw
Hannover	9	bd
Kahler Asten	2	Sr
Kassel	9	R
Kempten	5	R
Kiel	10	R
Koblenz	9	bw
Köln-Bonn	9	bw
Konstanz	5	R
Leipzig	12	he
List/Sylt	11	R
Lübeck	10	bd
Mannheim	11	bw
München	6	R
Münster	9	bd
Norderney	10	bd
Nürnberg	10	he
Oberstdorf	4	bd
Passau	7	R
Saarbrücken	8	he
Stuttgart	8	he
Trier	9	bw
Zugspitze	-10	S
Ausland:		
Algier	23	he
Amsterdam	9	Rs
Athen	21	bw
Barcelona	17	bw
Belgrad	14	he
Bordeaux	13	he
Bozen	–	–
Brüssel	9	he
Budapest	7	bw
Bukarest	11	he
Casablanca	23	he
Dublin	11	bw
Dubrovnik	16	bd
Edinburgh	11	he
Faro	21	he
Florenz	–	–
Genf	8	he
Helsinki	7	bw
Hongkong	27	he
Innsbruck	7	R
Istanbul	15	bw
Kairo	28	he
Klagenfurt	5	R
Konstanza	12	he
Kopenhagen	10	bw
Korfu	18	bw
Las Palmas	24	bw
Leningrad	8	he
Lissabon	18	he
Locarno	16	he
London	13	he
Los Angeles	18	wl
Luxemburg	7	bw
Madrid	14	he
Mailand	8	he
Malaga	22	he
Mallorca	20	he
Moskau	7	he
Neapel	19	he
New York	10	bd
Nizza	20	he
Oslo	7	R
Ostende	10	bw
Palermo	20	bw
Paris	11	bw
Peking	13	wl
Prag	9	bd
Rhodos	22	bw
Rom	16	bw
Salzburg	6	R
Singapur	25	bw
Split	15	R
Stockholm	8	bw
Straßburg	10	he
Tel Aviv	25	he
Tokio	20	bw
Tunis	22	he
Valencia	20	he
Varna	12	he
Venedig	9	R
Warschau	11	he
Wien	9	bw
Zürich	7	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Regen und Schnee: Der Winter ist da

AP/dpa, Frankfurt

Zwei Monate zu früh hat in weiten Teilen des Bundesgebiets am Wochenende bereits der Winter Einzug gehalten. Schnee im Süden, Sturm in Norddeutschland sowie Regen und Kälte anderswo verleideten den meisten die Freude am freien Wochenende. Die Meteorologen vom Deutschen Wetterdienst in Frankfurt konnten gestern keine Aussicht auf spürbare Wetterbesserung machen. Lediglich heute könnte es vorübergehend aufklaren. Dann sind Schauer angesagt. Kalt bleibe es ohnehin und nachts gebe es vereinzelt Bodenfrost. Am Mittwoch soll es, zumindest im Südwesten, etwas wärmer werden.

Entspannt hat sich die Hochwasserlage an Saar und Mosel. Die Wasser- und Schiffahrtsdirektion in Mainz meldete bereits am Samstag „Tendenz leicht fallend". Dennoch waren am Wochenende einige Kreisstraßen noch gesperrt.

Immer opferbereit sein

Forum „Familienpolitik auf dem Prüfstand"

S. HAMMELRATH, Bonn

Wie ist die Haltung der Parteien zum Thema Kinder und Familie in der nächsten Legislaturperiode? Antworten suchte das Forum „Familienpolitik auf dem Prüfstand", das die „Deutsche Liga für das Kind" am Wochenende in Bonn veranstaltete.

500 Kinder begehen jedes Jahr Selbstmord, 180 000 sind alkoholkrank: Die Statistik zeigt, daß das sprichwörtliche Herz für Kinder eher schwach schlägt. Doch nicht nur die Kinder, die gesamte Familie wird „aus der gesellschaftlichen Mitte an den Rand gedrängt", wie Liga-Präsident Klaus Conrad ausführte. Dazu habe auch der Gesetzgeber durch familienfeindliche Politik beigetragen. Immerhin gibt es Lichtblicke, zum Beispiel Erziehungsgeld und -urlaub. Folgt man den Aussagen der Delegierten, dann haben Familien Grund zur Hoffnung.

So setzt die CDU/CSU vor allem auf materielle Hilfe: verlängerte Bezugsfrist für Erziehungsgeld, erhöhtes Kindergeld für Mehrkindfamilien. Dadurch soll die Einkommenslage von Familien an die von Kinderlosen angepaßt werden, obwohl „Eltern immer opferbereit sein müssen", so der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Schlottmann. Kurt Vogelsang (SPD) verlangte dagegen gleiche Leistungen der Allgemeinheit für alle Kinder, also ein von Kinderzahl und Einkommen unabhängiges Kindergeld. Statt dessen soll der Steuersplitting-Vorteil eingeschränkt werden.

Familienfeindliche Gesetze sind nach Ansicht von Uta Würfel (FDP), die selbst vier Kinder großgezogen hat, vor allem gegen Frauen gerichtet; deshalb sprach sie sich für frauenfreundliche Maßnahmen aus, etwa mehr Teilzeitarbeitsplätze. Christa Nickels von den „Grünen" plädierte für ein mit dem Alter des Kindes ansteigendes Kindergeld.

Kulinarisches Feuerwerk in der Manege

Man nehme Phantasie und Kreativität von zehn Meisterköchen, füge Dynamik und Humor von Artisten hinzu, gebe die Kreation in ein rot-blaues, von unzähligen Glühbirnen erleuchtetes Zelt und es präsentiert sich ein Circus Culinaria.

Das ungewöhnliche Rezept probierten Stars aus Küche und Manege am Wochenende im Roncalli-Rund in Siegen. Sie ließen jeden kosten, der 450 Mark für den Eintritt bezahlt und die Fahrt in das gebirgige Siegerland nicht gescheut hatte. Denn Erich Steuber, Initiator des Abends, gab sich heimatverbunden, „widerstand den Verlockungen der Großstadt" und ließ sie anreisen, die nationalen und internationalen Gäste.

Doch an der Pforte, bei den Pagen im Livree angekommen, öffnet sich eine schillernde Märchenwelt. Ein roter Tupfer auf die Nase der Damen, ein Glitzerstern auf das Jackett der Herren – der Harlekin läßt keinen Besucher „in Zivil" passieren. Und jeder läßt sich die kleine Maskerade gefallen, ob sie nun zu dem tiefen Dekolleté, zu Rüschen und Spitzen, zu Frack oder Smoking paßt oder nicht. Und mit einem Glas Sekt in der Hand flaniert man vorbei an Gauklern, auf Hochrädern balancierenden Clowns, zu erstarrten „living dolls". Man kannte sich, wurde gesehen und sah – so auch die Schlangendame mit Sheesha, der Python, die immer wieder ihre gespaltene Zunge vorschnellen ließ.

Dann baten Catarina Valente und Alfred Biolek, Moderatoren des Abends, zu den festlich gedeckten Tischen. Der Gaumen-Genuß begann mit Wildlachs in Gelee und Kaviar von Roger Vergé aus Cannes' „Le Moulin de Mougins". Und während der Meister die Zubereitung seines Kunstwerks demonstrierte, 14 Monitore jeden Handgriff vervielfacht offenbarten, zauberten die mehr als 200 dienstbaren Geister hinter und vor den Kulissen die Kunstwerke für die 550 Gäste im Zirkusrund herbei. Gualtiero Marchesi aus Mailand kreierte eine Kartoffelschaumsuppe mit weißen Alba-Trüffeln. Fasziniert zeigte sich Catarina Valente von dem Preis der Trüffeln – 2500 Mark für ein kleines Etwas auf dem Teller.

Mit Seeteufel im Spinatmantel und Champagnersauce, präsentiert von Paul Haeberlin von der „Auberge de l'Ill" in Illhäusern, und einem Joghurtsorbet, betitelt „Dialog der Früchte", von Hans Peter Wodarz aus der Wiesbadener „Ente vom Lehel" setzten das Menü fort. Die Zauberei auf dem Teller setzte sich bei den Akrobaten fort. Sie jonglierten, spielten mit Rauch und Feuer. Dazu jede Menge Musik. Kurzum, fast alle Sinne wurden gleichzeitig beansprucht. Den Hauptgang – Suprême de Bresse, Taube im Blätterteig – präsentierte Heinz Winkler vom Tantris in München.

Zum Dessert zauberte Anton Mosimann vom Londoner „Dorchester" eine Charlotte Williams. Kurt Aeberhard vom Berner „Palace Bellevue" bewies, daß Kaffeesabayon am besten zum Takt von „Hello Dolly" geschlagen wird. Doch damit nicht genug: Günter Scherrer vom Düsseldorfer „Victorian", Franz Keller („Schwarzer Adler" in Oberbergen) und Alfons Schuhbeck aus dem „Kurhausstüberl" in Waging am See erhöhten die Zahl der Michelin-Sterne unter der Zirkuskuppel auf 21.

Aus Bonn war Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein angereist, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Dieser Organisation kommt der Erlös des Gourmet-Festivals zugute.

MARTINA SCHLINGMANN

LEUTE HEUTE

Erster Schritt

Von Beruf ist er Darsteller in Film-Nebenrollen. Den wahren Sinn seines Lebens aber sieht er im Kampf gegen das Rauchen. „Ich träume von einer nikotinfreien Gesellschaft bis zum Jahr 2000", verrät der 38jährige **Patrick Reynolds**, Mit-Erbe des gleichnamigen amerikanischen Tabak-Imperiums. Als ersten Schritt hat er alle Aktien an dem Unternehmen, die ihm gehörten, verkauft – zum Teil an seine rauchenden Brüder. Als Vorbild sieht er seinen Großvater. Konzerngründer Reynolds war ebenfalls Nichtraucher.

Große Beutel

Sie finde immer nur schöne kleine Taschen oder große Beutel, in denen alles verschwinde – so die Kritik der Frau Minister vor versammelter



Branche. **Rita Süssmuth**, eingeladen zur Vorstellung der Taschenkollektion für Frühjahr und Sommer 1987 in Offenbach, meinte, als Frau wünsche sie sich von den Taschen-Designern eine noch bessere Verbindung von schön und zweckmäßig. Warum eigentlich nicht?

Begehrter Preis

Modepreise sind eine Rarität. Um so mehr hatte der Berliner Designer **Reimar Claussen** allen Grund zum Strahlen. Denn er erhielt am Wochenende in Krefeld das begehrte „Goldene Spinnrad". Damit schreibt sich der 36jährige in die Liste berühmter Preisträger wie **Pierre Cardin, Emanuel Ungaro** und **Karl Lagerfeld** ein. Aus Traditionellem Neues zu schaffen, ist Claussens Motto. Die gekonnte Umsetzung war Grund genug für die Jury, ihm schon knapp drei Jahre nach seinem Debüt den „europäischen Mode-Oscar" zuzusprechen.